HASKALA
Wissenschaftliche Abhandlungen

Herausgegeben vom
Moses Mendelssohn Zentrum
für europäisch-jüdische Studien

Band 53

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York
2019

Olaf Glöckner, Günther Jikeli (Hrsg.)

Das neue Unbehagen

Antisemitismus in Deutschland heute

PREUSSISCHER STAATS-BIBLIOTHEK ZU BERLIN KULTURBESITZ

Georg Olms Verlag
Hildesheim · Zürich · New York
2019

Mit CamScanner gescannt

Umschlagmotiv: PixelClown/photocase.de

Die Drucklegung wurde durch großzügige Zuwendungen
der Justin M. Druck Familie,
der Moses Mendelssohn Stiftung und
des Moses Mendelssohn Zentrums
unterstützt.

PREUSSISCHER
STAATS-
BIBLIOTHEK
ZU BERLIN
KULTURBESITZ

10 A 71826

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über *http://dnb.dnb.de* abrufbar.

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2019
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier
Umschlagentwurf: Kurt Blank-Markard
Satz: Vollnhals Fotosatz, Neustadt a. d. Donau
Herstellung: Hubert & Co., Göttingen
www.olms.de
ISBN 978-3-487-15788-7

Inhalt

Einleitung
Das neue Unbehagen – Einführung in ein verdrängtes Problem 7

Gideon Botsch
Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus“ 21

Samuel Salzborn
Antisemitismus und Antiimperialismus. Ein Problemaufriss 39

Günther Jikeli
Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland und Europa 49

Stephan Grigat
„Bei alten Freunden“. Islamischer Antisemitismus, deutsche Iran-Politik und die Bedrohung Israels 73

Olaf Glöckner
Kampf um die „Brit Mila“. Deutschlands Beschneidungsdebatte 2012 und europäische Reaktionen 93

Monika Schwarz-Friesel
Hass als kultureller Gefühlswert: Das emotionale Fundament des aktuellen Antisemitismus 109

Kai Schubert
Aktueller Antisemitismus in deutschen Qualitätsmedien 133

Hagen Troschke, Matthias J. Becker
Antisemitismus im Internet. Erscheinungsformen, Spezifika, Bekämpfung 151

Daniel Poensgen, Benjamin Steinitz
Alltagsprägende Erfahrungen sichtbar machen. Antisemitismus-Monitoring in Deutschland und der Aufbau des Meldenetzwerkes RIAS 173

Mit CamScanner gescannt

Levi Salomon, Jonas Fedders
Alles nur „Hysterie"? Perspektiven der jüdischen Communities auf den wachsenden Antisemitismus 199

Sergey Lagodinsky
Durch Bildung toleranter? Zu kontroversen Debatten um antisemitische Vorurteile unter deutschen Studierenden 211

Jérôme Lombard
Wenn „Du Jude" zum Schimpfwort wird. Antisemitisches Mobbing an deutschen Schulen 227

Anhang

Bibliografie 243
Literatur 243
Dokumente 255

Über die Autorinnen und Autoren 257

Personenregister 262

Einleitung

Das neue Unbehagen – Einführung in ein verdrängtes Problem

Damit hatte niemand gerechnet, jedenfalls nicht so schnell: Auf europäischen Straßen werden wieder Jüdinnen und Juden bedroht, angegriffen oder erschossen, weil sie Juden sind – in Brüssel, Paris, Kopenhagen, London, Berlin, Toulouse, München, Budapest und andernorts. Mehr als ein Drittel der europäischen Juden denkt an Auswanderung. Auch in Deutschland wird darüber – zumindest im Stillen – nachgedacht, und ein Drittel der hiesigen Juden vermeidet es regelmäßig, in der Öffentlichkeit als Jude oder Jüdin erkennbar zu sein.[1]

Möglicherweise noch schlimmer als die Bedrohung durch physische Gewalt scheint eine zunehmende, subtile, aber permanente Anfeindung zu sein, der sich viele Juden in Europa ausgesetzt sehen. Selbst unter Kolleginnen, Kollegen und Bekannten werden sie plötzlich vor allem als jüdische Repräsentanten wahrgenommen, mit antisemitischen Stereotypen konfrontiert – oder sollen sich rechtfertigen für umstrittene Entscheidungen der israelischen Politik. Wie konnte es dazu kommen?

Fast unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, im Schatten der Shoah, hatten einige Jüdinnen und Juden sich entschlossen, es auf dem „Alten Kontinent" noch einmal zu probieren. Nach Jahrzehnten der Verunsicherung wurde langsam wieder Vertrauen gefasst. Das einstige Täterland Deutschland schien sich endgültig vom unsäglichen, intoleranten und zuletzt tödlichen Judenhass verabschiedet zu haben. Mehr noch: War nicht das sich zunehmend vereinende Europa die richtige Antwort auch auf die Gefahr von Nationalismus, Faschismus und Antisemitismus? Eine teils selbstkriti-

[1] Bericht der European Union Agency for Fundamental Rights (FRA). Experiences and Perceptions of Antisemitism. Second Survey on Discrimination and Hate Crime against Jews in the EU. Luxembourg 2018.

Mit CamScanner gescannt

sche Aufarbeitung der NS-Diktatur und der Shoah, staatlicher Schutz und Förderung für die neu gegründeten Gemeinden, aber auch das politische Bemühen um ein positives Verhältnis zu Israel führten allmählich dazu, dass Jüdinnen und Juden im In- und Ausland wieder eine Zukunft in Deutschland sahen. Juden kehrten zurück oder wanderten ein – etwa aus dem staatskommunistischen Ostblock, insofern die Ausreise gelang, aus der zerfallenden Sowjetunion ab 1989 und seit der Millenniumswende sogar aus Israel.

Öffentliche Irritationen im Verhältnis von Juden und Nichtjuden blieben zwar lange Zeit bestehen – ausgelöst etwa durch die Paulskirchen-Rede von Martin Walser (1998), den angestrebten „Tätervolk-Vergleich" von Martin Hohmann (2003) und das umstrittene Günter-Grass-Gedicht „Was gesagt werden muss" (2012). Dennoch: Antisemitismus und Judenhass schienen konsequent geächtet, sanktioniert und eigentlich nur noch an den Rändern der Gesellschaft virulent.

Diese Selbstgewissheit ist nun ins Wanken geraten. Trotz der Beteuerung aller Regierungsparteien, Antisemitismus in jeglicher Form zu bekämpfen, haben Juden heute in Europa und auch in Deutschland wieder Angst. Sie haben Angst vor verbalen und tätlichen Angriffen. Djihadisten und radikale Muslime bilden zwar die mit Abstand gewaltbereiteste Tätergruppe. Doch der neue Alltagsantisemitismus kommt insgesamt aus der Mitte der Gesellschaft, aus der er nie ganz verschwand, während Rechtspopulisten auf geschickte Weise Geschichtsrevisionismus wieder salonfähig machen und Neonazis immer wieder auf den Straßen marschieren. Versprechen wie „Nie wieder!" und Aufrufe wie „Wehret den Anfängen!" wirken schal, wenn Juden sich nicht mehr sicher fühlen können in Europa. Doch woher rührt diese neue, negativ besetzte Fixierung auf eine verschwindend kleine Minderheit?

Unter den mehr als 700 Millionen Menschen, die heute den europäischen Kontinent bevölkern, leben weniger als zwei Millionen Juden. Vor dem Zweiten Weltkrieg waren es rund zehn Millionen gewesen. Zwei Millionen Juden bilden maximal 0,3 % der Gesamtbevölkerung, und viele Menschen zwischen Nordkap und Nizza, zwischen Amsterdam und Bukarest begegnen Zeit ihres Lebens keiner einzigen Person jüdischer Abstammung. Antisemitismus, „das Gerücht über die Juden", wie Theodor Adorno es einmal formulierte, hat trotzdem überdauert – trotz Auschwitz und Treblinka, und wie sich jetzt zeigt, auch trotz der beharrlichen Versuche von Wissenschaftlern, Pädagogen, Künstlern und Bürgerrechtlern, ein alt vertrautes Feindbild in den Köpfen der Menschen endlich aufzulösen. Die kollektive „Geisteskrankheit", von der schon der russische Arzt und Zionist Leon Pinsker vor mehr als 100 Jahren schrieb, ist weder geheilt noch verbannt, auch nicht in Europa, und noch

nicht einmal unter den sogenannten gebildeten Kreisen.[2] Dabei scheint es den Antisemiten aller Couleur, die sich ihren Judenhass eingestehen oder auch nicht, ziemlich egal, was reale Juden in ihrer Umgebung tun oder lassen. Einmal verinnerlichte Vorurteile brechen unabhängig davon immer wieder hervor, mit fatalen Auswirkungen. Einige Beispiele mögen die neuen Trends des Antisemitismus illustrieren.

In München sah sich ein jüdischer Gastronom permanenten anti-israelischen Anfeindungen ausgesetzt, weil er in seinem Restaurant „Schmock" auch explizit israelische Speisen anbot. Leute „aus der gebildeten, gut situierten Mittelschicht", wie er berichtete, nahmen ihn stellvertretend für Israel in Haftung, obwohl er sich explizit und in großen Lettern im Schaufenster von jeglicher Politik distanzierte. Im Herbst 2016 zog er die Konsequenz und schloss sein Restaurant.[3]

Aufsehen erregte auch die Entscheidung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin vom Februar 2015, das monatliche Gemeindemagazin *jüdisches berlin* den Mitgliedern und Abonnenten künftig nur noch in einem neutralen Umschlag zuzusenden, damit diese von Nachbarn nicht als Juden oder vermeintliche Juden erkannt und zum Ziel von Anfeindungen werden.

Im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg wurden zwei junge Männer mit Kippa im April 2018 auf offener Straße von mehreren Unbekannten beschimpft und angegriffen, unter anderem mit einem Gürtel. Einer der Betroffenen war ein junger israelischer Student.[4]

In Bonn wurde im Juli 2018 ein israelischer Hochschulprofessor aus den USA von einem jungen Deutschen mit palästinensischen Wurzeln beleidigt und attackiert. Danach wurde der jüdische Philosophie-Experte auch noch von der eintreffenden deutschen Polizei verletzt – weil diese ihn für den Täter hielt.[5]

Politiker äußern judenfeindliche Statements, die man in dieser Form kaum noch für möglich gehalten hätte, wie etwa der (einstige) Baden-Württembergische AfD-Abgeordnete Wolfgang Gedeon, für den Juden an der „Versklavung der Menschheit im messianischen Reich der Juden" arbeiten, mit dem

---

[2] Vgl. Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015.

[3] Über Florian Gleibs, den Besitzer des „Schmock", siehe folgenden Artikel in der WELT: https://www.welt.de/regionales/bayern/article158451750/Warum-ein-juedisches-Lokal-in-Muenchen-dichtmacht.html.

[4] rbb24 vom 18. April 2018; https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/04/antisemitischer-angriff-prenzlauer-berg-berlin.html (7. 2. 2019).

[5] Focus, 12. Juli 2018; https://www.focus.de/panorama/welt/bonn-verhaengnisvoller-irrtum-polizei-schlaegt-juedischen-professor_id_9248344.html (7. 2. 2019).

Mit CamScanner gescannt

Ziel der Durchsetzung einer „Judaisierung der christlichen Religion und Zionisierung der westlichen Politik".[6] Ein anderer AfD Politiker, Alexander Gauland, versuchte, im Sommer 2018, die Nazi-Zeit als „Vogelschiss" in der Geschichte Deutschlands herunterzuspielen.

Zur traurigen „Normalität" gehört nach wie vor auch die Schändung jüdischer Friedhöfe – bundesweit in etwa im wöchentlichen Rhythmus[7] – und die Notwendigkeit, jüdische Gemeindezentren und jüdische Schulen unter permanenten Polizeischutz zu stellen. Eine Maßnahme, die inzwischen in den meisten europäischen Ländern notwendig ist, seit 2015 nur noch übertroffen von der Situation in Belgien und Frankreich, wo aufgrund der akuten Gefahrenlage schwer bewaffnete Soldaten jüdische Einrichtungen, einschließlich Kindergärten, permanent schützen müssen.

Auch die pro-palästinensischen Demonstrationen des Sommers 2014, die sich meist als antiisraelisch und oft sogar als pro-Hamas Demonstrationen entpuppten, sind vielen Jüdinnen und Juden noch im Gedächtnis aufgrund des dort zur Schau getragenen offenen Judenhasses. „Jude, Jude feiges Schwein, komm heraus und kämpf' allein", skandierten zumeist arabisch-muslimische Demonstrationsteilnehmer in Berlin.

Aber das Unbehagen wächst auch infolge anderer Trends, jenseits aufgeheizter Straßen-Demos und Pöbeleien: Antisemitische Interpretationen des Nahostkonflikts und anderer aktueller Ereignisse in der Region sind auch in den deutschen Mainstream-Medien keine Seltenheit mehr. So veröffentlichte die *Süddeutsche Zeitung* mehrfach Karikaturen, die als dezidiert antisemitisch verstanden werden können. Der Erfinder und Besitzer von Facebook, Mark Zuckerberg, wurde dort beispielsweise am 21. Februar 2014 als langnasige Krake dargestellt, die stark an die Repräsentation von Juden im nationalsozialistischen *Stürmer* erinnerte. Eine andere Karikatur der *Süddeutschen* zeigte am 2. Juli 2013 ein gehörntes Monster, dem eine Dame Essen reicht, Untertitel: „Deutschland serviert. Seit Jahrzehnten wird Israel, teils umsonst, mit Waffen versorgt. Israels Feinde halten das Land für einen gefräßigen Moloch." Man muss kein Geschichtsprofessor oder Psychologe sein, um zu erkennen, dass hier alte antisemitische Assoziationen zum Vorschein kommen und entsprechend bei den Lesern geweckt werden.

---

[6] Samuel Salzborn in der „taz", 10. Oktober 2016. Vgl. http://www.taz.de/!5346882/ (13. 12. 2016).

[7] Im Zeitraum von 2002 bis 2006 kam es in Deutschland zu 237 Schändungen von jüdischen Friedhöfen. Vgl. hierzu: http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/076/1607688.pdf. Der Journalist Martin Krauss schreibt von etwa 50 Friedhofsschändungen pro Jahr bis zum Jahre 2009. Vgl. http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/9332

Werden umgekehrt antisemitische Darstellungen des Nahostkonflikts kritisiert, so macht sich hierzulande rasch Empörung breit – nicht etwa über die antisemitischen Darstellungen und die Verwendung antisemitischer Stereotype, sondern über diejenigen, die es wagen, diese anzuprangern, wie im Fall von Jakob Augstein. Augstein fand sich mit seinen Äußerungen zu Israel auf dem neunten Platz einer vom Simon-Wiesenthal-Center veröffentlichten weltweiten Hitliste antisemitischen Verunglimpfungen des Jahres 2012 wieder.[8] Die meisten deutschen Kommentatoren kritisierten daraufhin nicht Augsteins Gleichsetzungen von Hamas und Israel oder dessen Verwendung christlich-antisemitischer Stereotype wie der Vorwurf, das Judentum rufe zur Rache auf. In der Debatte um Augstein dominierte vielmehr die Frage, wieso ein deutscher Journalist der Mitte auf einer solchen Liste landet, wo er doch nur Israel kritisiere, und nicht die Juden an sich. Dass es auch hier Zusammenhänge geben könne, fiel nicht in den Gesichtskreis der Betrachter.

Geradezu absurd und zynisch wird es dann, wenn gegen europäische Juden gerichtete Gewalttaten im Nachhinein als Kritik an Israel uminterpretiert werden. So verübten drei junge Palästinenser im Sommer 2014 einen Brandanschlag auf die Synagoge in Wuppertal. Die behandelnden Richter beim Amts- und Landgericht weigerten sich, dies als antisemitischen Vorfall einzustufen. Es habe sich eher um eine politisch motivierte Tat im Zusammenhang mit dem jüngsten Gaza-Krieg gehandelt. Die Justiz übernahm damit die antisemitische Logik der Täter, die Wuppertaler Juden wären direkt oder indirekt mitverantwortlich für die Leiden der Palästinenser im von der Hamas regierten Gaza-Streifen.

Allein diese wenigen Beispiele zeigen, dass der neue Antisemitismus in diffusen Gestalten daherkommt, unterschiedliche Träger besitzt und sich bestimmte Formen von Judenhass mittlerweile abzulösen scheinen. Christlich-religiöse und rassistische antisemitische Stereotype mögen noch in manchen Köpfen spuken, doch zumindest in Deutschland finden sie kaum noch Akzeptanz. Der Vorwurf an das jüdische Volk, die „Mörder Christi" zu sein, wird höchstens noch in ewig gestrigen Kreisen kirchlicher Fundamentalisten ernst genommen, und wer Juden heute noch als „Parasiten", „Kulturzerstörer" oder „gefährlich für die Reinheit der Rasse" darstellt, erntet meist nur noch bedauerndes Kopfschütteln.

Auf der anderen Seite sind neue Feindbilder und Vorurteile gegenüber Juden entstanden, die kaum weniger Anlass zur Sorge geben. Häufig richten sie

---

[8] Vgl. http://www.wiesenthal.com/atf/cf/%7B54d385e6-f1b9-4e9f-8e94-890c3e6dd277%7D/TT_2012_3.PDF.

Mit CamScanner gescannt

sich gegen den modernen Staat Israel, den viele Europäer (und Nicht-Europäer) nicht nur in politischer Hinsicht kritisch betrachten, sondern auch wie einen „Paria" unter den übrigen Nationen behandeln. Europa treibt einerseits zwar die wirtschaftliche Kooperation mit dem Hi-Tech Land Israel voran, gehört andererseits aber zu den schärfsten Kritikern, wenn es um den fortwährenden Nahostkonflikt geht. Dass hier kritische und misstrauische Einstellungen rasch in Wahnvorstellungen umschlagen können, haben empirische Studien in verschiedenen europäischen Staaten – einschließlich der Bundesrepublik Deutschland – schon zur Genüge belegt. So waren bei einer Umfrage innerhalb der EU aus dem Jahre 2003 knapp 60 Prozent der Befragten der Meinung, Israel stelle die größte „Bedrohung für den Weltfrieden" dar. Das kleine Land am Mittelmeer, durch verschiedene Nahost-Kriege mehrfach selbst in existenzielle Gefahr geraten, rangierte damit noch deutlich vor Regime-Staaten wie Nordkorea und Iran.

In diesem Trend merkwürdiger europäischer Sichten auf Israel und die Welt, aber auch nicht aufgearbeiteter Vorurteile und Stereotypen gegenüber Juden und Judentum schwimmt das heutige Deutschland mittendrin mit. Daran, dass Umfragen unter der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung – durchgeführt von verschiedensten Meinungsforschungsinstituten – seit Jahrzehnten auf einen Anteil von rund 20 Prozent der Befragten stoßen, die manifeste antisemitische Vorurteile pflegen, hat sich die Öffentlichkeit offenbar gewöhnt. Als deutlich alarmierender wird zumindest von Wissenschaftlern noch wahrgenommen, dass eine Reihe von modernisierten Vorurteilen und Vorwürfen gegen Juden (Juden als Urheber der Finanzkrise, Israel als „Brandstifter" im Nahen Osten u. a.) inzwischen die gesellschaftliche Mitte erreicht hat.[9]

In elitären und intellektuellen Kreisen ist es während der letzten Jahre in Mode gekommen, Israel nicht nur für den Stillstand im israelisch-palästinensischen Dauerkonflikt, sondern auch für die Instabilität des Mittleren Ostens und das „Terrorismusproblem" schlechthin verantwortlich zu machen. Verschiedene Initiativen unterstützen inzwischen auch in Deutschland den Boykott israelischer Produkte. Bisweilen geht die Entsolidarisierung mit Israel auch einher mit verbalen Vergleichen, die an die Verbrechen der Nazis erinnern. Israels Armee werden „faschistische Methoden" unterstellt, und Gaza „erinnert" deutsche Nicht-Juden an das Warschauer Ghetto, das als Sammellager für 500.000 Jüdinnen und Juden diente, die unter

[9] Vgl. Schwarz-Friesel, Monika u. Evyatar Friesel, Jehuda Reinharz (Hrsg.): Aktueller Antisemitismus in Deutschland. Ein Phänomen der Mitte. Berlin/New York 2010.

unmenschlichen Bedingungen dort auf den Transport in Vernichtungslager warten mussten.[10]

Geplante djihadistische Anschläge gegen Juden und jüdische Einrichtungen konnten in Deutschland bisher weitgehend verhindert werden. Doch Bluttaten wie jene an der jüdischen Schule in Toulouse 2012 erschütterten jüdische Gemeinden in ganz Europa. Drei kleine Kinder und ein Lehrer wurden gezielt und aus nächster Nähe erschossen, weil sie Juden waren. Die Botschaft war klar: Jüdische Kinder sind auch in jüdischen Schulen nicht geschützt vor Antisemitismus. Der Anschlag führte zu keinem Aufschrei in der Gesellschaft oder gar zu Massendemonstrationen. Er schien nur Juden anzugehen, obwohl derselbe Attentäter einige Tage zuvor drei Soldaten ermordet hatte, allein weil sie im Sold der französischen Armee standen. Ein viertes Opfer unter den Soldaten ist bis heute querschnittsgelähmt. Zwei Jahre später, im Mai 2014, richtete ein weiterer französischer Djihadist ein Blutbad im Jüdischen Museum in Brüssel an. Vier Menschen starben. Die Welt zeigte sich schockiert, und es schien sich zumindest ansatzweise ein Bewusstsein zu entwickeln für die Gefahr, die von den hunderten, inzwischen einigen tausenden Djihadisten ausgeht, die durch den Islamischen Staat und Al Qaida ausgebildet wurden und werden. Aber auch hier blieben Massenkundgebungen für Solidarität mit Israel und gegen Antisemitismus aus. War es nicht doch vor allem ein Problem für die Juden selbst?

Diese Wahrnehmung änderte sich Anfang 2015. Die Anschläge in Paris vom Januar zeichneten sich durch äußerste Brutalität aus. 17 Menschen wurden hingerichtet. Die Attentäter wurden von Al Qaida beziehungsweise dem Islamischen Staat zumindest inspiriert, teilweise finanziert und militärisch ausgebildet. Ziel des Terrors in Paris waren diesmal die Meinungsfreiheit, der französische Staat und die Juden: Die Redaktionsmitglieder von *Charlie Hebdo* und deren Gäste wurden ermordet, weil sie sich die Freiheit nahmen, über den Propheten Mohammed zu lachen und ein (erst) seit etwa dem 16. Jahrhundert für die Mehrheit der islamischen Glaubensrichtungen geltendes Verbot, Bilder des Propheten anzufertigen, missachteten. (Einige Imame, wie der französische Imam Abdelali Mamoun, vertreten übrigens den Standpunkt, dass dieses Verbot selbstverständlich nur für Muslime gilt.) Drei Polizisten wurden ermordet, weil sie französische Polizisten waren: einer der Beamten – übrigens mit muslimischem Hintergrund – wurde hingerichtet, als er schon

[10] Die deutschen katholischen Bischöfe Walter Mixa und Gregor Maria Hanke stellten diesen Zusammenhang nach einem Besuch von Yad Vashem und dem Gazastreifen im Jahr 2007 her.

Mit CamScanner gescannt

verletzt und wehrlos am Boden lag. Schließlich wurden vier Kunden eines koscheren Supermarktes ermordet, weil sie Juden waren.[11]

Antisemitischer Wahn mag auch bei den Anschlägen am 13. November 2015 in Paris eine Rolle gespielt haben, selbst wenn sich unter den Opfern kaum Juden befanden. Der Konzertsaal „Bataclan" gehörte jahrelang einem jüdischen Besitzer, und sowohl das Haus als auch die am Abend des Massakers spielende Band hatten sich nicht dem Druck gebeugt, Israel, beziehungsweise israelische Musiker zu boykottieren. Fest steht, dass gewaltbereite Islamisten längst nicht „nur" Juden bedrohen und ermorden, auch wenn diese nach wie vor ein bevorzugtes Ziel darstellen. Fest steht auch, dass die Gefahr nicht auf Frankreich begrenzt ist. Die Serie von Terroranschlägen 2015 und 2016 zielte wahllos auf Zivilisten in verschiedenen Ländern Europas. Die Mörder sind heute noch vereinzelt und werden vom Staat bekämpft. Trotzdem wächst die Gefahr, weil die ihr zugrundeliegende Ideologie noch immer verharmlost, toleriert und entschuldigt wird.

Antisemitismus ist ein integraler Bestandteil islamistischer Ideologie, ob gewaltbereit oder „moderat". Islamisten geht es um eine Vorherrschaft des Islams. Sie sehen sich als Opfer einer globalen Verschwörung und eines globalen Kriegs gegen „die Muslime" – angeführt von „den Christen" und „den Juden". Genau darin unterscheiden sie sich von Muslimen, die in Deutschland und anderen europäischen Ländern mehrheitlich eine säkulare Gesellschaft akzeptieren und wünschen.

Die Mehrheit der in Deutschland und Europa lebenden Muslime lehnt sowohl Terror als auch sonstige Angriffe auf Juden ab. Allerdings sind antisemitische Einstellungen, wie zahlreiche Umfragen zeigen, unter Muslimen besonders weit verbreitet – proportional zur Religiosität und besonders hoch bei Fundamentalisten. Eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin stellte einen deutlichen Unterschied zwischen Muslimen und Christen fest. 10,5 Prozent der befragten Christen, aber 28 Prozent der Muslime in Deutschland gaben an, dass man Juden nicht vertrauen könne.[12] Eine Ende 2014 in Frankreich durch die Stiftung Fondapol veröffentlichte Umfrage zeigt, dass das antisemi-

---

[11] Eine breite Solidarisierung mit den Opfern der Attentate, insbesondere von Charlie Hebdo erfolgte in Frankreich und in ganz Europa. Allerdings taten sich viele schwer, den antisemitischen Charakter der Morde im koscheren Supermarkt anzuerkennen. Viele warnten vielmehr vor einem Anstieg der Islamophobie. Die Autorin Christine Angot bemerkte dazu treffend „Die Juden werden ermordet und die Presse spricht von Islamophobie."

[12] Koopmans, Ruud: Religiöser Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit. Muslime und Christen im europäischen Vergleich. In: Rössel, Jörg u. Jochen Roose (Hrsg.): Empirische Kultursoziologie. Wiesbaden 2015, S. 455–490. Auf der 20th International Conference of Europeanists in Amsterdam, 25.–27. Juni, 2013, präsentierte Ruud Koopmans eine Tabelle

tische Niveau unter Muslimen durchschnittlich in etwa bei dem von Anhängern der rechtsextremen Front National liegt.

Eine wesentliche Ursache für den heute teils extrem hohen Antisemitismus unter Muslimen scheint sich im Zusammenspiel des durch die deutschen Nazis in die muslimische Welt exportierten Judenhasses, der islamischen Tradition, nach der jüdische Minderheiten in islamisch verfassten Gesellschaften über Jahrhunderte diskriminiert wurden, und schließlich auch in für Muslime heiligen Texten und deren Interpretationen zu finden. In der Öffentlichkeit gilt dies allerdings nach wie vor als Tabuthema.

Tatsächlich wird Antisemitismus unter Islamisten, sei es seitens des einflussreichen Ideologen der Muslimbruderschaft Al-Qaradawi, des türkischen Präsidenten Erdoğan oder auch innerhalb vieler Islamverbände in Deutschland kaum thematisiert. Letztere geben vor, repräsentativ zu sein, was sie laut Umfragen nicht sind. In Wirklichkeit sind sie mehrheitlich islamistisch geprägt, und in vielen von ihnen beeinflussten Moscheen wird in Wort und Schrift entsprechende Propaganda betrieben.[13]

Holocaustleugnungen oder gar eine Verherrlichung des nationalsozialistischen Genozids an den europäischen Juden treten bisher nur in neonazistischen und radikalislamischen Randgruppen auf. Bestimmte Relativierungen des Holocaust und eine damit verbundene Täter-Opfer-Umkehr haben jedoch den Weg in den gesellschaftlichen Mainstream gefunden, insbesondere, aber nicht ausschließlich über den Umweg der Israelfeindschaft.

Scheinbar mühelos schafft es der heutige Antisemitismus, sein Gesicht immer wieder zu wandeln. Im Mittelalter, als Religion und Aberglaube das gesellschaftliche Wertesystem ganz wesentlich bestimmten, wurden Juden des Christusmordes bezichtigt. Judenhass äußerte sich in radikalster Weise in Pogromen, nicht selten bei abenteuerlichen Beschuldigungen wie „Ritualmord" oder „Hostienfrevel". Im Zeitalter der Moderne, in welchem Wissenschaft und Rationalität rasch an Einfluss gewannen, schälten sich schließlich auch Nationalstaaten heraus. Just zur gleichen Zeit wurden die Juden zu den Feinden der Nationen erklärt und ihnen ein eigener Drang nach „Weltherrschaft" unterstellt. Mit dem Stereotyp der „zersetzenden Rasse" wurde schließlich das perfekte Feindbild geschaffen, um tiefsitzende antijüdische Aversionen in organisierte Gewalt münden zu lassen – bis hin zu den Gaskammern von Auschwitz.

---

mit den Ergebnissen in den einzelnen Ländern unter dem Vortragstitel „Religious fundamentalism and out-group hostility among Muslims and Christians in Western Europe."

[13] Vgl. hierzu den Beitrag von Günther Jikeli in diesem Buch.

Mit CamScanner gescannt

Im Zeitalter der Postmoderne werden Nationalstaaten mitunter als angebliche Relikte der Vergangenheit betrachtet. Doch im Namen der Menschenrechte werden nun Juden und der jüdische Staat des Nationalismus, Rassismus und des Genozids als schlimmsten Verbrechen gegen die Menschheit beschuldigt.

Mittlerweile lässt sich aber auch beobachten, dass das Unbehagen über die (wieder) wachsende Feindschaft gegen Juden und insbesondere gegen Israel einen Teil der nichtjüdischen Gesellschaft beunruhigt und mobilisiert. Nach Attacken auf jüdische Einrichtungen oder Rabbiner kommt es häufig zu spontanen Solidarisierungen, zu Mahnwachen, politischen und künstlerischen Aktionen, die den in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden wieder Mut machen sollen.

Andererseits scheinen Gesellschaft und Politik insgesamt noch kein tragfähiges Konzept gefunden zu haben, antisemitische Trends in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Dies scheint umso dringlicher, da Antisemitismus inzwischen kein „Alleinstellungsmerkmal" mehr der radikalen Rechten ist, sondern auch von anderen Milieus und Bewegungen zunehmend bedient wird. Doch schon bei der Erfassung des Problems gibt es erhebliche Defizite. Die angewandten Kategorien stammen noch aus den siebziger Jahren. Behörden erfassen nur politisch motivierte Kriminalität von „Rechts- und Linksextremen sowie Ausländern". Weitere Trägergruppen fallen per se heraus.[14]

Die Kategorie „Ausländer" ist weder ausreichend noch zeitgemäß im Einwanderungsland Deutschland. Auch die Definition, was als antisemitisch gilt, muss sich der neuen Realität anpassen. Wird ein israelischer Mann, wie in Berlin geschehen, aufgrund eines Davidsterns an seiner Halskette in der U-Bahn als Jude erkannt und angegriffen, möglicherweise antisemitisch als „Kindermörder" und mit Sympathiebekundungen für die Hamas beschimpft, so wird selbst das nicht als antisemitischer Vorfall eingestuft.

Die wissenschaftliche Forschung trägt leider nicht immer zur Klarheit bei. Eine Studie im Auftrag des Berliner Senats[15] sorgte Anfang 2015 für einen Skandal, da sie, anstatt Vertreter jüdischer Gruppen systematisch zu befragen und beschriebenen Vorfällen nachzugehen, diesen unterstellte, Antisemitismus zu übertreiben oder gar zu „instrumentalisieren". Die gleiche Studie ver-

---

[14] Vgl. hierzu die Beiträge von Daniel Poensgen/Benjamin Steinitz und von Günther Jikeli in diesem Band.

[15] Kohlstruck, Michael u. Peter Ullrich: Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin, Heft 52 der Reihe Berliner Forum Gewaltprävention. Berlin 2014.

suchte zudem, „Antizionismus" vor dem (pauschalen) Vorwurf des Antisemitismus zu retten.

Die Frage, ob Antizionismus antisemitisch ist oder nicht, geht jedoch am Thema vorbei. Wer heutigen Antizionismus in seiner radikalen Form, das heißt das Bestreben nach Auflösung des jüdischen Staats, vertritt, nimmt in Kauf, dass die dort nun seit Generationen lebenden Staatsbürger nicht mehr vor Organisationen wie Hamas und Hizbollah, dem Assad-Regime und dem Islamischen Staat geschützt wären.

Um dem alt-neuen Antisemitismus in Deutschland wirksam begegnen zu können, bedarf es gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen, die weder auf Politiker noch auf Publizisten, weder auf Journalisten, Sicherheitsexperten, noch auf Pädagogen, Theologen, Künstler und andere Multiplikatoren-Gruppen verzichten können. Doch bevor hier an einem gemeinsamen Strang gezogen werden kann, scheint es zunächst einmal notwendig, eine breitere Öffentlichkeit – weit über die Fachwelt hinaus – für die neuen, oft eher subtil daherkommenden und am Ende doch sehr aggressiven Formen von Judenfeindschaft zu sensibilisieren. Denn es besteht kein Zweifel: Auch die überzeugten Antisemiten haben, was öffentliche Selbstdarstellung und manipulative Mechanismen betrifft, während der letzten Jahre und Jahrzehnte enorm „dazugelernt".

PREUSSISCHER STAATS-BIBLIOTHEK ZU BERLIN KULTURBESITZ

Der vorliegende Sammelband versteht sich als ein Versuch, alte und neue Tendenzen von Antisemitismus in Deutschland präzise zu schildern, die heute in gleicher und ähnlicher Weise auch in anderen europäischen Ländern – nicht zuletzt in der EU selbst – anzutreffen sind. Profilierte Autoren gehen auf die unterschiedlichen antisemitischen Tendenzen ein, beschreiben die Akteure und Strategien, zeigen deren Gefährlichkeit und die bisherigen Wirkungen im öffentlichen Raum, wie bei den Betroffenen selbst. Einige der in diesem Band versammelten Autoren waren bereits 2016 bei einem Tagessymposium „Das Neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland und Europa" in Berlin dabei. Im vorliegenden Band stellen sie erweiterte Forschungsergebnisse vor.

Gideon Botsch beschreibt, wie Antisemitismus und Judenfeindschaft in der rechtsradikalen Szene in Deutschland, verglichen mit früher, zwar weniger laut artikuliert und deshalb auch weniger öffentlich wahrgenommen wird. Anhand von jüngeren Beispielen zeigt er dagegen sehr transparent, wie wichtig der Antisemitismus für die Ideologie und das Selbstverständnis der radikalen Rechten geblieben ist. Vor dem Hintergrund der jüngsten rechtsradikalen Attentate in den USA und Australien gewinnt der Artikel noch an zusätzlicher, internationaler Aktualität.

Samuel Salzborn erläutert seinerseits, wie stark Teile der antiimperialistischen Linken in ihrer Kapitalismus- (und Globalisierungs-) Kritik auf antiisra-

Mit CamScanner gescannt

elische und antijüdische Stereotype fixiert geblieben sind, ohne dies möglicherweise selbst zu reflektieren. Ein maßgeblicher Schritt für eine anti-antisemitische Linke müsste laut Salzborn darin bestehen, antiimperialistische Positionen als zentrales „Weltbild" zu kritisieren und politisch zu isolieren.

Günter Jikeli zeigt, wie attraktiv antijüdische Feindbilder für junge Muslime in europäischen Metropolen – einschließlich Berlin – sind, sodass sie häufig gar nicht mehr hinterfragt werden. Er geht ebenso auf die Ursachen des Antisemitismus vor allem unter jungen Muslimen in Europa ein, welcher signifikant stärker ausgeprägt ist als bei anderen Bevölkerungsgruppen.

Stephan Grigat widmet sich Bestrebungen des islamistischen Regimes im Iran, regelmäßig innergesellschaftliche und durch den Weltmarkt evozierte Widersprüche hemmungslos in Aggressionen gegen Israel zu transformieren. Grigat schreibt, dass Israel das iranische Regime als derzeit größte Gefahr für sich wahrnehme, und er kritisiert die ambivalente und oft widersprüchliche Haltung der westlichen Welt zu diesem Regime.

Olaf Glöckner nimmt Bezug auf die sogenannte „Beschneidungsdebatte" in Deutschland im Laufe des Jahres 2012. Das Urteil des Kölner Landgerichtes vom Mai 2012, die Zirkumzision als Körperverletzung und damit als Strafbestand einzustufen, löste monatelange, teils emotional aufgeladene Kontroversen aus, die ihren Widerhall in anderen EU-Staaten fanden.

Monika Schwarz-Friesel geht dem Phänomen „Hass" als kulturellem Gefühlswert und emotionalem Fundament des aktuellen Antisemitismus nach. Sie kommt zu dem Schluss, dass Antisemitismus keine Menschenfeindlichkeit sei, sondern ausschließlich Judenfeindschaft. Antisemitische Äußerungen weisen laut Schwarz-Friesel einen extrem hohen Emotionsindex auf, zeigen Obsessivität und Rigidität, aber auch schlichtweg Faktenresistenz.

Kai Schubert setzt sich mit offenem und subtilem Antisemitismus in deutschen Qualitätsmedien auseinander und beschreibt diffizile Strategien von Diskreditierung und eigener Schulabwehr, die sich häufig an Israel entladen. Schubert geht zudem davon aus, dass viele Medienvertreter/-innen nicht in der Lage sind, modernisierte Formen von Antisemitismus zu erkennen.

Matthias Becker und *Hagen Troschke* beschreiben das Internet als den heute bedeutendsten Ort für die rasante Ausbreitung des Antisemitismus. Insbesondere über die neuen sozialen Medien verstärkten sich antijüdische Aussagen und Inhalte gegenseitig. Eine ganze Reihe von Möglichkeiten digitaler Interventionen, dem gegenzusteuern, stünde inzwischen bereit, würden bislang jedoch kaum genutzt werden.

Daniel Poensgen und *Benjamin Steinitz* erläutern die Notwendigkeiten und bisherige Erfahrungen eines zivilgesellschaftlichen Monitorings antisemiti-

scher Vorfälle. Sie verweisen auf die hohe Dunkelziffer von nicht erfassten judenfeindlichen Vorfällen in Deutschland und gehen auf die vor wenigen Jahren in Berlin entstandene Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) ein, aus der heraus sich mittlerweile ein bundesweites Erfassungssystem entwickelt.

Levi Salomon und Jona Fedders zeigen, wie hochgradig die jüdischen Gemeinschaften in verschiedensten Orten – einschließlich Berlin – inzwischen durch antijüdische Zwischenfälle verunsichert sind. Sie plädieren dafür, persönliche Erlebnisse und Empfindungen der Betroffenen als Ergänzung zu polizeilichen Kriminalstatistiken und empirischen Erhebungen ernst zu nehmen.

Sergey Lagodinsky stellt die Frage, inwiefern hoher Bildungsgrad – beispielweise an Hochschulen – die Anfälligkeit gegenüber antisemitischen Vorurteilen vermindert, oder auch nicht. Dass die „Bildungseliten von morgen" die ihnen attestierten Vorteile beim Erlangen und Praktizieren von Toleranz und Offenheit tatsächlich nutzen, hält er für nicht selbstverständlich.

Jérôme Lombard setzt sich mit der wachsenden Zahl von Anfeindungen gegen jüdische Kinder an öffentlichen Schulen in Deutschland auseinander – ein Phänomen, das Mädchen und Jungen, Eltern und Lehrer offenbar häufig unvorbereitet trifft. Der Autor hält die Situation für so bedrohlich, dass eine statistische Erfassung zu antisemitischem Mobbing an Schulen inzwischen geboten sei.

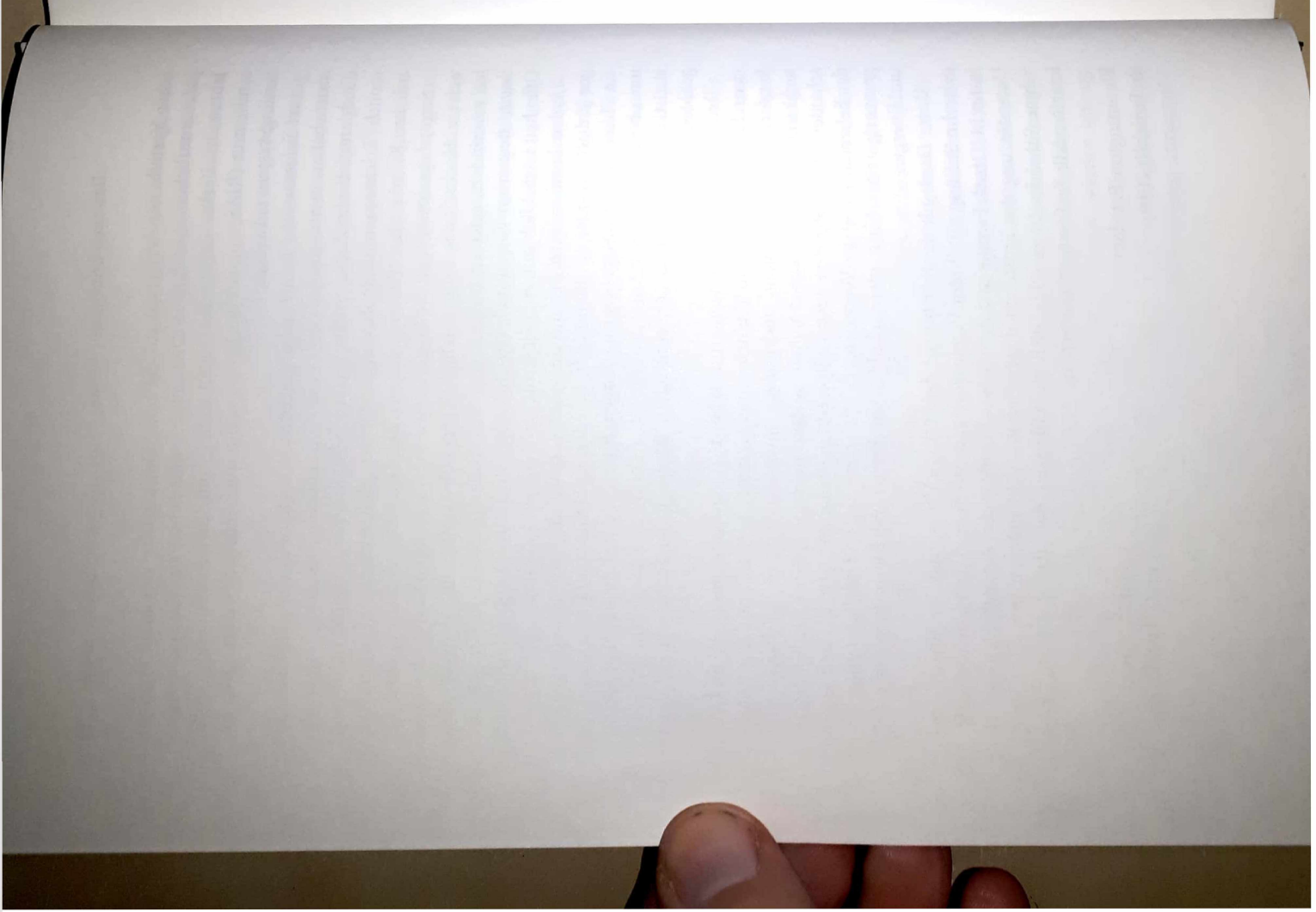
Den Herausgebern war vollkommen bewusst, dass trotz der Breite und Varianz der hier vorgestellten Themen keine „Gesamtschau" auf moderne Judenfeindschaft in Deutschland und Europa entstehen konnte. Gleichwohl sind nicht wenige der hier versammelten Autoren neben ihrem Leben als Wissenschaftler und Publizisten auch zivilgesellschaftliche Akteure, die sich gegen den beliebten Trend des Vergessens, der Relativierung und der kulturellen Abgrenzung stellen. Umso mehr schulden wir ihnen Dank für die investierte Zeit und Energie.

Unser Dank gilt darüber hinaus dem OLMS Verlag und der Moses Mendelssohn Stiftung mit ihrem Vereinsvorstand Prof. Dr. Julius H. Schoeps, der Justin M. Druck Familie und dem Moses Mendelssohn Zentrum, ohne deren Unterstützung das Entstehen dieses Bandes nicht möglich geworden wäre. Sabine Schröder ist es schließlich zu verdanken, dass das Manuskript eine leserfreundliche Form bekommen hat.

Bloomington/Potsdam
im Frühjahr 2019

Günther Jikeli
und Olaf Glöckner

Mit CamScanner gescannt



Gideon Botsch

Rechtsextremismus und „neuer Antisemitismus“

Im Rahmen der „Free Gaza“-Proteste anlässlich der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem von der Hamas kontrollierten Gazastreifen im Sommer 2014 wurden mehrfach Gewalttaten begangen und noch häufiger angedroht. Zu den herausgehobenen Ereignissen zählte der Auftritt einer Gruppe deutschsprachiger Männer offenbar arabischer Herkunft, die an einer Protestdemo in Berlin am 17. Juli 2014 teilnahmen. Sie waren mit schwarz-weißen Kufiyas ausgestattet, sammelten sich unter einem Arafat-Plakat und skandierten die Parole: „Jude, Jude feiges Schwein / komm heraus und kämpf' allein!“ [1] Aus dieser Gruppe fiel ein junger Mann durch sein aggressives Gebaren und seine Erscheinung besonders auf, der sich auf den rechten Arm eine Reihe von neonazistischen Zeichen und Parolen hatte tätowieren lassen, darunter den Vers: „Das tapfere palästinensische Volk sollte man Ehren / Da sie noch die einzigen sind auf dieser Welt / die sich gegen den Zionisten wehren.“[2] Dabei handelt es sich um eine etwas abgewandelte Zeile aus dem Lied „Israel“ von *Hassgesang*, einem offen neonazistischen Musikprojekt aus Brandenburg.[3]

Das Auftreten dieses jungen Mannes, der vermutlich palästinensischer Herkunft ist, aber vielleicht in Deutschland sozialisiert wurde, wirft die Frage

---

[1] Siehe z. B. https://www.youtube.com/watch?v=pAHuw0tBGvo (11. 7. 2017).

[2] Siehe z. B. https://de.wikipedia.org/wiki/Operation_Protective_Edge#/media/File:Openly_antisemitic_Protester_in_Berlin_(17. 7. 2014).jpg (Originalfoto © Boris Niehaus; 31. 7. 2017).

[3] Im Original: „Das tapfere Volk von Palästina sollte man verehren / Weil sie allein sich auf der Welt noch gegen Juden wehren“. Das Lied beruft sich auf die „Protokolle der Weisen von Zion“, enthält den Aufruf „Vernichtet dieses Land“ und endet mit der Zeile „Atombomben auf Israel“. Zit. n. Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien, Entscheidung Nr. 6571 (V) v. 11. Februar 2004 betr. Indizierung der CD „B.Z.L.T.B.“ („Bis zum letzten Tropfen Blut“ der Gruppe „Hassgesang“), S. 13f., Kopie im Archiv der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus des MMZ Potsdam (EJGF), Bandordner „Hassgesang“.

Mit CamScanner gescannt

nach der Beziehung des „neuen Antisemitismus" zum Rechtsextremismus im Allgemeinen und seiner neo-nationalsozialistischen Spielart im Besonderen auf. Es verweist damit auf eine gravierende Forschungslücke in Bezug auf aktuelle Herausforderungen durch Antisemitismus und Judenhass. Es ist die These dieses Essays, dass weder die Rechtsextremismusforschung Wandlungs- und Anpassungsprozesse im Antisemitismus adäquat erfasst, noch Forschungen zum aktuellen Antisemitismus die spezifisch rechtsextreme Dimension dieses Phänomens hinreichend berücksichtigen.

Die Debatte um den „neuen Antisemitismus"

Die Wahrnehmung und öffentliche Thematisierung des Antisemitismus hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten deutlich gewandelt. Dabei spielen radikal israelfeindliche Manifestationen in der westlichen Welt, die im Gefolge der sogenannten Zweiten oder Al-Aqsa-Intifada seit Herbst 2000 zu beobachten waren, eine maßgebliche Rolle. Was diese „Debatte über den ‚neuen Antisemitismus' prägt und von der Debatte über den ‚alten Antisemitismus' unterscheidet, ist der Bezug auf den Nahostkonflikt".[4] Der Begriff „neuer Antisemitismus" bleibt dabei auf vielfältige Weise ambivalent, sodass sein Geltungsbereich deutlich eingeschränkt werden muss. Lars Rensmann spricht von „modernisiertem Antisemitismus" und verweist auf „antisemitische Denk- und Ausdrucksformen", die auf die „veränderten demokratischen Ansprüche nach dem Holocaust mit ideologischen Codierungen und Modifikationen reagieren (und etwa auf der Angebotsseite neue, ‚legitime' antisemitische Mobilisierungsstrategien entwickeln), ohne notwendig mit dem modernen Antisemitismus als Weltdeutung zu brechen".[5] Auch Monika Schwarz-Friesel, Evyatar Friesel und Jehuda Reinharz halten fest, dass aktuelle „Manifestationsformen der Judenfeindschaft" auf „tradierten stereotypen Konzeptionalisierungen" von Juden beziehungsweise dem Judentum basieren. „Neu" an diesem Phänomen sei demgegenüber, dass „Israel als primärer Bezugsrahmen und Projektionsfläche der Judenfeindschaft diene"; dass die „Hemmschwelle, antisemitische Inhalte auch öffentlich zu verbalisieren", gesunken sei; sowie dass „nicht mehr nur die traditionell mit Anti-

---

4 Rabinovici, Doron u. Ulrich Speck, Natan Sznaider, Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt a. M. 2004, S. 7–18, Zitat: S. 10.

5 Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2004, S. 79.

semitismus assoziierten Rechtsextremen die sozial relevanten Träger antisemitischen Gedankenguts" seien.[6]

In der Auseinandersetzung mit den aktuellen Problemdimensionen des Antisemitismus wird die Herausforderung durch spezifisch rechtsextremistische Formen häufig marginalisiert, mitunter bagatellisiert. Parallel dazu findet die Entstehung der Judenfeindschaft aus dem Christentum, die Verwerfung des jüdischen Volkes durch Teile der christlichen Theologie, in der Zwischenzeit eher historisches Interesse, während das Fortleben von christlichem Antijudaismus in der Gegenwart oft unerkannt bleibt. Man kann sagen, dass sich in einem Teil der Öffentlichkeit, auch der wissenschaftlichen Fachöffentlichkeit, die Problemwahrnehmung massiv verschoben hat. Die zentralen gesellschaftlich-politischen Bezugssysteme, denen Antisemitismus und Antijudaismus lange Zeit assoziiert wurden – die politische Rechte, der Nationalismus und das Christentum – treten in den Hintergrund; seit dem Zweiten Weltkrieg – und insbesondere seit dem Sechstage-Krieg 1967 – sei die Judenfeindschaft demnach übergangen auf die politische Linke, den Internationalismus und den Islam.

Diese Konstruktion ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Erstens blendet sie aus, in wie hohem Maße der politische Rechtsextremismus und radikale Nationalismus bis heute an der Schöpfung antisemitischer Mythen, an der Verbreitung antisemitischer Propaganda und an der Begehung antisemitischer Straf- und Gewalttaten beteiligt ist. Sie erzeugt aber, zweitens, auch ein Bild, demzufolge der Antisemitismus der extremen Rechten nur rückwärtsgewandt, „ewig-gestrig" sei und an dem „neuen" Antisemitismus nicht teilhabe. Aber die heutigen Rechtsextremisten sind nicht einfach Wiedergänger des untergegangenen Hitler-Regimes. Das gilt auch und gerade für den neonazistischen Teil des Lagers. Rechtsextremer Antisemitismus der Gegenwart ist seinerseits Ausdruck des Gesamt-Komplexes, der unter dem Stichwort „neuer Antisemitismus" diskutiert wird. Rechtsextremisten nehmen Anteil am Bezug auf den Nahostkonflikt und partizipieren an weiteren Elementen, die für die antisemitischen Herausforderungen der Gegenwart typisch sind.

---

[6] Schwarz-Friesel, Monika u. Evyatar Friesel, Jehuda Reinharz: Aktueller Antisemitismus als ein Phänomen der Mitte. Zur Brisanz des Themas und der Marginalisierung des Problems. In: Dies. (Hrsg.): Aktueller Antisemitismus. Ein Phänomen der Mitte, Berlin 2010, S. 1–14, Zitat: S. 2f.

Mit CamScanner gescannt

Dimensionen des Antisemitismus zu Beginn des 21. Jahrhunderts

Aktuelle Äußerungsformen von Judenfeindschaft können durchweg dem „Post-Holocaust-Antisemitismus“[7] zugeordnet werden, weil sie alle trotz – oder wegen – der historischen Erfahrung der totalen Vernichtungspolitik des nationalsozialistischen Regimes zu Tage treten. Dieser aktuelle Antisemitismus konstituiert sich aus (mindestens) fünf Dimensionen, die in der empirischen Wirklichkeit eng miteinander verknüpft und nicht ohne weiteres „kategorial“ zu trennen, analytisch indes deutlich zu identifizieren sind. Drei dieser Dimensionen sind „alt“ in dem Sinne, dass sie an Weltanschauungsmuster anknüpfen, die bereits vor der Shoah verbreitet waren, wenngleich sie diese variieren und an die Gegenwart adaptieren. Zwei weitere hat es in dieser Form vor 1945 nicht gegeben, sie können also als „neu“ bezeichnet werden.

Eine der drei tradierten Dimensionen ist die Vorstellung von den Juden als treibender Kraft eines ausbeuterischen und zerstörerischen Kapitalismus. Diese Projektion kann unter bestimmten Bedingungen Anschluss finden an weitaus breitere, für sich genommen nicht antisemitische Formen der Kritik des Kapitalismus und – namentlich in jüngster Zeit – der sogenannten Globalisierung. Bei der zweiten Dimension handelt es sich um das Motiv einer weltweiten Verschwörung, die direkt von einem global agierenden Judentum gesteuert werde, zumindest aber in dessen Interesse wirke. Dieses Motiv bedarf stets der Feinde im Inneren und verknüpft sich heute, in Fortschreibung „antibolschewistischer“ Motive, nicht selten mit der Agitation gegen eine vermeintliche „politische Korrektheit“ und einen „linken Tugendterror“. Die dritte Dimension, die eine besondere Brisanz für die Gegenwart hat, aber im Wesentlichen schon in Entwicklungen vor 1933 angelegt war, ist im Antisemitismus des politischen Islams zu sehen. Der Islamismus beruft sich dabei auf antijüdische Passagen und Episoden in Koran und Sunna, also unmittelbar auf die muslimischen Offenbarungsschriften, und auf weitere muslimische beziehungsweise arabische Stereotype und Vorurteile gegen Juden. Er gewinnt seine Bedeutung indes aus der Einbettung in den politischen Islam als durch und durch moderne politische Ideologie, die erst im 20. Jahrhundert im islamischen Kulturkreis begründet wurde.

Zu diesen drei „alten“ Dimensionen treten solche hinzu, die erst aus einer historischen Situation heraus möglich wurden, wie sie sich nach 1945 entwickelte. Es handelt sich erstens um jene Form der Judenfeindschaft, die in

---

7 Rensmann, Demokratie und Judenbild, S. 26 und öfter.

Anlehnung an Theodor Adorno und Max Horkheimer als „sekundärer Antisemitismus" bezeichnet wird. Man kann auch von „Entlastungsantisemitismus" oder einem Antisemitismus der „Abwehr von Schuld und Scham" sprechen. Er äußert sich nicht nur in offener Leugnung der Shoah, sondern auch in deren Relativierung durch bagatellisierende oder verharmlosende Vergleiche. Ein weiterer Strang zielt auf die Desavouierung der Erinnerungspolitik und beschuldigt die Juden pauschal, sich mit Verweis auf die historischen Opfer ungerechtfertigte Vorteile in der Gegenwart zu verschaffen. Die zweite „neue" Dimension ist der verbreitete israelbezogene Antisemitismus, der naturgemäß erst nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 entstehen konnte. Israelbezogener Antisemitismus lässt sich definieren als „Übertragung der Kritik an der Politik Israels auf alle Juden".[8] Lars Rensmann spricht von „antisemitisch grundierter Israelfeindschaft"[9], in deren Rahmen Israel als „kollektiver Jude"[10] erscheine. Schon die „hervorstechende, spezifisch negative Aussonderung Israels aus der Staatenwelt" trage „indirekt antisemitische Züge, wie schon die emotionale Präokkupation mit vorgeblichen ‚israelischen Verbrechen'".[11] Israelfeindschaft ist mithin „Ausdruck eines neuen, geschlossenen Antisemitismus, und sie dient zugleich der Entlastung nationalsozialistischer und nationalistischer Politik".[12]

Die älteste in der Gegenwart fortlebende Form des Antijudaismus,[13] die christliche Judenfeindschaft, gilt gegenüber diesen fünf Dimensionen zumindest im deutschsprachigen Raum weithin als nicht mehr relevant, da die

---

[8] Heyder, Aribert u. Julia Iser, Peter Schmidt: Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Deutsche Zustände. Folge 3. Hrsg. v. Wilhelm Heitmeyer. Berlin 2005, S. 144–165, Zitat: S. 148–149.

[9] Rensmann, Lars: Der Nahost-Konflikt in der Perzeption des Rechts- und Linksextremismus. In: Faber, Klaus u. Julius H. Schoeps, Sacha Stawski (Hrsg.): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik. Berlin 2006, S. 33–47, Zitat: Anmerkungen S. 345; vgl. ders., Antisemitismus und Israelfeindschaft. In: Glöckner, Olaf u. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme. Hildesheim [u. a.] 2016, S. 265–284.

[10] Rensmann, Nahost-Konflikt, S. 33 – Rensmann benennt (Anmerkungen S. 345f.), in Erweiterung der sogenannten Drei-D-Methode, vier Kriterien für die Zuordnung einer Kritik an Israel zur antisemitisch grundierten Israelfeindschaft: den Gebrauch antisemitischer Stereotype im Diskurs um Israel, die prinzipielle Delegitimierung des Staates, die Verwendung politisch-moralischer double standards und die Dämonisierung Israels.

[11] Rensmann, Demokratie und Judenbild, S. 87f.

[12] Rensmann, Demokratie und Judenbild, S. 255; vgl. ausführlich auch Schwarz-Friesel, Monika u. Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin 2013, S. 194ff.

[13] Vgl. Nirenberg, David: Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens. München 2015.

Mit CamScanner gescannt

beiden großen Konfessionsgemeinschaften, Katholiken und Protestanten, sich in ihren offiziellen Verlautbarungen entschieden gegen antisemitische Positionen gewendet haben und dies in der Zwischenzeit auch weithin in der Theologie und Glaubenslehre verankert worden ist. Antijudaistische Restbestände und Überlieferungen werden aus den Kirchen wie ihren jeweiligen Theologien heraus kritisch aufgearbeitet, mit dem Ziel ihrer Überwindung – selbst wenn sie von Zeit zu Zeit wieder an die Oberfläche dringen. Der Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus des Deutschen Bundestages aus dem Jahr 2017 verweist indes auf eine „offensichtliche Diskrepanz zwischen den offiziellen Verlautbarungen beider Kirchen und den Einstellungen an der Kirchenbasis bzw. auf Gemeindeebene".[14] Darüber hinaus müssten Studien zum christlichen Antijudaismus in Deutschland schismatische Glaubensgemeinschaften und traditionalistische innerkirchliche Oppositionsgruppen ebenso berücksichtigen wie freikirchliche Gemeinden sowie durch Zuwanderung an Mitgliederzahl und Bedeutung gewachsene andere christliche Bekenntnisse, darunter insbesondere die Ostkirchen.

Zur Brisanz des rechtsextremen Antisemitismus in der Gegenwart

Cum grano salis wird die Debatte um den neuen Antisemitismus von der Grundannahme getragen, dass diese fünf Dimensionen außerhalb des rechtsextremen Antisemitismus ihre eigentliche Relevanz erhalten. Die Judenfeindschaft der extremen Rechten wird weithin auf einen „alten", überkommenen radikalnationalistischen Antisemitismus bezogen, der rückwärtsgewandt sei. Insofern wird der Antisemitismus dieses Lagers zwar registriert, aber häufig nicht eigenständig analysiert – sowohl in der Antisemitismus- als auch in der Rechtsextremismusforschung.

Dabei ist die Brisanz des Themas unverkennbar, wie der Bericht der Expertenkommission des Deutschen Bundestags festhält. Demzufolge ist mindestens in Deutschland der „politische Hauptträger der Judenfeindschaft der Rechtsextremismus". Denn ungeachtet der Tatsache, dass es „judenfeindliche Auffassungen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen und politischen Sphären" gebe, finden sich „Gewaltaufforderungen gegen Juden [...] in dieser

[14] Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode, Drucksache, 18/11970. Berlin 2017, S. 198 (im Folgenden: Bericht des Expertenkreises 2017).

Schärfe und mit diesem Zynismus in keinem anderen Zusammenhang. Darüber hinaus existiert kein anderer politischer Bereich, bei dem Antisemitismus in einem solchen Ausmaß zur besonderen Identität der jeweiligen Protagonisten gehört."[15]

Entsprechend ist das Niveau rechtsextrem motivierter antisemitischer Straf- und Gewalttaten nach wie vor hoch. Bei Delikten, die sich nicht gegen konkrete Personen richten, insbesondere bei Propagandadelikten, Schmierereien und Schändungen, kann nach wie vor davon ausgegangen werden, dass die Mehrzahl der Taten auf das Konto sogenannter rechts motivierter Täterinnen und Täter geht. Differenzierter ist die Lage im Bereich der Gewaltkriminalität einzuschätzen, da hier eine besondere Diskrepanz zwischen Hell- und Dunkelfeld zu vermuten ist. Immerhin verweisen die Daten für das Hellfeld auf ein anhaltend hohes Niveau entsprechender Übergriffe. In den Jahren 2001–2015 erfasste die Polizeiliche Kriminalstatistik im Bereich der sogenannten Politisch Motivierten Kriminalität (PMK) 565 antisemitische Taten, die als rechte Delikte (PMK-rechts) klassifiziert wurden. Das heißt im Jahresschnitt wurden mehr als 37 Taten verübt, mit dem Spitzenwert von 61 Gewaltdelikten in 2007, einem Jahr, als sich der Konflikt im Nahen Osten nach dem Ende der Al-Aqsa-Intifada 2005 und des Libanonkriegs 2006 eher beruhigt hatte; in jedem Jahr gab es mehr als 25 rechte antisemitische Gewalttaten.[16] Meist nur vereinzelt und jeweils in durchweg weniger als zehn registrierten Fällen griffen die Kriterien der Kategorien „PMK-Links", „PMK-Ausländer" und „PMK-Sonstige", mit Ausnahme des Jahres 2014 (12 antisemitische Delikte in PMK-Ausländer).[17] Es ist offenkundig, dass diese Zahlen das Ausmaß antisemitischer Gewalt nicht adäquat abbilden,[18] vermutlich wegen der geringen Anzeigebereitschaft jüdischer Betroffener.[19] Möglicherweise sind manche Taten auch fehlerhaft

---

[15] Bericht des Expertenkreises 2017, S. 173.

[16] Vgl. Bericht des Expertenkreises 2017, S. 41 – In Jahren 2011–2015 ist das Niveau etwas gesunken auf durchschnittlich knapp 34 Delikte, allerdings mit dem zweithöchsten Wert von 45 Taten in 2013.

[17] Vgl. Bericht des Expertenkreises 2017, S. 41.

[18] Vgl. Bericht des Expertenkreises 2017, S. 41.

[19] Vgl. European Union Agency for Fundamental Rights (FRA), Discrimination and hate crime against Jews in EU member states. Experiences and perceptions of antisemitism, Luxembourg 2013, S. 13. Für die deutschen Daten vgl. Glöckner, Olaf: Perceptions and Experience of anti-Semitism among Jews in selected EU Member States. German findings, unveröff. Präsentation, undat. (2013), Graphik C08 u. C10. Daraus geht hervor, dass auch hier über 70 % der von antisemitischen Vorfällen – inklusive Gewalttaten – Betroffenen keine Anzeige erstatteten; mehr als 47 % der in Deutschland Befragten (leicht mehr als im

Mit CamScanner gescannt

kategorisiert worden, doch selbst wenn in dieser Hinsicht mit einer Standardabweichung von 10 Prozent gerechnet werden müsste, bliebe es bei durchschnittlich über 30 positiv registrierten antisemitischen Gewalttaten mit einem rechten beziehungsweise rechtsextremen Hintergrund. Diese absoluten Zahlen bleiben auch dann besorgniserregend, wenn die Relation zu gewalttätigen Angriffen aus anderen Personengruppen heraus oder mit einer anderen Motivlage sich anders darstellen würde. Bezüglich verbaler antisemitischer Äußerungen – Vergleichszahlen für Gewalttaten liegen nicht vor – führt die Studie der European Union Agency for Fundamental Rights (FRA-Studie) von 2012 für Deutschland Personen, die als rechtsextrem charakterisiert wurden, erst an dritter Stelle, nach der Charakterisierung als muslimisch und linksextremistisch; dennoch ist der Wert von knapp 40 % sehr hoch und muss ernst genommen werden.[20]

Neben den Gewaltdelikten bleibt Antisemitismus ein zentrales Motiv rechtsextremer Agitation und Propaganda. Fabian Virchow konnte zeigen, dass das einschlägige Milieu einen regelrechten „demonstrativen Antisemitismus" entwickelt hat. Zwar habe sich unter den Aufmärschen seit den 1990er-Jahren nur eine „vergleichsweise geringe Zahl explizit mit dem gegenwärtigen jüdischen Leben in Deutschland und den Repräsentanten des Judentums befasst", indes habe es „eine Vielzahl weiterer Aufmärsche der extremen Rechten" gegeben, bei denen „in Aufrufen oder in den bei dieser Gelegenheit gehaltenen Reden antisemitische Denkfiguren einen prominenten Platz innehatten."[21] Zu ergänzen wären Parolen, Transparente und Bekleidungsstücke, die antisemitische Inhalte offen oder codiert transportieren. Das szenetypische Outfit, das diverse Accessoires und auch

---

EU-Schnitt) stimmten der Aussage zu: „Nothing would happen or change by reporting the incident(s)." Es ist angesichts dessen unverständlich, wieso der Bericht des Expertenkreises 2017 konstatiert, für die „Differenz zwischen der in der PMK vorgenommenen Zuordnung der erfassten Straftaten und der Wahrnehmung seitens der Betroffenen gibt es derzeit keine plausible Erklärung" (S. 41).

[20] Vgl. Glöckner, Perceptions, Graphik B16 b: Characterizing of people doing antisemitic comments in Germany: Muslim extremist: 48,1 %, Left wing extrem: 46,7 %, Right wing extrem 39,9 %, Other: 22,2%, Christian extremist: 13,5 %, Don't know: 12,8 %. Die Interpretation fällt schwer, da Mehrfachangaben möglich waren, sodass die Prozentwerte sich nicht auf 100 addieren.

[21] Virchow, Fabian: Demonstrativer Antisemitismus. Wie die extreme Rechte den Antisemitismus auf die Straße trägt. In: Irene A. Diekmann [u. a.] (Hrsg.): „… und handle mit Vernunft". Beiträge zur europäisch-jüdischen Beziehungsgeschichte. Festschrift zum 20-jährigen Bestehen des Moses Mendelssohn Zentrums. Hildesheim 2012, S. 398–417, Zitate: S. 402–404.

Tätowierungen umfasst, verweist auf ein weiteres bedeutsames Medium: rechtsextreme Musik.[22] Eine genaue Analyse steht noch aus, doch lässt sich schon jetzt sagen, dass explizit antisemitische Inhalte und Feindbildprojektionen einen überproportional hohen Anteil in den Liedtexten des Rechts-Rock ausmachen und auch in der Bilderwelt, etwa in Covern und Booklets zu Tonträgern, eine hohe Präsenz festzustellen ist.[23] Dabei ist die Reichweite zu berücksichtigen, die antisemitische Inhalte mittels derartiger Medien, welche weit über den engeren Kern der rechtsextremen Stammkultur hinausstrahlen, entfalten.

Dass das rechtsextreme Lager weiterhin stark antisemitisch geprägt ist, dürfte mindestens für Deutschland feststehen. Selbst dort, wo politische Rechtsparteien wie die nationalpopulistische Alternative für Deutschland (AfD) und Akteure rechten Straßenprotests versuchen, antisemitische Manifestationen zu vermeiden, zeigt sich ein besonders hoher Problemdruck.[24] Für die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), neonazistische Kleinparteien und das nicht parteiförmig organisierte sogenannte Kameradschaftsspektrum bleibt Antisemitismus identitätsstiftend. Dieser ist zugleich eng mit dem zentralen Kampagnenthema der extremen Rechten in den vergangenen Jahrzehnten, dem rassistisch motivierten Kampf gegen Zuwanderung, verbunden, wie etwa die NPD-Programmatik zeigt.[25]

Immerhin ließe sich mit Wolfgang Benz argumentieren, dass es sich auch beim rechtsextremen Antisemitismus nur um die „monotone Judenfeindschaft mit ihren Stereotypen, Legenden, Unterstellungen, Schuldzuweisungen" handle, deren Existenz zwar „beschämend und beängstigend" sei, die aber als

---

[22] Vgl. Bericht des Expertenkreises 2017, S. 169; zum Phänomen insgesamt immer noch: Dornbusch, Christian u. Jan Raabe (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Hamburg 2002.

[23] Dies ergibt sich z. B. aus einer Text- und Bildanalyse einschlägiger Tonträger, vgl. Fontaine, Tobias: „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud". Zur sprachlichen Konstruktion von Weltanschauung in Texten rechtsextremer Musiker/innen. Schriftl. Prüfungsarbeit zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt im Fach Deutsch an der Universität Trier, 2011 (unveröff.); vgl. auch Erb, Rainer: Der ewige Jude. Die Bildersprache des Antisemitismus in der rechtsextremen Szene. In: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. Berlin 2001, S. 131–156.

[24] Vgl. Botsch, Gideon u. Christoph Kopke: Antisemitismus ohne Antisemiten? In: Zick, Andreas u. Beate Küpper (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Bonn 2015, S. 178–194; Bericht des Expertenkreises 2017, S. 147ff.

[25] Vgl. Kailitz, Steffen: Die nationalsozialistische Ideologie der NPD. In: Backes, Uwe u. Henrik Steglich (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 339–353.

Mit CamScanner gescannt

„unausrottbares Vorurteil"[26] voraussichtlich fortbestehen werde. Aber auch von denjenigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die – anders als Benz – durchaus neue Dimensionen im aktuellen Antisemitismus sehen, wird eine Beziehung zum Rechtsextremismus selten bemerkt. Es wird vielmehr vorausgesetzt, dass die aktuellen Äußerungsformen des Antisemitismus unabhängig von ihm existieren. Die Analyse des Prozesses ihrer gesellschaftlichen Konstruktion und Produktion, die den rechtsextremen Anteil an ihrer Herausbildung, Tradierung und Weiterentwicklung innerhalb der demokratischen Gesellschaft reflektieren würde, findet allzu selten statt. Damit geht auch der Blick auf die Akteure verloren, die in diese gesellschaftlichen Aushandlungsprozesse und Diskurse eingreifen. Da rechtsextremer Antisemitismus im Grunde genommen als gut erforscht gilt, reicht es vielen Forscherinnen und Forschern, seine Relevanz allenfalls zu konstatieren, manchmal aber auch gegenüber den vorgeblich „gefährlicheren" Formen zu relativieren.

Die Tradierung „alter" Motive im aktuellen Antisemitismus

Die äußerste Rechte, das radikalnationalistische Lager, hat ihrerseits zu einem bedeutenden, im Einzelnen noch zu ermittelnden Teil an der Tradierung der „alten" Dimensionen in die Gegenwart hinein und an der Herausbildung der „neuen" Dimensionen seit 1945/1948 mitgewirkt, sie mitgeprägt und ihre Adaption an jeweils aktuelle Problemlagen unterstützt. „Among the far right in Germany today, forms of hostility towards Jews which can be described as ‚primary anti-Semitism' remain consistently in evidence […]. Additionally, there are motifs and claims that may collectively be described as ‚secondary anti-Semitism' […]. Elements of anti-Jewish stereotypes, scenarios and claims are altered and re-asserted again and again in varying combinations."[27]

Ein derartiges Tradieren älterer Bestände durch die nationalistische Rechte lässt sich sogar in jenem Bereich konstatieren, dem eine eigenständige Gegenwartsbedeutung in Deutschland weithin abgesprochen wird, dem christlichen Antijudaismus. So hat die nationalkonservative Wochenzeitung *Junge Freiheit*,

---

[26] Benz, Wolfgang: Mitfühlen, kritisieren – und erinnern. Ist Kritik an Israels Politik schon judenfeindlich? Plädoyer für eine akademische Antisemitismusforschung. In: Der Tagesspiegel v. 6. 7. 2015.

[27] Botsch, Gideon u. Christoph Kopke: A Case Study of Anti-Semitism in the Language and Politics of the Contemporary Far Right in Germany. In: Feldman, Matthew u. Paul Jackson (Hrsg.): Doublespeak. The Rhetoric of the Far Right since 1945. Stuttgart 2014, S. 207–221, Zitat: S. 210.

die mit den traditionalistischen Strömungen innerhalb beider Kirchen eng verbunden ist, jahrelang eine spezifische Form von nationalistisch grundiertem, christlichem Antisemitismus mit entwickelt. Deren Grundlage ist nicht die Leugnung des Holocaust, aber die Stilisierung der deutschen Erinnerungskultur zur säkularen Ersatzreligion, die einer gefährlichen Unterminierung christlicher Wertsysteme und Moralvorstellungen Vorschub leiste.[28]

Zum Erstaunen einiger Beobachter begann ein maßgeblicher Teil der extremen Rechten in Deutschland in den 2000er-Jahren eine Kampagne gegen die „Globalisierung". Diese vermeintliche Wendung zur „sozialen Frage"[29] stand in einem übergeordneten europäischen Zusammenhang und stellte keineswegs ein Spezifikum des deutschen Rechtsextremismus dar. Vielmehr konnte festgestellt werden, dass sich „Globalisierungsfeindschaft in das rechtsextreme Weltbild fügt, und dass zudem Antisemitismus zu einem Kernbestand sowohl der alt-faschistischen als auch der modernen oder modernisierten rechtsextremen Ideologiebildung zählt". Dabei sei dem Antisemitismus „im Horizont der Globalisierung und neuer internationaler Konflikte als personifizierende Deutungsfolie jener Herausforderungen eine revitalisierte Bedeutung" zugekommen.[30] Rechtsextreme Akteure haben maßgeblich dazu beigetragen, ein überkommenes antisemitisches Motiv zu tradieren und an die Bedingungen des beginnenden 21. Jahrhunderts anzupassen.[31] Sie sind nicht die einzigen, die Globalisierungsfeindschaft in antisemitischem Sinne propagieren, aber sie leiten ihre Form der „Kapitalismuskritik" am systematischsten und konsequentesten aus einem geschlossen antisemitischen Weltbild ab.

Eng verbunden mit dem Motiv eines ausbeuterischen und zerstörerischen internationalen Kapitalismus, der als „jüdisch" charakterisiert wird, ist der

---

[28] Vgl. Wamper, Regina: Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit. Münster 2008. – Auf die Beziehungen der extremen Rechten zum Islamismus, die durchaus existieren, denen aber beim derzeitigen Kenntnisstand kein nennenswerter Einfluss auf die Konstituierung des islamistischen Antisemitismus (als einer Dimension des aktuellen Antisemitismus) zugeschrieben werden kann, werde ich im Folgenden nicht eingehen.

[29] Vgl. Gebhardt, Richard u. Dominik Clemens (Hrsg.): Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis. Köln 2009.

[30] Rensmann, Lars: Rechtsextreme Parteien in der Europäischen Union. Welche Rolle spielen „Globalisierung" und Antisemitismus?. In: Ders. u. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa. Berlin 2008, S. 399–453, Zitat: S. 401.

[31] Vgl. Botsch, Gideon u. Christoph Kopke: „National Solidarity – No to globalization". The economic and sociopolitical platform of the National Democratic Party of Germany (NPD). In: Mering, Sabine von u. Timothy Wyman McCarty (Hrsg.): Right-wing radicalism today. Perspectives from Europe and the US. London/New York 2013, S. 37–59.

Mit CamScanner gescannt

Mythos einer jüdischen Weltverschwörung. Zentraler Referenzpunkt hierfür sind die *Protokolle der Weisen von Zion*, die von Russland aus nach dem Ersten Weltkrieg beziehungsweise der Russischen Revolution „nach Deutschland gelangten", von wo aus sie dann durch deutsche rechtsradikale Kreise verbreitet wurden und „ihren Siegeszug um die Welt antraten".[32] Dass sie trotz des abschließenden Fälschungsnachweises während des „Berner Prozesses"[33] und nach der Shoah global eine weit größere Verbreitung erlangt haben dürften als zuvor, ist vielen Akteuren – durchaus nicht nur rechtsextremen – geschuldet.[34] Immerhin wirkten auch Rechtsextremisten aktiv mit. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der Versuch von Arthur Ehrhardt, einem der führenden rechtsextremen Publizisten in der alten Bundesrepublik, den Charakter der „Protokolle" als Fälschung zwar anzuerkennen, ihre Botschaft dennoch weiter zu verbreiten. Ehrhardt fragte in einem Artikel im Jahr 1970, warum dieses Dokument denn für viele Millionen Menschen glaubhaft gewesen sei, und kam zu dem Schluss: „Bis in viele Einzelheiten – Finanzkontrolle, Zersetzung des Nationalbewußtseins, Wohlstandsversumpfung – liest sich der fingierte Operationsplan von 1890 wie ein kulturhistorischer Lagebericht von 1970."[35] Gleichzeitig hielten viele Rechtsextremisten am Glauben an die Echtheit der „Protokolle" fest, tradierten diesen Glauben auf vielfältige Weise im eigenen Lager und verbreiteten den Verschwörungsmythos auch darüber hinaus. Das eingangs zitierte „Israel"-Lied von *Hassgesang* beschwört in einer Strophe ebenfalls die „Protokolle". Wie beim Motiv der jüdisch-kapitalistischen Globalisierung ist auch hier nicht wirklich quantifizierbar oder abschätzbar, welchen Anteil rechtsextreme Akteure an der weltweiten Verbreitung des Verschwörungsmythos haben, aber dass sie einer unter mehreren relevanten Akteuren sind, steht außer Frage.[36]

---

[32] Hagemeister, Michael: Sergej Nilus und die „Protokolle der Weisen von Zion". Überlegungen zur Forschungslage. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5 (1996), S. 127–147, Zitat: S. 136.

[33] Vgl. Hagemeister, Michael: Die „Protokolle der Weisen von Zion" vor Gericht. Der Berner Prozess 1933–1937 und die „antisemitische Internationale". Zürich 2017.

[34] Vgl. Webman, Esther (Hrsg.): The Global Impact of the Protocols of the Elders of Zion. A Century-Old Myth. Hoboken 2011.

[35] A. E. [= Arthur Ehrhardt]: „Die Protokolle der Weisen von Zion". In: Nation Europa 20 (1970), S. 3–14; vgl. Why the „Protocols" were held genuine. In: Patterns of Prejudice 4:3 (1970), S. 20–21.

[36] Vgl. z. B. Wetzel, Juliane: The Protocols of the Elders of Zion on the internet: How radical political groups are networked via antisemitic conspiracy theories. In: Webman, The Global Impact, S. 147–160.

Ein herausragendes Beispiel für die Transformation des Weltverschwörungs-Mythos in die Gegenwart ist das Motiv des „Volkstods" beziehungsweise der „Umvolkung", mit dem der Wandel der westlichen Gesellschaften durch Migration zu einem feindseligen Projekt bösartiger und volksfeindlicher Mächte stilisiert wird. Handelt es sich bei diesen beiden Begriffen um langlebige Motive und Mythen der nationalistischen Rechten, deren Herkunft aus dem Gedankenkreis der völkisch-antisemitischen Weltanschauung sich relativ leicht erweisen lässt, bemüht ein Teil der extremen Rechten heute einen neuen Begriff und spricht vom „Großen Austausch". Martin Sellner, der auch in Deutschland wirksame Leiter der österreichischen „Identitären Bewegung", formuliert den umfassenden Anspruch dieses Konzepts zur Welterklärung. Der „Große Austausch" steht demnach „als wahres Problem hinter allen Randphänomenen und Friktionen". Er sei „irreversibel", gehe „an die Substanz" und umfasse „alle anderen Themen (von Fragen der Globalisierung über den Schuldkult und die Gender-Ideologie bis zur Dekadenz und dem Multikulti-Projekt), indem er deren unweigerliches Endziel benennt. Der gemeinsame Endpunkt, auf den die vielen einzelnen Krisen und Probleme zusteuern, ist der ethnokulturelle Kollaps, das Verschwinden der europäischen Völkerfamilie."[37] Dabei legt Sellner größten Wert darauf, den Vorgang nicht als „Naturereignis" gelten zu lassen, sondern als „Akt", der notwendig auf einen Akteur verweise, „auf den ‚Austauscher'". Es gebe heute „klare Verantwortliche, Förderer, Propagandisten und Vertuscher des Großen Austausches",[38] die als die „wahren Feinde der europäischen Völker"[39] zu benennen seien und gegen die es Widerstand zu leisten gelte. Sellner benennt diese feindlichen Mächte nicht offen als solche, die mit dem Judentum in Verbindung stünden, entfaltet dann aber einen nahezu klassischen Katalog stereotyp zusammengefasster Gruppen, die dem alten antisemitischen Verschwörungsdenken verbunden sind.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass die „Identitären" ungeachtet der gezielt angestrebten medialen Aufmerksamkeit ihrer Aktivitäten nur einen zahlenmäßig weniger bedeutsamen Teil innerhalb jenes Lagers bilden, das sich dem Kampf gegen „Überfremdung" und „Umvolkung" verschrieben hat.[40] Die

[37] Sellner, Martin: Der Große Austausch in Deutschland und Österreich. Theorie und Praxis. In: Camus, Renaud: Revolte gegen den Großen Austausch. Zusammengestellt und übersetzt von Martin Lichtmesz. Schnellroda 2016. S. 189–221, Zitat: S. 195.

[38] Sellner, Der Große Austausch, S. 203f.

[39] Sellner, Der Große Austausch, S. 206; vgl. zu Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus in der IB auch: Bruns, Julian u. Kathrin Glösel, Natascha Strobl: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Münster 2014, S. 179ff.

[40] Vgl. Salzborn, Samuel: Vom rechten Wahn. „Lügenpresse", „USrael", „Die da oben" und „Überfremdung". In: Mittelweg 36, 25:6 (2016), S. 76–96.

Mit CamScanner gescannt

radikalsten Kräfte sehen sich seit Jahren und Jahrzehnten in einem weltweiten Rassen-Bürgerkrieg, in dessen Rahmen eine internationale jüdische „Gegenrasse" als „Feind" konstruiert wird. Diese Projektion motiviert auch rechtsextreme Straf- und Gewalttaten, bis hin zu Kapitalverbrechen, und bildet nicht zuletzt die „subjektive Rationalität"[41] hinter den Morden und Anschlägen des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Obgleich der massive Vernichtungsantisemitismus des „Zwickauer Terror-Trios" und seines näheren und weiteren Umfelds dicht belegt und gut dokumentiert ist, wird die Verbindung zwischen der Projektion einer jüdischen Weltverschwörung und Fremdherrschaft, dem vermeintlichen Rassenkrieg gegen die „weiße arische Rasse" und dem als „Überfremdung" verstandenen Zuzug von Migrantinnen und Migranten in der Gedankenwelt des NSU nur selten benannt.[42]

Rechtsextreme Akteure und die „neuen" Dimensionen des Antisemitismus

Sekundärer Antisemitismus wird in der Antisemitismusforschung in der Regel auf drei Ebenen erforscht: Durch die Abfrage entsprechender Items im Rahmen von Einstellungsstudien; durch die text- und diskursanalytische Erschließung von Großdebatten, die zumeist im Feuilleton der Qualitätsmedien geführt werden und sich an Äußerungen mehr oder weniger prominenter Politiker, Schriftsteller, Kunst- und Kulturschaffenden oder anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens entzünden; schließlich durch diskursanalytische und linguistische Verfahren, die vor allem auf Äußerungsformen von sekundärem Antisemitismus „aus der Mitte der Gesellschaft" zielen, die sich insbesondere in Briefen, E-Mails, Kommentaren etc. an Redaktionen, jüdische Gemeinden oder israelische Institutionen finden. Gerade diskurs- und sprachanalytische Verfahren haben den großen Vorteil, Tiefenschichten zu erschließen, die bei anderen methodologischen Zugängen verborgen bleiben.[43] Der Preis für diese analytische Tiefe besteht darin, dass konkrete, auch politisch handelnde Akteure zumeist aus dem Blick genommen werden zu Gunsten eines genaueren Verständnisses der Bilder und Stereotypen, die sich in den Textbeispielen niederschlagen.

---

[41] Quent, Matthias: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Weinheim/Basel 2016, S. 125.

[42] Vgl. Aust, Stefan u. Dirk Laabs: Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. München 2014.

[43] Vgl. Schwarz-Friesel/Reinharz, Die Sprache.

Sekundärer Antisemitismus zeigt sich in seiner „härtesten" Form als „Negationismus", als vollständige, substanzielle oder doch weitgehende Leugnung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, wie sie etwa in Form der „Auschwitz-Lüge" oder der Leugnung des Massenmords durch Giftgas vorliegt. Dieses Phänomen ist vor allem in den 1990er-Jahren erforscht worden.[44] Dabei wurde die Rolle zentraler Akteure herausgestellt, die sich selbst seinerzeit als „Geschichtsrevisionisten" präsentierten. Gleichzeitig konnten auch die Techniken analysiert und dechiffriert werden, mit denen die historischen Fakten, die zugrundeliegenden Quellen und der Forschungsstand zur NS-Vernichtungspolitik unglaubwürdig gemacht werden sollten. Der dominierende Anteil und die herausgehobene Bedeutung eindeutig rechtsextremer Akteure und Netzwerke im Rahmen dieser Bestrebungen traten klar zu Tage.

Mit der offenen, in Deutschland auch strafrechtlich geahndeten „Holocaust-Leugnung" ist das Feld des sekundären Antisemitismus aber keineswegs erschöpft. Sie kann sogar eher als untypische, extremste Form der Abwehr von Schuld und Verantwortung betrachtet werden. Eine andere bedeutsame Form besteht in der Relativierung der Verbrechen in Form von Vergleichen, welche – im Unterschied etwa zur komparativen Genozidforschung – nicht auf Erkenntnisgewinn abzielen, sondern instrumentell oder taktisch eingesetzt werden. Ein zentrales Motiv ist dabei die Verrechnung der NS-Verbrechen mit vermeintlichen oder tatsächlichen „deutschen Opfern" und „alliierten Kriegsverbrechen". Dies muss nicht immer so weit gehen wie beim offenen Rechtsextremismus, wo die Luftangriffe der Westalliierten auf Dresden zum „Bombenholocaust" stilisiert wurden. Mit Blick auf die Entstehung, Entwicklung und Tradierung dieses Motivs kann das breite publizistische Feld nicht übersehen werden, das über Jahrzehnte von mehr oder weniger klar im rechtsextremen Lager zu verortenden Autoren beziehungsweise eindeutig rechtsextremen Verlagen, Zeitschriften und weitere Medienunternehmen beackert wurde. Inhalt, Aufmachung, Auflagenhöhe und Streubreite dieser Publizistik sowie ihre direkten und indirekten Einwirkungen auf öffentliche Diskurse sind bislang kaum eigenständig untersucht worden. Dass indes ein Markt dafür seit den 1950er-Jahren bestanden hat und immer noch besteht, dürfte eindeutig sein. Der älteren Rechtsextremismusforschung war dieser Komplex durchaus bekannt.[45]

---

[44] Vgl. Lipstadt, Deborah: Betrifft: Leugnen des Holocaust. Zürich 1994; Bailer-Galander, Brigitte u. Wolfgang Benz, Wolfgang Neugebauer: Die Auschwitzleugner. „Revisionistische" Geschichtslüge und historische Wahrheit. Berlin 1996.

[45] Vgl. Bott, Hermann: Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda. Stuttgart 1969.

Mit CamScanner gescannt

Schließlich existiert eine weitere Form des sekundären Antisemitismus, die nicht unmittelbar die Verbrechen leugnet und sich auch mit ihrer Relativierung zurückhält, aber die Gedenk- und Erinnerungskultur ins Visier nimmt. Durch den Begriff der „Holocaust-Industrie" wird dabei ein materielles Interesse unterstellt, mit dem Verweis auf einen vorgeblichen „Schuld-Kult" ein Interesse an kultureller und mentaler Unterwerfung. Die Behauptung, es handle sich um die Konsequenzen einer gezielten „Umerziehung", suggeriert eine Untergrabung der nationalen Identität durch die „Siegermächte" des Zweiten Weltkriegs, hinter denen wiederum jüdische Interessen vermutet werden. Und im Rahmen internationaler Kampagnen gegen den Staat Israel wird der Eindruck vermittelt, das Holocaust-Gedenken diene vorrangig oder ausschließlich der Legitimation der Ansprüche des Staates Israel und der Rechtfertigung seiner vermeintlich imperialistischen, kolonialistischen, rassistischen oder zumindest menschenrechtswidrigen Politik. Israelfeindliche Aktivisten mobilisieren dann das eindeutig im rechtsextremen Kontext entwickelte Motiv einer „Auschwitz"- oder „Antisemitismus-Keule", mit der legitime Kritik mundtot gemacht werden solle: „Der Topos des ‚illegitimen Antisemitismus-Vorwurfs', der gesellschaftlich dominant und gefährlicher als der Antisemitismus selbst ist, ist ein mittlerweile weit – insbesondere intellektuell – verbreitetes Ventil für antisemitische Ressentiments und eines der hervorstechenden Elemente eines aktuellen modernisierten Eliten-Antisemitismus."[46] Auch in diesem Kontext wäre es lohnend, den Anteil rechtsextremer Akteure an der Herausbildung der Motive von „Holocaust-Industrie", „Schuld-Kult" und „Auschwitz-Keule" separat zu erforschen.

Dies gilt auch für die Dimension des israelbezogenen Antisemitismus, die in der öffentlichen und fachwissenschaftlichen Diskussion oft vom Rechtsextremismus getrennt diskutiert und einseitig entweder dem islamistischen oder dem „linken" Antisemitismus zugeordnet wird. Dabei lassen sich sehr eindeutige Parallelen „bis in die Wortwahl hinein"[47] zwischen islamistischen und rechtsextremen Äußerungsformen antisemitischer Israelfeindschaft feststellen – ein Befund, der eigentlich dazu zwingt, über Parallelen hinaus nach wechselseitigen Beeinflussungen zu fragen.

Die ältere Rechtsextremismus-Forschung hat die Agitation der extremen Rechten gegen Israel durchaus herausgestellt, wie sie insbesondere nach der

---

[46] Rensmann, Antisemitsmus und Israelfeindschaft, S. 273.

[47] Puschnerat, Tanja: Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus. Bonn 2005, S. 42–73, Zitat: S. 68.

Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1965 durch die damals wichtigsten Akteure im Lager, die NPD und den Medienkonzern des Münchner Verlegers Gerhard Frey (*Deutsche National- und Soldatenzeitung*), verbreitet wurden.[48] Man kann deutlich feststellen, dass die extreme Rechte bis 1967 im Grunde genommen der einzige relevante gesellschaftliche Akteur in der Bundesrepublik war, der Antisemitismus im Zusammenhang mit Israel mobilisierte und propagierte. Anschließend kamen zwar andere Akteure hinzu, auch gab es gewisse Abstufungen und Irritationen im Israelbild des radikalen Nationalismus, dennoch blieb die extreme Rechte eine der zentralen Kräfte, die diese „neue" Form der Judenfeindschaft ausformulierten und verbreiteten – zweifellos auch über ihre eigene Stammkultur hinaus. In einer quellenbasierten Studie haben Christoph Kopke und ich die Israelbilder des Rechtsextremismus in der Geschichte der Bundesrepublik analysiert. Im Ergebnis stellten wir fest, dass bis in die 1960er-Jahre hinein „die extreme Rechte die einzige relevante politische Richtung in der Bundesrepublik" war, die „systematisch gegen Israel agitierte und Israelbezogenen Antisemitismus propagierte. Nach 1967 verbreitete sich derartige ‚Israelkritik' in der deutschen Bevölkerung und fand sich auch in Parteien der bürgerlichen Mitte, in der christlichen und linken Friedensbewegung und andernorts. Die extreme Rechte hatte damit gewissermaßen ein ‚Alleinstellungsmerkmal' verloren."[49] Der zugrundeliegende Antisemitismus, dem „stereotypisierte Bilder von Israel und den Israelis entsprechen", bildet immer noch die „entscheidende Konstante im Blick der extremen Rechten auf den jüdischen Staat".[50] Die Thematisierung Israels und des Nahost-Konflikts und die vermeintliche Solidarisierung mit der Sache der Palästinenser erfüllen, wie unsere Studie zeigt, für die extreme Rechte weiterhin drei grundlegende Funktionen. Sie halten erstens den „weltanschaulichen Kern der extremen Rechten, den Antisemitismus, am Leben und erneuern ihn beständig". Zweitens dienen sie, in Verbindung mit sekundärem Antisemitismus, der Abwehr von Schuld „durch Verweis auf vermeintlich ebenso schlimme, wenn nicht schlimmere israelische Verbrechen". Und drittens – diese Funktion wird oft übersehen – dienen sie der „Mobilisierung der rechtsextremen Klientel zum Kampf gegen die bestehenden politischen Verhältnisse, die nicht nur als ‚Hörigkeit' gegenüber Israel, sondern als jüdisch bestimmte Besatzungsherrschaft interpretiert werden." Gegen diese

[48] Vgl. Bott, Volksfeind-Ideologie.

[49] Botsch, Gideon u. Christoph Kopke: Kontinuität des Antisemitismus. Israel im Blick der extremen Rechten. In: Glöckner, Olaf u. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme. Hildesheim [u. a.] 2016, S. 285–313, Zitat: S. 311.

[50] Botsch/Kopke, Kontinuität, S. 312.

Mit CamScanner gescannt

sei „nicht nur in Palästina, sondern auch in Deutschland ‚nationaler Widerstand' legitim und damit die Pflicht jedes wahren Patrioten".[51]

Akteursorientierte Perspektiven – auch in der Antisemitismusforschung

In der jüngeren Forschung zu aktuellem Antisemitismus dominiert eine Tendenz, Äußerungen der Judenfeindschaft im gesellschaftlichen Bereich unter dem Gesichtspunkt der Einstellungen, Mentalitäten und psychosozialen Dispositionen so in den Blick zu nehmen, als wären sie quasi „einfach da". Dadurch lassen sich eine Vielzahl von Erscheinungsformen identifizieren, die über das klassische Spektrum antisemitischer Akteure und Bewegungen hinausweisen. So konnte die weite Verbreitung von Stereotypen und Vorurteilen über Juden, bis hin zu manifest antisemitischen Weltanschauungen, in breiten Kreisen der postnationalsozialistischen Gesellschaft nachgewiesen werden, die in einer durch Migration veränderten Bevölkerung auch in neuen Formen und Facetten auftreten können.

So verdienstvoll diese Perspektiverweiterungen auch sein mögen, führen sie doch in der Zwischenzeit insofern zu einer Schieflage des Bildes, als Antisemitismus mehr oder weniger als „gegeben" wahrgenommen wird. Gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, das Engagement weltanschaulich geprägter oder politisch motivierter Einzelpersonen, Organisationen oder Bewegungen und vergleichbare gesellschaftliche Prozesse, die sich unter dem soziologischen Stichwort „agency" zusammenfassen lassen, geraten dabei oftmals aus dem Blick. Dies entspricht übrigens in etwa auch einer vorherrschenden Tendenz der Rechtsextremismusforschung, zumindest in der Bundesrepublik.

Wie für die Erforschung des Rechtsextremismus selbst, so wäre auch in der Antisemitismusforschung die akteursorientierte Perspektive zu stärken. Es gibt gesellschaftliche Kräfte, die Antisemitismus tradieren, propagieren und bewerben. Diese gilt es, verstärkt zu erforschen. Die extreme Rechte und der radikale Nationalismus bleiben in diesem Sinne außerordentlich aktive, dabei besonders radikale Akteure, die zudem auf einem offen antisemitischen und in dieser Hinsicht dicht geschlossenen Weltbild aufbauen. Damit tragen sie sowohl zur Tradierung „alter" Motive und ihrer Anpassung an den aktuellen Antisemitismus bei, als auch zur Entwicklung und Verbreitung „neuer" Motive.

---

[51] Botsch/Kopke, Kontinuität, S. 312f.

Samuel Salzborn

Antisemitismus und Antiimperialismus
Ein Problemaufriss

Genauso wenig, wie es einen genuinen Zusammenhang von Linksextremismus und Antisemitismus gibt, ist das Gegenteil der Fall: Linke Positionierungen, nach denen eine sozialistische, kommunistische oder anarchistische Weltanschauung mit Antisemitismus unvereinbar sei, argumentieren vielmehr von einem moralischen Standpunkt, von dem aus darauf insistiert wird, dass normativ nicht sein könne, was empirisch oft zu attestieren ist. In einer solchen (Selbst-)Verleugnung des Antisemitismus als manifestem Problem des deutschen Linksextremismus wird dann sogar Marx wieder auf den Kopf gestellt, da das (moralische) Bewusstsein nun plötzlich das (antisemitische) Sein negiert. Das materialistische Postulat löst sich mit Blick auf die Selbstkritikfähigkeit hinsichtlich des Antisemitismus der deutschen Linken in idealistischen Moralismus auf.

Linker Antisemitismus begreift sich in aller Regel als moralisch überlegen. Er argumentiert aus einer moralischen Grundhaltung heraus, sich für das angeblich „Gute" einzusetzen und nimmt dabei Partei für diejenigen, die er als unterdrückt erklärt. In dieser Parteinahme etwa für die Palästinenser klagt er aber nicht nur an, sondern will auch unbedingt diejenigen verurteilen, die der einseitigen Parteinahme nicht folgen. Die Rolle des Klägers und die des Richters fallen dabei insofern in der linken Vorstellung zusammen. Linker Antisemitismus ist ein Antisemitismus von selbsternannten Gutmenschen, deren moralische Register gigantisch, deren historische Kompetenzen allerdings zumeist dilettantisch sind. Die Voraussetzung des linken Antisemitismus der Gegenwart bildet die Nichtaufarbeitung des linken Antisemitismus der 1970er- und 1980er-Jahre, der ein zentrales Strukturmerkmal der antiimperialistischen Gruppen und des Linksterrorismus war und die heutige Globalisierung des Antisemitismus wesentlich vorbereitet hat. Das Ziel dieser Gruppen, die sich aus Teilen der K-Gruppen (den sozialistischen und kommunistischen Kleingruppierungen und Parteien dieser

Mit CamScanner gescannt

Zeit), des anarchistischen Milieus und des Linksterrorismus speisten, war eine Vernetzung, wobei sich die Linksterroristen nicht nur haben logistisch und paramilitärisch von Palästinensern ausbilden lassen, sondern Palästina zum Anker ihres antiimperialistischen Weltbildes gemacht haben.

Die linken Organisationen, die heute Antisemitismus und Israelhass verbreiten, verfolgen nach wie vor das Weltbild des Antiimperialismus, das von ethnisch-kollektiven Homogenitätsvorstellungen geprägt ist – das umfasst neben traditionell antiimperialistischen Gruppen auch Teile der Antiglobalisierungsbewegung sowie Teile der postkolonialen und queeren Szene: Sie setzen sich ein für so verstandene „unterdrückte Völker", haben also die Marx'sche Annahme einer vertikalen Spaltung jeder Gesellschaft aufgegeben zugunsten eines Ethnoglaubens, in dem ganze „Völker" oder „Kulturen" für homogen gehalten werden. Der Antiimperialismus, der sich primär gegen Amerika und Israel richtet, stellt die Rahmenideologie dar, deren integraler Bestandteil der Antisemitismus, vor allem in Form des Antizionismus ist. Der antiisraelische Antisemitismus fungiert insofern – zusammen mit dem Antiamerikanismus – als zentrales ideologisches Bindeglied in einem modernefeindlichen Weltbild. Das antiimperialistische Weltbild wendet sich dabei nicht nur gegen Israel und Amerika, sondern letztlich gegen alles, was mit diesen assoziativ verbunden wird: gegen die Aufklärung und den Liberalismus, gegen die Moderne und die Individualität, gegen die Freiheit und die Demokratie – kurzum gegen jede Weltanschauung, die dem Menschen individuelle Freiheit und subjektives Glück verspricht. Denn das antiimperialistische Weltbild ist streng dichotom aufgebaut, es teilt die Welt moralisch in „gut" (antiimperialistisch) und „böse" (imperialistisch), wobei gesellschaftsinterne Widersprüche ausgeblendet werden und das Individuum nicht als Subjekt zählt, sondern als Teil des jeweils „guten" oder „bösen" Kollektivs. Gegen die Versprechen der Aufklärung auf Emanzipation des Menschen als Individuum und Subjekt stellen Antiimperialisten eine Vorstellung von homogenen Gemeinschaften, in der der Einzelne nichts, das Kollektiv aber alles zählt. Für alles, was in diesem Weltbild nicht so funktioniert, wie man es sich vorstellt, werden Amerika und Israel verantwortlich gemacht.[1]

---

[1] Vgl. Beyer, Heiko: Soziologie des Antiamerikanismus. Zur Theorie und Wirkmächtigkeit spätmodernen Unbehagens. Frankfurt a. M./New York 2014; Herzinger, Richard u. Hannes Stein: Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler. Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Rechte. Reinbek 1985; Jaecker, Tobias: Hass, Neid, Wahn. Antiamerikanismus in den deutschen Medien. Frankfurt a. M./New York 2014; Markovits, Andrei S.: Uncouth Nation: Why Europe Dislikes America. Princeton 2007.

Im vorliegenden Beitrag soll vor diesem Hintergrund die These vertreten werden, dass linker Antisemitismus nicht nur, aber zumeist in einem Milieu vertreten wird, das sich selbst als antiimperialistisch sieht – der Großteil der politischen Linken in Deutschland ist nämlich nicht durch Antisemitismus verbunden, sondern um eine Kritik am Antisemitismus bemüht. Zugleich sind aber diejenigen Akteure, die in unterschiedlichen linken Spektren Antisemitismus vertreten, durch ihr antiimperialistisches Weltbild verbunden. Antiimperialismus meint dabei gleichermaßen die sich selbst so etikettierende politische Strömung, die ihre Hochzeit in den 1970er-Jahren hatte, wie eine konzeptionelle Grundhaltung, die die Opposition gegen einen so verstandenen Imperialismus ins Zentrum ihrer politischen Aktivitäten rückt.[2] Insofern ist Antisemitismus in der Linken primär das Problem einer antiimperialistischen Grundhaltung.

Die Ideologie des Antiimperialismus

Die zentralen Ursprünge des linken Antiimperialismus als politischer Bewegung liegen in den 1960/1970er-Jahren. Sie haben ihre zentrale Referenz in der Anlehnung an Mao Tsê-tung und Ernesto „Che" Guevara, die beide Ideen des „Guerilla- und Partisanenkampfes" proklamiert und sich in diesem Konzept am Dorf und Bauerntum als Ideale orientiert haben. Der für die chinesische „Kulturrevolution" nach Mao zentrale Lín Bião erweiterte dieses Konzept, in dem er die Welt in „ländliche Gebiete" (Asien, Afrika, Lateinamerika) und „Städte der Welt" (Nordamerika und Westeuropa) unterschied, wobei er auch proklamierte, man müsse einen „Vernichtungskrieg" gegen die Feinde führen.[3]

Gerade die Überlegungen von Guevara, nach denen weder eine soziale Klasse, noch eine Partei nötig sei für den erfolgreichen Sturz eines autoritären Regimes, sondern dass dieser vielmehr durch einen langwierigen und zermürbenden Kleinkrieg, den „Partisanenkrieg" herzustellen sei,[4] widersprach nicht nur fundamental der Überzeugung von Marx und Engels, sondern auch den bis dahin erfolgten Überlegungen im Leninismus und Stalinismus. Inspiriert von Mao und Hồ Chí Min setzten Guevara und Castro auf eine aktivistische

[2] Siehe zum Kontext: Salzborn, Samuel: Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie. Baden-Baden 2014.

[3] Vgl. hierzu ausführlich: Salzborn, Samuel: Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext. 2. akt. Aufl., Baden-Baden 2017.

[4] Guevara, Ernesto Che: Der Partisanenkrieg. Berlin 1962.

Mit CamScanner gescannt

Strategie, verbunden mit einer starken Betonung des ländlichen Moments, demzufolge eine ideologische Mobilisierung auf dem Land durch die Guerillabewegung schrittweise vollzogen werden müsse, um so das soziale Hinterland für Partisanenaktivitäten gegen den Staat zu schaffen, paradigmatisch in Guevaras Slogan „Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!" verdeutlicht, wie er in seinem viel zitierten Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAL (Organization of Solidarity with the People of Asia, Africa and Latin America) schrieb. Demnach würde die „größte imperialistische Macht" in „ihren Eingeweiden die Verblutung" fühlen, die von „einem armen und zurückgebliebenen Land" für die „Ausgebeuteten der Welt" verursacht wurden, was für die „Völker von drei Kontinenten" (daher auch die zeitgenössisch populäre Bezeichnung „Trikont"), die Erkenntnis habe entstehen lassen, dass es die „Taktik dieser Völker" sein müsse, „hart und ununterbrochen in jedem Punkt der Auseinandersetzung anzugreifen".[5] Ganz in der aggressiv-antiamerikanischen Tradition von José Martí, der als kubanischer Literat Kultstatus im lateinamerikanischen Kontext genießt und der auch mit einem Zitat als Motto Guevaras Brief vorangestellt wurde, formulierte Guevara sein Anliegen gegen die „Yankee-Agenten der Repression". Gegen diese sollten die „bewaffneten Gruppen" sich „in der Form von Koordinationszentren" formieren, um „die repressive Aufgabe des Yankee-Imperialismus zu erschweren und die eigene Sache zu erleichtern".[6] Guevaras „Kriegsansage gegen den Imperialismus" und sein „Ruf nach der Einheit der Völker" war gerichtet gegen den „großen Feind des Menschengeschlechts: die Vereinigten Staaten von Nordamerika".[7] Zugleich war er beseelt von einer martialischen Kriegs- und Opferrhetorik,[8] die über weite Strecken eine substanzielle theoretische Reflexion über die eigene Situation der Unterdrückung und Marginalisierung vermied und den Sozialismus mehr und mehr zu einem System empathischen Glaubens denn rationaler Argumentation umformulierte. Damit kehrte er faktisch den Anspruch von Friedrich Engels, den Sozialismus „von der Utopie zur Wissenschaft" entwickelt zu haben,[9] wieder um.

---

5 Guevara, Ernesto Che: Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam! Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAL, eingeleitet und übersetzt von Gaston Salvatore und Rudi Dutschke. Berlin 1967, S. 14f.

6 Che Guevara, Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!, S. 24.

7 Che Guevara, Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!, S. 30.

8 Vgl. Guevara, Ernesto Che: Guerilla – Theorie und Methode. Berlin 1968.

9 Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1880). In: MEW Bd. 19. 4. Aufl. Berlin/Ost 1973, S. 177–228.

Ausgangspunkt für die revolutionären Prozesse sind im antiimperialistischen Weltbild sozialstrukturell die Bauern und infrastrukturell die Dörfer, was an die anti-intellektuelle Wende im Maoismus anschließt, bei dem sich Mao nicht nur gegen die feudalen Besitzverhältnisse in China, sondern auch gegen den als „Papiertiger" titulierten kapitalistischen Imperialismus wandte,[10] der aber eben nicht nur ökonomisch kritisiert, sondern mit der Wende zum Bauerntum und zum Dorf auch mit einer sozialrevolutionären Romantik verbunden wird, die die Emanzipationsprozesse der Aufklärung umkehren will: Bauer und Dorf sind Idealbild und Inbegriff der Reaktion, nicht nur der faschistischen und nationalsozialistischen,[11] sondern auch der realsozialistischen in der Sowjetunion und in China. Lín Biāo spitzte diese Ideologie terminologisch zum Weltbild des Kampfes des (bäuerlichen) Landes gegen die (kapitalistische) Stadt zu,[12] bei der die „ländlichen Gebiete der Welt" (für Lín: Asien, Afrika und Lateinamerika) die „Städte der Welt" (für Lín: Nordamerika und Westeuropa) einkreisen und so erobern sollten,[13] wobei zentral sei, dass jeder Krieg als „Vernichtungskrieg" geführt werden müsse.[14] Ganz dem sunistischen Duktus verpflichtet, predigte Mao auch eine Ideologie der Enthaltsamkeit und Bescheidenheit der Führungselite: Sun Yat-sen, erster Präsident der Republik China im Jahr 1912, hatte sich bereits für ein „Groß-Asientum" ausgesprochen und die Verbindung von Volkstum (*mínzú zhǔyì*), Volksrechten (*mínquán zhǔyì*) und Volkswohl(fahrt) (*mínshēng zhǔyì*) proklamiert und damit völkisch-antiaufklärerische und sozialidentitär-homogenisierende Vorstellungen miteinander verbunden.[15] Dies griff Mao auf, wenn er – in direkter Anlehnung an Sun formuliert – forderte, „dem Volk dienen" zu sollen.[16] Gleichwohl entzog Mao dem Volk kategorial die konkrete Entscheidungskompetenz über die Frage, was denn Inhalt von Politik sein soll, und verstand sein Konzept der „Kulturrevolution" letztlich als militärisches Programm, in dem das Ziel der Weltrevolution nur durch Guerilla- bzw. Partisanenkrieg zu erreichen sei.

---

[10] Mao Tsê-tung: Gespräch mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong (1946). In: Ders.: Ausgewählte Werke, Bd. IV. Peking 1969, S. 97–102, hier: S. 101.

[11] Besonders deutlich bereits vorbereitet bei Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte (2 Bde.). Wien [u. a.] 1918/1922.

[12] Lín Biāo: Es lebe der Sieg im Volkskrieg! Zum 20. Jahrestag des Sieges des chinesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression (1965). Peking 1968, S. 28f.

[13] Biāo, Es lebe der Sieg, S. 53.

[14] Biāo, Es lebe der Sieg, S. 37.

[15] Vgl. Sun Yatsen: Reden und Schriften. Leipzig 1974.

[16] Vgl. Mao Tsê-tung: Über die Koalitionsregierung (1945). In: Ders.: Ausgewählte Werke, Bd. III. Peking 1969, S. 239–319, hier: S. 268ff.

Mit CamScanner gescannt

Die antiimperialistische Ideologie ist ein Konglomerat aus einer Vielzahl von theoretischen Fragmenten: Sie verbindet leninistische Imperialismus-Theorie, in der Imperialismus als „monopolitisches Stadium des Kapitalismus" und „Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals" verstanden wird,[17] mit einem stalinistischem Nationenverständnis, der zufolge die Nation als Territorial-, Sprach-, Wirtschafts- und Wesensgemeinschaft begriffen wird, in deren „Leben" niemand das Recht habe, sich „einzumischen".[18] Zudem verknüpft sie maoistische Kriegstheorie mit Maos Postulat einer fortwährenden „Allmacht des revolutionären Krieges"[19] und mit schmittianischen Raumordnungskonzepten einer „völkerrechtlichen Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte".[20] Die antiimperialistische Ideologie ging historisch (und geht auch noch heute) von ethnisch-kollektiven Homogenitätsvorstellungen aus, die sich u. a. in der erweiterten Parole aus dem *Manifest der Kommunistischen Partei* von 1848 ausdrückte, die aus dem dortigen Schlusssatz „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!" die ethnisierte Formel „Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!" werden ließ. Mit dieser Parole operierten kommunistische Parteien und Bewegungen weltweit – in faktischer oder vorsätzlicher Adaption der homogenisierenden Überzeugungen von Hồ Chí Minh, das Konzept der Klasse durch das des Volkes zu ersetzen.[21] Im fundamentalen Widerspruch zur Marx'schen Klassentheorie und der daraus resultierenden Annahme einer horizontalen Spaltung *jeder* Gesellschaft unterstellte man nun die kollektive Unterdrückung ganzer „Völker" und begann die Suche nach homogenen, unterdrückten Kollektiven, die zu Solidaritätsobjekten deklariert wurden. Klassengegensätze werden zu Gegensätzen zwischen Völkern umdefiniert, nun gelten Völker als kollektiv unterdrückt und damit als homogenes Kollektiv. Ausgehend von dieser sozialen Konstruktion, richteten die antiimperialistischen Bewegungen in Europa ihre Aggression – neben Amerika – vor allem gegen die einzige Demokratie im Nahen

---

[17] Vgl. Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Imperialismus als das höchste Stadium des Kapitalismus (1917). In: Ders.: Werke Bd. 22. Berlin/Ost 1960, S. 187–309, hier: S. 270f.

[18] Vgl.Stalin, Josef W.: Marxismus und nationale Frage (1913). In: Ders.: Werke, Bd. 2. Frankfurt a. M. 1972, S. 266–333, hier: S. 268ff. u. S. 283.

[19] Mao Tsê-tung: Probleme des Krieges und der Strategie (1938). In: Ders.: Ausgewählte Werke, Bd. II. Peking 1968, S. 255–274., hier: S. 262.

[20] Vgl. Schmitt, Carl: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zu Reichsbegriff im Völkerrecht. Berlin/Wien 1939.

[21] Vgl. Hồ Chí Minh: On Revolution. Selected Writings, 1920–1966. Hrsg u. mit einer Einleitung von Bernard B. Fall. London 1967.

Osten, gegen Israel. Israels Abwehr des palästinensischen Terrorismus wurde im antiimperialistischen Weltbild umgedeutet als Kampf gegen ein um Befreiung ringendes „Volk".

Antisemitischer Antiimperialismus

Die Rhetorik der antiimperialistischen Bewegungen in Europa war länderübergreifend antisemitisch geprägt, und die praktische Zusammenarbeit durch die paramilitärische Ausbildung westeuropäischer Terrorist(inn)en im arabischen Raum oder andere Formen der politischen und logistischen Kooperation von der Palestine Liberation Organization/Popular Front for the Liberation of Palestine (PLO/PFLP) mit den Terrorist(inn)en von Roter Armee Fraktion (RAF) und Revolutionären Zellen (RZ), Euskadi Ta Askatasuna (ETA), Irish Republican Army (IRA) und Brigate Rosse (BR) zeigen den Brückenschlag zwischen den antiimperialistisch-antisemitischen Spektren, deren gewalttätigen Höhepunkt die Attentate auf die israelische Olympiamannschaft in München 1972 und die Flugzeugentführungen von Entebbe 1976 und Mogadishu 1977 bildeten. Der antiisraelische Antisemitismus fungiert insofern – zusammen mit dem Antiamerikanismus – als zentrales ideologisches Bindeglied in einem modernefeindlichen Weltbild, das den Antiimperialismus weltweit verband; der Antiimperialismus als Weltbild reagierte damit in doppelter Weise auf Aufklärung und Shoah, in dem er das eine verteufelte und das andere ignorierte oder leugnete. Claudia Globisch stellte dazu schon 2013 fest:

> Dabei wird das homogene jüdische Kollektiv, zumeist Israel, Israelis und der Zionismus, immer im Gesamten eine besondere Nähe zur feindlichen Klasse, dem feindlichen Stadium des Kapitalismus (Imperialismus) oder der zu bekämpfenden Ideologie und Praxis (Faschismus, Rassismus, Nationalismus, Staatsform) zugeordnet, da ethnische Differenz im Kontrast zur Wir-Gruppe gemäß eines anti-rassistischen Verständnisses linker Gruppen vermieden werden soll. Je nach Kontext und Selbstverständnis der Wir-Gruppe wird ein jüdisches Kollektiv mit Imperialismus, Faschismus, Rassismus, Nationalismus oder staatlicher Repression gleichgesetzt. Entweder es wird nur am Täterstatus in der Gegenwart gearbeitet, um moralisch nahezulegen, dass „Juden" aus dem Nationalsozialismus gelernt haben sollten, oder es wird zusätzlich am Täterstatus in der Vergangenheit gearbeitet und eine Zusammenarbeit von Juden („jüdischen Milizen") und Nationalsozialisten behauptet. Als Kontrast zum jüdischen Fremdbild werden die Wir-Gruppe sowie die Solidargruppe „palästinensisches Volk", Palästinenser, „Araber", „arabisches Volk" herangezogen, welche als homogenes Kollektiv unterdrückt würden.

Mit CamScanner gescannt

> Der Hass dieses Kollektivs, mit welchem sich die Wir-Gruppe gemein macht, resultiere aus den Taten von Juden und Israel – so wird argumentiert, Selbstmordattentate werden mit solchen Argumentationen legitimiert.[22]

Der Antiimperialismus in Westeuropa unterschied sich von den *tatsächlich* um die Befreiung aus Unterdrückungsverhältnissen strebenden politischen Bewegungen weltweit. Denn der westeuropäische Antiimperialismus war eine Bewegung, deren Hauptfokus der eigene imperialistische Anspruch war. Nur dass dieser eben umgekehrt zum – realen oder unterstellten – Anspruch der USA formuliert wurde und die imperiale Hegemonie Amerikas durch die imperiale Hegemonie der Sowjetunion und/oder Chinas ersetzen wollte. Sozialgeschichtliche Untersuchungen zeigen, dass die antiimperialistischen bzw. terroristischen Bewegungen in Europa vor allem ein Mittelschichtphänomen waren.[23] Sie wurden primär von sozialen Schichten getragen, die durch zwei Momente geprägt waren: einerseits durch die (zumeist vor einem christlich-sozialisierten Hintergrund formulierte) Solidarität mit von Rassismus, Kolonialismus und Imperialismus betroffenen Menschen; andererseits aber auch durch die Projektion der eigenen Schuld mit Blick auf die Shoah und/oder die Kollaboration, die man weder ertragen wollte noch aufgearbeitet hatte – und deshalb zur Selbstentlastung projizierte.

So verband sich besonders in Westeuropa die historisch wie theoretisch falsche Behauptung, Antikapitalismus und Antisemitismus seien unvereinbar, mit der antiimperialistischen Überzeugung und formierte einen linken Opfermythos: Wer gegen den Nationalsozialismus gewesen sei, könne kein Antisemit gewesen sein – wobei der Nationalsozialismus oft historisch verkürzt nur als „deutscher Faschismus" bezeichnet wird, was die volksgemeinschaftliche und antisemitische Spezifik in einem allgemeinen Vergleichsbegriff aufhebt. Diese Geschichtsdeutung fungiert dann wiederum dazu, den eigenen, mittlerweile antiisraelisch formulierten Antisemitismus der Gegenwart zu verharmlosen und zu negieren. – Eine ernsthafte Beschäftigung mit der Frage, was Antisemitismus ist und warum er eben auch fraglos in linken Spektren auftauchen kann und historisch vorhanden war, hatte dabei nicht stattgefunden.[24]

---

[22] Globisch, Claudia: Radikaler Antisemitismus. Inklusions- und Exklusionssemantiken von links und rechts in Deutschland. Wiesbaden 2013, S. 309f.

[23] Vgl. Waldmann, Peter (Hrsg.): Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund. München 1993.

[24] Vgl. zum theoretischen Kontext: Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt a. M./New York 2010.

Im antiimperialistischen Weltbild wurde dann die NS-Vergangenheit auch nur aus rein instrumentellen Gründen für die eigene, gegen die USA und Israel gerichtete Politik eingesetzt: Das reicht von einer Überidentifikation mit dem sozialistischen und/oder kommunistischen Widerstand, der dann die historische Erinnerung lediglich zu dem Zweck gebrauchen möchte, den eigenen „Widerstand" der Gegenwart zu rechtfertigen, bis hin zu offenem Antisemitismus im antiimperialistischen Spektrum, das weltanschauliche und organisatorische Bezüge in den Linksterrorismus aufweist.[25] Gerade im antiimperialistischen Spektrum sind alle demokratischen Momente des Umgangs mit Geschichte vollständig zugunsten eines monistischen und antipluralistischen Weltbildes suspendiert.

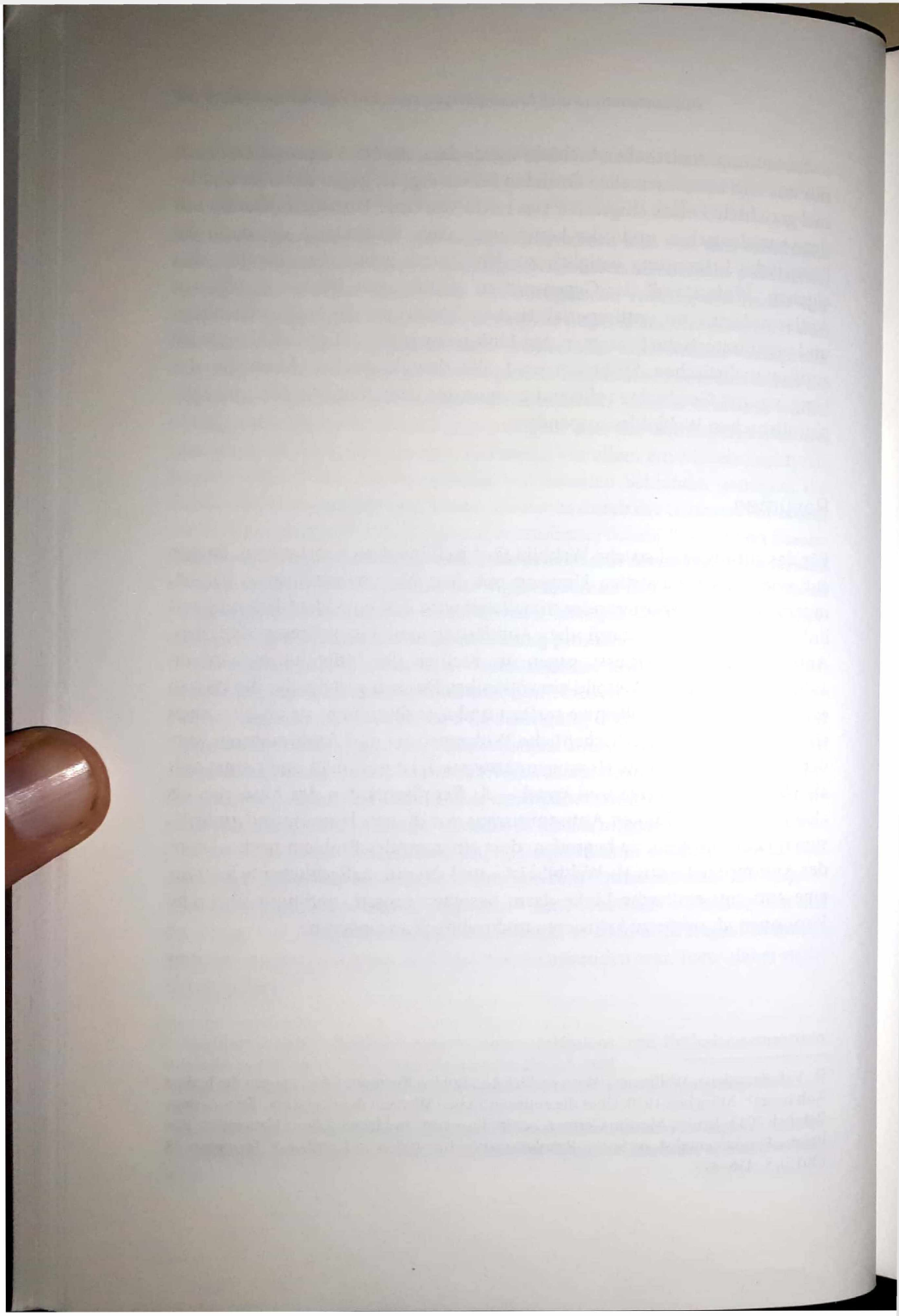
Resümee

Für das antiimperialistische Weltbild lässt sich insofern konstatieren, dass es auf einem instrumentellen Umgang mit dem Nationalsozialismus basiert, indem die Shoah ignoriert oder trivialisiert wird und eine Identifizierung mit linken Opfergruppen stattfindet. Aufklärung und Liberalismus sind dem Antiimperialismus verhasst, gegen die Freiheit des Individuums wird im antiimperialistischen Weltbild ein völkisches Denken gestellt, das die Welt in ethnisch-homogene Kollektive sortiert und moralisch über sie urteilt – eben als Kollektive. Innergesellschaftliche Widersprüche und Ambivalenzen werden getilgt, der völkische Homogenitätswunsch ist wahnhaft und richtet sich als Hass gegen Amerika und Israel – als Repräsentanten der Moderne, als „Städte der Welt". Linken Antisemitismus vor diesem Hintergrund zu kritisieren heißt insofern, zu begreifen, dass ein zentrales Problem nach wie vor der Antiimperialismus als Weltbild ist – und das ein maßgeblicher Schritt für eine anti-antisemitische Linke darin bestehen müsste, antiimperialistische Positionen *als solche* zu kritisieren und politisch zu isolieren.

---

[25] Vgl. Kraushaar, Wolfgang: „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?" München 1970: Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus. Reinbek 2013; Jander, Martin: German Leftist Terrorism and Israel: Ethno-Nationalist, Religious-Fundamentalist, or Social-Revolutionary?. In: Studies in Conflict & Terrorism 38 (2015), S. 456–477.

Mit CamScanner gescannt



Günther Jikeli

Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland und Europa

In Deutschland leben etwa 5,5 Millionen Muslime, davon mehr als eine Million Menschen, die in den letzten Jahren aus Krisengebieten wie Syrien, dem Irak und Afghanistan geflohen sind.[1] Die meisten Muslime in Deutschland stammen aber aus der Türkei und sind seit Jahrzehnten hier oder in Deutschland geboren. Damit sind insgesamt etwa sieben Prozent der Bevölkerung in Deutschland Muslime. Bedingt durch die Einwanderungsgeschichte ist der Anteil in einigen Regionen, Städten und Stadtteilen wesentlich höher als in anderen. Auch wenn viele Muslime nicht streng religiös sind und die Religion im Alltag meist nicht an erster Stelle steht, bezeichnen sich die allermeisten als religiös und mehr als 40 Prozent als sehr religiös, insbesondere in der jüngeren Generation.[2] Die ethnischen, kulturellen und sozialen Hintergründe und auch die Religionsauffassungen können aber ganz unterschiedlich sein.

Beschäftigt man sich in Deutschland mit Antisemitismus, denkt man aufgrund der nationalsozialistischen Verbrechen und der noch immer in der

---

[1] Pressemitteilung des Bundesministerium des Innern vom 6. 1. 2016, http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html (12. 8. 2018).

[2] Bertelsmann Stiftung: Religionsmonitor 2008. Muslimische Religiosität in Deutschland. Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken. Gütersloh 2008. Im Vergleich zu der sunnitischen Mehrheit der türkischstämmigen Muslime ist die Religiosität unter den aus der Türkei stammenden Aleviten deutlich geringer. Eine hohe Religiosität unter Muslimen lässt sich auch in anderen Ländern feststellen. Gallup: The Gallup Coexist Index 2009: A Global Study of Interfaith Relations. With an in-depth analysis of Muslim integration in France, Germany, and the United Kingdom. Washington D. C. 2009, S. 19; Tillie, Jean [u. a.]: EURISLAM. Finding a Place for Islam in Europe. Cultural Interactions between Muslim Immigrants and Receiving Societies. Final report EURISLAM 2012; Beauchemin, Cris u. Christelle Hamelle, Patrick Simon: Trajectories and Origins. Survey on Population Diversity in France. Initial findings. Paris: Institut national d'études démographique 2010 (Documents de Travail 168), S. 126.

Mit CamScanner gescannt

Bevölkerung anzutreffenden christlich-antijüdischen Stereotype nicht zuerst an muslimische Judenfeindschaft. Tatsächlich ist der Antisemitismus unter Muslimen nur ein Teil des aktuellen Problems, wie auch dieser Band deutlich zeigt. Doch seit dem Wiederanstieg von antisemitischen Vorfällen seit Beginn des 21. Jahrhunderts konnte in Deutschland, und mehr noch in Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien beobachtet werden, dass eine wachsende Zahl der Täter Muslime sind. Djihadisten ermorden Juden sogar explizit im Namen des Islams. Das scheint zunächst verwunderlich, denn Muslime, die erst Jahrzehnte nach dem zweiten Weltkrieg nach Deutschland und Europa kamen, sind kaum vom jahrhundertealten christlichen Antisemitismus geprägt. Auch Verstrickungen der Großeltern in Verbrechen der Nationalsozialisten und der eventuell in Familien tradierte nationalsozialistische Judenhass können nicht als Erklärung für Antisemitismus unter Muslimen herhalten.

Dieses Kapitel stellt die Ergebnisse von jüngeren Umfragen, Statistiken und von soziologischen wie historischen Studien zu Antisemitismus unter Muslimen vor. Ein Blick über den deutschen Tellerrand hinaus und ein internationaler Vergleich können helfen, das Phänomen besser zu verstehen. Dabei zeigt sich, dass Antisemitismus heute unter Muslimen wesentlich stärker verbreitet ist als in der Gesamtbevölkerung und dass es einen spezifisch muslimischen Antisemitismus gibt. Die Ursachen für muslimischen Antisemitismus sind vielfältig. Sie sind aber weder in der tatsächlich vorhandenen Diskriminierung von Muslimen noch im Nahostkonflikt zu finden, wie oft angenommen wird. Sie sind vielmehr in historischen, soziologischen und psychologischen Entwicklungen zu suchen, die ein Selbstbild von einer kollektiven Identität formen, das Feindschaft gegen Juden impliziert. Das wiederum heißt selbstverständlich nicht, dass alle Muslime Antisemiten sind, wie zahlreiche Muslime beweisen, die sich explizit gegen Antisemitismus aussprechen.[3]

Neben radikalen Predigern und antisemitischen Schriften, die von den zahlreichen islamistischen Vereinigungen verbreitet werden, sind bisher vor allem Webseiten und Webportale durch Antisemitismus aufgefallen.[4] Bevor auf diese Quellen des modernen Judenhasses eingegangen wird, soll aber zunächst noch die Frage erörtert werden, welche Anhaltspunkte es gibt, dass

---

[3] Wiederholt haben sich beispielsweise Didier Bourg in Frankreich, Siavosh Derakhti in Schweden, Mehdi Hasan in Großbritannien und in Deutschland Ahmad Mansour, Muhammad Sameer Murtaza, Özcan Mutlu und Cem Özdemir in der Öffentlichkeit gegen Antisemitismus auch und explizit unter Muslimen ausgesprochen.

[4] Jikeli, Günther: Antisemitism in the Extreme Right and Islamists' Circles. In: Glöckner, Olaf u. Haim Fireberg (Hrsg.): Being Jewish in 21st-Century Germany. Oldenburg 2015.

von einem besonders stark ausgeprägten Antisemitismus unter Muslimen ausgegangen werden muss.

Muslimische Täter in antisemitischen Kontexten

Weder djihadistische Attentäter, die es im Einklang mit ihrer islamistisch-verschwörungstheoretischen Ideologie besonders auf Juden abgesehen haben, noch muslimische Teilnehmer von anti-israelischen Demos, die durch extreme Hetze gegen Juden aufgefallen sind, sind repräsentativ für Muslime. Man denke da etwa an die Demonstrationen des Sommers 2014, auf denen, meist seitens arabischer Jugendlicher nach „Allahu akbar"-Rufen Parolen wie „Jude, Jude feiges Schwein, komm heraus und kämpf' allein!" gebrüllt und jüdische Passanten tätlich angegriffen wurden.[5] Oder die jährlichen, vom Iran initiierten sogenannten Al-Quds-Demonstrationen, die zur „Befreiung Jerusalems" von den Juden aufrufen. Dies sind Extremfälle eines Ausagierens von Judenhass. Es kann allerdings davon ausgegangen werden, dass dieser Judenhass nicht in einem Vakuum stattfindet, sondern in abgemilderter Form in bestimmten sozialen Kreisen toleriert oder auch kultiviert wird. Was wissen wir über antisemitische Täter mit muslimischem Hintergrund?

Antisemiten machen ihren Einstellungen auf ganz unterschiedliche Weise Luft. Viele äußern diese nur hinter vorgehaltener Hand, andere posten in Sozialen Medien oder schreiben Hassbriefe an jüdische Organisationen,[6] wieder andere diskriminieren Juden, pöbeln, oder greifen gar Juden tätlich an. In Deutschland werden antisemitische Vorfälle noch sehr unsystematisch erfasst, auch wenn sich beispielsweise das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) oder die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) seit ein paar Jahren erfolgreich um eine bessere Erfassung bemühen. Noch weniger systematisch erfasst werden Hinweise auf den Hintergrund der Täter. Es ist daher schwer abzuschätzen, wie groß gegenwärtig der Anteil muslimischer Täter bei antisemitischen Straftaten ist. Bei einer Durchsicht von Einzelfallberichten, sei es in Zeitungsmeldungen oder den Tagesmeldungen der oben genannten Organisationen, fällt allerdings auf, dass es insbesondere bei tätlichen Übergriffen neben Neonazis oft Hinweise auf eine arabische oder muslimische Identität der Täter gibt.

---

[5] https://www.youtube.com/watch?v=o4TWI1i4_Nk (12. 8. 2018).

[6] Schwarz-Friesel, u. Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin/Boston 2013.

Mit CamScanner gescannt

Vielen wird noch der auf YouTube festgehaltene Vorfall vom April 2018 in Erinnerung sein, bei dem ein Kippa tragender Jugendlicher im Berliner Stadtteil Prenzlauer Berg von einem Geflüchteten aus Syrien beschimpft und mit einem Gürtel geschlagen wurde. Aber auch schon vor dem Zuzug vieler Geflüchteter in den Jahren 2014 bis 2016 kam es zu vergleichbaren Vorfällen in Deutschland. Man denke an den brutalen Angriff von laut Polizei arabischen Jugendlichen im Sommer 2012 auf den Berliner Rabbiner Daniel Alter und seine Tochter. Schon 2003 stellten Werner Bergmann und Juliane Wetzel in einer EU-Studie fest: „Physische Angriffe gegen Juden und die Schändung und Beschädigung von Synagogen wurden im beobachteten Zeitraum [von Januar bis Juni 2002] hauptsächlich von jungen muslimischen Tätern, meist arabischer Herkunft, verübt."[7] Der Bericht stieß damals auf Kritik, gerade weil er Hinweise auf muslimische und arabische Täter klar benannte. In Frankreich, aber auch in Großbritannien, wo Hinweise auf den Hintergrund der Täter systematischer erfasst werden als in Deutschland, zeigt sich, dass Muslime seit dem Jahr 2000 deutlich überproportional unter antisemitischen Tätern, insbesondere unter Gewalttätern, vertreten sind. In Frankreich gehen mehr als die Hälfte der antisemitischen Vorfälle, bei denen es Hinweise auf die Täter gibt, auf das Konto von Muslimen, die aber nur sieben bis acht Prozent der Bevölkerung ausmachen.[8] In Deutschland ist der Anteil von muslimischen Tätern vermutlich kleiner als in Frankreich, auch deshalb, weil die Anzahl gewalttätiger Neonazis wesentlich größer ist. Die regelmäßigen Berichte des Verfassungsschutzes belegen eine nach wie vor starke rechtsextreme Szene, sie geben aber wenig Aufschluss über Täter mit muslimischem Hintergrund, denn die Hintergründe von antisemitischen Straftätern werden nur den Kategorien Rechtsextremismus, Linksextremismus und „Ausländerkriminalität" zugeordnet. Deutsche muslimische Täter können somit gar nicht erfasst werden. Außerdem werden antisemitische Straftaten, bei denen die Täter unbekannt sind, beispielsweise Hakenkreuzschmierereien, von der Polizei automatisch als „rechtsextrem" eingeordnet.[9] Ein Bericht des Berliner Verfassungsschutzes zeigt aber, dass mehr als ein

---

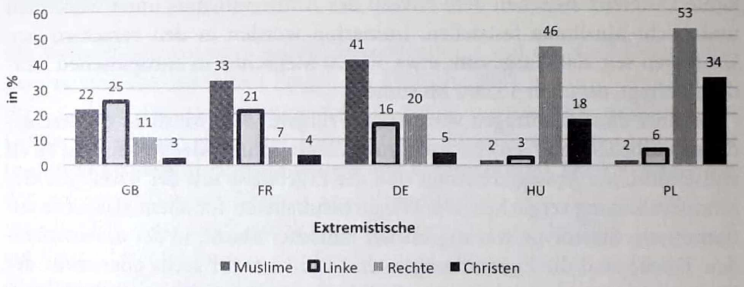
[7] Bergmann, Werner u. Juliane Wetzel: Manifestations of anti-Semitism in the European Union. First Semester 2002. Synthesis Report on behalf of the EUMC. 2003.

[8] Diese Schätzung beruht auf den in den Jahresberichten von 2000 bis 2012 von der französische Regierung veröffentlichten Zahlen; siehe Jikeli, Günther: European Muslim Antisemitism. Why Young Urban Males Say They Don't Like Jews. Indianapolis 2015, S. 35–38.

[9] Der Verfassungsschutz beobachtet auch islamistische Gruppierungen. Muslimische Täter, beispielsweise von antisemitischen Übergriffen und Pöbeleien, sind meist aber nicht in islamistischen Gruppen organisiert.

Drittel der antisemitischen und anti-israelischen Gewalttaten zwischen 2003 und 2005 auf das Konto von „Ausländern" gingen, knapp die Hälfte wurden von Rechtsextremen verübt.[10] Zwei Umfragen unter Jüdinnen und Juden belegen nicht nur einen sehr hohen Prozentsatz von persönlich erlebten antisemitischen Erfahrungen (über 50 Prozent in Deutschland). Sie zeigen auch Muslime als die mit Abstand größte Tätergruppe in westeuropäischen Ländern. 41 Prozent der Opfer in Deutschland gaben 2018 an, dass die Täter der gravierendsten antisemitischen Belästigungen aus dem muslimisch-extremistischen Milieu kamen, deutlich vor Rechtsextremisten (20 Prozent) und Linksextremisten (16 Prozent).[11]

Politischer und religiöser Hintergrund der Täter der gravierendsten antisemitischen Belästigungen in GB, FR, DE, HU und PL nach Aussagen von Opfern



Quelle: FRA 2018 – Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA)

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es zumindest starke Indizien dafür gibt, dass auch in Deutschland Muslime überproportional häufig an antisemitischen Pöbeleien und Gewalttaten beteiligt sind. Doch wie sieht die empirische Datenlage bezüglich antisemitischer Einstellungen aus?

---

[10] Senatsverwaltung (Berlin) für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz: Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins. Berlin 2006.

[11] Agentur der Europäischen Union für Grundrechte: Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU, Luxemburg 2018. Die von Julia Bernstein 2016 im Auftrag des Expertenkreises Antisemitismus der Bundesregierung durchgeführte Umfrage kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Andreas Zick et. al: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Bielefeld 2017.

Mit CamScanner gescannt

Relevante Umfrageergebnisse

Eine Reihe von Umfragen in verschiedenen europäischen Ländern belegt heute eindeutig, dass antisemitische Einstellungen unter Muslimen wesentlich stärker verbreitet sind als unter Nicht-Muslimen. Dies gilt interessanterweise auch, wenn Faktoren wie Bildung, Einkommen und Migrationshintergrund herausgerechnet werden, das heißt, wenn entsprechende Gruppen in der nicht-muslimischen Bevölkerung verglichen werden. Bisherige Umfragen mögen teilweise noch an methodischen Unzulänglichkeiten leiden. Einige beinhalten zu wenige oder zu unpräzise Fragen, andere beziehen sich nur auf bestimmte Städte oder Altersgruppen und sind deshalb nicht repräsentativ. Wieder andere offenbaren Schwachstellen im Sampling. In der Summe aber sind sie aussagekräftig, da sie allesamt, über Jahre hinweg, eine signifikante Differenz zwischen dem Niveau des Antisemitismus unter Muslimen und Nicht-Muslimen feststellen. Immerhin wurden in den verschiedenen Umfragen seit 2003 insgesamt etwa 50.000 Menschen in europäischen Ländern befragt, darunter 15.000 Muslime.[12]

In einer dieser Umfragen wurden im Frühjahr 2015 Muslime in verschiedenen europäischen Ländern nach ihrer Zustimmung oder Ablehnung zu elf antisemitischen Aussagen befragt und die Ergebnisse mit der jeweiligen Gesamtbevölkerung verglichen. Die Fragen beinhalteten vor allem klassische antisemitische Stereotype von angeblicher jüdischer Macht. In der untenstehenden Tabelle sind die Zustimmungsraten in Prozent für sechs oder mehr der klar antisemitischen Aussagen zu sehen. In der deutschen Gesamtbevölkerung stimmten 16 Prozent mindestens sechs der elf antisemitischen Aussagen zu, unter Muslimen war dies mit 56 Prozent über die Hälfte.[13] Überdurchschnittlich große Zustimmung zu einer Reihe von antisemitischen Aussagen ist noch kein absolut schlüssiger Beleg für eine manifeste antisemitische Einstellung, aber doch ein starker Hinweis auf eine solche. Für die deutsche Gesamtbevölkerung stimmen die Zahlen in etwa mit dem überein, was Umfragen seit Jahrzehnten feststellen: Etwa 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland haben gefestigte antisemitische Einstellungen.[14] Ob der Vergleichswert unter Musli-

---

[12] Jikeli, Günther: Antisemitic Attitudes among Muslims in Europe: A Survey Review. New York 2015; https://isgap.org/wp…/Jikeli_Antisemitic_Attitudes_among_Muslims_in_Europe1.pdf (12. 8. 2018).

[13] Anti-Defamation League (ADL): ADL GLOBAL 100. 2015 Update in 19 Countries. 2015. http://global100.adl.org/public/ADL-Global-100-Executive-Summary2015.pdf (12. 8. 2018).

[14] Bundesministerium des Innern: Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Berlin 2011.

men tatsächlich bei mehr als 50 Prozent liegt, müssen weitere Studien noch erweisen. Eindeutig zu belegen ist jedoch, dass viele klassische antisemitische Einstellungen unter Muslimen deutlich stärker verbreitet sind als in der Gesamtbevölkerung – ein Phänomen, das sich auch in anderen europäischen Ländern beobachten lässt.

Zustimmung zu mind. 6 von 11 antisemitischen Aussagen [in %]	Belgien	Deutschland	Frankreich	Großbritannien	Italien	Spanien
Gesamtbevölkerung	21	16	17	12	29	29
Muslime	68	56	49	54	56	62

Quelle: ADL 2015

Ein weiterer interessanter Aspekt dieser Umfrage von der Anti-Defamation League war, dass dieselben Fragen im Frühjahr 2014 in über hundert Ländern gestellt wurden, darunter auch in vielen mehrheitlich muslimischen Ländern. Es zeigte sich, dass antisemitische Einstellungen in Ländern mit muslimischen Mehrheiten besonders weit verbreitet sind. Die 16 Länder mit den weltweit höchsten Niveaus an antisemitischen Einstellungen sind alle mehrheitlich muslimisch, gefolgt von Griechenland und der Türkei, gleichauf auf Platz 17 mit 69 Prozent der Bevölkerung, die mindestens sechs von den abgefragten elf antisemitischen Aussagen zustimmten.[15] In der Türkei stieg der Prozentsatz im Jahr 2015 noch weiter auf 71 Prozent.[16]

Zustimmung zu mind. 6 von 11 antisemitischen Aussagen [in %]	Iraq	Algerien	Tunesien	Libanon	Ägypten	Saudi Arabien	Griechenland	Türkei	Iran
	92	87	86	78	75	74	69	69	56

Quelle: ADL 2014

[15] Anti-Defamation League (ADL): ADL GLOBAL 100 (2014). http://global100.adl.org (12. 8. 2018).
[16] Anti-Defamation League (ADL): ADL GLOBAL 100. 2015 Update in 19 Countries.

Mit CamScanner gescannt

Frühere Umfragen, durchgeführt beispielsweise vom Meinungsforschungsinstitut PEW, bestätigen, dass antisemitische Einstellungen in muslimischen Ländern so stark verbreitet sind, dass sie zur nicht mehr hinterfragten Norm gehören. Eine negative Meinung von Juden zu haben, weil sie Juden sind, gehört dort zur „Normalität", auch wenn die meisten Befragten noch nie in ihrem Leben Juden begegnet sind. In Ägypten, Jordanien und Libanon erklärten 2009 mehr als 90 Prozent, dass sie eine sehr negative Meinung über Juden haben. In der Türkei waren dies 63 Prozent und 67 Prozent in Pakistan. Hinzu kommen diejenigen, die eine nur „etwas negative" Meinung über Juden haben. Interessanterweise hatte die Mehrheit der arabischen (und überwiegend muslimischen) Bevölkerung in Israel eine positive Meinung von Juden (56 Prozent) und nur 35 Prozent eine negative.[17]

Der Blick auf muslimische Länder und insbesondere auf Herkunftsländer der in Deutschland lebenden Muslime zeigt jedenfalls, dass dort antisemitische Einstellungen noch wesentlich stärker verbreitet sind als unter Muslimen in Deutschland. Dies allein führt die These ad absurdum, der Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland entstünde erst durch Diskriminierungserfahrungen im Aufnahmeland. Eher kann davon ausgegangen werden, dass die Erfahrungen in Deutschland zumindest zu einer leichten Reduzierung von offen geäußerter Judenfeindschaft führen, da letztere in weiten Teilen der deutschen Gesellschaft heutzutage geächtet wird (auch wenn sie sich vielfach indirekt äußert).

Auch eine international angelegte Studie des Wissenschaftszentrums Berlin stellt einen deutlichen Unterschied zwischen Christen und Muslimen in ihrer Haltung gegenüber Juden fest, letztere türkischer und marokkanischer Herkunft, erstere in der Gesamtbevölkerung. 10,5 Prozent der sich als Christen bezeichnenden und 28 Prozent der sich als Muslime bezeichnenden Personen gaben 2008/2009 in Deutschland an, dass man Juden nicht vertrauen könne. In Belgien waren dies 7 Prozent der Christen und 56,7 Prozent der Muslime und in Frankreich 7,1, beziehungsweise 43,4 Prozent.[18]

---

[17] Pew Global Attitudes Project: Little Enthusiasm for Many Muslim Leaders 2010.

[18] Koopmans, Ruud: Religious fundamentalism and out-group hostility among Muslims and Christians in Western Europe. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Discussion Paper. 2014. Siehe auch Koopmans, Ruud: Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups: A Comparison of Muslims and Christians in Western Europe. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 41/1 (2015), S. 33–57.

Zustimmung zu: „Juden kann man nicht trauen."	Belgien	D	F	Niederlande	Österreich	Schweden
Christen (70% der Befragten in der Gesamtbevölkerung)	7,6	10,5	7,1	8,4	10,7	8,6
Muslime (97 % der Befragten marokkanischer oder türkischer Herkunft)	56,7	28	43,4	40,4	64,1	36,8

Quelle: Koopmans 2013

Eine im Herbst 2014 in Frankreich vom Institut Fondapol durchgeführte Studie zeigt, dass das Niveau antisemitischer Einstellungen unter Muslimen in Frankreich mit dem unter Anhängern der extremen Rechten vergleichbar ist, beziehungsweise dieses in vielen Fragen sogar übertrifft.[19]

Eine ganze Reihe von Umfragen belegt zudem, dass antisemitische Einstellungen unter Muslimen nicht signifikant mit der ökonomischen Situation und Diskriminierungswahrnehmungen korrelieren, wohl aber mit Religiosität, Glaubensrichtungen, Religionsauslegungen und unterschiedlichen ethnischen Hintergründen.[20] Die Fondapol-Studie zeigt beispielsweise, dass französische Muslime, die sich als „gläubig und praktizierend" bezeichnen, zu 60 Prozent mindestens vier von sechs antisemitischen Aussagen zustimmten. Unter Muslimen, die sich lediglich als „gläubig" bezeichnen, waren es 43 Prozent und unter denjenigen „muslimischer Herkunft" – aber eher geringer Religiosität – 30 Prozent. Der Durchschnitt in der Gesamtbevölkerung lag bei 15 Prozent. In der oben erwähnten Studie des Wissenschaftszentrums

[19] Reynié, Dominique: L'antisémitisme dans l'opinion publique française. Nouveaux éclairages. Paris 2014.

[20] Tiberji, Vincent: Anti-Semitism in an Ethnically Diverse France: Questioning and Explaining the Specificities of African-, Turkish-, and Maghrebian-French. Working Paper Series at The American University of Paris, Bd. 33. Paris 2006; Reynié, L'antisémitisme dans l'opinion publique française; Brettfeld, Katrin u. Peter Wetzels: Muslime in Deutschland. Berlin 2007; Agger, Christine: Jødehad er udbredt blandt indvandrere. In: Kristeligt Dagblad vom 25. 11. 2009; Mansel, Jürgen u. Victoria Spaiser: Abschlussbericht und insbesondere Tabellenanhang des Forschungsprojekts „Soziale Beziehungen, Konfliktpotentiale und Vorurteile im Kontext von Erfahrungen verweigerter Teilhabe und Anerkennung bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund". Bielefeld 2010 (hrsg. v. Wilhelm Heitmeyer); Elchardus, Mark: Antisemitisme in de Brusselse scholen. In: Nicole Vettenburg [u. a.] (Hrsg.): Jong in Brussel: bevindingen uit Jop-Monitor Brussel. Den Haag [u. a.] 2011, S. 265–296; Koopmans, Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups, S. 33–57.

Mit CamScanner gescannt

Berlin waren es im Schnitt über 70 Prozent der sehr religiös, fundamentalistisch eingestellten Muslime und nur etwa 20 Prozent der wenig religiösen Muslime, die angaben, man könne Juden nicht trauen.

Nicht überraschend ist, dass nicht nur die Religiosität, sondern auch die Art der Religionsauslegung einen wichtigen Einflussfaktor auf antisemitische Einstellungen stellen kann. Autoritäre, oder „fundamental orientierte" Auffassungen des Islams gehen oft einher mit antisemitischen Vorstellungen.[21] Wenige Unterschiede konnten bisher zwischen Schiiten und Sunniten festgestellt werden, wohl aber zu Aleviten, die eine sehr liberale Auslegung des Islams haben und unter denen antisemitische Einstellungen weit weniger verbreitet sind als unter Sunniten und Schiiten.

Einige der jüngeren Studien stellen eine Korrelation zwischen dem ethnischen Hintergrund und antisemitischen Einstellungen fest.[22] Möglicherweise sind antisemitische Einstellungen unter arabischen Muslimen besonders stark verbreitet.[23]

Ursachen des Antisemitismus unter Muslimen

Die Entstehung von Einstellungen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen ist stets ein multidimensionaler Prozess.[24] Dies trifft umso mehr auf negative Einstellungsmuster wie Antisemitismus zu. Es ist daher sinnvoll, verschiedene Einflussfaktoren zu betrachten, die erst im Zusammenspiel erklären können, warum Antisemitismus sowohl in muslimischen Ländern als auch unter Muslimen in Europa heute besonders stark verbreitet ist. Erste wichtige Hinweise auf Ursachen findet man in der Art der antijüdischen Stereotype unter Muslimen, und darin, wie Muslime negative Einstellungen gegenüber Juden selbst begründen.

In einem international angelegten Forschungsprojekt konnte ich zeigen, dass entsprechende Argumentationsmuster sich zumindest bei vielen jungen

---

[21] Brettfeld/Wetzels, Muslime in Deutschland, S. 279–280; Koopmans, Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups; Jikeli, Günther: Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Essen 2012, S. 268–270.

[22] Mansel/Spaiser, Abschlussbericht; Koopmans, Religious fundamentalism and out-group hostility; Frindte, Wolfgang [u. a.]: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Berlin 2012.

[23] Mansel/Spaiser: Abschlussbericht; Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen; Arnold, Sina u. Günther Jikeli: Judenhass und Gruppendruck – Zwölf Gespräche mit jungen Berlinern palästinensischen und libanesischen Hintergrunds. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17. Hrsg. v. Wolfgang Benz. Berlin 2008, S. 105–130.

[24] Crano, William D. u. Radmila Prislin: Attitudes and Attitude Change. New York/London 2008.

muslimischen Männern in Berlin, Paris und London sehr ähneln und in vier Kategorien eingeteilt werden können.[25] Eine erste Kategorie von Begründungen von negativen Einstellungen kann man als klassischen Antisemitismus bezeichnen, das heißt Verschwörungstheorien und klassische Stereotype, wie alle Juden seien reich. Dies unterscheidet sich kaum von antisemitischen, fixen Ideen in der nicht-muslimischen Bevölkerung. Ein zweites Begründungsmuster für muslimische Judenfeindschaft hat einen klaren Bezug zu Israel. Hier lässt sich feststellen, dass die Sichtweisen weit über eine politische „Kritik" an Israel hinausgehen, beziehungsweise mit Kritik nicht viel zu tun haben. Vielmehr wird das Existenzrecht Israels in Frage gestellt, und die klassische europäische Ritualmordlegende wird in modernisierter Form formuliert: „Die Israelis" – oder oft auch einfach „die Juden" – werden beschuldigt, gezielt und aus Bosheit nicht-jüdische Kinder zu töten. Dies geht einher mit der Verwischung des Unterschieds von Juden und Israelis. Alle Juden werden für die postulierten Verbrechen von Israelis in Haftung genommen. Die dritte Kategorie beinhaltet einen Bezug zum Islam, sei es zum Koran oder Geschichten von einer angeblich ewigen Feindschaft zwischen Muslimen und Juden, oder einen Bezug zur muslimischen oder ethnischen Identität. Diese Art der Rechtfertigungen von Judenfeindschaft ist also spezifisch für Muslime beziehungsweise das Herkunftsland und äußert sich in Sätzen wie „die Muslime und die Juden sind Feinde und deshalb mag ich auch keine Juden", oder „die Araber und Juden verstehen sich nicht". Eine vierte Art von Argumentation zeigt, dass es manche Muslime gar nicht mehr für nötig halten, ihren Hass auf Juden zu rechtfertigen. Unter einigen von ihnen ist die Ablehnung alles Jüdischen und der Hass auf Juden zur Norm und Selbstverständlichkeit geworden, was sehr schnell in Gewalt umschlagen kann.[26] Diesen zur Norm gewordenen Hass stellten jüngst auch Forschende in Wien unter muslimischen Jugendlichen fest.[27] Er zeigt sich auch in der Sprache, wenn beispielsweise unwidersprochen das Wort „Jude" als Schimpfwort benutzt wird – ein Phänomen, das sich allerdings nicht auf Muslime beschränkt.[28]

Die analysierten Einstellungsmuster deuten darauf hin, dass es zwar viele Ähnlichkeiten mit Judenfeindschaft unter der nicht-muslimischen Mehr-

---

[25] Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen.

[26] Vgl. Jikeli, Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen.

[27] Scheitz, Irina [u. a.]: Jugendliche in der offenen Jugendarbeit. Identitäten, Lebenslagen & abwertende Einstellungen. Wien 2016.

[28] Jikeli, Günther: „Jude" als Schimpfwort im Deutschen und Französischen. Eine Fallstudie unter jungen männlichen Berliner und Pariser Muslimen. In Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18. Hrsg. v. Wolfgang Benz. Berlin 2009, S. 43–66.

Mit CamScanner gescannt

heitsbevölkerung, aber auch einige Besonderheiten gibt. Um die große Diskrepanz zwischen dem Niveau der antisemitischen Einstellungen unter Muslimen und Nicht-Muslimen erklären zu können, ist es notwendig, sich den spezifisch muslimischen Antisemitismus genauer anzuschauen.

Ursprünge des modernen Antisemitismus in muslimischen Ländern

Als charakteristisch für den heutigen Antisemitismus in mehrheitlich muslimischen Ländern werden monströse Lügen über Juden, wie die von der angeblichen Verantwortlichkeit „der Juden" für die Terroranschläge des 11. September 2001, Holocaustleugnung und eine neue starke Resonanz auf die *Protokolle der Weisen von Zion* einschließlich Ritualmordverleumdungen benannt.[29] Die Sicht auf den Holocaust ist häufig beeinflusst von antisemitischen und antizionistischen Einstellungen.[30] Diese Charakterisierungen wiederum deuten darauf hin, dass die Quellen entsprechender Feindschaft gegen Juden zumindest in Teilen eher im modernen Antisemitismus als in den Ursprüngen des Islams zu suchen sind. Andererseits zeigt ein Blick in die Geschichte des Islam, dass der moderne Antisemitismus in muslimischen Ländern auf ein reichhaltiges Repertoire an traditioneller Judenfeindschaft zurückgreifen und darauf aufbauen kann. Vier wesentliche Faktoren scheinen den heute in muslimischen Ländern fast unhinterfragten Judenhass historisch zu begünstigen:

- Traditionelle Judenfeindschaft in vormodernen islamischen Gesellschaften,
- der Einfluss von christlichen und nationalsozialistischen Antisemiten im 19. und 20. Jahrhundert, insbesondere im arabischen Raum,
- die pro-faschistische Haltung von Anführern des Panarabismus sowie von nationalistischen Bewegungen in arabischen Ländern und
- neuzeitliche islamistische Bewegungen wie die Muslimbruderschaft, deren Ideologen von Anfang an gegen Juden und den Westen hetzten.

---

[29] Foxman, Abraham H.: Muslimischer Antisemitismus zwischen Europa und dem Nahen Osten. In: Rensmann, Lars u. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa. Berlin 2008, S. 171–178; Wistrich, Robert S.: Muslimischer Antisemitismus: Eine aktuelle Gefahr, 2. durchgesehene Aufl. Berlin 2012.

[30] Litvak, Meir: The Islamic Republic of Iran and the Holocaust: Anti-Zionism and anti-Semitism. In: Journal of Israeli History 25 (2006), S. 245–266; Webman, Esther: Die Entwicklung der Holocaustwahrnehmung im arabischen Raum. In: Jikeli, Günther [u. a.] (Hrsg.): Umstrittene Geschichte. Ansichten zum Holocaust unter Muslimen im internationalen Vergleich. Frankfurt a. M./New York 2013, S. 93–122.

Traditionelle Judenfeindschaft in vormodernen, islamischen Gesellschaften

Eine einheitliche Auslegung „des Islams" gab und gibt es nicht. Es ist daher äußerste Vorsicht geboten, den Lehren „des Islams" dezidiert bestimmte Eigenschaften zuzuschreiben. Dennoch ist festzustellen, dass einige islamische Schriften, einschließlich Teilen des Korans und der kanonisierten Hadithe (Erzählungen über die Lebensweise Mohammeds), Botschaften vermitteln, die Juden degradieren, eine Feindschaft zwischen Juden und Muslimen propagieren und entsprechend zur Rechtfertigung von antijüdischen Einstellungen herhalten können. So gibt es Koransuren, die zur Tötung von Juden und Christen aufrufen (Sure 8:39) oder Juden mit Affen vergleichen (Sure 2, 5, und 7). Darüber hinaus wurden (und werden) Juden in allen islamisch begründeten Herrschaftssystemen diskriminiert. Juden und Christen hatten sich als „Dhimmi" unterzuordnen, mussten spezielle Steuern zahlen und wurden sozial verachtet. Im Vergleich zum europäischen Mittelalter war die Situation der Juden in weiten Teilen der damaligen islamischen Welt besser. Es gab jedoch auch Zeiten, in denen die Stigmatisierungen und Diskriminierungen unerträglich wurden und sich bis hin zu Pogromen steigerten, beispielsweise in Granada (1066) und Fez (1465), denen Tausende Juden zum Opfer fielen.

Die über Jahrhunderte andauernde, nie kritisch aufgearbeitete und deshalb kaum gebrochene, traditionelle Geringschätzung und Diskriminierung von Nicht-Muslimen und insbesondere von Juden in vormodernen, islamisch verfassten Gesellschaften scheint sich bis heute auf die Einstellungen vieler Muslime auszuwirken. Juden haben sich in der „islamischen Welt" unterzuordnen, innerhalb islamisch geprägter Gesellschaften, aber auch im weiteren Sinne. Ein jüdischer Staat in einem Teil der Erde, der sich zumindest in den letzten Jahrhunderten weitgehend unter islamischer Herrschaft befand, passt nicht in das Bild von Juden, die sich laut islamischer Tradition den Muslimen unterzuordnen haben. Nur so ist zu erklären, warum derart viele Muslime Israel nicht nur scharf kritisieren, sondern vehement dessen Existenzrecht infrage stellen. Dies geht einher mit einem Islamverständnis, das entsprechende Textstellen des Korans und der Sunna wörtlich nimmt und das Leben Mohammeds in ahistorischer Weise idealisiert. Mohammeds Konflikte mit jüdischen Stämmen und deren brutale Unterdrückung werden dann nicht in ihrem historischen Kontext gesehen, sondern als ewiger Konflikt zwischen Muslimen und Juden eternalisiert. Historische und hermeneutische Interpretationen der im Islam heiligen

Mit CamScanner gescannt

Texte und auch Mohammeds als Religionsstifter sind heute nach wie vor eine Minderheitenposition und gelten als ketzerisch. Mohammed gilt als Vorbild für ein perfektes Leben, auch wenn dies im Widerspruch zu heute üblichen moralischen Standards steht (etwa in Bezug auf Kindsheirat, Geschlechterdiskriminierung, Anwendung brutaler Gewalt, körperlicher Strafen u. a. m.). Der Koran gilt als das direkte Wort Gottes, das nicht gedeutet werden kann – trotz der Tatsache, dass Sprache, auch wenn sie in Form von Suren daherkommt, immer vom Leser interpretiert werden muss. Diese Vorstellung von einem absoluten, nicht hinterfragbaren und nicht einmal interpretierbaren Wort Gottes macht es radikalen Islamisten leicht, Koranstellen, die zum Kampf gegen Juden, Christen und Ungläubige aufrufen, für politische Zwecke zu missbrauchen. Wird der Judenhass islamisch begründet, so steht er in Zusammenhang mit einem Weltbild, das alle Nicht-Muslime abwertet.

Der Einfluss europäisch-christlicher Antisemiten im 19. und 20. Jahrhundert

Eine diskriminierende Haltung gegenüber Juden gab es also schon von Anbeginn des Islams. Sie war aber eher geprägt von Geringschätzung und Abwertung als von Hass, Verschwörungstheorien und einer Furcht vor verteufelten Juden. Die im Christentum verbreitete Vorstellung von Juden als „Gottesmördern" gab es ebenso wenig wie die Ritualmordlegende, die Juden vorwarf, Kinder zu entführen und zu ermorden, um ihr Blut für Rituale zu verwenden. Letztere wurde erst von christlichen Mönchen in islamische Länder eingeführt. Das bekannteste Beispiel ist die Damaskus-Affäre von 1840. Kapuzinermönche beschuldigten die örtlichen Juden, den Mönch Tomaso und Ibrahim Amara, seinen muslimischen Diener, ermordet zu haben, da sie das Blut der Vermissten für das bevorstehende Pessachfest benötigen würden. Mit Hilfe des französischen Konsuls erreichten sie, dass auch der örtliche Gouverneur Sherif Pascha die Anschuldigungen ernst nahm und Juden foltern ließ, um diese zu entsprechenden Geständnissen zu bewegen. Dies weitete sich zu einem internationalen Skandal aus, bei dem die Ritualmordlegende wiederbelebt wurde. In Damaskus wurde eine örtliche Synagoge von einem aufgebrachten Mob geplündert und die Torahrollen wurden zerstört. Ähnliche Ritualmordbeschuldigungen gab es in anderen muslimischen Städten seitens orthodoxer oder katholischer Christen, oft unterstützt von diplomatischen Vertretungen, insbesondere Frankreichs

und Griechenlands, noch bis zur Jahrhundertwende, so beispielsweise in Algerien und Kairo.[31]

Christlich-antisemitische Stereotype verbreiteten sich während der Kolonialzeit zwar unter christlichen Minderheiten, vor allem im arabischen Raum, aber kaum unter Muslimen, da das religiöse Setting – wie oben beschrieben – ein ganz anderes war. Aus Europa importierte antisemitische Ideologie fasste erst Anfang des 20. Jahrhunderts Fuß, und dann auch erst allmählich, als der Faschismus auch im arabischen Raum zahlreiche Anhänger fand und als die heute noch wirkmächtigen islamistischen Bewegungen entstanden.

Der eliminatorische Antisemitismus islamistischer Ideologen

Islamistische Bewegungen, die einen Staat unter Herrschaft ihrer jeweiligen Auslegung der Scharia anstreben, entstanden erst Ende der 1920er-Jahre mit der Muslimbruderschaft in Ägypten, auch wenn sie sich auf frühere islamische Gelehrte beriefen.[32] Seither propagieren nahezu alle islamistischen Vordenker einen radikalen Judenhass, der sich unterscheidet von der traditionellen Abwertung und Diskriminierung von Juden (und Christen) in der islamischen Vormoderne. Er zeigt sich in Verschwörungstheorien, Vernichtungsfantasien gegen Juden und den jüdischen Staat Israel. Islamisten wähnen sich im Krieg gegen „den Westen", „die Christen" und „die Juden".

Interessanterweise trug erst die Muslimbruderschaft entscheidend dazu bei, dass die bis dato weitgehend neutralen bis sogar positiven offiziellen Stellungnahmen in Ägypten gegenüber Juden und Zionisten von Anfang der 1920er- bis Mitte der 1940er-Jahre umschlugen in offene Feindschaft.[33] Die Muslimbruderschaft erklärte den Bedeutungsverlust der zum Ideal erhobenen islamisch bestimmten Gesellschaftsmodelle mit den angeblich korrumpierenden westlichen Einflüssen, hinter denen „jüdische Mächte" gesehen

---

[31] Laqueur, Walter: Gesichter des Antisemitismus. Von den Anfängen bis heute. Berlin 2008, S. 215–220.

[32] Als Vordenker verschiedener islamistischer Bewegungen gelten beispielsweise Jamal ad-din al-Afghani (1837–1897), Muhammad Abduh (1849–1905) und Rashid Rida (1865–1935) sowie Wahabiten des 18. Jahrhunderts, deren saudische Nachfolger hier aufgrund der gebotenen Kürze ausgeklammert werden.

[33] In den 1920er-Jahren bekleideten Juden hohe offizielle Posten in Ägypten, waren in der Bevölkerung angesehen und selbst der Zionismus fand Fürsprecher als Träger einer fortschrittlichen, ökonomischen Entwicklung. Krämer, Gudrun: Minderheit, Millet, Nation? Die Juden in Ägypten, 1914–1952. Wiesbaden 1982; Küntzel, Matthias: Djihad und Judenhaß: Über den neuen antijüdischen Krieg. Freiburg i. Br. 2003, S. 15, S. 25–28.

Mit CamScanner gescannt

wurden. Sie beschrieb den Verlust der Dominanz muslimischer Herrscher als Demütigung für Muslime und forderte eine Rückbesinnung auf den Koran und die Sunna (Worte und Taten Mohammeds) und deren Anwendung auf alle Lebensbereiche. Der Djihad wurde nun radikal politisch ausgelegt und mit einem Todeskult verbunden.[34] Schließlich nutzten die Muslimbrüder die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Palästina ab den frühen 1920er-Jahren zur Mobilisierung gegen die zionistische Einwanderung und zur Hetze gegen Juden nicht nur in Palästina, sondern auch in Ägypten. Sie riefen zum Boykott der Geschäfte jüdischer Ägypter auf, druckten regelmäßige Kolumnen zur „Gefährlichkeit der Juden von Ägypten" und verbreiteten die Mär, dass Juden (und Briten) heilige Stätten des Islams in Jerusalem zerstören wollten. Antisemitische Kampagnen aus der arabischen Welt trugen also schon früh zum Nahostkonflikt bei.

Amin al-Husseini, ab 1921 Mufti von Jerusalem, war in seinem Judenhass noch militanter und kooperierte eng mit den Nationalsozialisten. Al-Husseini setzte sich und seine antijüdische und Scharia-orientierte Politik brutal und radikal gegen andere, tolerantere, arabische Akteure durch. Die Unterstützung durch die Nazis wurde ab 1937 entscheidend verstärkt. Es erfolgten finanzielle Hilfen und Waffenlieferungen, die es dem Mufti ermöglichten, seine Macht zu festigen und den Aufstand der Araber in Palästina auszuweiten. 1941 floh er vor den Briten nach Berlin und arbeitete dort mit einem großen Stab für die nationalsozialistische Propaganda im arabischen Raum.[35] Nach dem Krieg entkam al-Husseini nach Ägypten und arbeitete dort eng mit der Muslimbruderschaft zusammen. Auch wenn er nicht aus Ägypten ausreisen durfte, setzte er seine Politik in Palästina weiter brutal durch, indem er beispielsweise tolerantere Vertreter ermorden ließ.[36] Al-Husseini radikalisierte den Judenhass und Antizionismus wie kein anderer arabischer Führer und wird dafür bis heute gefeiert.

---

[34] Hassan Al Banna veröffentlichte 1938 den programmatischen Text: „Die Todesindustrie."

[35] Zur nationalsozialistischen Propaganda im arabischen Raum, siehe Herf, Jeffrey: Nazi Propaganda for the Arab World. New Haven 2010. Zur Rolle arabischer Muslime während des Holocausts siehe Cüppers, Martin u.Klaus-Michael Mallmann: Halbmond und Hakenkreuz. Darmstadt 2006; Satloff, Robert: Among the Righteous: Lost Stories from the Holocaust's Long Reach into Arab Lands. New York 2006; Nordbruch, Götz: Nazism in Syria and Lebanon: The ambivalence of the German Option, 1933–1945. London/New York 2009. Auch positive Beispiele von Muslimen, die Juden während des Holocausts retteten, sind dokumentiert. Mughal, Fiyaz u. Esmond Rosen: The Role of Righteous Muslims. London 2010.

[36] Küntzel, Djihad und Judenhaß; Cüppers/Mallmann, Halbmond und Hakenkreuz; Gensicke, Klaus: Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Darmstadt 2007.

Eine auch heute noch von Islamisten in Europa viel gelesene antisemitische Schrift ist Sayyid Qutbs 1950 veröffentlichter Aufsatz *Unser Kampf mit den Juden*.[37] Mit der Zunahme des Islamismus nach dem Sechstagekrieg 1967 gewannen seine Schriften im gesamten arabischen Raum noch an Einfluss. Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi macht den Muslimbruder Qutb als Hauptverantwortlichen aus, antisemitische Ideologie durch seinen sunnitisch-islamischen Fundamentalismus in den Islam eingeführt zu haben.[38] Der Judenhass Qutbs und seiner ideologischen Nachfolger – wie der heute auch in Europa einflussreiche Prediger Yusuf al-Qaradawi oder die Hamas – ist verwoben mit dezidiertem Antiamerikanismus und der Überzeugung, dass die USA durch die „Israellobby" von Juden regiert wird, die den Islam zerstören wollten. In dieser Ideologie wird nicht unterschieden zwischen Judentum und Zionismus oder „den Juden" und Israel oder der israelischen Regierung. Qutb verknüpfte die Feindschaft zu Juden in essentieller Weise mit den Auseinandersetzungen in der Frühzeit des Islams zwischen Mohammed und seinen Anhängern und jüdischen Stämmen in Medina. Der „Kampf mit den Juden" ist für Qutb ein kosmischer Kampf zwischen Gut und Böse. Juden werden mit allem Bösen identifiziert.

Auch im britischen Indien und späteren Pakistan entstanden islamistische Bewegungen. Der bekannteste islamistische Vordenker dort war Syyid Abul Ala Maududi. Er propagierte ebenfalls die Vorherrschaft des Islams, seine judenfeindlichen Äußerungen waren jedoch vergleichsweise weniger explizit. Qutb und Ayatollah Khomeini ließen sich von ihm inspirieren. Letzterer verband eine islamistisch-marxistische Befreiungs- und Märtyrerideologie mit virulentem Antizionismus, Antiamerikanismus und Antisemitismus und polemisierte gegen die Emanzipation von Nicht-Muslimen im Iran.[39] In seinen Verschwörungsfantasien machte er Juden verantwortlich für die Verfälschung des Islams, Kontrolle der Medien, Materialismus und kapitalistische Modernisierung. Die von Khomeini angeführte iranische Revolution von 1979 hat auch heute noch, lange nach seinem Tod,

---

[37] Küntzel, Djihad und Judenhaß; Tibi, Bassam: From Sayyid Qutb to Hamas: The Middle East Conflict and the Islamization of Antisemitism. In: Small, Charles A. (Hrsg.): Global Antisemitism. A Crisis of Modernity. Vol. IV. New York 2013, S. 21–46; Wistrich, Robert S.: Anti-Zionist Connections: Communism, Radical Islam, and the Left. In: Rosenfeld, Alvin H. (Hrsg.): Resurgent Antisemitism: Global Perspectives. Bloomington 2013, S. 402–423.

[38] Tibi, Bassam: Islamism and Islam. New Haven 2012.

[39] Wistrich, Anti-Zionist Connections, S. 406.

Mit CamScanner gescannt

globale Ambitionen zur permanenten Bekämpfung des „großen und kleinen Satans" – der USA und Israels.[40]

Vergleichsweise weniger stark ist der Islamismus in der Geschichte der Türkei, bedingt durch die stark säkulare Tradition seit der Staatsgründung durch Kemal Atatürk. Aber auch in der Türkei gewannen Islamisten zunehmend an Einfluss und übernahmen 2002/2003 mit Tayyip Erdoğan und seinen Mitstreitern de facto die Macht. Schon seit den 1960er-Jahren formierten sich islamistische Parteien, allen voran Necmettin Erbakans Millî Görüş (Nationale Sicht). Islamisten in der Türkei trauern dem Osmanischen Reich nach und erklären sich die Abschaffung des Kalifats und die Errichtung der modernen Türkei häufig als jüdisches Komplott. Dazu kommt eine seit dem 17. Jahrhundert verbreitete fixe Idee von den angeblich einflussreichen, die Türkei unterwandernden „Dönme", d. h. Krypto-Juden und Nachkommen der Anhänger Schabbtai Zwis, eines jüdischen Kabbalisten, der damals zum Übertritt zum Islam gezwungen worden war. Antisemitismus wird in der Türkei inzwischen offen und ohne nennenswerten Widerspruch in Medien verbreitet. *Die Protokolle der Weisen von Zion* wurden zwischen 1946 und 2012 114 Mal verlegt, meist von islamistischen Organisationen. *Mein Kampf* wird auf offener Straße an Büchertischen angeboten; im Jahr 2005 wurden 100.000 Kopien innerhalb von zwei Monaten verkauft. Antisemitische Filme und Fernsehserien wie *Das Tal der Wölfe* und *Ayrilik* (Trennung) erfreuen sich hoher Einschaltquoten. Erstere wurde von der Regierungspartei angepriesen, letztere wurde vom staatlichen Sender TRT-1 ausgestrahlt. Nicht zu unterschätzen ist Erdoğan selbst, dessen Weltsicht durch und durch antisemitisch ist. Bereits 1974 schrieb, leitete und spielte er in der Hauptrolle das Theaterstück *Mas-Kom-Ya*, das Freimaurer, Kommunisten und Juden verteufelt. Bis heute verehrt er Necip Fazıl Kısakürek (1904–1983), einen glühenden Antisemiten und Feind der säkularen Türkischen Republik. Zu dessen Veröffentlichung zählen die türkische Übersetzung der *Protokolle* und Hochreden auf Henry Fords *Der internationale Jude*, sowie Zeitungsartikel mit der Überschrift „Die Juden regieren die Welt". In dem von ihm veröffentlichten politischen Programm heißt es in religiös eingefärbter Stürmer-Manier:

> Alle möglichen Maßnahmen sind zu treffen, um das türkische Heimatland so zu gestalten, dass dessen einzige Einwohner Muslime und Türken sind und dass es von Kopf bis Fuß von Verrätern und dunklen Kräften gesäubert

---

[40] Wistrich, Robert S.: A Lethal Obsession: Anti-Semitism from Antiquity to the Global Jihad. New York 2010, S. 840–847.

> wird. Unten den verräterischen und hinterlistigen Elementen, die entfernt werden müssen, sind vor allem die Dönme und die Juden.[41]

Erdoğan preist Kısakürek noch heute als Leitfigur für sich und zukünftige Generationen.[42]

Antisemitismus im arabischen Nationalismus

Die Idee einer panarabischen Nation wurde zu Beginn der 1940er-Jahre vor allem durch die in Syrien gegründete Baath-Partei populär und verbreitete sich in allen mehrheitlich arabischen Ländern, auch wenn eine solche Einheit strukturell nie zustande kam. Sie fußte auf einer Mischung nationalsozialistischer Ideale und der Idee einer höherwertigen arabischen Nation und Kultur gegenüber dem Westen. Eine antiimperialistische Befreiungsideologie, in der Israel als neokolonialistischer Brückenkopf gesehen wurde und innen- und außenpolitisch als Sündenbock herhalten musste, war zentrales Element des Panarabismus. Gamal Abdel Nasser wurde nach seiner Machtübernahme 1956 in Ägypten zu einem der bekanntesten und einflussreichsten Verfechter dieser Ideen. Nasser und seine Regierung waren beeinflusst von nationalsozialistischer, aber auch von islamistischer[43] Ideologie und trugen aktiv zur Verbreitung antisemitischer Propaganda in Wort und Schrift in Ägypten und anderen arabischen Ländern bei. Insbesondere ab 1953 wurde vielen deutschen Nationalsozialisten nicht nur Unterschlupf gewährt, sie wurden auch darin unterstützt, in Ägypten und insgesamt im arabischen Raum antisemitische Propaganda zu betreiben. Viele konvertierten zum Islam und nahmen muslimische Namen an. Nationalsozialisten wie Ludwig Heiden (alias Louis al-Hajj) übersetzten *Mein Kampf* ins Arabische, der ehemalige Gestapoführer in Polen, Leopold Gleim (alias Ali al-Nahar), arbeitete an führender Stelle für die ägyptische Geheimpolizei und überwachte die Juden Ägyptens. Der ehe-

---

[41] Bali, Rifat N.: Antisemitism and Conspiracy Theories in Turkey. Istanbul 2013, S. 144.

[42] Singer, Sean R.: Erdogan's muse: The school of Necip Fazil Kisakurek. In: World Affairs, 176/4 (2013), S. 81–88.

[43] Nasser war als junger Offizier in den 1940er-Jahren beeinflusst von der pronazistischen Bewegung Misr El-Fatah [Junges Ägypten], dessen Mitglied er war. Er und Anwar as-Sadat kooperierten mit den Nationalsozialisten zur Vorbereitung von antibritischen Anschlägen in Ägypten. Beide pflegten aber auch enge Kontakte zur Muslimbruderschaft, deren antisemitische und antizionistische Propaganda schon damals ausgeprägt war. Bei dem Militärputsch 1952, der Nasser an die Macht brachte, hatten 10 von 14 Putschisten den Muslimbrüdern ihre Loyalität erklärt. Der Bruch mit der Muslimbruderschaft erfolgte erst 1954.

Mit CamScanner gescannt

malige SS-Obersturmführer Johann von Leers (alias Omar Amin) verbreitete die arabische Übersetzung der *Protokolle der Weisen von Zion* und organisierte antisemitische Radiosendungen.[44] Von Nasser ist dokumentiert, dass er den Holocaust leugnete und die *Protokolle* persönlich zur Lektüre empfahl. Unter Nasser avancierte Ägypten zur Hauptquelle der Verbreitung dieses Prototyps antisemitischer Verschwörungstheorien.[45] Der damalige Parlamentssprecher und spätere Staatspräsident Ägyptens, Anwar as-Sadat, schrieb noch 1953 eine explizite Hommage an Hitler.[46]

Eine starke Bewegung des arabischen Nationalismus entstand mit der Baath-Partei auch im Irak, wo sie 1963, wie in Syrien, die Macht ergriff. Der Antizionismus irakischer Panarabisten war schon in den 1940er-Jahren begleitet von offenem Antisemitismus. Unter Saddam Hussein verstärkte sich der Wahn eines „ewigen Kampfes bis zur panarabischen Revolution" gegen innere und äußere Feinde, die oft als jüdisch imaginiert wurden.[47] Dennoch lässt sich auch am Beispiel Iraks erkennen, dass der Antisemitismus nicht allein auf den Panarabismus zurückzuführen ist. Schon 1941 gab es nach dem Zusammenbruch des profaschistischen Putsches ein Pogrom in Bagdad, bei dem etwa 180 Juden ermordet wurden. 1951 wurden, unter der königstreuen und probritischen Regierung, etwa 125.000 irakische Juden vertrieben.

Ein weiterer Verfechter der panarabischen Idee war Libyens Revolutionsführer Muammar Gaddafi. Seine Machtübernahme führte zu einer dramatischen Verschlechterung der Situation der wenigen verbliebenen libyschen Juden. Israel sah Gaddafi als ein „kolonialistisch-imperialistisches Phänomen" an und vertrat einen militanten Antizionismus: Er forderte die Auslöschung Israels, beteiligte sich 1973 finanziell und militärisch am Krieg gegen Israel – mit dem Ziel der Vernichtung Israels – und unterstützte Terror gegen westliche Ziele und jüdische Einrichtungen weltweit. Gaddafi ließ antisemitische Propaganda verbreiten und zeichnete auch Holocaustleugner

---

[44] Litvak, Meir u. Esther Webman: From Empathy to Denial: Arab Responses to the Holocaust. New York 2009, S. 279; Sennholz, Marco: Johann von Leers: Ein Propagandist des Nationalsozialismus. Berlin 2013; Becker, Ulrike: Post-war Antisemitism: Germany's Foreign Policy Toward Egypt. In: Small, Charles A. (Hrsg.): Global Antisemitism: A Crisis of Modernity, Vol. III. New York 2013, S. 89–96.

[45] Krämer, Minderheit, Millet, Nation?; Lewis, Bernard: Semites and Anti-Semites: An Inquiry into Conflict and Prejudice. London 1997; Küntzel, Djihad und Judenhaß; Wistrich, A lethal Obsession, S. 610 ff.

[46] Litvak/Webman: From Empathy to Denial, S. 279–280.

[47] Wistrich, A lethal Obsession, S. 677, S. 789ff.

und Antisemiten mit seinem hochdotierten „Gaddafi Preis für Menschenrechte" [sic] aus.[48]

Der Sechstagekrieg 1967 führte zu einer Krise des arabischen Nationalismus, und islamistische Bewegungen, die die Einheit einer rein religiös definierten Gemeinschaft versprachen, gewannen nun ihrerseits zunehmend an Gewicht. Dies wird häufig als entscheidende Wende vom arabischen Nationalismus zu einer Zunahme des Islamismus in Ägypten und im gesamten arabischen Raum angesehen.[49] Der überwältigende militärische Sieg des jüdischen Staates über eine ganze Gruppe arabischer Armeen passte so gar nicht in das noch immer traditionell vorherrschende Bild von minderwertigen, schwachen Juden und wurde sogar von Nasser verschwörungstheoretisch-religiös erklärt.[50] In Ägypten fand ab 1970 unter Anwar as-Sadat eine bereits von Nasser eingeleitete, staatlich geförderte Islamisierung der Gesellschaft statt. 1971 wurde die Scharia als eine Hauptquelle der Gesetzgebung in der ägyptischen Verfassung verankert. Trotz seines mutigen Schrittes, einen Friedensvertrag mit Israel zu unterzeichnen,[51] versuchte Sadat nicht, antisemitische Propaganda oder Umtriebe einzuschränken. Im Gegenteil, entsprechende Organisationen wurden sogar staatlich gefördert.[52]

Auswirkungen auf die Muslime in Europa

In arabischen und türkischen Medien, die teilweise auch für europäische Rezipienten produzieren, wird Antisemitismus häufig ganz offen geäußert. Ein extremes Beispiel ist die türkisch-islamistische Tageszeitung *Vakit* (heute *Yeni Akit*), die 2005 in Deutschland wegen ihrer antisemitischen Propaganda verboten wurde. In der niederländisch-türkischen Zeitung *Doğuş* werden im

[48] Der amerikanische Antisemit Louis Farrakhan, Führer der religiös-politischen Bewegung Nation of Islam, wurde 1996 mit dem „Internationalen Gaddafi-Preis für Menschenrechte" ausgezeichnet, Holocaustleugner Roger Garaudy 2002. Der letzte Preisträger war 2010 Recep Tayyip Erdoğan.

[49] Tibi, Bassam: Kreuzzug und Djihad: Der Islam und die christliche Welt. München 1999, S. 243–244.

[50] Küntzel, Djihad und Judenhaß, S. 71f.

[51] Als Reaktion auf den Friedensvertrag mit Israel brachen die meisten arabischen Staaten ihre Beziehungen zu Ägypten ab. Ägypten wurde aus der Arabischen Liga verstoßen und deren Sitz wurde für ein Jahrzehnt von Kairo nach Tunis verlegt. Sadat bezahlte letztlich persönlich mit seinem Leben, als er von Mitgliedern der Terrorgruppe Tanzim al-Jihad 1981 vor allem aufgrund des Friedensvertrags mit Israel ermordet wurde.

[52] Tibi, Bassam: Die neue Weltunordnung: Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus. München 2001, S. 304; Küntzel, Djihad und Judenhaß, S. 73ff.

Mit CamScanner gescannt

Editorial regelmäßig antisemitische Verschwörungstheorien und Holocaustleugnungen veröffentlicht.[53] Die Zeitung steht der türkisch-islamistischen Organisation Millî Görüş nahe, welche in ganz Europa aktiv ist. In Deutschland bildet sie die zweitgrößte islamische Organisation mit einer Vielzahl von Moscheen. Dessen Gründer, Necmettin Erbakan, wird bis heute nahezu ungebrochen von Millî-Görüş-Anhängern verehrt. 2010 gab er der *Welt Online* ein Interview, in dem ein Teil seiner oft verbreiteten antisemitischen Ansichten deutlich wurde. Dort sagte er:

> Seit 5700 Jahren regieren Juden die Welt. Es ist eine Herrschaft des Unrechts, der Grausamkeit und der Gewalt. Sie haben einen starken Glauben, eine Religion, die ihnen sagt, dass sie die Welt beherrschen sollen. Sehen Sie sich diese Ein-Dollar-Note an! Darauf ist ein Symbol, eine Pyramide von 13 Stufen, mit einem Auge in der Spitze. Es ist das Symbol der zionistischen Weltherrschaft. Die Stufen stellen vier „offene" und andere geheime Gesellschaften dar, dahinter gibt es ein „Parlament der 300" und 33 Rabbinerparlamente, und dahinter noch andere, unsichtbare Lenker. Sie regieren die Welt über die kapitalistische Weltordnung.[54]

Es ist also nicht verwunderlich, wenn sich in den zahlreichen Millî-Görüş-Moscheen Prediger, Texte und Filme finden, die Judenhass offen propagieren. Gleiches gilt für Organisationen, die von der Muslimbruderschaft oder dem iranischen Regime beeinflusst sind. Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland und die Muslimische Jugend in Deutschland werden zum Bruderschaftsnetzwerk gezählt und beeinflussen maßgeblich den Zentralrat der Muslime in Deutschland. Die Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands ist insbesondere über den Iran extremistisch beeinflusst. Die größte islamische Organisation in Deutschland ist DITIB, personell und organisatorisch eng verbunden mit dem türkischen Amt für religiöse Angelegenheiten. Seit der Machtübernahme der islamistischen AKP in der Türkei ist zu befürchten, dass Islamisten auch innerhalb der traditionell säkularen DITIB an Einfluss gewinnen und antisemitische Vorstellungen und Denkmuster Teil der Ideologie und Lehre werden.

---

[53] Stremmelaar, Annemarike: Dutch and Turkish Memories of Genocide: Contact or Competition? The NIOD Institute for War, Holocaust and Genocide Studies. Diskussionspapier. 5. 6. 2013; Stremmelaar, Annemarike: Turkish Anti-Zionism in the Netherlands. From Leftist to Islamic Antisemitism. In: In: Ensel, Remco u. Evelien Gans (Hrsg.): The Holocaust, Israel and "the Jew". Amsterdam 2017, S. 259–286.

[54] Kalnoky, Boris: Erdogan ist ein Kassierer des Zionismus. In: Welt Online vom 08. 11. 2010.

Allerdings sind die islamischen Organisationen nicht repräsentativ für Muslime in Deutschland,[55] auch wenn sie dies oft vorgeben. Gerade säkulare Muslime fühlen sich oft von keiner der derzeit die Mehrheit der Moscheen betreibenden Organisation vertreten.

Schlussbemerkungen

Negative Einstellungen gegenüber Juden sind in muslimischen Ländern die Regel, nicht die Ausnahme. Ein wichtiger Faktor sind antizionistische Einstellungen und Agitationen, die mit antisemitischen Stereotypen und Verschwörungstheorien vermischt werden. Der heutige Judenhass in muslimischen Ländern speist sich aus einer Judenfeindschaft in religiösen islamischen Texten, einschließlich dem Koran, aus der Geschichte der islamischen Vormoderne, aus dem Export von antisemitischen Ideen seitens christlicher und nationalsozialistischer Antisemiten (letztere insbesondere im arabischen Raum) und aus der Propaganda populärer islamistischer Bewegungen wie der Muslimbruderschaft, deren Ideologen von Anfang an gegen Juden und den Westen hetzten. Der Nahostkonflikt ist eher Vehikel, der zur Mobilisierung antisemitischer Ressentiments genutzt wird und zugleich als Vorwand dient. Wie in christlichen Gesellschaften ist der Judenhass in Tradition, Kultur, religiösen Riten und Sprache zu finden, mit dem Unterschied, dass eine selbstkritische Diskussion und eine Distanzierung von Judenhass bisher nur von einer verschwindend kleinen Minderheit islamischer Gelehrter betrieben werden.

Bei genauerem Hinsehen ist es also nicht verwunderlich, dass der Antisemitismus unter Muslimen auch in Europa stark präsent ist, wesentlich stärker als unter Nicht-Muslimen, aber geringer als in den Herkunftsländern, die offensichtlich auch noch in der zweiten und dritten Generation Bilder von Juden prägen, zusätzlich angestachelt durch die zahlreichen islamistischen Organisationen, in denen Antisemitismus zum Weltbild gehört.

Der jüngste Anstieg von Antisemitismus unter Muslimen hat zu einer starken Verunsicherung und einer erneuten Auswanderungswelle von Juden aus der Türkei, Frankreich, Großbritannien, Schweden und anderen europäischen Ländern beigetragen. Auch in Deutschland sind Juden besorgt, dass der Antisemitismus mit der massiven Zuwanderung von Flüchtlingen aus

[55] Bundesamt für Migration und Flüchtlinge: Muslimisches Leben in Deutschland. Nürnberg 2009, S. 173–181.

Mit CamScanner gescannt

muslimischen Ländern, in denen Judenhass offenbar zur Norm gehört, zunehmen könnte. Tatsächlich scheint Israel- und Judenhass unter Geflüchteten zumindest aus Syrien und dem Irak besonders stark verbreitet.[56]

Bei der Suche nach den Ursachen des zeitgenössischen muslimischen Antisemitismus sind historische, psychologische, soziale sowie geopolitische Entwicklungen zu berücksichtigen. Auch in Deutschland weit verbreitete Thesen, die muslimischen Antisemitismus primär auf den Nahostkonflikt oder auf soziale Diskriminierung beziehungsweise Kolonialisierung zurückführen, erscheinen angesichts neuer Forschungsergebnisse veraltet. Die hier diskutierten Ansätze vermögen, einzeln gesehen, den neuerdings stark anwachsenden Antisemitismus, ebenfalls nicht umfassend zu erklären. Sie sind aber als maßgebliche Faktoren zu verstehen, die Judenfeindschaft begünstigen, aber nicht zwangsläufig zu antisemitischen Einstellungen führen müssen. Das zeigen Muslime, die sich explizit Antisemitismus und Antizionismus entgegenstellen, auch gegen das eigene soziale Umfeld. Vorsicht ist auch geboten, die Ursachen für Antisemitismus unter Muslimen in unterschiedlichen Ländern und mit unterschiedlichen ethnischen und religiösen Hintergründen zu verallgemeinern. Es zeigt sich jedoch, dass das Zusammenspiel von arabischem Nationalismus, islamistischen Bewegungen und der Zusammenarbeit mit Nationalsozialisten in der Mitte des 20. Jahrhunderts einen wesentlichen Anteil daran hatte, dass die diskriminierende Behandlung von Juden im Islam des Mittelalters nicht im Zuge der Etablierung nationalstaatlich verfasster Gesellschaften und der Gleichberechtigung aller Bürger verschwand, sondern in weiten Teilen in Antisemitismus und eine identitär verstandene Feindschaft („Muslime seien prinzipiell Feinde der Juden") umschlug. Islamistische Einflüsse und durch traditionelle und neue Medien und das soziale Umfeld tradierte Stereotype sind heute wesentliche Faktoren, die antisemitische Einstellungen unter weiten Teilen der muslimischen Bevölkerung – auch in Europa – fortschreiben.

---

[56] Jikeli, Günther: Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah. Forschungsbericht. Dezember 2017. Hrsg. v. American Jewish Committee Berlin; https://ajcberlin.org/sites/default/files/ajc_studie_gefluechtete_und_antisemitismus_2017.pdf (12. 8. 2018).

Stephan Grigat

„Bei alten Freunden“ Islamischer Antisemitismus, deutsche Iran-Politik und die Bedrohung Israels

Ende Juni 2016 hielt Mahmud Abbas im EU-Parlament eine flammende Rede: Er präsentierte der europäischen Öffentlichkeit nicht nur jene Verdrehungen der Geschichte des israelisch-palästinensischen Konfliktes, die in Verlautbarungen der PLO leider üblich sind; sondern ganz in der Tradition der mittelalterlichen Judenfeindschaft behauptete er auch, in Israel würden Rabbiner fordern, die Regierung solle palästinensisches Wasser vergiften, um so einen Genozid an den Palästinensern zu begehen. Nur wenige Tage später musste der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde diese Lüge, die er von seinen eigenen Propagandisten übernommen hatte, eingestehen, was in der europäischen Öffentlichkeit schulterzuckend zur Kenntnis genommen wurde. Zuvor bekam der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde von nahezu allen Abgeordneten des EU-Parlaments stehende Ovationen, und der sozialdemokratische Parlamentspräsident und spätere SPD-Kanzlerkandidat, Martin Schulz, sprach gar von einer „inspirierenden Ansprache“.[1]

Mit seinem Auftritt hat Abbas abermals dokumentiert, dass Antisemitismus keineswegs nur bei dezidiert islamistisch-djihadistischen Organisationen eine entscheidende Rolle spielt, sondern auch bei Leuten, die, wie der PLO- und Fatah-Vorsitzende, in aller Regel als „moderate Palästinenser“ gehandelt werden. Doch deutsche Regierungsvertreter haben auch für deutlich radikalere Feinde Israels freundliche Worte parat: Wenige Tage nach dem Wiener Atomabkommen vom Juli 2015 war es der damalige SPD-Vorsitzende

[1] Zit. n. Markl, Florian: Applaus für antisemitische Hetze im EU-Parlament. http://www.mena-watch.com/mena-analysen-beitraege/applaus-fuer-antisemitische-hetze-im-eu-parlament/, 26. 6. 2016 (31. 7. 2017).

Mit CamScanner gescannt

Sigmar Gabriel, der als erster westlicher Spitzenpolitiker und als erster deutscher Wirtschaftsminister seit 13 Jahren in den Iran flog und verkündete: „Ich habe den Eindruck, bei alten Freunden zu sein."[2] Diese „alten Freunde", das iranische Regime also, hatten historisch enge Beziehungen zur PLO unterhalten: Nachdem Khomeini 1979 im Iran die Macht übernommen hatte, war einer der ersten prominenten Besucher des neuen Regimes Abbas' Vorgänger Jassir Arafat, der in einer feierlichen Zeremonie die Schlüssel der ehemaligen israelischen Botschaft in Teheran überreicht bekam, nachdem viele spätere Führungsoffiziere der Pasdaran, der iranischen Revolutionswächter, ihre erste militärische Ausbildung in PLO-Camps im Südlibanon erhalten hatten.

Seit langem ist die deutschsprachige Diskussion über Antisemitismus in den islamisch dominierten Ländern von Ignoranz, Indifferenz, Relativierungen und Verharmlosungen geprägt. Über Jahrzehnte hinweg wurde in den deutschsprachigen Nahost-Diskussionen weitestgehend ignoriert, dass der Antisemitismus in den arabischen und islamischen Ländern kein Resultat der Gründung Israels war, sondern der arabische und islamische Antisemitismus eine der zentralen Ursachen des Konfliktes zwischen der jüdischen und der arabischen Nationalbewegung im Nahen Osten ist und diesen Konflikt bis heute prägt.[3]

Die Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte ist einerseits durch eine Zunahme von islamistischem Terror in Europa und einer frappierenden Dominanz arabisch-, türkisch- und iranisch-stämmiger Akteure bei antisemitischen Massenaufmärschen in europäischen Städten geprägt. Andererseits haben gewisse, ausgesprochen disparate Akteure – von Neo-Konservativen über Feministinnen und jüdische Gemeindevertreter bis zu Protagonisten einer Ideologiekritik in der Tradition von Karl Marx und der Kritischen Theorie – durch politische Interventionen immer wieder das Ausbleiben

---

[2] Zit. n. Greive, Martin: Gabriel sagt in Teheran, was Mullahs ungern hören; https://www.welt.de/politik/deutschland/article144250760/Gabriel-sagt-in-Teheran-was-Mullahs-ungern-hoeren.html, 20. 7. 2015 (10. 6. 2017).

[3] Anders geartete Behauptungen scheitern notwendigerweise daran zu erklären, warum sich der Antizionismus im palästinensischen Mandatsgebiet in den 1920er- und 1930er-Jahren explizit auch gegen nicht- und antizionistische Juden gerichtet hat, wie beispielsweise beim Massaker in Hebron von 1929 oder in den wüsten judenfeindlichen Stellungnahmen des Mufti von Jerusalem, Amin el-Husseini, der eng mit dem deutschen Nationalsozialismus kooperierte. Vgl. dazu beispielsweise Küntzel, Matthias: Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg. Freiburg i. Br. 2003; Mallmann, Klaus M. und Martin Cüppers: Halbmond und Hakenkreuz. Das „Dritte Reich", die Araber und Palästina. Darmstadt 2006.

einer gesamtgesellschaftlichen Reaktion auf islamischen Antisemitismus und die djihadistische Ideologie kritisiert. Dadurch ist der islamische und arabische Antisemitismus auch in den europäischen Gesellschaften mit reichlicher Verspätung Gegenstand zumindest einer gewissen wissenschaftlichen Reflexion geworden. Bis in Europa die islamistische Bedrohung Israels zu einem einigermaßen relevanten Thema wurde, hat es allerdings Jahrzehnte gedauert. Im jüdischen Staat setzte nach der ersten Intifada Anfang der 1990er-Jahre eine intensive Diskussion darüber ein, inwiefern das Erstarken sowohl des schiitischen als auch des sunnitischen Islamismus die Bedingungen für das Überleben Israels in der Region des Nahen Ostens tangiert. In Europa wurden diese Diskussionen erst während der zweiten Intifada und nach den Anschlägen von 9/11 in nennenswerten Teilen der akademischen Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen. Zu einer politischen Praxis, die adäquat auf die Bedrohung Israels reagieren würde, haben diese Debatten in Europa bisher kaum geführt.

Eine sinnvolle Diskussion über die islamistische Bedrohung Israels und den islamischen Antisemitismus muss damit beginnen, sich den Charakter der diversen islamistischen Bewegungen und ihrer jeweiligen Ideologie und Praxis in Reflexion auf die historische Erfahrung des Nationalsozialismus zumindest schlagwortartig zu vergegenwärtigen. Vor dem Hintergrund dessen, dass das iranische Regime derzeit in Israel als größte Gefahr wahrgenommen wird, wohingegen es beispielsweise mit Saudi Arabien zu einem ausgesprochen bemerkenswerten Annäherungsprozess gekommen ist, wird der Fokus dabei auf die Ideologie der iranischen Ajatollahs und Revolutionswächter gelegt. Im Anschluss daran sollen europäische Reaktionen auf den Islamismus und den islamischen Antisemitismus exemplarisch anhand des deutschen Verhaltens gegenüber dem iranischen Regime und seiner Verbündeten diskutiert werden, um abschließend einige Handlungsoptionen für die deutsche und europäische Politik zu skizzieren.

Islamismus und Nationalsozialismus

Yusuf al-Qaradawi, als Fernsehprediger auf *Al Jazeera* und Vorsitzender des European Council for Fatwa and Research lange Jahre einer der einflussreichsten Vordenker des sunnitischen Islam, hält sich im Gegensatz zum iranischen Regime nicht lange mit der Leugnung des Holocaust auf, sondern erklärt ihn für vorbildlich: Hitler sei die „letzte Strafe" für das jüdische Volk gewesen, die Allah ihm wegen „seiner Verkommenheit" auf-

Mit CamScanner gescannt

erlegt habe; und in der Zukunft sollten die Muslime selbst Hand anlegen: „So Gott will, wird das nächste Mal diese Strafe durch die Hand der Gläubigen erfolgen."[4] Al-Qaradawi konnte Anfang 2011 nach dem Sturz Husni Mubaraks nach 30 Jahren der Verbannung nach Ägypten zurückkehren, wo er in seiner ersten großen öffentlichen Predigt, die offenbar mit Billigung der neuen Militärregierung auf dem Tahrir-Platz stattfand, vor Zehntausenden davon schwärmte, bald auch im „befreiten" Jerusalem Allah preisen zu können. Die ägyptische Muslimbrüderschaft, aus der al-Qaradawi stammt, war für fast alle späteren Richtungen des radikalen Islam einschließlich der schiitischen prägend. Der Übersetzer der programmatischen Schriften von Sayyid Qutb ins Persische war der heutige Oberste geistliche Führer des iranischen Regime, Ali Khamenei. Qutb war nach dem Gründer Hassan al-Banna der wichtigste Vordenker der Muslimbrüderschaft, die als Prototyp einer islamistischen Organisation nahezu zeitgleich mit den faschistischen Massenbewegungen in Europa entstand. Der sprunghafte Anstieg ihrer Mitglieder resultierte Anfang der 1930er-Jahre, ganz so wie beim europäischen Faschismus und Nationalsozialismus, aus einer massenhaften, wahnhaft projektiven Reaktion auf die hereinbrechende krisenhafte kapitalistische Moderne, die auch einer der zentralen Gründe für die zunehmende Unterstützung der iranischen Islamisten seit den 1930er-Jahren war und mit die Grundlage für die Massenbewegung Khomeinis in den 1970er-Jahren im Iran bereitete.[5]

Auch wenn die politische Programmatik der Muslimbrüder mit den religiösen Schriften des Islams legitimiert wird und sich beispielsweise hinsichtlich Sexualmoral und Geschlechterpolitik ebenso von Faschismus und Nationalsozialismus unterscheidet wie die Ideologie des iranischen Regimes, gleicht sie doch in zentralen politökonomischen Punkten ganz so wie bei den khomeinistischen Eiferern jener der radikalen Rechten in Europa: Ablehnung von Parlamentarismus und Parteiendemokratie, Kampf gegen Liberalismus und Marxismus, Verteufelung des Zinses, Proklamierung

---

[4] Zit. n. Cáceres, Javier: „An den Teufel verkauft". http://www.sueddeutsche.de/sport/neuer-sponsor-beim-fc-barcelona-an-den-teufel-verkauft-1.1039090-2, 22. 9. 2010 (31. 7. 2017).

[5] Zur Frage, inwiefern der Islamismus als projektive Reaktion auf die Moderne verstanden werden kann siehe beispielsweise Marz, Ulrike: Moderner Antimodernismus. Der antisemitische Hass auf den Westen in der Ideologie der Islamischen Republik. In: Stephan Grigat (Hrsg.), Iran – Israel – Deutschland: Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Berlin 2017, S. 114–133 sowie Lewed, Karl-Heinz: Erweckungserlebnis als letzter Schrei. Der Islamismus und die rational-irrationale Subjektivität der Warengesellschaft. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 33 (2010), http://www.krisis.org/2010/erwekkungserlebnis-als-letzter-schrei (9. 12. 2017).

einer Gemeinschaft von Kapital und Arbeit, zu deren Verteidigung gegen die sie angeblich zersetzenden Kräfte der als jüdisch gebrandmarkten Abstraktion man angetreten sei. Al-Bannas Buch *Todesindustrie* von 1938, Qutbs Hetzschrift *Unser Kampf mit den Juden* von 1950 oder Ruholla Khomeinis *Der islamische Staat*, in dem er schon lange vor der iranischen Revolution von 1979 seine grundlegenden Gedanken dargelegt hat, sind keineswegs in allen, aber doch in zentralen Punkten kompatibel mit der Ideologie des Nationalsozialismus, insbesondere hinsichtlich Opferbereitschaft, Todeskult und Antisemitismus. Und sie waren und sind keine Pamphlete isolierter Spinner, sondern fanden und finden in einigen islamisch dominierten Ländern Verbreitung in Millionenauflagen.

Der Begriff des „Islamfaschismus" wurde von Gegnern der Revolution Khomeinis bereits 1979 verwendet, und es wäre auch überraschend gewesen, wenn sie angesichts einer antisemitischen Massenbewegung mit ausgeprägtem Führerkult, die eine Märtyrerideologie proklamiert, permanente Kampagnen gegen vermeintliche oder tatsächliche „Zersetzer" der Gemeinschaft initiiert, hemmungslos brutale Gewalt gegen politische Gegner zur Anwendung bringt und einen „Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen Ost und West beschwört, *nicht* auf diesen Begriff verfallen wären.

Angesichts der zentralen Rolle, die der Antisemitismus in allen Ausprägungen des Islamismus spielt, wäre allerdings zu fragen, ob der Begriff des Islam*faschismus* nicht bereits zur Verharmlosung tendiert und es vielmehr darum ginge, die Verwandtschaft mit der Nazi-Ideologie stärker herauszustellen. Niemand leugnet die offenkundigen Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus an der Macht und der islamistischen Mobilmachung (oder auch der früher tonangebenden arabisch-nationalistischen Mobilmachung, deren historische Führungsfigur Gamal Abdel Nasser sich bezüglich des Antisemitismus kaum von seinen islamistischen anfänglichen Verbündeten und späteren Konkurrenten unterschied). Die gerade in der deutschsprachigen Diskussion immer wieder anzutreffende Unterstellung, konsequente Kritiker des Islamismus würden ihn mit dem Nationalsozialismus einfach in eins setzen, ist nicht viel mehr als ein billiger Propagandatrick, der insbesondere bei den linken Verharmlosern der islamistischen Mobilmachung und des orthodox-konservativen Mainstreamislams beliebt ist. Es geht darum, sowohl Gemeinsamkeiten als auch Differenzen zwischen deutsch-völkischer und islamisch-djihadistischer Erweckungsbewegung herauszuarbeiten, ohne durch den Verweis auf die selbstverständlich existierenden Unterschiede letztere zu verharmlosen.

Mit CamScanner gescannt

Einwände gegen Versuche, Gemeinsamkeiten des Islamismus und des iranischen Regimes mit dem Nationalsozialismus herauszuarbeiten, die darauf hinweisen, dass weder Islamischer Staat (IS), Hamas, Hisbollah und Islamischer Djihad noch die sudanesischen oder iranischen Machthaber über einen industrialisierten und hochgerüsteten Nationalstaat verfügen, sprechen das Offensichtliche aus und verkennen doch zugleich die aktuellen Gefahren in der globalen postnazistischen Konstellation. Gerhard Scheit hat das auf den Punkt gebracht, als er angesichts der antisemitischen Massaker in der zweiten Intifada schrieb:

> Was einmal als totaler Staat behauptet werden konnte, ist in den Rackets aufbewahrt [...] – sei's von Hisbollah, Hamas, Al-Qaida oder wie diese NGOs der Vernichtung alle heißen. Soweit sich die Rackets überhaupt zum Gewaltmonopol des Staats zusammenschließen [...], fehlt ihnen das ökonomische Potential, die Vernichtungsanstrengung als Staat nach außen hin fortzusetzen. [...] Bei einem technischen Standard allerdings, der kleine Massenvernichtungswaffen herzustellen erlaubt, ist dieser [...] Unterschied zum nationalsozialistischen Vernichtungsstaat auf Dauer [...] wenig beruhigend. [...] Wie die Shoah nicht auf die industrielle Menschenvernichtung reduziert werden darf [...], so falsch wäre es, prinzipiell davon auszugehen, dass die Wiederholung von Auschwitz in denselben Formen stattfände.[6]

Zudem *haben* sich im Iran die „Rackets", also die im Rahmen des Systems um die Macht konkurrierenden politischen Banden, zum Staat zusammengeschlossen. Ähnlich wie bei den Nationalsozialisten, nur deutlich weniger erfolgreich, geht es den iranischen Islamisten nicht einfach um die Indienstnahme eines Staatsvolks zum Zwecke von Ausbeutung und Herrschaft, sondern um die Konstitution einer „Gemeinschaft, die das Märtyrertum begrüßt", wie es der Revolutionsführer Ajatollah Khomeini einst formulierte.[7] Trotz aller bestehenden gravierenden Unterschiede hinsichtlich des historischen Kontexts, der ideologisch-politischen Begründungszusammenhänge, der ökonomischen und politischen Struktur sowie der militärischen Schlagkraft, ähnelt die Feindbestimmung dieses Regimes jener des Nationalsozialismus mit seinem Hass auf Kommunismus und Materialismus, Liberalität und westliche „Plutokratie", Individualität, Emanzipation und Zionismus.

---

[6] Scheit, Gerhard: To know the worst. Über den kategorischen Imperativ Adornos im Zeitalter des suicide bombings. In: Konkret 9 (2002), S. 34.

[7] Reden des Ayatollah Chomeini und Staatspräsidenten Bani Sadr. In: Naumann, Michael u. Josef Joffe (Hrsg.): Teheran. Eine Revolution wird hingerichtet. Dokumente und Reportagen aus DIE ZEIT. Hamburg 1980, S. 225.

Der Antisemitismus der Ajatollahs

Die Vernichtungsdrohungen gegen den jüdischen Staat und die Holocaustleugnung des iranischen Regimes werden viel zu oft ausschließlich dem von 2005 bis 2013 amtierenden Präsidenten Mahmoud Ahmadinejad zugeschrieben, wodurch suggeriert wird, diese Probleme würden seit dessen Abgang gar nicht mehr existieren oder zumindest keine entscheidende Rolle mehr spielen. Doch die Vernichtungsdrohungen und die Holocaustleugnung bzw. -relativierung sind nicht an einzelnen Proponenten der iranischen Theokratie festzumachen, sondern gehören zum Wesenskern dieses Regimes.

Der antisemitische Charakter des iranischen Regimes wird häufig mit Hinweis auf die verbliebene jüdische Gemeinde im Iran bestritten. Tatsächlich werden Juden im Iran derzeit nicht in dem Maße verfolgt wie andere religiöse Minderheiten, beispielsweise die Baha'i. Doch der Verweis auf die verbliebene jüdische Gemeinde blendet bewusst aus, dass Juden im Iran keineswegs gleichberechtigte Staatsbürger sind. Die jüdische Minderheit wird gezwungen, sich damit abzufinden, als systematisch diskriminierte Minderheit, als „dhimmis", also als „Schutzbefohlene", die zahlreichen Sonderregelungen und Diskriminierungen unterliegen und sich dem Herrschaftsanspruch des Islams unterzuordnen haben, zu existieren und sich permanent von Israel zu distanzieren. Rund 90 Prozent der vor 1979 im Iran lebenden geschätzten 100.000 bis 150.000 Juden haben seit der islamischen Revolution das Land verlassen.

Große Bedeutung für die Verbreitung des Antisemitismus im Iran hatte die 1978 ins Persische übersetzte antisemitische Hetzschrift *Die Protokolle der Weisen von Zion*, die in den folgenden Jahrzehnten von staatlichen Stellen im Iran in großen Auflagen immer wieder neu herausgegeben wurde – mitunter mit geänderten Titeln wie *Protokolle der jüdischen Führer zur Eroberung der Welt*. Hier wird bereits deutlich, dass die zeitweiligen Bemühungen seitens der iranischen Führung, mitunter zwischen Juden und Zionisten deutlicher zu unterscheiden, stets wieder konterkariert werden. Zudem wird in der iranischen Propaganda über „die Zionisten" stets in eben jenem verschwörungstheoretischen Geraune geredet, das aus dem klassischen Antisemitismus gegenüber Juden bekannt ist. Der Zionismus wird in der Ideologie und Propaganda des iranischen Regimes nicht als ein gewöhnlicher politischer Gegner attackiert, sondern als Grundübel, das für nahezu alle Probleme in der Welt verantwortlich gemacht wird, und dessen Auslöschung daher den Weg zur Erlösung bereite.

Mit CamScanner gescannt

Dementsprechend wird alles, was den eigenen Herrschaftsansprüchen im Weg steht, als „zionistisch", „im Auftrag der Zionisten agierend" oder auch explizit als jüdisch gebrandmarkt: Konsequenterweise gelten Regimevertretern und hohen Klerikern im Iran mittlerweile selbst ihre islamistischen Konkurrenten, die wahhabitische Herrscherfamilie in Saudi-Arabien, als Juden.

Zum 9. November 2014, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, ließ Ali Khamenei, der Israel regelmäßig als „Krebsgeschwür" attackiert, einen Neun-Punkte-Plan zur Zerstörung des jüdischen Staates publizieren. Präsident Hassan Rohani, der seit seiner Wahl 2013 in der deutschsprachigen Diskussion konsequent verharmlost wird, griff 2017 Khameneis Formulierung auf und sprach laut dem iranischen Propagandasender *Press TV* ebenfalls von Israel als „Krebs-Tumor". Seit 2013 nimmt Rohani in Teheran so wie seine Vorgänger regelmäßig am Quds-Marsch in Teheran teil, bei dem seit 1979 auf Geheiß von Khomeini weltweit am Ende des Ramadan für die Vernichtung des jüdischen Staates demonstriert wird. Gleich nach seiner Wahl wetterte Rohani gegen das „künstliche Regime von Israel", womit er auf einen Klassiker des antisemitischen Antizionismus zurückgriff, bei dem zunächst in der nationalsozialistischen Ideologie der 1920er- und 30er-Jahre und in den 1960er- und 70er-Jahren dann auch in der arabisch-nationalistischen und links-antizionistischen Propaganda die antisemitische Gegenüberstellung von „raffend" und „schaffend" bezüglich des Kapitals durch das Gegensatzpaar von „organischen", „echten" Staaten und „künstlichen Gebilden" ergänzt wurde.[8]

Im März 2017 erklärte Khamenei die westlich-liberalen Vorstellungen von Geschlechtergleichheit zu einer „zionistischen Verschwörung" und dokumentierte damit, dass nicht nur in der europäischen Tradition des Rechtsradikalismus ein inniger Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Sexismus existiert. Hinsichtlich Israels forderte er abermals seine „Zerstörung und Vernichtung".[9]

Vor der Vernichtung steht die Delegitimierung des jüdischen Staates, und ein entscheidendes Element dabei ist in der iranischen Propaganda die Leugnung oder Relativierung der Shoah. Selbst bei der Holocaustleugnung

---

[8] Vgl. dazu Grigat, Stephan: Persistenz des Antizionismus. Neuere Publikationen zu Israel, Zionismus und iranischem Regime. In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik 9 (2016), S. 40–57.

[9] Khamenei, Ali: The Israeli entity must be eliminated, human logic rules. http://english.khamenei.ir/news/4712/The-Israeli-entity-must-be-eliminated-human-logic-rules-Ayatollah, 18. 3. 2017 (31. 7. 2017).

gibt es seit der Präsidentschaft Rohanis Kontinuität: Auf der offiziellen englischsprachigen Website von Khamenei war auch noch während der Präsidentschaft Rohanis von „the myth of the massacre of Jews known as the holocaust" zu lesen. Anfang 2014 stellte Khamenei die historische Realität der Massenvernichtung der europäischen Juden abermals in Frage. Rohani, an dessen zweiter Amtsangelobung Mitte 2017 die EU-Repräsentantin für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, ebenso teilnahm wie eine Delegation der palästinensischen Hamas, die in der EU als Terrororganisation eingestuft ist, mochte sich diesbezüglich nicht festlegen und kreierte eine Art „moderate Holocaustleugnung": Auf die Frage, ob die Shoah ein „Mythos" sei, erwiderte Rohani im Interview mit CNN lediglich, er sei kein Historiker und könne daher zur „Dimension historischer Ereignisse" nichts sagen.[10]

2014 verschaffte das iranische Regime der Internationale aus Verschwörungstheoretikern und Antisemiten abermals eine Bühne bei der *2nd New Horizon Conference*. Auch wenn die Tagung nicht wie die große Holocaustleugner-Konferenz in der Amtszeit Ahmadinejads 2006 vom Außenminister eröffnet wurde, war die Veranstaltung von Seiten des iranischen Regimes hochrangig besetzt: Saeed Jalili, 2013 unterlegener Präsidentschaftskandidat und früher sowohl Chefverhandler für das Atomprogramm als auch Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates, nahm ebenso teil wie Alaeddin Borojerdi, während Rohanis Präsidentschaft der Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses des iranischen Pseudoparlaments, und Ali Asghar Soltanieh, der langjährige Repräsentant des Regimes bei der Internationalen Atomenergie Organisation in Wien. Während die Holocaustleugner-Konferenz 2006 fast auf der ganzen Welt verurteilt wurde und großes Medieninteresse erregte, gab es in Zeiten der Präsidentschaft Rohanis kaum nennenswerte Proteste.

Pragmatismus und Vernichtungswahn

Immer wieder wird die Frage aufgeworfen, welche Rolle die antisemitische Ideologie und der Hass auf Israel bei politischen Entscheidungen des iranischen Regimes spielen. Einerseits ist die Verpflichtung zu einer „revolutio-

[10] Karami, Arash: Rohani's Holocaust Comments on CNN Spark Controversy, http://iran-pulse.al-monitor.com/index.php/2013/09/2894/rouhanis-holocaust-comments-on-cnn-spark-controversy/, 26. 9. 2013 (27 .3. 2017).

Mit CamScanner gescannt

nären Außenpolitik" in der Verfassung der „Islamischen Republik" festgeschrieben, deren Gültigkeit im Verständnis des schiitischen Islamismus über die staatlichen Grenzen Irans hinausreicht. Bei einer wortgetreuen Auslegung der eigenen Verfassung bliebe dem Regime nichts anderes übrig, als durchgängig eine aktivistische, ausschließlich dem revolutionären politischen Islam verpflichtete Außenpolitik zu betreiben. Andererseits wird gerade in Diskussionen über außenpolitische Themen die Verpflichtung zum Gehorsam selbst gegenüber dem obersten geistlichen Führer explizit aufgehoben, um die Vermittlung von Ideologie und Pragmatismus bestmöglich gewährleisten zu können.

Zahlreiche Kommentatoren, insbesondere in Deutschland, schlussfolgern daraus die Möglichkeit einer pragmatischen Einbindung des iranischen Regimes in eine internationale oder zumindest regionale Sicherheitsarchitektur. Derartige Einschätzungen ignorieren jedoch, dass bei den Drohungen gegenüber Israel „Pragmatismus" für das iranische Regime lediglich darin bestehen kann, den aus der Sicht Teherans richtigen Zeitpunkt für die Offensive abzuwarten. Die Außenpolitik des iranischen Regimes war von Beginn an durch eine Gleichzeitigkeit von Pragmatismus und Vernichtungswahn gekennzeichnet, die es Kommentatoren in Europa bis heute ermöglicht, die Vernichtungsfantasien gegenüber Israel regelmäßig durch den Hinweis auf ersteren zu verharmlosen. Der Pragmatismus macht sich in zahlreichen, insbesondere außenpolitischen Fragen bemerkbar, konnte sich aber gerade im Verhältnis zu Israel nicht durchsetzen: Das Verhalten des iranischen Regimes gegenüber dem jüdischen Staat „was one of the rare examples of adherence to dogma".[11]

Israelische Reaktionen und deutsche Ignoranz

Nur vor dem Hintergrund des eliminatorisch-antizionistischen Charakters des iranischen Regimes ist verständlich, warum die Bedrohung durch Teheran in Israel derart ernst genommen wird – und zwar nicht erst seit ein paar Jahren, sondern bereits seit etwa zwei Jahrzehnten. Jitzchak Rabin war der erste israelische Premierminister, der von seinen Geheimdiensten davon in Kenntnis gesetzt wurde, dass das iranische Regime offensichtlich daran arbeitet, sich die Option auf Nuklearwaffen zu beschaffen und auch ein entsprechendes Raketenprogramm betreibt. Daraufhin billigte er zum einen die

[11] Menashri, David: Post-Revolutionary Politics in Iran. Religion, Society and Power. New York 2001, S. 281.

Gespräche in Oslo, die den Auftakt für die direkten Verhandlungen mit der PLO darstellten und letztlich zum Oslo-I-Abkommen führten, das 1993 in Washington unterzeichnet wurde. Zum anderen entschied Rabin sich 1992 für die Anschaffung von Langstreckenbombern, die gegebenenfalls in der Lage sein sollten, den Nuklearambitionen der Ajatollahs militärisch einen Strich durch die Rechnung zu machen. Zugleich beauftragte er die israelischen Gesandten, in den westlichen Staaten für eine scharfe Sanktions- und Isolationspolitik gegenüber dem iranischen Regime zu werben. Die Idee war, die Gefahren an und in den Grenzen Israels durch Kompromisse in den Griff zu bekommen und den, wie Rabin das nannte, „inneren Gefahrenkreis" zu neutralisieren, um sich dem „äußeren Gefahrenkreis" – der heraufdämmernden Bedrohung durch einen sich nuklear bewaffnenden Iran – angemessen begegnen zu können.[12]

Der Versuch allerdings, insbesondere die europäischen Staaten von einer scharfen Sanktionspolitik zu überzeugen, ist weitestgehend gescheitert. Hätte das iranische Regime in den letzten drei Dekaden keine politische Unterstützung aus Europa und insbesondere aus Deutschland und Österreich erhalten, hätten die EU-Mitgliedsländer durch ihren Iran-Handel es nicht mit am Leben erhalten, und hätten seine Gegner nicht über Jahrzehnte versucht, mit ihm zu verhandeln und es zu beschwichtigen, würde dieses Regime heute vermutlich gar nicht mehr existieren.

1984 waren der österreichische und der deutsche Außenminister, Erwin Lanc und Hans-Dietrich Genscher, die ersten westlichen Spitzendiplomaten, welche die Isolation des iranischen Regimes durchbrachen und Teheran eine Visite abstatteten. 1991 reiste der österreichische Bundespräsident mit Wehrmachtsvergangenheit, Kurt Waldheim, als erstes westliches Staatsoberhaupt nach der islamischen Revolution in den Iran und legte am Sarkophag von Khomeini einen Kranz nieder. Anfang der 1990er-Jahre ging die Kooperation in Deutschland so weit, dass Geheimdienstminister Ali Fallahian, einer der zentralen Akteure des iranischen Staatsterrorismus, dem zahlreiche iranische Oppositionelle auch in europäischen Ländern zum Opfer gefallen sind, sowohl in der BND-Zentrale in Pullach als auch im deutschen Kanzleramt empfangen wurde – was nach Bekanntwerden zu scharfen Protesten der NATO-Partner geführt hat.

---

[12] Vgl. Klein Halevi, Yossi u. Michael B. Oren: Israels Alptraum. Die Rezeption der iranischen Gefahr im Staat der Shoahüberlebenden. In: Grigat, Stephan u. Simone Dinah Hartmann (Hrsg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer. Innsbruck [u. a.] 2008, S. 90.

Mit CamScanner gescannt

Es ist mit der BRD ausgerechnet der Nachfolgestaat des Nationalsozialismus, der seit fast 40 Jahren zu den wichtigsten politischen Steigbügelhaltern und vor allem zu den wichtigsten westlichen Handelspartnern jenes Holocaustleugner-Regimes gehört, das dem Staat der Shoah-Überlebenden und ihrer Nachkommen offen mit der Vernichtung droht. Nach dem Atomabkommen von Wien aus dem Jahr 2015, welches das iranische Nuklearprogramm nicht beendet, sondern dauerhaft institutionalisiert und legitimiert,[13] setzt Deutschland viel daran, die Geschäfte mit dem iranischen Regime weiter auszubauen.

Mittlerweile verzweifeln selbst deutsche Sicherheitsbehörden an der blinden Begeisterung von Teilen des politischen Personals für die neuen Geschäftsmöglichkeiten im und mit dem Iran. Das Bundesamt für Verfassungsschutz attestierte in seinem im Juli 2016 vorgestellten Jahresbericht dem iranischen Regime, seine „illegalen Beschaffungsversuche in Deutschland" befänden „sich weiterhin auf einem auch im internationalen Vergleich quantitativ hohen Niveau" und zielten insbesondere auf „Güter, die im Bereich Nukleartechnik eingesetzt werden können". Das iranische Regime habe insbesondere die Aktivitäten verstärkt, an Technik für den Bau von Raketen heranzukommen: „Im Bereich des ambitionierten iranischen Trägertechnologieprogramms, das unter anderem dem Einsatz von Kernwaffen dienen könnte, ist eine steigende Tendenz der ohnehin schon erheblichen Beschaffungsbemühungen festzustellen", und es seien auch für die Zukunft „intensive Beschaffungsaktivitäten des Iran unter Nutzung konspirativer Methodik in Deutschland zu erwarten".[14]

Die deutschen Wirtschaftsdelegationen, mal geführt von der CSU-Ministerin Ilse Aigner aus Bayern, mal vom grünen Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir aus Hessen, mal vom sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stefan Weil aus Niedersachen oder gleich von seinem damaligen Parteivorsitzenden, Vizekanzler, Bundeswirtschaftsminister und späteren Außenminister Sigmar Gabriel, geben sich seit dem Atomabkommen in Teheran die Klinke in die Hand. Dabei lässt man sich die Geschäftslaune auch dann nicht verderben, wenn man, wie Weil, bei seinen Gesprächen im Iran unmittelbar mit der

---

[13] Vgl. dazu Grigat, Stephan: Iran, Israel und Deutschland im Schatten des Nationalsozialismus. Antisemitismus, die deutsch-iranische Freundschaft und der JCPOA. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): Iran – Israel – Deutschland: Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Berlin 2017, S. 30–37.

[14] Zit.n. Jansen, Frank: Irans Atomprogramm – Israel beunruhigt über Beschaffungsversuche in Deutschland. http://www.tagesspiegel.de/politik/irans-nuklearprogramm-israel-beunruhigt-ueber-beschaffungsversuche-in-deutschland/13827030.html, 4. 7. 2016 (31. 7. 2017).

Ideologie des Regimes konfrontiert wird: Der mittlerweile verstorbene Ex-Präsident und langjährige Förderer Hassan Rohanis, Ali Akbar Hashemi Rafsandjani, erklärte seinem Gast bei seinem Besuch im Frühjahr 2016, vor dem Zweiten Weltkrieg hätten „die Zionisten Europa mit Geld und Medien unsicher gemacht". Deutschland habe sich rächen wollen und „diese Leute nach Palästina geschickt", wodurch der Staat Israel entstanden sei. Vielleicht seien ja sechs Millionen Juden im Zweiten Weltkrieg umgekommen, gestand der Ex-Präsident und spätere Vorsitzende des einflussreichen Schlichtungsrates großherzig zu, nachdem er früher noch verkündet hatte, nach seinen eigenen Forschungen seien es höchstens 20.000 gewesen;[15] doch das sei alles nichts im Vergleich zu den von Rafsandjani herbeifantasierten 20 Millionen Toten und acht Millionen Vertriebenen nach der Gründung Israels.[16]

Islamische Antisemiten in Deutschland

Der islamische Antisemitismus ist kein isoliertes Problem des Nahen und Mittleren Ostens, sondern auch in den europäischen Gesellschaften deutlich präsent. Mittlerweile haben türkisch- und arabischstämmige Islamisten den sich selbst als linksradikal verstehenden Feinden Israels in Deutschland den Rang abgelaufen, wenn es um die Mobilisierung auf der Straße geht. Erstere sind es, die heute Zehntausende auf Demonstrationen versammeln, bei denen ganz offen die Fahnen von Hamas und Hisbollah geschwungen und tatsächliche oder vermeintliche Freunde Israels brutal attackiert werden, und bei denen, wie in Berlin im Juli 2014, Hunderte Parolen wie „Jude, Jude feiges Schwein, komm heraus und kämpf allein" skandieren können, ohne dass die deutsche Polizei einschreitet. Im April 2015 nahmen in Berlin fast 3.000 Teilnehmer an der „13. Konferenz der Palästinenser in Europa" teil – eine Veranstaltung, von Anhängern der offen antisemitischen Hamas.

So wie türkische und arabisch-sunnitische Gruppierungen und Regierungen sind auch das iranische Regime und seine Verbündeten in Deutschland präsent: etwa mit den Generalkonsulaten in Frankfurt am Main, Hamburg und München und der iranischen Botschaft in Berlin, deren Mitarbeiter von vielen Exiliranern als massive Bedrohung erlebt werden, aber auch durch

[15] Vgl. Anti-Defamation League. Holocaust Denial in the Middle East. The Latest Anti-Israel Propaganda Theme. New York 2001, S. 8.

[16] Zit. n. Will, Alexander: Herzlicher Empfang mit abruptem Ende. http://mobil.nwzonline.de/politik/niedersachsen/herzlicher-empfang-mit-abruptem-ende_a_6,1,2390575300.html, 18. 4. 2016 (31. 7. 2017).

Mit CamScanner gescannt

Institutionen wie die Imam-Ali-Moschee und das Islamische Zentrum Hamburg (IZH), mit dem der Hamburger Senat einen Staatsvertrag geschlossen hat. Das IZH ist maßgeblich an der Organisation des alljährlichen Quds-Marsches in Berlin beteiligt, bei dem Anhänger des iranischen Regimes und der Hisbollah auf dem Kurfürstendamm ganz offen für die Ideologie von Khomeini und Khamenei – und das heißt immer: für die Vernichtung Israels – demonstrieren. Ulrike Becker schreibt dazu:

> Das IZH ist bereits seit Revolutionszeiten die wichtigste Basis der iranischen Islamisten in Europa und wird von Teheran aus gesteuert. Der Leiter des Zentrums, Ayatollah Reza Ramezani, gilt als Khameneis Stellvertreter in Deutschland. Durch Berichte des Verfassungsschutzes ist dies der Öffentlichkeit bekannt. […]. Hamburgs Bürgermeister verteidigte den Staatsvertrag mit der Begründung, dass der Staat auf diese Weise seine „Neutralität" in Religionsfragen beweise. In Wirklichkeit räumt der Staat jedoch dem iranischen Regime auf diese Weise einen Einfluss auf die deutsche Gesellschaft ein.[17]

Im Mai 2017 fand im Auswärtigen Amt die Konferenz „Friedensverantwortung der Religionen" statt. Unter den Gästen war Hamidreza Torabi, der Vorsitzende der Islamischen Akademie Deutschland, die zum IZH gehört. Auf dem Quds-Marsch 2016 trug Torabi ein Plakat, auf dem zur Vernichtung Israels aufgerufen wurde.[18]

Etwa 1.000 Kader der eng mit dem iranischen Regime verbundenen Hisbollah leben heute in Deutschland. 2013 weigerte sich die EU, die gesamte Hisbollah als terroristische Organisation einzustufen, wodurch die europäische Politik ihr weitgehend einen Freibrief für weitere Aktivitäten in den Mitgliedsstaaten ausgestellt hat. Was Vertreter des vermeintlich „politischen Flügels" der „Partei Gottes" vom Nuklearprogramm ihrer iranischen Verbündeten halten, hat der ehemalige General Walid Sakariya im Hisbollah-Sender *Al Manar* unmissverständlich formuliert, als er für die „Partei Gottes" im libanesischen Parlament saß: „Diese Nuklearwaffe ist dazu bestimmt, das zionistische Unternehmen zu beenden."[19] Auch der Generalsekretär der

---

[17] Vgl. Becker, Ulrike: Interesse, Ideologie und Illusion. Aktuelle Entwicklungen in den ökonomischen und politischen Beziehungen Deutschlands zum Iran. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): Iran – Israel – Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Berlin 2017, S. 192–212.

[18] Vgl. Moussavi, Kazem: Führungsmitglied des Islamischen Zentrum Hamburg beim Al-Quds Marsch in Berlin 2016, 6.7.2016, http://iraniansforum.com/eu/fuhrungsmitglied-des-islamischen-zentrum-hamburg-beim-al-quds-marsch-in-berlin-2016/ (9. 12. 2017).

[19] Clip #3525. http://www.memri.org/clip/en/0/0/0/0/0/0/3525.htm, 7. 8. 2012 (31. 7. 2017).

Hisbollah, Hassan Nasrallah, nimmt kein Blatt vor den Mund und benennt in aller Deutlichkeit die Ziele seiner Organisation: „Israel ist illegitim und eine Bedrohung für die Region. Wir können nicht mit dieser Bedrohung koexistieren. Deshalb ist es das ultimative Ziel der arabischen und islamischen Nation, Israels Existenz zu beenden. Israel ist ein Krebsgeschwür, das absolute Böse."[20]

Die in Diskussionen über ein Verbot der Hisbollah in der EU angeführte vermeintliche Trennung in einen bewaffneten und einen politisch-sozialen Flügel ist unsinnig. Sie wird von der Hisbollah selbst verneint. Der Parlamentarismus wird von der Hisbollah als temporär nützlich für die Festigung der eigenen Machtposition betrachtet, nicht als Alternative zum bewaffneten Kampf, weshalb sie ihre Waffen auch trotz anderslautender Versprechen wiederholt bei innerlibanesischen Machtkämpfen eingesetzt hat. Nur ein Komplettverbot der Hisbollah würde es ermöglichen, ihr Vermögen in Europa einzufrieren, sie am Sammeln von Spenden zu hindern und vor allem auch ihre Ideologie nachhaltig zu delegitimieren. Dass dies aber nicht geschieht, zeigt ein weiteres Mal, inwiefern Israel in der Auseinandersetzung mit dem iranischen Regime und seinen Verbündeten im Nahen Osten allein gelassen wird.

„Islamische Republik" und „Islamischer Staat"

Im Windschatten der Verhandlungen über das iranische Atomprogramm und insbesondere seit dem 2015 in Wien ausverhandelten Atomabkommen, an dessen Zustandekommen deutsche Politiker einen entscheidenden Anteil hatten, konnte das Regime der Ajatollahs und Revolutionswächter seine Macht in der Region des Nahen und Mittleren Ostens massiv ausbauen. Durch die Fixierung des Westens auf den „Islamischen Staat" konnte sich die „Islamische Republik Iran" in die Phalanx des „Kampfes gegen den Terror" einreihen, obwohl sie selbst weiterhin zu den wichtigsten Förderern des islamistischen Terrors gehört. Vorschub wurde dem dadurch geleistet, dass deutsche Politiker und Politikberater seit Jahren offen für eine Kooperation mit Islamisten Werbung machen: Niels Annen beispielsweise, der ehemalige Bundesvorsitzende der Jusos, heute im Bundesvorstand der SPD und Staats-

[20] Zit. n. Ben Solomon, Ariel: Nasrallah: Israel is a cancer and the ultimate goal should be to remove it. http://www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/Nasrallah-Israel-is-a-cancer-and-the-ultimate-goal-should-be-to-remove-it-371182, 15. 8. 2014 (1. 7. 2017).

Mit CamScanner gescannt

sekretär im Auswärtigen Amt, plädierte angesichts des arabischen Frühlings dafür, „Fehler der Vergangenheit zu revidieren und die quasioffizielle Kontaktsperre mit islamistischen Parteien aufzuheben“[21]. Sowohl Experten der Friedrich-Ebert-Stiftung als auch der Stiftung Wissenschaft und Politik empfehlen der Bundesregierung immer wieder eine „strategische Partnerschaft“ mit der Diktatur der Ajatollahs.[22]

Unter den Augen der westlichen Politik, mitunter auch in unmittelbarer Kooperation mit ihr, konzentriert sich das iranische Regime in den letzten Jahren auf den seit 1979 propagierten, aber noch nie so erfolgreich wie derzeit betriebenen Revolutionsexport in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Das Bündnis mit der Hisbollah ist auch unter Rohani intakt und bekommt durch den Krieg in Syrien zentrale Bedeutung; jenes mit der palästinensischen Hamas wurde erneuert. In letzter Zeit wird insbesondere die Unterstützung der Huthi-Rebellen im Jemen verstärkt, zu denen die Hisbollah und die Pasdaran schon länger enge Kontakte pflegen, und die sich ideologisch in den letzten zwei Jahren deutlich dem iranischen Regime und der Hisbollah angenähert haben. Über ihre Prioritäten lassen die jemenitischen Verbündeten Teherans keine Zweifel aufkommen, wenn sie in den Schriftzügen ihres Logos verkünden: „Gott ist groß! Tod den USA! Tod Israel! Verdammt seien die Juden! Sieg dem Islam!“

Qassem Soleimani, Kommandant der für Auslandseinsätze zuständigen Quds-Brigaden der Revolutionswächter, die das Ziel all ihrer Bestrebungen – Jerusalem – bereits im Namen tragen, erklärte 2015, der Iran könne in einer ähnlichen Weise, wie er jetzt schon den Irak, Syrien und den Libanon kontrolliert, demnächst auch Jordanien kontrollieren. Im März 2017 verkündete die vom iranischen Regime kontrollierte irakische Miliz Harakat al Nujaba die Gründung einer „Golan Liberation“-Brigade, die unmittelbar an der israelischen Grenze aktiv sein soll.

Nicht zuletzt durch die Anschläge des IS auf das Parlamentsgebäude und das Khomeini-Mausoleum in Teheran im Juni 2017 wird es für israelische Politiker unterschiedlichster Couleur noch schwieriger werden, ihren deutschen und westlichen Gesprächspartnern klar zu machen, dass trotz der diversen sunnitisch-djihadistischen Milizen in Syrien und dem Irak, und auch trotz des IS, über dessen Rolle als Avantgarde eines völlig perspektivlosen Massenmord-

---

[21] Annen, Nils: Arabellion und die Ratlosigkeit der deutschen Politik. In: Internationale Politik und Gesellschaft 4 (2011), S. 17.

[22] Exemplarisch Meyer, Henrik: Schurkenstaat, Verhandlungspartner, Verbündeter? Iran und der Westen haben gemeinsame Interessen. http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/schurkenstaat-verhandlungspartner-verbuendeter-518/, 14. 7. 2014 (31. 7. 2017).

islams sich in Tel Aviv und Jerusalem sicher niemand Illusionen macht, in *militärischer* Hinsicht weiterhin das iranische Regime, die Hisbollah und ihre Verbündeten die derzeit entscheidende Bedrohung für Israel darstellen. Selbstverständlich handelt es sich beim IS um eine antisemitische Organisation. Das manifestiert sich nicht zuletzt in jener offen judenfeindlichen Ausrichtung eines Teils seiner Anschlagsziele in Europa, die in deutschen Medien häufig unter den Tisch gekehrt wird. Und auch bei der Ankündigung von Attacken gegen und im Iran, die der IS im März 2017 auf Farsi veröffentlicht hat, verweisen die Kämpfer des sunnitischen Möchtegern-Kalifats explizit auf die im Iran verbliebene kleine jüdische Minderheit, die in den Augen des IS augenblicklich zu ermorden wäre.[23] Hinsichtlich der Bekämpfung Israels verfolgt der IS eine andere Strategie als das iranische Regime und hat ein eigenes Strategiepapier zur Frage des Djihad in Palästina veröffentlicht, in dem er sein Unverständnis dafür zum Ausdruck bringt, warum Juden mehr bekämpft werden sollten als andere „Ungläubige".[24] Perspektivisch müsse es selbstverständlich auch gegen die Juden in Israel gehen, dafür sei aber zunächst der Sturz der „ungläubigen" arabischen Herrscher in den Nachbarländern des jüdischen Staates notwendig. Das erklärt, warum sich der IS derzeit sowohl militärisch als auch propagandistisch gegenüber Israel vergleichsweise zurückhält, aber 2016 und 2017 vor seiner deutlichen Schwächung in Syrien und im Irak mehrfach Versuche unternahm, auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel oder – nicht zuletzt auf Grund der engen Kooperation zwischen Amman und Jerusalem bisher deutlich weniger erfolgreich – in Jordanien Fuß zu fassen.

Anders als das iranische Regime, das für seinen antiisraelischen Kurs über sonstige Differenzen beispielsweise mit der sunnitischen Hamas hinwegsehen kann und auch für Kooperationen mit vermeintlich moderaten oder links-säkularen palästinensischen Organisationen zur Verfügung steht, solange es gegen den gemeinsamen zionistischen Todfeind geht, erteilt der IS einer derartigen antiisraelischen Bündnispolitik eine explizite Absage. Er verteufelt nicht nur „säkulare und kommunistische Bewegungen" wie Fatah, PFLP und DFLP, sondern auch die unmittelbar mit dem Iran kooperierenden „Ungläubigen" von der Hisbollah und dem Islamischen Djihad sowie die „Apostaten" von der Hamas. Der IS droht allen palästinensischen Fraktionen, die weiterhin ihrem Nationalismus frönen,

[23] Vgl. AFP: Islamic State releases video threatening Iran for tolerating Jews. http://www.timesofisrael.com/the-islamic-state-releases-video-threatening-iran-for-tolerating-jews/, 27. 3. 2017 (31. 7. 2017).

[24] ISIS: Jihad In Palestine Does Not Take Precedence Over Jihad Elsewhere. http://www.memri.org/report/en/0/0/0/0/0/0/9089.htm#_edn3, 22. 3. 2016 (31. 7. 2017).

Mit CamScanner gescannt

anstatt sich den hehren Zielen des IS-Kalifen für eine von „Polytheismus" und „Unglauben" in jeglicher, also keineswegs bloß jüdischer Ausprägung „gesäuberten Welt" unterzuordnen.[25]

Die IS-Anschläge in Teheran werden vermutlich dazu führen, dass es dem Ajatollah-Regime in Zukunft noch leichter fällt, seinen Export des islamistischen Terrors unter dem Banner der Bekämpfung des Terrors anzupreisen. Die Bereitschaft in Deutschland und im Westen, an der absurden Strategie festzuhalten, mit der „Islamischen Republik" den „Islamischen Staat" zu bekämpfen, ist durch die IS-Angriffe vom Juni 2017 im Iran nochmals gestärkt worden. Israel kann in seinem Bestreben, den iranischen Einfluss im Nahen Osten zurückzudrängen, wohl kaum auf seinen deutschen „Verbündeten" zählen. Das hat Mitte 2018 der neue sozialdemokratische deutsche Außenminister nochmals unmissverständlich klargestellt: Heiko Maas warnte vor dem Hintergrund der anhaltenden Massenproteste im Iran und der konsequenten Iran-Politik der neuen US-Administration, die beide in Israel ausdrücklich begrüßt und unterstützt werden, allen Ernstes davor, dass ein Sturz des iranischen Regimes „radikalen und fundamentalistischen Kräften Auftrieb geben" könnte.[26] Er verleugnete damit, dass eben solche Kräfte bereits seit vier Jahrzehnten in Teheran an der Macht sind und stellte sich in einer derart expliziten Weise auf die Seite der islamistischen iranischen Machthaber, die selbst für die ohnehin schon seit langem auf Appeasement und Kooperation setzende deutsche Iran-Politik eine neue Qualität darstellt.

Für einen neuen Iran und einen neuen Nahen Osten

Ähnlich wie hinsichtlich der sunnitisch-islamistischen Gruppierungen lässt sich auch mit Blick auf Teheran konstatieren: Letztlich werden die Bedrohungen, die vom iranischen Regime ausgehen, nur dann dauerhaft verschwinden, wenn dieses Regime gestürzt wird. Das würde nicht nur die iranische Bevölkerung von der Tyrannei der Scharia befreien und Gruppen wie Hamas, Hisbollah und Islamischen Djihad massiv schwächen, sondern ein Sturz des Regimes in Teheran würde es auch der israelischen Gesellschaft und Politik sehr viel leichter machen, das Risiko von Zugeständnis-

---

[25] Ebd.

[26] Kritik an US-Sanktionen. Außenminister Maas fürchtet Chaos im Iran; https://www.n-tv.de/politik/Aussenminister-Maas-fuerchtet-Chaos-im-Iran-article20563009.html, 8. 8. 2018 (19. 8. 2018).

sen in zukünftigen Verhandlungen mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarstaaten einzugehen. Ein Sturz des Regimes in Teheran wäre somit ein wichtiger Beitrag zur Befriedung und Stabilisierung der Region des Nahen und Mittleren Ostens und zur Bekämpfung des globalen Antisemitismus.

Es ist ein Fehler der deutschen und europäischen Politik, auf vermeintlich „moderate" oder „reformorientierte" Kräfte innerhalb des Regimes zu setzen, während im Iran selbst mittlerweile Protestierende auf ihren Demonstrationen skandieren „Reformisten, Konservative – eure Zeit ist vorbei". Die miteinander konkurrierenden Fraktionen des Regimes streiten nicht darüber, *was* die Ziele der „Islamischen Republik" sein sollten, sondern darüber, *wie* diese am besten verwirklicht werden können. Das Regime hat sich seit fast 40 Jahren als unfähig erwiesen, aus sich selbst heraus substanzielle Reformen vorzunehmen. Anstatt auf vermeintliche „Reformkräfte" innerhalb des Regimes zu setzen, denen allein schon durch die zentrale Rolle des Obersten geistlichen Führers und der Pasdaran enge Grenzen gesetzt sind, sollte die EU einen aktiven Beitrag zur Errichtung einer demokratisch-rechtsstaatlichen Ordnung im Iran leisten. Diese kann es nur jenseits der derzeitigen Verfassung der „Islamischen Republik" geben. Deutschland und die EU sollten die demokratisch-rechtsstaatliche, auf die Trennung von Staat und Religion setzende Opposition sowohl finanziell als auch technologisch im Iran und im Exil unterstützen. Vertreter und Vertreterinnen dieser Opposition sollten in das EU-Parlament und in die nationalen Parlamente der Mitgliedsländer eingeladen werden, um dort öffentlich zu sprechen. Ein Komplettverbot der Hisbollah in Europa ist dringend notwendig, und die Mitgliedstaaten der EU sollten dem Beispiel Kanadas aus dem Jahr 2012 folgen und ihre diplomatischen Beziehungen mit dem Regime in Teheran abrechen, bis es in dem Land zu einem substanziellen Wandel gekommen ist. Durch solch einen Schritt könnten sich die EU-Mitgliedstaaten als ebenso verantwortlicher wie zuverlässiger Partner für pro-westliche Kräfte in der Region etablieren. Und vermutlich wäre ein grundlegender Wandel im Iran auch eine Bedingung dafür, dass zukünftige politische Erschütterungen in den arabischen Ländern nicht immer wieder drohen, in einer verstärkten Islamisierung der arabischen Welt zu enden.

Die zentrale Frage lautet weiterhin, ob jener für den Nahen und Mittleren Osten so typische Mechanismus durchbrochen werden kann, bei dem die innergesellschaftlichen und durch den Weltmarkt evozierten Widersprüche stets in hemmungslose Aggression gegen den jüdischen Staat transformiert werden. Bisher gibt es leider wenig Anzeichen, dass das in absehbarer Zeit

Mit CamScanner gescannt

gelingen kann. Soll solch eine Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse doch noch einmal in Angriff genommen werden, bedarf es eines fundamentalen Wandels in der deutschen und europäischen Politik gegenüber dem Nahen und Mittleren Osten – und eines deutlich entschiedeneren Vorgehens auch gegen islamischen Antisemitismus in den europäischen Gesellschaften.

Olaf Glöckner

Kampf um die „Brit Mila" Deutschlands Beschneidungsdebatte 2012 und europäische Reaktionen[1]

Seit Jahrzenten diskutieren Medien und Öffentlichkeit im In- und Ausland die Vor- und Nachteile der Beschneidung von Jungen im frühesten Kindesalter. Die sogenannte Zirkumzision (im Lateinischen „circumcisio" = „Beschneidung") bedeutet die teilweise oder vollständige Entfernung der männlichen Vorhaut. Sie wird weltweit praktiziert, und die Motive können religiöser, kultureller und medizinischer Natur sein. So gilt die rituelle Beschneidung im Judentum (im Hebräischen „Brit Mila" = „Bund der Beschneidung") am 8. Tag nach der Geburt als ein sehr wichtiges religiöses Gebot. Der Koran erwähnt die Zirkumzision nicht ausdrücklich, dennoch ist sie in islamisch geprägten Ländern eine weit verbreitete Tradition und wird häufig im Kindesalter durchgeführt. Auch in Europa pflegen zahlreiche jüdische und muslimische Familien den Brauch, so ebenfalls in Deutschland.

In den USA wiederum hat die Zirkumzision für viele Eltern neugeborener Jungen aus gesundheitlichen Erwägungen eine wichtige Bedeutung, mehr als die Hälfte der neugeborenen Knaben – jüdische wie nichtjüdische – werden in medizinischen Einrichtungen beschnitten.[2] Medizinische Untersuchungen belegen die präventiven Vorteile und ein geringeres Erkrankungsrisiko in Bezug auf Harnwegsinfektionen (im frühesten Kindesalter), aber auch HIV-Übertragung und anderer Erkrankungen durch

---

[1] Der vorliegende Text fußt teilweise auf einem Vortrag, den der Autor im Februar 2018 auf der Internationalen Konferenz „An End to Antisemitism!" an der Universität Wien gehalten hat.

[2] Health Care Cost and Uttilization Project. February 2012. Statistical Brief #126; https://www.hcup-us.ahrq.gov/reports/statbriefs/sb126.pdf (23. 1. 2019).

Mit CamScanner gescannt

Geschlechtsverkehr sowie Krebs.[3] Der elterliche Wunsch, den eigenen Sohn beschneiden zu lassen, kann also sehr unterschiedliche Gründe haben, und er ist in unterschiedlichen Bevölkerungskreisen, auch in der westlichen Gesellschaft präsent.

Am 7. Mai 2012 stand allerdings die deutsche Öffentlichkeit Kopf. Das Landgericht Köln hatte an diesem Tag entschieden, die Beschneidung von Jungen aus nicht-medizinischen Gründen fortan strafrechtlich zu ahnden – wegen des Tatbestandes der Körperverletzung. Viele Beobachter wollten ihren Augen nicht trauen: Ein regionales deutsches Gericht übernahm per Entscheid die Vorreiter-Rolle dafür, ein Gebot, welches bei Juden und Muslimen seit Hunderten von Jahren zu den elementarsten Bestandteilen ihrer Religionsausübung gehört, unter Bann zu stellen. Es war ein „Paukenschlag", mit dem niemand so richtig gerechnet hatte – und in Deutschland schon gar nicht. Schweden war bis dato das einzige Land, welches 2001 gesetzliche Regelungen getroffen hatte, nach denen die Zirkumzision an bestimmte Voraussetzungen gebunden sein muss. In anderen Ländern des Westens wurde die Zirkumzision diskutiert, aber nicht per se in Frage gestellt.

Was nun, so fragten sich aufmerksame Beobachter, würde das Kölner Landgerichtsurteil in praxi tatsächlich bedeuten? Welche Auswirkungen hätte es einerseits für die in Deutschland lebenden Juden selbst, aber auch für die Gesellschaft als Ganzes? Dem Kölner Urteil voraus ging der Fall eines vierjährigen muslimischen Jungen, dessen Eltern ihn zwecks Beschneidung zu einem lokalen Mediziner gebracht hatten. Zwei Tage nach dem Eingriff musste der Junge mit postoperativen Blutungen wiederum in ein Krankenhaus gebracht werden, und von dort informierte ein anderer Arzt die Polizei. Der Mediziner, welcher die Beschneidung durchgeführt hatte, blieb von strafrechtlicher Verfolgung verschont, da zum relevanten Zeitpunkt noch kein Gesetz zum Verbot einer religiösen Beschneidung existiert hatte. Doch für die Zukunft machte das Kölner Landgericht ernst: Es ging nun daran, mit einer eigenen Verfügung die religiöse Beschneidung unter Strafe zu stellen. Zur Begründung wurde angeführt, das verfassungsmäßige Recht auf religiöse Freiheit könne keine so schweren körperlichen Eingriffe – wie die Beschneidung – bei einem Kind rechtfertigen.

Der Kölner Gerichtsentscheid besaß zwar keinerlei Gültigkeit für andere deutsche Städte, geschweige denn für die Bundesrepublik an sich. Dennoch lag das Problem nun für ganz Deutschland „auf dem Tisch", und es dauerte

---

[3] https://www.cbsnews.com/news/pediatrics-group-says-circumcisions-benefits-outweigh-risks-amid-us-decline-in-procedure/ (10. 2. 2019).

ein reichliches halbes Jahr, bevor nach teils heftigen juristischen, politischen und auch emotionalen Debatten und Auseinandersetzungen eine Lösung gefunden war, wie künftig damit umgegangen werden kann.

Bis Ende 2012 ergab sich somit vor allem für muslimische und jüdische Familien in Deutschland, in denen weitere Zirkumzisionen geplant waren, eine höchst ungewisse Situation. Zum einen schienen die Religionsgemeinschaften entschlossen, auch weiterhin die Praxis der rituellen Beschneidung von Jungen beizubehalten. Zum anderen sahen sie und die Familien sich nun der Gefahr ausgesetzt, möglicherweise selbst kriminalisiert zu werden. Ebenso akut stellte sich das Problem in der jüdischen Gemeinschaft für die sogenannten „Mohalim" – rabbinische Autoritäten, die gleichzeitig auf die Praxis der „Brit Mila" spezialisiert sind. Auch jüdische Ärzte bzw. Mediziner, die die Beschneidung in (jüdischen) Kliniken durchführen wollten, waren nun stark verunsichert. Niemand von ihnen wollte ernsthaft riskieren, für weitere vollzogene Beschneidungen strafrechtlich verfolgt zu werden – oder unter Umständen sogar Gefahr zu laufen, die eigene Approbation zu verlieren.

Tatsächlich schienen sich noch im Sommer 2012 die schlimmsten Befürchtungen zu bewahrheiten. Innerhalb weniger Wochen wurden zumindest zwei Rabbiner in Deutschland – von nichtjüdischen Deutschen – verklagt, die Praxis der rituellen Beschneidung fortzuführen. So klagten gleich vier deutsche Staatsbürger gegen Rabbi David Goldberg, einen Israeli, der bei der Jüdischen Gemeinde in Hof (Bayern) angestellt ist und dort auch als Mohel arbeitet.

Fast zum gleichen Zeitpunkt – und das ist wichtig zum Verständnis der nun einsetzenden landesweiten Debatte –, bekam das Thema einen enormen „Aufwind" in den deutschen Mainstream-Medien. In zahllosen Interviews, Kommentaren, Talkshows und Podiumsgesprächen wurden nun grundsätzliche Fragen zur „Brit Mila" diskutiert, häufig auch sehr emotional. Auffällig war dabei, dass jüdische Männer – die eigentlich Betroffenen – eher selten präsent waren bzw. prominente jüdische Vertreter die Debatte in der gewählten Form und ihrem Verlauf als verfehlt oder einseitig kritisierten.

Offensive Kritik an der „Brit Mila" kam vor allem von (nichtjüdischen) Juristen, Medizinern, Psychologen, aber auch von Vertretern der Kinderschutzorganisationen. Da sich der Ton verschärfte, fühlten sich die jüdischen Gemeinden alsbald in der Defensive, und die ersten Repräsentanten zogen daraus nun den Schluss, Juden seien im Land wohl „nicht mehr willkommen". Eines der alarmierenden Statements in dieser Zeit kam von der ehemaligen Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, der Holocaustüberlebenden und Vorsitzenden der Israelitischen Kultusgemeinde

Mit CamScanner gescannt

München (IKG), Charlotte Knobloch. In einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung" konstatierte sie:

> Sechs Jahrzehnte lang hatte ich mich vor mir selbst zu rechtfertigen, dass ich in Deutschland geblieben bin, als Überbleibsel einer zerstörten Welt, als ein Schaf unter Wölfen [...]. Ich war stets bereit, diese Bürde zu tragen, weil ich irgendwie davon überzeugt war, dass dieses Land und dieses Volk das auch verdienen. Jetzt ist zum ersten Mal diese Grundüberzeugung bei mir schwer erschüttert. Zum ersten Mal fühle ich richtige Resignation, und ich frage mich ernsthaft, ob dieses Land uns eigentlich noch will.[4]

Ähnlich wie Charlotte Knobloch, fühlten auch andere Juden in Deutschland eine lähmende Unsicherheit heraufsteigen ebenso wie den Verlust von Vertrauen zum nichtjüdischen Umfeld und seinen Eliten. Es dauerte Wochen, bevor die Gemeinden wieder ihre Stimmen fanden. Als erste meldeten sich dann einige Rabbiner zu Wort und machten der deutschen Öffentlichkeit unmissverständlich klar: Sollte das Kölner Urteil auch auf Bundesebene übernommen werden, wäre ein jüdischer Exodus aus Deutschland die unvermeidliche Folge.

Allerdings war es nicht nur die drohende strafrechtliche Verfolgung bei ritueller Beschneidung, die das Klima zwischen Juden und Nichtjuden in jenen Tagen zunehmend vergiftete. Fragwürdig war vor allem der Grundtenor in vielen öffentlichen Diskussionen. Deutschlands Juden gewannen das Gefühl, dass vielen Nichtjuden die jüdischen Glaubensinhalte im besten Fall egal seien, manche aber auch einen willkommenen Anlass gefunden hatten, ihren grundsätzlichen Antipathien gegenüber der jüdischen Religion und Tradition einmal freien Lauf zu lassen. Die dabei subtil oder offen geäußerten Vorwürfe reichten vom „Geschäft mit der Zirkumzision" bis hin zu Fantasien, welch brutal-barbarischen Eingriff jüdische wie muslimische Eltern ihren jungen Söhnen doch zumuten würden. „Wir Juden brauchen [...] keinen Nachhilfeunterricht in Sachen Kindesliebe", konterte Stephan J. Kramer, zu diesem Zeitpunkt Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland. „So ein aggressiv aufgeladenes Klima schafft bestimmt keine Freiräume, in denen die eigenen Traditionen überdacht werden können. Und es ist dieses Klima, das mir Sorgen macht. Die Aggressivität und Intoleranz nimmt zu."[5]

---

[4] Dempsey, Judy: Germany's Jews and the Controversy over Circumcision. In: Carnegie Europe, Sept. 10, 2012. http://carnegieeurope.eu/strategiceurope/49323 (21. 9. 2018, Übersetzung: O. G.).

[5] Mariam Lau im Interview mit Stephan J. Kramer. Jüdische Allgemeine, 12. Oktober 2012; https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2012-10/beschneidung-gesetzentwurf (23. 1. 2019).

Muslimische Spitzenvertreter äußerten ihre Besorgnis und ihren Protest in adäquater Weise. So dürfte der deutschen Politik rasch klargeworden sein, dass sie sich hier den vehementen Protesten gleich zweier Minderheiten gegenübersah, mit denen sie allgemein doch eine harmonische Zusammenarbeit, im Rahmen des Möglichen, anstrebt: Einerseits die Gruppe der rund 200.000 Jüdinnen und Juden,[6] auf denen seit den 1990er-Jahren die Hoffnung einer „jüdischen Renaissance" in Deutschland ruht. Andererseits rund vier Millionen Muslime, von denen viele seit den 1960er- bzw. 1970er-Jahren als Vertragsarbeiter in die alte Bundesrepublik gekommen waren. Gerade auch die Vorstellung, Religion würde bei Vertragsarbeitern, ihren Kindern und Enkeln signifikant an Bedeutung verlieren, hat sich vielerorts als Trugschluss erwiesen. Traditionelle Elemente islamischer Religionspraxis behielten ihre Bedeutung, doch Kollisionen mit der Mehrheitsgesellschaft und ihren Werten und Normen wurden im Allgemeinen nicht erwartet.

Der Kölner Gerichtsentscheid vom Mai 2012 rief nun in beiden Minderheiten-Gruppen unerwartete Verunsicherungen und Befürchtungen hervor. Eigene Handlungsstrategien wurden entworfen, sollte das Kölner Gerichtsurteil am Ende tatsächlich in ganz Deutschland greifen. Auf jüdischer Seite waren es nun nicht zuletzt junge, verheiratete, in der Tradition gut bewanderte Frauen und Männer, die laut über „Emigration" oder auch über eine „illegale Brit Mila" für ihre neugeborenen Jungen, denkbar beispielsweise im benachbarten Polen, nachdachten.

Inzwischen gewann der Streit um die Zirkumzision noch an Dynamik. Jüdische und muslimische Mediziner mussten nun selbst erleben, wie Arztkollegen zu „Frontkämpfern" einer vermeintlich neuen humanitären Bewegung wurden: Bis zum 21. Juli 2012 hatten 600 deutsche Ärzte und Juristen ihre Unterschrift unter einen Offenen Brief in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung Online* gesetzt, der das praktische Verbot der Beschneidung forderte. Der Offene Brief war an Bundeskanzlerin, Bundesregierung und Bundestag zugleich gerichtet.[7]

---

[6] Laut Jahresstatistik der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland waren 2017 insgesamt 97.791 Jüdinnen und Juden Mitglieder einer jüdischen Gemeinde. Siehe dazu: https://www.zwst.org/medialibrary/pdf/Gesamtstatistik-2017.pdf (7. 2. 2019) Die Gesamtzahl jüdischer Einwohner in Deutschland wird hingegen auf rund 200.000 geschätzt. Vgl. hierzu: Jüdische Allgemeine, 29. Juni 2015, https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/weltweit-142-millionen-juden/ (7. 2. 2019).

[7] Der Offene Brief an die Bundeskanzlerin, die Bundesregierung und den Deutschen Bundestag findet sich im Wortlaut und mit den Namen der Unterzeichner unter https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/offener-brief-zur-beschneidung-religionsfreiheit-kann-kein-freibrief-fuer-gewalt-sein-11827590.html; FAZNET, 21. Juli 2012 (23. 1. 2019).

Mit CamScanner gescannt

Eher vermittelnd, versuchte dann der Deutsche Ethikrat im August 2012 in die Debatte einzugreifen: Er empfahl seinerseits die Einführung gesetzlicher Standards bei der Beschneidung, darunter die Beachtung und Überwachung minimaler Auflagen – wie einer allgemeinen Information und Belehrung über den Eingriff, medizinische Schmerzbehandlung und eine professionelle Handhabe des Eingriffs.

Mittlerweile hatte die deutsche „Beschneidungsdebatte" das Ausland erreicht, und auch hier formierten sich markante Pro- und Contra-Stimmen. Klare Stellungnahmen kamen aus Israel, man war gewillt, den lokalen jüdischen Gemeindevorsitzenden den Rücken zu stärken. Israelis unterschiedlichster Herkunft und Position meldeten sich bei den zuständigen deutschen Stellen, ebenfalls bis hin zum Bundestag und zur Bundesregierung. Unter anderem baten Israels damaliger Präsident Shimon Peres, Innenminister Eli Yishai und Oberrabiner Yona Metzger um Gehör und argumentierten, dass die rechtliche Ungewissheit für jüdische Eltern in Deutschland, die ihre Söhne selbstverständlich beschneiden lassen wollten, ein untragbarer Zustand sei.

Schließlich reagierte auch die offizielle deutsche Politik. Bundeskanzlerin Angela Merkel meldete sich während der hitzigen Debatte unüberhörbar zu Wort und warnte vor dem Ausschluss jüdischer und muslimischer Menschen aus der Gesellschaft. Bei einem Besuch der Ratsversammlung des Zentralrates der Juden in Deutschland im November 2012 hatte sie klargestellt:

> Es ist ganz selbstverständlich, dass wir alle Grundrechte gegeneinander abwägen müssen, und da ist das Recht des Kindeswohls für die jüdische Gemeinschaft genauso wichtig wie für die anderen in unserer Gesellschaft. Aber der Respekt für die Lebbarkeit religiöser Rituale ist eben auch ein hohes Gut, denn Religionsfreiheit drückt sich auch darin aus, dass Religion ausgeübt werden kann, dass Religion praktiziert werden kann.[8]

Ab dem Frühherbst 2012 bereitete die Bundesregierung eine gesetzliche Regelung vor, die die rituelle Beschneidung unter professioneller medizinischer Aufsicht weiterhin erlauben würde. Ein erstes spürbares Aufatmen war nun in den jüdischen Communities zu vernehmen. Schließlich beschäftigte sich der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages mit der Frage medizinischer Risiken, die der Akt der Beschneidung nach sich ziehen kann. Eingehend und im Detail diskutierten Ärzte, Rechtsexperten und Repräsentanten

---

[8] Petermann, Anke: Merkel beklagt „großes Maß an Antisemitismus" in Deutschland. Deutschlandradio, 25. 11. 2012; https://www.deutschlandradio.de/merkel-beklagt-grosses-mass-an-antisemitismus-in-deutschland.331.de.html?dram:article_id=228967 (23. 1. 2019).

jüdischer wie muslimischer Verbände die Problematik hier nun direkt mit den Parlamentariern. Als größter Streitpunkt blieb zunächst die Frage, bis zu welchem Alter der Jungen eine Beschneidung legal gehandhabt werden könne.

Die zu beschließende Regelung sollte es den Eltern ausdrücklich erlauben, die Beschneidung ihres Sohnes bei einem trainierten Praktiker durchführen zu lassen. Sollte ein betreffender Junge das Alter von sechs Monaten schon erreicht haben – ohne Beschneidung –, dann würde die Prozedur von da ab nur noch durch einen professionellen Arzt ausgeführt werden können. Eine entsprechende Gesetzesvorlage gelangte schließlich in den Bundestag. Das neue Gesetz (tituliert als „Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes")[9], welches am 12. Dezember 2012 mit 434 Stimmen zu 100 Gegenstimmen angenommen wurde, erteilt Eltern das Recht, für die Beschneidung (bis zum sechsten Lebensmonat) einen trainierten Fachmann, im Judentum traditionell der „Mohel", einzusetzen.

Der schließlich von Teilen der linken Opposition in den Bundestag eingebrachte alternative Gesetzesentwurf wurde ebenfalls zur Diskussion gestellt. In diesem Entwurf wurde nahegelegt, Eltern sollten bis zum 14. Lebensjahr ihres Sohnes warten, ihn dann ausreichend und fachkundig über die eigentliche Praxis der Zirkumzision informieren und ihm im Anschluss die Entscheidung selbst überlassen. Wäre diese Beschlussvorlage durchgekommen, dann wäre auch die „Brit Mila" am achten Tag nach der Geburt –ein Kernelement der jüdischen Tradition – verboten worden.

Sowohl der Zentralrat der Juden in Deutschland wie auch der Zentralrat der Muslime in Deutschland atmeten auf und begrüßten die Entscheidung des deutschen Parlaments. Doch obwohl die deutsche Beschneidungsdebatte zumindest im juristischen Sinne ein für die meisten Beteiligten akzeptables Ende – mit möglicherweise Modellcharakter für andere Staaten – gefunden hatte, wirkten bei manchen Schock und Traurigkeit nach. So betonte Dieter Graumann, zu diesem Zeitpunkt Präsident des Zentralrates der Juden, nirgendwo auf der Welt werde von Kritikern des religiösen Rituals mit einer solch „schneidenden Schärfe, unerbittlichen Härte und diesem rüden Anklageton" argumentiert wie in Deutschland.[10]

Tatsächlich war die Kampagne, die gegen die Beschneidung in Deutschland ab Mai 2012 losgetreten wurde, durchaus intensiv und hartnäckig

---

[9] Beschneidung von Jungen jetzt gesetzlich geregelt. In: Deutscher Bundestag, Dokumente https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2012/42042381_kw50_de_beschneidung/210238 (23. 1. 2019)

[10] „Juden und Muslime demonstrieren gemeinsam". DIE WELT, 9. September 2012.

Mit CamScanner gescannt

gewesen. Sie hatte nicht nur Mediziner, Juristen und Publizisten zusammengeführt, sondern Widerhall selbst bei prominenten Bundestagsabgeordneten gefunden. So etwa bei Marlene Rupprecht, der Kinderbeauftragten der SPD. „Ich möchte nicht, dass Deutschland in die Geschichte eingeht als das Land, das Körperverletzung an wehrlosen Kindern legalisiert wegen irgendwelcher Bibelstellen und Tausende von Jahren alten Traditionen. Der Respekt vor dem Leben – das ist doch unsere Lektion aus der Nazizeit!", hatte Rupprecht während der Debatte um die gesetzliche Regelung im Bundestag geäußert. *ZEIT Online* zitiert zusätzliche Äußerungen der SPD-Abgeordneten indirekt: Speziell die Juden seien doch ein sehr lernfähiges Volk, sie müssten aufpassen, sich nicht in der Diaspora zu sehr zu verhärten und an Bräuchen festzuhalten, die längst überholt seien. Sie (Rupprecht, Anm. d. Verf.) wolle da ungern mit Zwang arbeiten; besser wäre, die jüdischen Eltern kämen von selber drauf.[11] Rupprecht zeigte sich höchst unzufrieden mit der dann mehrheitlichen Zustimmung ihrer Fraktion zum Gesetzentwurf vom September 2012. Es habe sie geärgert, äußerte sie gegenüber *ZEIT Online*, dass in der deutschen Debatte um die Beschneidung sofort von „jüdischen Kreisen" die „Keule der Shoah und so weiter" ins Spiel gebracht worden sei und dann „alle eingeknickt" seien, auch ihr Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier. Rupprecht betonte, sie habe tiefsten Respekt vor der jüdischen und der muslimischen Religion in Deutschland. „Aber wir sind kein Gottesstaat. Bei uns gilt das Grundgesetz. Keine Religion steht darüber."[12]

Genau diesen vermeintlichen Respekt vor der jüdischen und muslimischen Religion dürfte Antje Yael Deusel, seit rund drei Jahrzehnten Urologin, Rabbinerin und auch Mohelet („Beschneiderin") in Bamberg, bei vielen nichtjüdischen Deutschen im Sommer und Herbst 2012 vermisst haben. Wohl der Zufall wollte es, dass sie ausgerechnet im Juni mit einem Buch namens *Mein Bund, den ihr bewahren sollt: religionsgesetzliche und medizinische Aspekte der Beschneidung* aufwartete.[13] Eine zentrale These von Deusels Buch ist, dass der Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit der jüdischen Beschneidung ein Gradmesser für die Akzeptanz dieser Minderheit sei. So gesehen, erlebte der Umgang der nichtjüdischen Mehrheitsgesellschaft mit der jüdischen

---

[11] Lau, Mariam: Die Debatte über die Beschneidung kennt viele Verlierer. ZEIT Online, 11. Oktober 2012; editiert am 11. Juli 2013; https://www.zeit.de/2012/42/Beschneidung-Gesetz (23. 1. 2019).

[12] Ebd.

[13] Deusel, Antje Yael: Mein Bund, den ihr bewahren sollt. Religionsgesetzliche und medizinische Aspekte der Beschneidung. Freiburg i. Br. 2012/2015.

Minderheit mitten im Jahre 2012 vielleicht die härteste Zerreißprobe seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Shoah.

Auf Seiten der Juristen hatte u. a. der Passauer Juraprofessor Holm Putzke die Beschneidungsdebatte befeuert, nicht zuletzt durch seine Bemühungen, das Urteil des Kölner Landgerichtes zu verbreiten und ihm auch anderswo den Rücken zu stärken. Dem Kölner Landgericht bescheinigte Putzke gegenüber der *Financial Times Deutschland*, es habe „sich ganz im Gegensatz zu vielen Politikern, nicht erlaubt, Angst davor zu entwickeln, als antisemitisch oder religionsfeindlich kritisiert zu werden".[14]

Nachdem der Bundestag am 12. Dezember 2012 entschieden hatte, die Beschneidung von Jungen unter den genannten Voraussetzungen auch weiterhin zu erlauben, zeigte sich Putzke tief enttäuscht, schätzte die gesetzliche Neuregelung als verfassungswidrig ein und warf dem Bundestag vor, etwa mit Blick auf die Zweckklausel „legislatorischen Nonsens" geschaffen zu haben. Mehr noch: Putzke äußerte die Auffassung, dass das Beschneidungsgesetz der weiblichen Genitalverstümmelung [!] den Weg ebne.[15]

SPD-Politikerin Marlene Rupprecht gehörte dann wiederum zu jenen deutschen Politikern, die sich ein Jahr später auf europäischer Ebene stark machten, dem Umgang mit der Beschneidungsproblematik nochmals eine andere Richtung zu geben. Am 1. Oktober 2013 verabschiedete der Europarat die Resolution 1952 (2013), „Children's Right to Physical Integrity" („Recht der Kinder auf körperliche Unversehrtheit"), für deren Vorbereitung Rupprecht als Rapporteurin fungiert hatte. In Paragraf 2 dieser Resolution wird der Sorge Ausdruck verliehen über

> „eine Art von Gewalt gegen die körperliche Unversehrtheit von Kindern, die von den Verursachern tendenziell als Vorteil oder Wohltat für die Kinder auszugeben, obwohl das Gegenteil ganz klar der Fall ist. Dies umfasst, unter anderem, Genitalverstümmelung bei Mädchen, die Beschneidung von Jungen aus religiösen Gründen, frühe medizinische Interventionen bei intersexuell veranlagten Kindern und die Nötigung oder den Zwang von Kindern zum Piercing, Tätowieren oder zu plastischer Chirurgie".[16]

---

[14] Sahm, Ulrich W.: Beschneidungsverbot „verfassungswidrig". In: Hagalil, 26. Juni 2012, http://www.hagalil.com/2012/06/beschneidungsverbot/ (23. 1. 2019).

[15] Eckert, Miriam: Ist das Beschneidungsgesetz verfassungswidrig? Passauer Strafrechtler kritisiert Geringschätzung der Kinderrechte – „Gesetz ebnet Mädchenbeschneidern den Weg". Passauer Neue Presse, 2. Februar 2013, S. 28.

[16] Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Resolution 1952 (2013), Children's right to physical integrity. October 1st, Strasbourg 2013 https://netzwerkb.org/wp-content/uploads/2013/10/2013-10-01_council_of_europe_childrens_right_to_physical_integrity.pdf (22. 1. 2019, Übersetzung O. G.).

Mit CamScanner gescannt

Die Erklärung des Europarates hält eminent wichtige Forderungen fest, um Kinder weltweit vor willkürlicher physischer Gewalt und körperlichen Veränderungen zu schützen. Der Europarat rief seine Mitgliedsländer zugleich dazu auf, für eine „offene Debatte" zu sorgen, auch mit den verschiedenen religiösen Gemeinschaften und im interdisziplinären Gespräch. 77 Delegierte stimmten schließlich für die oben zitierte Deklaration, in welcher weibliche Genitalverstümmelung[17] und rituelle Beschneidung von jüdischen und muslimischen Knaben quasi gleichgesetzt wurden. Allein 19 Delegierte stimmten dagegen. Im Ergebnis erschien es dann nur noch als ein schwacher Trost, dass der Generalsekretär des Europarates, Thorbjorn Jagland, sich persönlich von der Deklaration distanziert hatte.

Als der wohl problematischste Punkt in der fortwährenden Debatte um die rechtliche Legitimität der Zirkumzision in Deutschland und Europa schälte sich nun die Frage heraus: An welchem Punkt wird die Kritik antisemitisch, und an welchem Punkt wird sie dezidiert muslimenfeindlich? Die fortdauernden juristischen, politischen und publizistischen Kampagnen gegen die rituelle Beschneidung von Jungen wurden – wie es zu befürchten war – unweigerlich als Angriff auf das Herz des religiösen Judentums wie auch des Islams verstanden.

In der Torah, Gen 17,10–14, ist das Gebot der Beschneidung für männliche Nachkommen im Bund der Israeliten mit dem Gott des jüdischen Volkes klar definiert, es heißt dort: „Das ist mein Bund zwischen mir und euch samt deinen Nachkommen, den ihr halten sollt: Alles, was männlich ist unter euch, muss beschnitten werden. Am Fleisch eurer Vorhaut müsst ihr euch beschneiden lassen." Die Brit Mila zählt zu den 613 verbindlichen Geboten (Mitzwot) im religiösen Judentum. Folglich muss sich auch ein männlicher Proselyt bei seinem Übertritt zu Judentum dem Ritual der Beschneidung unterziehen. Dies gilt übrigens auch für Konvertiten zum liberalen Judentum. Indem der Offene Brief von Medizinern und Juristen an Kanzlerin Merkel vom Juli 2012 von „(sexueller) Gewalt gegenüber nicht einwilligungsfähigen Jungen" und „irreversiblen Genitalbeschneidungen" der betroffene Jungen sprach und die Zirkumzision in die Nähe von Genitalverstümmelung bei Mädchen rückte, kam er – als Positionierung einflussreicher Berufsgruppen – einer direkten Attacke sowohl auf das religiöse Judentum wie auch den

[17] Zu weiblicher Genitalverstümmelung und ihren Auswirkungen vgl.: Reinsch, Melanie: Was Mädchen erleiden müssen. Viele afrikanische Frauen werden als Kind brutal beschnitten. Durch die Einwanderung nach Europa ist die Genitalverstümmelung auch in Deutschland angekommen. In: Frankfurter Rundschau, 6. Mai 2017. http://www.fr.de/panorama/genitalverstuemmelung-was-maedchen-erleiden-muessen-a-1272484 (23. 1. 2019).

Islam gleich. Zu dem allgemeinen Vorwurf, Juden wie Muslime würden mit der Zirkumzision einem uralten barbarischen Ritual und damit längst überkommener Tradition huldigen, gesellte sich bald auch die Unterstellung, aus dem „Geschäft mit der Vorhaut" würde von Ärzten bzw. Mohalim enormer Profit geschlagen – ein klassisches Stereotyp vom geldgierigen Juden.

Dass die Übergänge nicht nur zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus, sondern teilweise auch zwischen Judentum-Kritik und Antisemitismus fließend geworden sind, bestätigen inzwischen nicht nur Jüdinnen und Juden selbst, sondern auch andere aufmerksame Beobachter. So erklärte die SPD-Bundestagsabgeordnete Kerstin Griese schon vor Jahren:

> Wir wissen, dass 20 Prozent der Menschen in Deutschland antisemitische Einstellungen haben. Aber seit einigen Monaten sind diese Einstellungen nicht nur latent vorhanden, sondern auch stark in der Öffentlichkeit spürbar.[18]

Interessanterweise kritisierte Kerstin Griese auch, dass zumindest einige der Mainstream-Medien das Thema Beschneidung enorm aufgebauscht hätten. In einem Interview vom Herbst 2017 erinnerte sie sich:

> Ich hatte in meinem Leben noch nie so eine Debatte erlebt, die so unterirdisch, so emotional und so antisemitisch war. Dieses Thema [die Beschneidung, Anm. d. Verf.] hat ein Fass geöffnet: All jene, die schon immer mal etwas gegen Juden oder Muslime sagen wollten, haben es offen ausgesprochen. Ich war erschrocken, wie wenig Verständnis und Verstehenwollen über jüdische Identität quer durch alle Parteien existierte.[19]

Noch wesentlich streitbarer hat sich der prominente amerikanisch-jüdische Anwalt und Publizist Alan Dershowitz zu der Frage, weshalb die „Beschneidungsdebatte" ausgerechnet in Deutschland eskalieren musste, im September 2012 in der *Jüdischen Allgemeinen* geäußert. In seinem polemischen Kommentar hat Dershowitz dort zunächst die berechtigte Frage gestellt, „weshalb sich Länder, die auf eine lange Geschichte des Antisemitismus und anderer Formen religiöser Intoleranz zurückblicken, anscheinend mehr Gedanken über das sogenannte Recht von Kindern machen, nicht beschnitten zu werden, als andere Länder mit einer besseren Geschichte, was Menschenrechte betrifft", um dann eine harsche Kritik gegen die Debatte in Deutschland zu richten:

---

[18] kath.net – Katholische Nachrichten, 6. 12. 2012 (7. 2. 2019)

[19] „Solidarisch mit Israel". Kerstin Griese im Interview. In: Jüdische Allgemeine, 11. September 2017; https://www.juedische-allgemeine.de/politik/solidarisch-mit-israel-2/ (16. 1. 2019).

Mit CamScanner gescannt

Niemand sollte eine Nation, die Millionen jüdischer Babys und Kinder ermordet hat, dafür loben, dass sie Krokodilstränen über das Schicksal eines armen kleinen Buben vergießt, der in der Ausübung einer jahrtausendealten Tradition eine Woche nach der Geburt beschnitten wird. Jeder gute Mensch muss Deutschland dafür verdammen, denn das, was den tatsächlichen Kern der Bemühungen, die Beschneidung zu verbieten, ausmacht, ist nichts anderes als der gute alte Antisemitismus.[20]

Im Rückblick gesehen, war bzw. ist die Beschneidungsdebatte in Deutschland allerdings kein isoliertes Phänomen in Europa – auch in anderen Ländern wird ähnlich über die Beschneidung von männlichen Neugeborenen bzw. Knaben diskutiert, auch die miteinander streitenden Parteien können sich ähneln. Ungewöhnlich an der deutschen Debatte war indes die spontane Entscheidung durch ein regionales Gericht, die Beschneidung sofort unter strafrechtliche Verfolgung zu stellen; die Intensität der Debatte gerade im öffentlichen Raum; und schließlich auch das relativ schnelle Tempo, mit dem die maßgeblichen politischen Kräfte in Deutschland nach einer Lösung suchten – und diese letztendlich auch fanden.

Am Ende ist es dann doch nicht – wie zwischenzeitlich befürchtet – zum Exodus jüdischer Bürger aus Deutschland gekommen. Gleichwohl hat nicht nur das Kölner Gerichtsurteil, sondern auch die Art der zwischenzeitlich geführten Debatte Teile der jüdischen Community in Deutschland hochgradig verunsichert, einschließlich der jüdischen Eliten. Es war indes ein Schweizer Jude, der die Befindlichkeiten der jüdischen Bevölkerung während der Beschneidungsdebatte (und danach) am Treffendsten auf den Punkt brachte und noch im gleichen Jahr auch ein kleines Buch darüber schrieb.[21] In der *Jüdischen Allgemeinen* schrieb Alfred Bodenheimer im Dezember 2012 reichlich ernüchtert:

> Die Beschneidungsdebatte hat den Juden in Deutschland vor allem gezeigt, dass sie als Religionsgruppe nirgends „angekommen" sind. Ihre religiöse Praxis kann in Windeseile von gefühlten zwei Dritteln der Gesellschaft zur Barbarei schlechthin erklärt werden.[22]

---

[20] Dershowitz, Alan: „Der gute alte Antisemitismus". In: Jüdische Allgemeine, 4. September 2012; https://www.juedische-allgemeine.de/politik/der-gute-alte-antisemitismus/ (23. 1. 2019).

[21] Bodenheimer, Alfred: Haut ab! Die Juden in der Beschneidungsdebatte. Göttingen 2012.

[22] Bodenheimer, Alfred: Toleranz genügt nicht. In: Jüdische Allgemeine, 3. Dezember 2012; https://www.juedische-allgemeine.de/politik/toleranz-genuegt-nicht/ (16. 1. 2019).

Während im Anschluss an die Beschlussfassung der Bundesregierung im Dezember 2012 die pro-und-contra-Diskussionen um die rituelle Beschneidung erst einmal sukzessive abnahmen oder zumindest als gesamtgesellschaftliches Thema wieder ein Stück in den Hintergrund traten, dauerten sie in anderen europäischen Ländern an oder wurden dort sogar noch befeuert, so in Schweden, der Schweiz, Norwegen, Polen, Dänemark und Island.

Die Intensität der Debatten beunruhigte schließlich auch Ira Forman, Barack Obamas Sonderbeauftragten zur Beobachtung und Bekämpfung von Antisemitismus weltweit. Forman warnte im Sommer 2014 die europäischen Regierungen davor, dass ein Verbot der rituellen Beschneidung sich auf die jüdischen Gemeinschaften vor Ort existenzbedrohlich auswirken könne. Ira Forman, selbst jüdischer Herkunft, verwies auf die universale Bedeutung der Beschneidung im Judentum – auch heute noch – und sprach seine Befürchtung aus, dass entsprechende Verbote „zum Stillstand" jüdischer Gemeinden in Europa führen könnten, „besonders der kleinen und verletzlichen".[23]

In einem Interview mit der *Jewish Telegraphic Agency* wurde Forman dann äußerst konkret. „Unser primäres Ziel", sagte er, „ist zu verhindern, dass diese (europäisch-jüdischen, Anm. d. Verf.) Gemeinden existenziell an ihre Grenzen kommen. Das wäre nicht nur eine Tragödie für die Gemeinden selbst. Es wäre auch eine Tragödie für Europa, und für alle seine Kulturen."[24]

Seither hat es nicht den Anschein, als wären die kontroversen Debatten in den einzelnen Ländern grundsätzlich abgeflaut. Immerhin aber bekräftigte im Mai 2018 eine Mehrheit im Europäischen Parlament, einschließlich EU-Präsident Antonio Tajani, das Recht und die Unterstützung für die europäischen Juden, ihre religiösen Traditionen auch weiterhin ohne Sorge beibehalten zu können. Während einer Zeremonie in der Brüsseler Großen Synagoge sagte Tajani jedweden Bestrebungen, Juden die Ausübung ihrer religiösen Traditionen und Praktiken, einschließlich Beschneidung und rituellem Schächten, zu verbieten, direkt den Kampf an und erklärte:

> Europe will not achieve integration and unity among its citizens as long as it limits or bans the religious community from fulfilling its religious commandments, such as circumcision and kosher slaughter. [...] Only by protecting their rights and preserving their identities, will every citizen have personal

[23] Kampeas, Ron: U.S. intervenes in Europe's circumcision wars. In: Jewish Telegraphic Agency (JTA), July 8, 2014; https://www.jta.org/2014/07/08/news-opinion/world/u-s-intervenes-in-europes-circumcision-wars (2. 9. 2018).
[24] Ebd.

Mit CamScanner gescannt

> security, with the unity and equality which lead to tranquil lives. This is what Europe is based on.[25]

Tajani erklärte bei der gleichen Gelegenheit: „The European Parliament will continue to condemn and consistently and determinedly fight all forms of anti-Semitism and hatred, and will protect religious freedom."[26]

Ob sich die einzelnen EU-Staaten und ihre Gesellschaften langfristig daran gebunden fühlen, mag allerdings auf einem anderen Blatt stehen. Nur einen Monat nach der Erklärung des Europäischen Parlamentes kündigte beispielsweise das dänische Parlament an, einen Vorschlag zum Verbot der rituellen Beschneidung diskutieren zu wollen.[27] Offensichtlich erzeugte diese Ankündigung in Deutschlands Nachbarland einige Schockwellen in der jüdischen Gemeinschaft, auch hier verbunden mit Überlegungen einer möglichen Emigration.

Im Februar 2018 hatte auch das isländische Parlament einen Gesetzesentwurf debattiert, der nach Medienberichten bei Jungen unter 15 Jahren ein generelles Verbot „der vollständigen oder teilweisen Entfernung von Sexualorganen" vorsähe. Käme der Gesetzentwurf durch, würden denjenigen, die in Island Beschneidungen aus nicht medizinisch gebotenen Gründen vornehmen, Haftstrafen von bis zu sechs Jahren drohen.[28]

Populisten unterschiedlicher Couleur haben mittlerweile auch damit begonnen, aus dem Kampf gegen einzelne Elemente der jüdischen – wie auch der islamischen – Religion politisches Kapital schlagen zu können. So diskutierte die Alternative für Deutschland (AfD) in Vorbereitung eines neuen Parteiprogrammes im Wahlkampfjahr 2016 ein Verbot ritueller Beschneidung von Jungen wegen „gravierender Grundrechtsverletzungen"[29], und auch hier hinterfragte Charlotte Knobloch von der Israelitischen Kultusgemeinde München kritisch die eigentlichen Intentionen. „Ganz offensichtlich

---

[25] Lev, Haim: EU Parliament President: No laws against Jewish practice. Channel Arutz Sheva (Israel National TV), May 28th, 2018; https://www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/246560 (20. 9. 2018).

[26] Ebd.

[27] Liphshiz, Cnaan: As Denmark considers a ban on circumcision, some Jews consider leaving. In: The Times of Israel, June 16th, 2018; https://www.timesofisrael.com/as-denmark-considers-a-ban-on-circumcision-some-jews-consider-leaving/ (17. 9. 2018).

[28] Siehe auch: Bönte, Kim: Island plant Verbot der Brit Mila. In: Jüdische Allgemeine Online, 26. Februar 2018; https://www.juedische-allgemeine.de/juedische-welt/gesetz-gegen-die-beschneidung/ (23. 1. 2019).

[29] Focus Online, 12. März 2016; https://www.focus.de/politik/deutschland/forderung-nach-beschneidungs-verbot-afd-sorgt-fuer-entsetzen-bei-juedischen-und-muslimischen-verbaenden_id_5353751.html (20. 1. 2019).

träumt die AfD von einem Deutschland, in dem jüdisches Leben keine Zukunft hat", so Knobloch.[30]

Dass in der deutschen wie generell in der europäischen Bevölkerung – weit über rechtsgerichtete Kreise hinaus – große Vorbehalte gegenüber der Zirkumzision weiterbestehen, belegt nicht zuletzt eine Online-Umfrage, welche die EU-Agentur für Grundrechte (Fundamental Rights Agency/FRA) im Jahr 2018 unter mehr als 16.000 Jüdinnen und Juden in insgesamt 12 EU-Staaten durchführte. 47 % der befragten Personen hatten erlebt, dass Nichtjuden in ihrem Umfeld für ein Verbot der Beschneidung plädierten, in vielen Fällen kombiniert mit der Forderung, die Praxis des rituellen Schächtens abzuschaffen. Die deutschen Werte lagen dabei sogar noch deutlich höher als der europäische Durchschnitt: Hier hatten sogar 65 % der Befragten im nichtjüdischen Umfeld Plädoyers für die Abschaffung der Zirkumzision gehört.[31] Eine noch deutlich stärkere Ablehnung dieser Traditionen fand sich nur noch in Dänemark und Schweden.

Weder in Deutschland noch in anderen europäischen Ländern speist sich Kritik an der Zirkumzision durchweg aus antijüdischen Reflexionen. Gleichwohl bedienen sich manche ihrer Gegner einer Sprache und Rhetorik, die subtilen oder auch offenen Antisemitismus erkennen lässt und auch transportiert. Offenbar geht es aber auch um die Markierung des „kulturell Anderen", des „Fremden" schlechthin. Da sich die Kampagnen gegen die Zirkumzision gleichzeitig gegen Juden und gegen Muslime richten, eröffnet sich hier eine eher seltene, ungewohnte Gelegenheit, staatliche Intervention in traditionelles Religionsleben gemeinsam abzuwehren. Bei den dabei zu erwartenden weiteren Auseinandersetzungen ist die Zivilgesellschaft angehalten, antisemitische und muslimenfeindlichen Tendenzen kenntlich zu machen, auch wenn sie häufig erst auf den zweiten Blick durchscheinen.

---

[30] Focus Online, 12. März 2016; https://www.focus.de/politik/deutschland/forderung-nach-beschneidungs-verbot-afd-sorgt-fuer-entsetzen-bei-juedischen-und-muslimischen-verbaenden_id_5353751.html (20. 1. 2019).

[31] Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU. Fundamental Rights Agency, December 2018, S. 70. file:///C:/Users/Gl%C3%B6ckner/Downloads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-survey_en%20(1).pdf (21. 1.2019).

Mit CamScanner gescannt

Monika Schwarz-Friesel

Hass als kultureller Gefühlswert: Das emotionale Fundament des aktuellen Antisemitismus

Zunahme und Ausbreitung von Antisemitismen: „... warum euch die ganze Welt so haßt." (E-Mail an den Zentralrat der Juden in Deutschland, 2009)

Antisemitische Äußerungen, Verbal-Antisemitismen, wie „Tod den Zionisten" (Twitter, 8. 1. 2017) oder „Ich hasse Juden so sehr" (Twitter, 13. 1. 2017) haben in den letzten zehn Jahren vor allem im Internet, aber auch in alltäglichen Kommunikationssituationen, nicht nur quantitativ zugenommen und sich bei Texttypen wie Leserkommentaren zum Teil verdreifacht. Sie haben sich auch qualitativ in Form und Inhalt radikalisiert: Es finden sich beispielsweise zunehmend verbale Brachialformen wie NS-Vergleiche: „Was Juden heute in Palästina tun, ist schlimmer als das, was die Nazis damals mit den Juden gemacht haben." (E-Mail an die israelische Botschaft in Berlin 2017) Ebenso Emotionen ausdrückende Wörter mit extrem negativen Bewertungen wie: „widerwärtiges Pack", meist als Hyperbeln und im Superlativ kodiert wie: „das grausamste Volk der Erde", „die übelste Macht auf Erden". Keineswegs ist ein Rückgang des klassischen Antisemitismus zu beobachten, wie es manchmal zu hören oder zu lesen ist, zuletzt sogar im Expertenbericht des Bundestages 2017, der offensichtlich zahlreiche empirische Studien der letzten Jahre nicht erfasst hat. Vielmehr verbinden sich Versatzstücke des alten und modernen Antisemitismus, wenn judeophobe Stereotype, die schon im Mittelalter kommuniziert wurden, auf Israel projiziert werden: „Im ewigen Kreislauf von Rache und Vergeltung agieren die Zionisten gemäß ihrer jahrtausendealten Tradition."[1] Der alte

[1] S. hierzu die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Konzeptueller und verbaler Antisemitismus", 2007–2014, sowie des DFG-Projekts „Antisemitismus im World Wide Web",

Mit CamScanner gescannt

Judenhass lebt in den Köpfen weiter und zeigt sich ostentativ im Spiegel der aktuellen Sprachgebrauchsstrukturen.[2] Dabei sind es keineswegs nur die vulgär-aggressiven Beleidigungen, Drohungen und Gewaltaufrufe von Extremisten, die explizite und überwiegend obszöne Verbal-Antisemitismen enthalten und in den dunklen Echokammern des World Wide Web zu finden sind, sondern auch auf den ersten Blick nicht als Hasssprache einzustufende Äußerungen auf den Kanälen des alltäglichen Kommunikation.[3] 70 Jahre nach dem Zivilisationsbruch um Auschwitz müssen wir erleben, wie die Tabuisierungsschwelle, judenfeindliche Äußerungen zu artikulieren, stetig sinkt und wie sich antisemitisches Gedanken- und Gefühlsgut trotz staatlicher Bemühungen dagegen nahezu ungehindert ausbreitet, wie vor allem der anti-israelische Antisemitismus – als die zur Zeit vorherrschende Manifestation von Judenfeindschaft – als Israelhass fast schon Normalität geworden ist.[4] Warum, so die immer wieder aufkommende Frage, gelingt es nicht, vor dem Wissenshintergrund zu dem Ausmaß der Verbrechen in der Shoah und der zuvor mittels Sprache angekündigten Gewalt, durchdringend zu sensibilisieren für die Gefahren antisemitischer Hass-Rhetorik? Dies liegt zum einen an den Vorurteilen über Antisemitismus, die nach wie vor und trotz aller gegenteilig lautenden Forschungsergebnisse, hartnäckig in der Post-Holocaust-Gesellschaft gepflegt werden. Diesen Vorurteilen zufolge wird aktuelle Judenfeindschaft entweder als Randgruppenphänomen von Extremisten, oder verengt als Rassismus[5] und Fremdenfeindschaft, oder falsch als ein Vorurteil bzw. eine

---

2014–2018 an der TU Berlin in: Schwarz-Friesel, Monika: Judenhass im Internet. Hentrich & Hentrich, 2019. Zur Zunahme von NS-Vergleichen s. auch Giesel, Linda: NS-Vergleiche und NS-Metaphern im öffentlichen Kommunikationsraum sowie in E-Mails an die Israelische Botschaft und den Zentralrat der Juden in Deutschland – Korpuslinguistische Perspektiven auf konzeptuelle, strukturelle und funktionale Charakteristika. Dissertation am FG Linguistik, TU Berlin 2017.

[2] Schwarz-Friesel, Monika u. Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin/New York 2013 (Europäisch-jüdische Studien. Beiträge 7).

[3] Daher sind Gesetze, die lediglich das bloße Löschen von expliziten Hasskommentaren im Internet vorsehen, nicht wirklich geeignet, dem Antisemitismus den Boden zu entziehen. Im Netz muss vielmehr stärker auf Gegen-Narrative und in der Zivilgesellschaft auf mehr Mobilisierung gegen die Gleichgültigkeit und das Desinteresse gesetzt werden.

[4] S. u. a. Schwarz-Friesel, Monika: „Juden sind zum Töten da" (studivz.net 2008) Hass via Internet – Zugänglichkeit und Verbreitung von Antisemitismen im World Wide Web. In: Marx, Konstanze u. Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.): Sprache und Kommunikation im technischen Zeitalter. Wieviel Internet (v)erträgt unsere Gesellschaft?. Berlin 2013, S. 213–236; sowie https://www.linguistik.tu-berlin.de/menue/antisemitismus_2_0/.

[5] Selbstverständlich gibt es heute auch rassistisch motivierten Antisemitismus, aber er ist nicht die einzige Form von Judeophobie. Viele linke Antisemiten distanzieren sich ausdrücklich von rassistischem Gedankengut und setzen sich für „Toleranz, Offenheit. Multi-

gruppenbezogene Menschenfeindschaft unter vielen interpretiert. Diese Fehleinschätzungen versperren jedoch den Blick auf das Genuine, Einmalige, Besondere von Judeophobie und stehen damit einer wirkungsvollen Gegenstrategie im Wege. Hinzu kommt, dass die indirekten Formen, die heute gerade das Frequente, Normale und Übliche sind, die sich in Anspielungen, Topoi-Kodierungen, Chiffren, Paraphrasen/Substitutionen, rhetorischen Fragen oder der Verknüpfung von Argumenten u. ä. manifestieren, sowie die nicht-intentionalen Spielarten des Alltagsantisemitismus, heruntergespielt und juristisch nicht geahndet werden, obgleich diese doch inmitten der Gesellschaft judeophobe Stereotype reaktivieren und erhalten. Judenfeindliche Äußerungen und Vernichtungsfantasien finden sich links, rechts, liberal, in der Mitte, bei jungen und alten, gebildeten und ungebildeten, religiösen und atheistischen Menschen, bei Rassisten, Islamisten und Friedensaktivisten, Feministinnen wie Machos, autoritär wie nicht-autoritär denkenden Personen. Das gemeinsame Element dieser ansonsten so heterogenen Gruppen ist der gegen Israel gerichtete Hass, der sich aus dem uralten Ressentiment gegenüber Juden und Judentum speist und gegen die jüdische Existenz in der Welt gerichtet ist. Judenhass ist unikal, da er sich gegen Juden richtet, allein, weil sie existieren.[6] Auch die Erfahrung des Holocaust hat diesem nicht die Basis entzogen. Antisemitismus ist allerdings wie ein Chamäleon: Er passt sich stets den aktuellen Gegebenheiten an, seine Formen verändern sich, konstant jedoch bleiben seit Jahrhunderten ungebrochen die Inhalte der absoluten Entwertung. Seit der Gründung des jüdischen Staates ist eine Israelisierungssemantik[7] typisch und vorherrschend im antisemitischen Diskurs, was niemanden verwundern sollte: Israel ist das offenkundigste und bedeutendste Symbol gelebten Judentums und als solches im Fokus aller Antisemiten gleich welcher Couleur. Entsprechend werden die Erlösungsfantasien des alten Judenhasses auf den „verkommenen Teufelsstaat Israel" (Twitter 2016)

---

kulti" ein. Ihr Verhältnis zum jüdischen Staat aber weist einen entgegengesetzten Denkstil auf und ist geprägt vom anti-jüdischen Ressentiment.

[6] S. sehr ähnlich auch Poliakov: „The anti-Semitic passions of the Western world are perhaps the only emotions of this kind which, when we seek to discover their basis, seem to have no underlying interest to explain them. However deep we go into them, we find nothing but archaic vestiges, confused resentments, and illusory pretexts. Which accounts for the fact that their ultimate expression, Hitlerism, was the only attempt in history to condemn man for what he is, not for what he does; for his abstract entity, not for his concrete acts." Leon Poliakov: Harvest of Hate. London 1956, S. 309–310.

[7] Schwarz-Friesel, Monika: aktueller Antisemitismus. Bundeszentrale für politische Bildung. 2015. http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/211516/aktueller-antisemitismus.

Mit CamScanner gescannt

übertragen. Die Äquivalenz argumentativer Muster und die Homogenität der entwertenden Semantik ist offenkundig.[8] Das anti-israelische Narrativ, das seit der Berichterstattung zur zweiten Intifada in Teilen auch der linken Presse/Medien vorherrschend ist, ist der klarste Indikator dafür, dass die antisemitischen Einflüsterungen von allen Seiten gegen den jüdischen Staat das kulturelle Bewertungsmuster, den schlummernden Gefühlswert von Jahrhunderten, erfolgreich re-aktiviert haben. Es wird geglaubt, was zum kollektiven Gedächtnis passt. So erklärt sich, dass oft ungeprüft anti-israelische Informationen verbreitet werden, deren Widerruf aber klein gehalten wird.

Es sind bestimmte Kampagnen-Aufrufe der BDS und ähnlicher Aktivisten, die den jüdischen Staat verzerrt und bar der Realität als „Apartheidregime" oder „Kolonialstaat" darstellen, pro-palästinensische Internet-Foren oder Demonstrationen auf der Straße, Twitter-Nachrichten und Online-Kommentare, die Israel „Staatsrassismus" und „Genozid-Bestrebungen" vorwerfen. Es sind aber auch plakative Schlagzeilen der Presse, in denen ein simplifizierendes Schwarz-Weiß-Bild von Aggressor-und-Opfer im Nahostkonflikt kodiert wird, oft zusammen mit Charakterisierungen durch uralte Stereotype von Rache, Arroganz/Frechheit. Es sind Talkshow-Beiträge im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, in denen Landraub oder Kinder-Mord-Stereotype kodiert werden oder de-historisierend „Israel [...] als europäische Kolonie auf arabischen Boden" bezeichnet wird (so Jürgen Todenhöfer bei Anne Will zu Gaza 2014). Es sind Reden wie die von Mahmoud Abbas am 23. 6. 2016 im EU-Parlament, in denen antisemitische Stereotype artikuliert werden und die Applaus erhalten. Zugleich werden solche öffentlichen Antisemitismen flankiert von unzähligen Hassbotschaften im Internet, von judeophoben Verschwörungsfantasien und Gewaltaufrufen, sowie Kommunikationsstrukturen mit judeophoben Stereotypen, seien sie als Klappentexte, siehe *Die Rothschilds* – bei Amazon einzusehen –, oder in Foren wie GuteFrage.net.[9] Hinzu kommen Gerichtsurteile, die fatale Signale aussenden: Wenn z. B. das Werfen von Molotow-Cocktails auf Synagogen als Zeichen politischer Empörung, oder wenn Texte, die im Duktus der Umwegkommu-

---

[8] Schwarz-Friesel, Monika: Rechts, links oder Mitte? Zur semantischen, formalen und argumentativen Homogenität aktueller Verbal-Antisemitismen. In: Rauschenberger, Katharina u. Werner Konitzer (Hrsg.): Antisemitismus und andere Feindseligkeiten. Interaktionen von Ressentiments. Frankfurt a. M./New York 2015, S. 175–192.

[9] Schwarz-Friesel, Monika: Sprache und Emotion. 2. Aufl. Tübingen 2013; dies., Rechts, links oder Mitte?.

nikation, aber dennoch klar erkenn- und benennbar judeophobe Stereotype artikulieren, als Meinungsfreiheit klassifiziert werden.

Klar und unzweideutig: Antisemitismus ist, nach einer kurzen Phase der Post-Holocaust-Aufarbeitungszeit, über den kognitiv-kommunikativen Umweg entweder getarnt als „Kritik an Israel" oder über indirekte Sprechakte auf dem Weg, erneut ein Alltagsphänomen zu werden.[10] Und dies raubt der Mehrheit der Bevölkerung nicht den Schlaf. Antisemitismus heute: Ohne Aufschrei in der Zivilgesellschaft, ohne flächendeckende Empörung in den Medien, ohne wirklich energische Bemühungen der gesamten Politik-Elite, die einen Antisemitismusbeauftragten trotz der Zunahme von antisemitischen Vorfällen erst nach einer längeren Zeit des Zögerns einsetzte, ohne den gerne beschworenen Ruck in der Gesellschaft oder den Aufstand der Anständigen: Als 2014 anlässlich des Gaza-Konflikts auf Deutschlands Straßen antisemitische und obszöne anti-israelische Parolen gegrölt wurden, brachte der massenmediale Aufruf, ein Zeichen gegen Antisemitismus zu setzen, nur ca. 4.000 Menschen vor das Brandenburger Tor, von denen die Mehrzahl jüdisch oder aktiv pro-israelisch orientiert waren. Die Opfer selbst mussten gegen ihre eigene Diskriminierung auf die Straße gehen, während die Mehrzahl der deutschen Nicht-Juden zu Hause blieb. „Solidarität mit Israel????? Alles was ich Ihnen entgegenbringen kann, und da bin ich nicht der einzige, ist Abneigung und Hass." So eine E-Mail an den Zentralrat der Juden: Eine typische Reaktion auf Aufrufe, etwas gegen Israelhass und Anti-Zionismus zu tun. Omnipräsenz und Akzeptanz von Verbal-Antisemitismen decken sich mit dem Gefühl von Unsicherheit und diffuser Angst auf Seiten der Betroffenen: Das „neue Unbehagen", so der Titel des Bandes und einer Konferenz in Berlin 2016, macht transparent, dass die Furcht von Jüdinnen und Juden vor antisemitischen Übergriffen nicht unerheblich ist.[11] Warum berührt dies so wenige Nicht-Juden? Warum werden diese Ergebnisse kurz zur Kenntnis genommen und dann ad acta gelegt? Warum halten viele Personen und Institutionen an

---

[10] Schwarz-Friesel, Monika: Gebildeter Antisemitismus, seine kulturelle Verankerung und historische Kontinuität: Semper idem cum mutatione. In: Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015, S. 13–34.

[11] FRA – European Union Agency for Fundamental Rights: Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedstaaten: Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus. http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-discrimination-hate-crime-against-jews-eu-member-states_de.pdf (6. 9. 2017). sowie Zick, Andreas [u. a.]: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Bielefeld 2017; https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf (6. 9. 2017).

Mit CamScanner gescannt

dem für die Gesellschaft euphemistischen Bild fest, der „Feind stehe vor allem rechts" und ansonsten habe man „aus der Vergangenheit die Lehren gezogen"? Obgleich doch alle empirischen Analysen der letzten Jahre belegen, dass das judenfeindliche Ressentiment nach wie vor auch in der Mitte der Gesellschaft tief verankert sitzt und bei entsprechenden Krisensituationen – wie Nahostkonflikt und Beschneidungsdebatte – regelmäßig aufbricht und sein hässliches Gesicht zeigt?[12]

Eine offene Debatte über den tatsächlich anzutreffenden Antisemitismus wird zudem durch massive Leugnungsprozesse be- und verhindert, die gekoppelt sind an Schuldabwehr,[13] Verdrängung, Überdruss und eventuell auch aus Sorge vor dem Blick auf die sich öffnende Büchse der Pandora. Besonders aufschlussreich und aus Sicht der Antisemitismusforschung Besorgnis erregend war zuletzt in diesem Zusammenhang die irrationale Reaktion von Arte und WDR auf den Film *Auserwählt und ausgegrenzt. Der Hass auf Juden in Europa* (2017), der versuchte, dem Stand-Bild der gängigen Massenmedien die buntere und auch bitterere Realität entgegenzusetzen. Die so noch nicht dagewesene Deligitimierungsfront gegen diesen Film, der das verkrustete Bild der Post-Holocaust-Illusion in Bezug auf den aktuellen Antisemitismus aufbrechen wollte, legt offen, wie problematisch es für viele Menschen in Deutschland und Europa ist, sich der unbequemen und erschreckenden Realität zu stellen. Die Produzenten des Films sahen sich am Ende vom öffentlich-rechtlichen Fernsehen durch einen von diesen eigens inszenierten „Faktencheck", ein eilig zusammengeschustertes Mosaik von peinlichen Gegenthesen, oft mit dem Status „alternative Fakten", in die Ecke

---

[12] Schwarz-Friesel, Monika u. Evyatar Friesel, Jehuda Reinharz (Hrsg.): Aktueller Antisemitismus in Deutschland. Ein Phänomen der Mitte. Berlin/New York 2010. S. auch Schwarz-Friesel, Gebildeter Antisemitismus.

[13] Schuldabwehr und Entlastungsantisemitismus, v. a. durch Täter-Opfer-Umkehr und NS-Vergleiche findet sich daher ungleich häufiger in Deutschland (und Österreich) als in anderen EU-Ländern, wie eine kontrastive Korpusstudie zu neun europäischen Ländern belegt (s. Schwarz-Friesel/Reinharz, Sprache der Judenfeindschaft, S. 251–263). S. hierzu auch Becker, Matthias: Analogien der „Vergangenheitsbewältigung". Projektionen von historischen Verbrechen auf Israel in Leserkommentaren der „Zeit" und des „Guardian". Dissertation. FG Linguistik, TU Berlin 2017. Becker hat in seiner Dissertation Schuldabwehr-Analogien bei links-liberal eingestellten dt. (und vergleichend dazu bei britischen) Webnutzern untersucht Von 2012 bis 2014 verdoppelte sich die Vorkommenshäufigkeit solcher Analogien im Kommentarbereich der ZEIT. Solche Entlastungsstrategien entspringen dem emotionalen Bedürfnis, die Last der Vergangenheit durch Aufrechnungen zu minimieren, und sie artikulieren sich z. B. folgendermaßen: „Das was Ihr (und ich meine damit das demokratisch wählende israelische Volk) in Gaza veranstaltet, ist mindestens genauso verwerflich wie der Holocaust." E-Mail an den Zentralrat 2009.

gedrängt. Andere Presseorgane und Journalisten hätten scharf protestieren müssen, doch die sonst bei Begrenzungsprozessen ihrer Freiheit so rührige Presse hielt sich auffallend zurück. Bislang gibt es keine flächendeckende Aufarbeitung zu diesem Medienskandal, bei dem es immerhin um den Vorwurf der Zensur im öffentlich-rechtlichen Fernsehen geht. Der Fall macht deutlich, wie akzeptiert das anti-israelische Narrativ in bestimmten Medien ist, während jeder Versuch, diesem Zerrbild etwas entgegenzusetzen, auf massiven Widerstand stößt: Die untrennbare Verbindung von Antisemitismus und der Dämonisierung Israels will nicht zur Kenntnis genommen werden. So wurde die Chance, in den Massenmedien über die aktuellen antisemitischen Tendenzen und Gefahren zu informieren, nicht nur verpasst, sondern in ihr Gegenteil verdreht. Dies wiederum ist eine Konsequenz der in der breiten Gesellschaft verankerten zu engen Konzeptualisierung von Antisemitismus als einem primär historischen oder rechten Rassismus-Phänomen oder als bloßem Vorurteilssystem.[14] Auch wird die Macht der Sprache unterschätzt, judeophobe Inhalte zu reaktivieren und zu transportieren. Eine Relativierung der Macht- und Gewaltfunktion von Verbal-Antisemitismen jedoch ist fatal. Ist wirklich schon vergessen, dass die Nationalsozialisten von der ersten Stunde an judeophoben Hass und Lösungsvorschläge für „das jüdische Problem" in ihren Reden und Schriften artikulierten, die sie dabei maßgeblich auf dem „Kulturgut Judenfeindschaft" insbesondere des 19. Jahrhunderts speisten?[15] Ist vergessen, dass Hasssprache nie nur Selbstzweck ist, sondern als geistige Brandstiftung maßgebliche Voraussetzung für nicht-verbale Gewalt?

Die zu enge Sicht auf Antisemitismus ergibt sich aber auch daraus, dass eine wesentliche Dimension des Antisemitismus bislang gar nicht oder nur am Rande berücksichtigt wurde: die emotionale Dimension. Ohne die stark affektive Erlebenskomponente kann Antisemitismus nicht hinreichend erklärt

---

[14] Rassismus und Vorurteil sind nicht gleichzusetzen. Auch wenn im Rahmen dieses Artikels keine detaillieren Angaben erfolgen können, soll zumindest betont werden, dass Vorurteile über induktive Übergeneralisierungen entstehen, Rassismus jedoch ohne empirische Basis (und hier überschneiden sich Antisemitismus und Rassismus) eine Ungleichheit von Menschen postuliert. S. hierzu auch Schwarz-Friesel, Monika u. Evyatar Friesel: „Gestern die Juden, heute die Muslime …"? Von den Gefahren falscher Analogien. In: Botsch, Gideon u. Olaf Glöckner, Christoph Kopke, Michael Spieker (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich. Berlin/Boston 2012, S. 29–50.

[15] Friesel, Evyatar: Juden-Hass gestern und heute: Ein historischer Blick auf 130 Jahre judeophobische Feindseligkeit. In: Hassrede/Hate Speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. Hrsg. von Jörg Meibauer. Gießen 2013 (Linguistische Untersuchungen), S. 17–27.

Mit CamScanner gescannt

werden. In diesem Artikel wird daher im Rahmen der kognitiven Emotionstheorie erörtert, inwieweit Judenfeindschaft als kulturhistorisches Ressentiment maßgeblich auch als ein kollektiver Gefühlswert zu sehen ist, der sich intersubjektiv analysierbar in den Sprachstrukturen zu erkennen gibt. Die wesentlichen Kennzeichen der emotionalen Einstellung von Antisemiten, konzeptuelle Geschlossenheit und Faktenresistenz, affektive Begrenztheit, Obsessivität und Rigidität, die auf der Basisemotion Hass basieren, werden kurz erörtert und anhand von empirischen Daten in ihrer gegenseitigen Beeinflussung erklärt.

Zur Relevanz von Emotionen bei der Erklärung von Antisemitismus

Emotionen steuern und begleiten menschliches Empfinden, Verhalten und Handeln so nachhaltig und sind so wichtige Einflussgrößen bei allen Lebens- und Erlebensprozessen, dass es eigentlich verwundert, warum sie so lange aus wissenschaftlichen Erklärungsansätzen ausgeklammert wurden. Auch das Phänomen des Antisemitismus ist bislang zwar von einer kaum noch zu überblickenden Vielzahl von Abhandlungen je nach Ansatz primär als religiöses, sozial-ökonomisches, ideologisches oder politisches Konzept erörtert worden. Die entscheidende Gefühlskomponente jedoch wurde gar nicht oder kaum berücksichtigt. Mit Ausnahme von einigen psychoanalytischen Darstellungen[16] zur Gefühlswelt von Antisemiten und deren Einordnung als „psychopathologische Paranoia" sowie einigen allgemeinen Feststellungen zur Irrationalität von Judenfeindschaft, z. B. von Trachtenberg, Sartre, Simmel oder Adorno, ist das Thema „Emotion und Antisemitismus" bis vor Kurzem vernachlässigt worden , auch wenn es prägnant in Buchtiteln auftaucht,[17] in den Büchern selbst dann aber nicht emotionsbezogen analysiert wird. Dies hängt zum einen damit zusammen, dass in der Wissenschaftsgeschichte Emotionen eine eher marginale Rolle spielten. Die Trennung von Denken

---

[16] Hegener, Wolfgang: Antisemitismus – Judentum – Psychoanalyse. Einleitung. In: Hegener, Wolfgang (Hrsg.): Das unmögliche Erbe. Antisemitismus, Judentum, Psychoanalyse. Gießen 2006, S. 7–22.

[17] Wie in dem Frühwerk von Poliakov „Harvest of Hatred" zur nationalsozialistischen Eliminationspolitik, 1956, oder in der „älteste Hass der Welt" von Wistrich oder in Broders „beständigem Gefühl". S. Broder, Henrik M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Berlin 2005; Wistrich, Robert S.: Antisemitism: The longest hatred. London 1992.

und Fühlen insgesamt hat eine sehr lange Tradition: Das neuzeitliche, abendländische Menschenbild ist durch einen tiefgreifenden Dualismus hinsichtlich Geist und Körper sowie Verstand und Gefühl geprägt. Dieser cartesianische Dualismus wurde erst durch die sogenannte „emotive Wende" in den Neuro- und Kognitionswissenschaften überwunden. Seitdem wird eine Interaktion von Kognition und Emotion gesehen, und deren Interaktion fokussiert.[18] Ein anderer Grund für die nur spärlich vorliegenden Analysen zur Symbiose von Emotion und Antisemitismus ist methodischer Natur: Vielen Antisemitismusforscher/-innen mangelt es schlicht am notwendigen Experten-Wissen über Emotionen, um sich überhaupt kompetent und fachkundig mit dem Problem zu beschäftigen und fundierte Aussagen treffen zu können. Ohne die Fachkenntnis, was genau Emotionen sind, lassen sich diese schwerlich angemessen eruieren und adäquat erklären. Es bedarf bei einer wissenschaftlich seriösen Analyse von Emotionsmanifestationen in antisemitischen Texten zugleich auch der textwissenschaftlichen Expertise, denn ohne wissenschaftliche Detailkenntnisse zu Sprachstrukturen lassen sich die expliziten und impliziten Emotionskodierungen nicht angemessen beschreiben. Wer nicht vertraut mit dem methodischen Rüstzeug für komplexe Korpus-Analysen ist, kommt daher über das bloße Paraphrasieren von Textstellen oder reine Philosophieren ohne Datenbasis nicht hinaus. Die erste kognitionswissenschaftliche Herangehensweise zur Erfassung der emotionalen Basis von Judenfeindschaft innerhalb der modernen Antisemitismusforschung liegt in einem interdisziplinären Ansatz vor.[19] Dort wird gemäß der kognitionslinguistischen Emotionstheorie das Beurteilen und Bewerten als wesentlich für emotive Prozesse in den Fokus gerückt. Emotionen sind definiert als „komplexe Kenntnis- und Bewertungssysteme […], die auf mehreren Ebenen […] aktiv sein können: körperliche Empfindung und Wahrnehmung, seelische Gestimmtheit, ausdrucksbezogene Manifestationsformen und kognitives Bewusstsein".[20] Zwei grundlegende Funktionsebenen lassen sich in diesem Mehr-Ebenen-Modell unterscheiden: Als Kenntnissysteme speichern Emotionskategorien teils universale, angeborene Empfindens- und Verhaltensmuster, teils sozial gesteuerte und individuelle Erlebens- und Erfahrungswerte. Als Bewertungssysteme

[18] S. Solomon, Robert C.: Gefühle und der Sinn des Lebens. 3. Aufl. Frankfurt a. M. 2001 sowie Schwarz-Friesel, Sprache und Emotion.

[19] S. hierzu ausführlicher Schwarz-Friesel/Reinharz, Sprache der Judenfeindschaft, Kap. 9, sowie Schwarz-Friesel, Hassbrief. S. auch Schwarz-Friesel, Monika: Antisemitische Hass-Metaphorik. Die emotionale Dimension aktueller Judenfeindschaft. In: Interventionen – Zeitschrift für Verantwortungspädagogik 6 (2015), S. 38–44.

[20] Schwarz-Friesel, Sprache und Emotion, S. 85ff.

Mit CamScanner gescannt

werden sie (teils bewusst, teils unbewusst) benutzt, um innere und äußere Sachverhalte je nach Situation einzuschätzen und Urteile zu treffen. Gefühle sind erlebte Emotionen, d. h. subjektiv erfahrbare Bewertungen emotionaler Zustände. Die bewusste Repräsentation der Emotion setzt eine Konzeptualisierung und deren Verbalisierung voraus. Damit sind Gefühle kommunizierbare Zustände. Um emotive Strukturen, die sich ansonsten als mentale Phänomene der Beobachtung verschließen, transparent machen zu können, wird der Ansatz der kritischen Kognitionslinguistik benutzt, der Sprache als eine Straße in den Geist sieht: Sprachliche Äußerungen sind Spuren der mentalen Aktivität, sie geben Aufschluss über die zugrundeliegenden Konzeptualisierungen der Sprachproduzenten, über die emotiven Einstellungen und über die kulturell dominanten Frames, also die als verbindlich geltenden Wissensrepräsentationen. Detaillierte Sprachstruktur-Analysen können somit mentale Phänomene wie Emotionen „sichtbar" machen. Die bislang vorgelegten korpusbasierten Untersuchungen dazu belegen, dass Antisemitismus nicht ohne seine starke Gefühlsbasis verstanden werden kann. Judenfeindschaft ist ein „kultureller Gefühlswert", der tief im kollektiven Gedächtnis verankert ist. Jüdisch-Sein bedeutet seit Jahrhunderten „Schlechtsein, Zersetzend-Sein, Nicht-zur-Identität-gehörend".[21] Die dualistische Aufteilung der Welt ist dabei nie nur ein Kennzeichen von überzeugten Antisemiten gewesen, wie z. B. ein Blick auf Literatur-Klassiker des 19. Jahrhunderts zeigt: Die literarischen Werke auch von liberal gesinnten, sich gegen Diskriminierung von Juden aussprechenden Autoren kodieren ohne kritische Reflexion anti-jüdische Konzeptualisierungen mit einem besonders intensiven Emotionspotenzial und machen transparent, dass Judenfeindschaft als ästhetischer Gefühlswert bedenkenlos – und in seiner Normalität als gängiges Stilmittel zur polarisierenden Darstellung von Romanfiguren – in die fiktiven Narrative einfließt. Das Konzept des Bösen findet künstlerisch als Topos in der Figur des jüdischen Antagonisten seinen belletristischen Ausdruck. Dass solche antisemitischen Klischees nach wie vor bewusst oder unbewusst in die Rhetorik einfließen, zeigte u. a. der Petrenko-Fall. In einem Text von NDR Kultur wurde 2015 als Stilmittel der Kontrastierung die Gegenüberstellung des germanischen Recken Wotan und der Figur des jüdischen Gnoms benutzt. Bis 1945, und dies muss man sich immer wieder vor Augen führen, war Judenfeindschaft auf allen Ebenen

[21] S. auch David Nirenberg, der erörtert, inwiefern das Attribut „jüdisch" auch bezogen auf nicht-jüdische Aktivitäten oder Schriften im wissenschaftlich-akademischen Diskurs des 19. und frühen 20. Jahrhunderts als pejorative Bewertung benutzt wurde. Nirenberg, David: Anti-Judaism. The Western Tradition. New York 2013.

des Lebens ein normaler Kulturwert. Es war normal und üblich, schlecht über Juden zu denken und zu sprechen. Judeophobes Gedankengut ist in wesentlichen Schriften und Kunstwerken der abendländischen Kultur kodiert, im kollektiven Bewusstsein durch geistige Stereotype und im kommunikativen Gedächtnis durch feste Sprachgebrauchsmuster repräsentiert. Das judeophobe Ressentiment ist letztlich eine epistemische Kategorie, die Juden als das absolut Böse fasst, auf deren Grundlage die Welt seit der Abspaltung von Juden- und Christentum[22] in Richtig und Falsch, Gut und Böse unterteilt wird, eine Differenzkonstruktion, in der die Grenzen zwischen moralischen und ontologischen Kategorien verschwimmen, da die jüdische Existenz per se als Verwerfnis und Frevel in der Welt gesehen wird. Ganz gleich, was Juden je taten oder tun, sie werden als „Juden" gehasst. Im Transfer: Israel steht im Hass-Fokus von Antisemiten, weil es der jüdische Staat in der Welt ist, unabhängig von den Handlungen seiner Menschen. Auch wenn es zu einem Frieden mit den Palästinensern kommen sollte, würde dies am anti-israelischen Hass nichts ändern; vielmehr würden andere Gründe gefunden, um Israel als Hass-Objekt zu erhalten.

Antisemitismus als Wahn-Sinn: gefühlte Wahrheit und das Hamsterrad der „Affektlogik"

Antisemitismus basiert auf einer Konzeptstruktur, die kognitiv durch Stereotype und emotional durch negative Gefühle konstituiert wird. Diese Konzeptualisierung ist als kulturhistorisches Phänomen zu sehen.[23] Sie hat den Status eines Deutungs- und Bewertungssystems, das nicht durch Übergeneralisierungen (wie dies bei Vorurteilen der Fall ist) entstanden sind, sondern durch Konstruktions- und Projektionsprozesse bar jeder Realität. So wie es nie auch nur einen einzigen historisch belegten Fall von Blutkult (die angebliche Ritualpraxis von Juden, Mazzen im Blut von nicht-jüdischen Kindern zu

[22] S. hierzu auch Simon: „The nature of this situation, in which brothers were ranged in enmity against each other in battle over an inheritance, was bound to import a very peculiar color to the relations between the two cults. It explains the sharpness of the conflict, the violence of the hatred." Simon, Marcel: Verus Israel. A Study of the Relations between Christians and Jews in the Roman Empire (AD 135–425). London 1996, Introduction, p. XIII.

[23] Daher ist auch jeder Versuch, ein gemeinsames Erklärungsparadigma für Antisemitismus und Vorurteile zu etablieren, von vornherein zum Scheitern verurteilt. S. zu dieser Diskussion den Band von Botsch, Gideon [u. a.] (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich. Berlin/Boston 2012 (Europäisch-jüdische Studien. Kontroversen 1).

Mit CamScanner gescannt

backen) gegeben hat, so erweisen sich auch alle anderen judeophoben Konzepte als reine Projektionen von Antisemiten auf Juden. Das antisemitische Konzept „Jude" ist ein Abstraktum, das nur im Kopf existiert. Oft haben überzeugte Antisemiten keinerlei Kontakt zu lebenden Jüdinnen und Juden, können also lediglich auf ihre subjektive Kopf-Realität zurückgreifen: „Ich kenne persönlich keinen einzigen Menschen aus Israel oder jüdischen Glaubens, aber ich hasse Sie, weil Sie so grausam mit den armen Palästinensern umgehen." So in einer E-Mail an den Zentralrat.[24]. Trotz der oft fehlenden oder mangelhaften empirischen Basis halten Antisemiten unerschütterlich an ihrer Wahnvorstellung fest und artikulieren entsprechend ihre Fantasien. Epistemische, intrasubjektive, Repräsentationen sind im mentalen Modell von Antisemiten deontisch, extrasubjektiv. Geglaubtes erhält den Wert „Faktisch". Entsprechend betonen Antisemiten in ihren Texten stets, dass „dies die Wahrheit ist", dass „es sicher und ohne jeden Zweifel so ist […]". Sie lassen auch in Diskussionen nie den „benefit of doubt", der für Wahrheitsfindungsprozesse so wichtig ist, zu. Was gegen ihr Weltbild spricht, wird abgelehnt und kategorisch als „falsch", als „jüdische oder philosemitische Propaganda" disqualifiziert. Sekundäre Informationen werden ungeprüft geglaubt und verbreitet, wie die folgende E-Mail einer gebildeten Schreiberin eindrücklich zeigt:

> Brunnenvergiftung: Ich habe vor ca. 20 Jahren von biol. Substanzen, die bei der Flucht der Palästinenser 1948 von Zionisten ins Wasser geschüttet wurden – es soll eine Akte des Roten Kreuzes darüber geben. Aber ich habe das selber nicht recherchiert. Ich erhielt die Information von einem vertrauenswürdigen Kollegen.[25]

Antisemitismus ist ein „Wahn-Sinn": Im „Sinn"-System von Antisemiten sind Juden die ultimativ Anderen/Schlechten, jenseits der eigenen „Welt-Ordnung". Alle Informationen werden stets diesem Sinn-System, diesem mentalen Modell zugeordnet. Aus Sicht des rational gesteuerten, an Wahrheitskriterien und Faktizität orientierten Betrachtung handelt es sich um einen „Wahn(-Sinn)": Wahnhafte Fantasien halten das „Sinnsystem" aufrecht und zusammen. Die „Affektlogik" des Antisemitismus bewegt sich wie ein Hamster im Hamsterrad: Sich im nicht zu durchbrechenden Kreislauf bewegen, es sei, man verlässt das Rad, wogegen sich jedoch Antisemiten massiv wehren, da sie die Rad-Realität für wahr halten und einer Selbst-

---

[24] Korpussigle: ZJD_Gaza2009_66/816_Her.

[25] Aus der E-Mail Korrespondenz von Mitgliedern innerhalb des VS, des dt. Schriftstellerverbandes, 9. 7. 2016, anlässlich der Diskussion um die Rede von Mahmoud Abbas, in der dieser u. a. das judeophobe Stereotyp der Wasservergiftung artikulierte.

täuschung erliegen. Es ist eine „gefühlte Wahrheit", an die ohne eigene Erfahrung und ohne den Wunsch nach eine solchen geglaubt wird, weshalb das anti-israelische Narrativ, das seit der zweiten Intifada weite Teile der massenmedialen Berichterstattung prägt,[26] aufgegriffen und als absolute Evidenz deklariert wird: „Ich brauche nicht selbst nach Israel zu fliegen. Ich weiß schon alles über dieses miserable Land und seine grausamen Bewohner!"[27] Das subjektive Gefühl des Hasses wird aus dem Hamsterrad auf die Welt projiziert und damit zu einer quasi-universalen Emotion erklärt: „jeder hasst die juden!!!"[28]

Oft werden der eigene Hass sowie die eigene Irrationalität auf Juden und/oder Israelis übertragen, wobei gleichzeitig die eigene moralische Überlegenheit betont wird. „Versuchen Sie nicht wie ein Kleinkind zu denken und zu handeln, sondern wie ein vernünftiger, friedenliebender Mensch", schreibt ein Herr an den Zentralrat der Juden,[29] nachdem er zuvor diesen mit diversen Antisemitismen für mitverantwortlich am „Massaker von Gaza" und sich selbst namentlich als Humanisten erklärt hat. Ein anderer Schreiber benennt seinen emotionalen Ausnahmezustand, führt diesen kausal auf das Verhalten des Zentralrates zurück und projiziert den eigenen Starrsinn auf diesen: „Doch in meiner jetzigen Rage scheint es mir sogar sinnvoll zu sein, dies so zu schreiben, denn ich wünsche mir, daß Sie nicht so verstockt und verbohrt sind und das mein Apell Sie so erreicht!"[30]

Antisemitismus als emotionale oder kognitive Störung nur von Individuen[31] zu erklären, erfasst jedoch nicht das Phänomen in seiner Ganzheit und Komplexität, in seiner kulturhistorischen Verankerung. Ein Blick auf die „Kulturgüter" des Abendlandes offenbart stets eines: Dass das judenfeindliche Ressentiment kein Vorurteil unter vielen war und ist, sondern ein historisch unikales und im kollektiven Bewusstsein verankertes Werte- und Glaubenssystem, und als solches ein Phänomen der Weltdeutung. Judenfeindschaft lässt sich als ein rigides mentales Modell beschreiben, das sich ausschließlich aus Stereotypen zusammensetzt, die keinen Wahrheitswert

---

[26] Beyer, Robert: Mit deutschem Blick. Israelkritische Berichterstattung über den Nahostkonflikt in der bundesrepublikanischen Qualitätspresse. Bremen 2016.
[27] E-Mail an die israelische Botschaft. Sigle: IBB-Gaza2014-98.
[28] E-Mail an den Zentralrat. Sigle: ZJD_Gaza09_ste_001.
[29] Sigle: ZJD_Gaza2009_212/816.
[30] Sigle: ZJD_27.07.2006_Stu_001.
[31] Und diese Individuen können ein harmonisches Familien- und Sozialleben haben, erfolgreich und effizient im Beruf sein, unauffällig bis zu dem Punkt, an dem es um Juden/Judentum und/oder Israel geht. Dann übernimmt das mentale Modell ihr Denken, dann geraten sie in das Hamsterrad des judeophoben Ressentiments.

Mit CamScanner gescannt

haben und Fantasieprodukte sind, d. h. mentale Konstrukte, die allein dem übergeordneten Zweck dienen, die bewertende Konzeptualisierung von den „Juden als dem Übel der Welt" aufrecht zu erhalten. Diese Konzeptualisierung spiegelt sich seit Jahrhunderten in den Sprachstrukturen judenfeindlicher Texte wider und findet heute seinen modernen Ausdruck in den krass entwertenden Bezeichnungen Israels als „Menschenfeind", „Weltenübel" und „größte Gefahr für den Weltfrieden".[32] Das dabei involvierte Gefühl der extremen Abneigung speist sich nicht allein aus der Erfahrungswelt des jeweiligen Individuums, sondern wird allgemein durch den kulturell und kollektiv über Jahrhunderte gefestigten Gefühlswert geprägt, was sich deutlich in der Uniformität der antisemitischen Hassmanifestationen zeigt.

Die emotionale Triebfeder: Hass als dominantes Gefühl

Konstitutiv für Judenfeindschaft ist seit Jahrhunderten die Emotion Hass. In Verbindung mit diesem Gefühl treten Ekel, Verachtung und Wut auf. Judenfeindliche Texte, historischer wie aktueller Form, lassen diese Emotionen in intensiver Ausprägung erkennen, weisen also ein hohes Emotionspotenzial auf. Neid oder Angst spielen entweder gar keine oder nur eine sehr marginale Rolle. In 2.741 Zuschriften an die israelische Botschaft, in der Auswahl von E-Mails 2002 bis 2006, enthalten 1.889 emotionsbezeichnende oder -ausdrückende Lexeme; also knapp 70 % (68,9 %) haben stark emotionale Textbestandteile. In 1.184 von 1.954 von Zuschriften an den Zentralrat sind emotionsbezeichnende oder -ausdrückende Lexeme zu verzeichnen, also 60,1 %, wobei die Tendenz steigend ist: In den Subkorpora von E-Mails ab 2007 lassen sich über 70 Prozent der Texte an den Zentralrat als mit hohem Emotionsindex klassifizieren. Auch die an meta-tageschau.de gesendeten Kommentare zum Gaza-Konflikt 2014, für deren Bereitstellung ich der ARD sehr danke, zeigt die hohe emotionale Involviertheit der Schreiber. Besonders intensiv ist der Emotionsausdruck in den anonymen Texten im Internet. Offen und explizit wird der Hass auf Juden artikuliert und mit entsprechenden Handlungsaufforderungen verbunden: „Drecksjuden, Abschaum" (Twitter 13. 1. 2017), „Juden ins Gas" (Twitter 13. 1. 2017), „Tod für alle Juden" (Twitter 18. 1. 2017).

---

[32] S. Schwarz-Friesel/Reinharz, Sprache der Judenfeindschaft, und Schwarz-Friesel, Antisemitische Hass-Metaphorik, u. dies., Rechts, links oder Mitte?.

Hass – als heftige Abneigung gegenüber einer Person oder Gruppe – ist unter den Negativ-Wert-Emotionen das intensivste Gefühl, das besonders aggressive Feindseligkeit aktiviert und an den Wunsch gekoppelt ist, das gehasste Objekt aus dem eigenen Leben zu entfernen. Die ultima ratio des Juden-Hasses geht einen Schritt weiter: Die jüdische Existenzform soll aus der Welt verschwinden. Das hassende Individuum wird dabei selbst massiv in seinem Denken und Tun beeinträchtigt, da Hass ein destruktives Gefühl ist, das nicht nur zerstörerisch auf das Hass-Objekt ausgerichtet ist, sondern aufgrund seiner besonders negativen Wertigkeit und seines exzessiven Wirkungspotenzials auch die hassende Person in ihrem Verhältnis zu sich selbst und zur Welt negativ tangiert.[33] Dies zeigt sich bei antisemitischen Hassbekundungen auf vielerlei Art: durch De-Realisierung, also Realitätsverlust, und Selbsttäuschung („Ich bin kein Antisemit"), Kohärenzbrüche, Fallazien, Widersprüche – alles Phänomene, die zeigen, wie der Hass zu irrationalen, Verstand und Vernunft entgegengesetzten Repräsentationen und Handlungen führt, wie er die Kognition destabilisiert oder ganz außer Kraft setzt.[34]

Hass hat, wie jede Emotion, eine kognitive, bewusst erfahrbare Komponente, die somit prinzipiell im Sprachproduktionsprozess kontrollierbar als Gefühl sprachlich kodiert und kommuniziert werden kann. Dies erweist sich als höchst bedeutsam und aufschlussreich, da wir sehen können, dass das von Hass geprägte antisemitische Weltbild auch bei gebildeten und im Alltag von rationalen Prinzipien geleiteten Personen, die sprachlichen Äußerungen determiniert. Hierzu ist es wichtig zu verstehen, dass Hass in zwei Ausprägungen zum Vorschein kommen kann.

---

[33] Hass kann reaktiv entstehen und ist dann die Folge bestimmter Erlebenssituationen. Angst, Unterdrückung und Ohnmacht können zu Hass führen: „Der Gehasste wird zu einem hässlichen Bild verarbeitet. Das Feindbild besteht dabei im größten Teil aus dem Selbstbild. Was einen selbst belastet, schreibt man dem Feind zu. Die mächtigsten Feindbilder entstehen in der kindlichen Sozialisation". S. Haubl, Rolf u. Volker Caysa: Hass und Gewaltbereitschaft. Göttingen 2007, S. 42ff. Das Phänomen des Antisemitismus jedoch zeigt, dass Hass auch ohne Erfahrung mit dem Hassobjekt entstehen kann. Judenhass ist in vielen Fällen ausschließlich diskursvermittelt, ergibt sich also erfahrungsunabhängig über die gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen und ohne reale Kontakte mit Juden.

[34] S. hierzu Schwarz-Friesel/Reinharz, Sprache der Judenfeindschaft sowie Schwarz-Friesel, Antisemitische Hass-Metaphorik u. dies.: Antisemitismus-Leugnung: diskursive Strategien der Abwehr und die emotionale Dimension von aktueller Judenfeindschaft. In: Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015.

Mit CamScanner gescannt

Hass in affektiver und rationaler Ausprägung: dystone und systone Gefühle

Prinzipiell kann jede Emotion als „hot emotion" oder „cold emotion" d. h. in verschiedenen Gefühlszuständen erlebt und kodiert werden.[35] Die populärwissenschaftlichen, und an Sinnesempfindungen orientierten, Termini „hot" und „cold" haben sich jedoch nicht wirklich etabliert. Im Folgenden werde ich daher von rationalem und affektivem Hass sprechen, um die Unterschiede der beiden Manifestationen zu benennen. Die Emotion Hass in ihrer affektiven Ausprägung wird sprachlich als intensiver Gefühlsausbruch wahrgenommen wie in „Widerliches Dreckspack, ihr Scheiß-Juden, krepiert doch alle, ihr Schweine, ich hasse euch alle!".[36] Hass als Affekt erscheint als unkontrollierbarer Ausbruch ohne begleitende kognitive Denk- und Reflexionsprozesse. Das Gefühl artikuliert sich eruptiv und reflexartig mittels pejorativer Emotionslexik, die obsessiv wiederholt wird:

> Israel ist der letzte scheiß Staat und was ihr weltweit macht ist scheiße die nach Amerikanischen Waffen stinkt. Ihr seit der letzte Kapitalistische scheißhaufen den ich kenne da allein euer beschissener staat auf einer Lüge und besetzung basiert. IHR seit scheiße.Ich wünsche mir in meinen träumen das euer verdreckter mist Staat in flammen aufgeht wie all eure hässlichen synagogen 1939–1945 in deutschland. Was und warum ihr mit Palestina oder aktuell im Libanon krieg führt ist unrecht und ihr verhaltet euch nicht anders als irgentein von demagogen regierter Staat. […] ihr beschissene dreckspack […] Ihr, euer staat, ihr seit mörder, kriegstreiber, ihr seit die antisemiten, die faschisten und Nazis. Oh bitte Gott, richte auch über den Mörder Staat ISRAEL.[37]

Affektiver Judenhass ist vulgär-obszön und zeigt das entgrenzte Ausleben von Aggression; er weist eine hohe Virulenz auf, die sich in Verwünschungen und Vernichtungsandrohungen zeigt. Im öffentlichen, nicht anonymen Kommunikationsraum sehen wir dieses Muster der obsessiven Fokussierung auf Israel projiziert, wobei die gleiche Besessenheit zum Ausdruck kommt: Wiederholungen von irrationalen Stereotypen wie „Landraub", „dass Juden zu viel Einfluss hätten", und de-realisierende Verschwörungsfantasien wie „Gehirnwäsche der Israel-Lobby", „judaistischer Staatsterror",

---

[35] S. hierzu auch Haubl/Caysa, Hass und Gewaltbereitschaft, S. 82, und Schaefer, Alexandre [u. a.]: Neural correlates of "hot" and "cold" emotional processing: a multilevel approach to the functional anatomy of emotion. In: Neuroimage Vol. 18, No. 4 (2003), S. 938–949.

[36] E-Mail an die israelische Botschaft, Sigle: IBB-2014, 177/2.

[37] E-Mail an die israelische Botschaft, Sigle: IBD_12.07.2006_ano_002.

„ethnische Säuberung", reihen sich hintereinander.[38] Alle Texte sind nahezu identisch; kennt man einen, kennt man alle, was an der konzeptuellen Geschlossenheit und Rigidität der Verfasser liegt, die sich wie im Hamsterrad drehen. Sie weisen perzeptuell und emotional eine erhebliche Deprivation auf. Auf der gleichen Aggressivität basierend, aber kommunikativ kontrolliert(er) und kognitiv zumindest die Form wahrend, tritt Hass in seiner rationalen Manifestationsform primär im Darstellungsmodus auf, d. h. pseudorational mit „Daten" gerechtfertigt. Gebildete Antisemiten greifen auf diese Kodierung zurück und versuchen, persuasiv zu argumentieren wie in der folgenden E-Mail an den Zentralrat: „Sehr geehrter Herr Spiegel, ich lege Ihnen eine Übersicht über geschichtliche Fakten bei und ich bitte Sie, diese Fakten genau zu beachten."[39], in der der Verfasser auf Evidenzvermittlung setzt. Vielfach werden moralische und ethische Einstellungen beschworen der Art, dass es „nicht hinnehmbar ist, im Angesicht von Ungerechtigkeiten zu schweigen". Viele solcher Schreiben weisen auf der Oberfläche Argumentationsformen des rationalen Diskurses[40] auf, rutschen dann aber in Widersprüche und subjektive Bewertungen ab. Beide Varianten sind emotional gesteuert. Die Erlebensformen und Ausdrucksmanifestationen jedoch unterscheiden sich insofern, als affektiver Hass als solcher auch sofort erkennbar ist, während rationaler Hass wie das Resultat verstandesgesteuerter Denkprozesse artikuliert wird. Dies betrifft aber nur die Form: Der Inhalt ist genauso irrational geprägt und beinhaltet typisch anti-jüdische Stereotype: „Sie sind KINDERMÖRDER […]."[41] Die Sprecher sind offensichtlich nicht in der Lage, negative Gefühle oder eigene Deprivation zu verarbeiten. Das kognitive Kontrollsystem ist hier nicht wirksam, da der emotionale Druck stärker ist als Gefühlsmanagement und/oder soziale Erwünschtheit: „israel ist der teufel. sorry aber so ist es. ich kenn mich mit geschichte und dem nahen osten aus und dieses thema zerreist mich so dermassen dass sich einfach nur hass gegen diese menschen entwickelt […]."[42] Gemeinsam haben beide Hass-Varianten, dass eine klare Schuldzuweisung getroffen wird: Antisemitismus ist im Glaubenssystem eine zwangsläufige Reaktion auf das Verhalten von Juden. Juden sind selbst an ihrer Verfolgung schuld bzw. verantwortlich, dass man sie hasst: „Ihr selbst schafft die Grundlage für Antisemitismus in der Welt

[38] Siehe z. B. http://sicht-vom-hochblauen.de/wehren-wir-uns-gegen-die-gezielten-hetzkampagnen-der-israel-lobby/.
[39] Sigle: ZJD_08.04.2002_Lud_001.
[40] Toulmin, Stephen: The Uses of Argument. Cambridge 1958.
[41] ZJD_Gaza2009_320/816; C.A. per E-Mail.
[42] ZJD_Gaza09_ste_001.

Mit CamScanner gescannt

[...]!!!"[43] Affektiver Hass wird dabei als ich-synton, d. h. normal, ich-zugehörig und selbstverständlich, rationaler Hass dagegen als ich-dyston erfahren.[44] So drücken rechte und rechtsextreme Antisemiten Judenhass als zu ihrem Weltbild passend aus. Daher benutzen diese Schreiber auch keine Legitimations-, Camouflage- und Leugnungsstrategien. Linke und mittige Antisemiten dagegen deuten die antisemitischen Inhalte ihrer Verbal-Antisemitismen gesellschaftlich genehm um und verwenden viele Rechtfertigungsstrategien. Ihre Gefühlsprojektionen weisen auf einen großen Legitimierungszwang hin. Aufgrund ihrer Kenntnis über den Holocaust wissen sie kognitiv bzw. müssten sie wissen, dass sie Antisemitismen artikulieren, lassen dieses Bewusstsein jedoch nicht zu. Es würde zu sehr ihr Selbstkonzept eines aufgeklärten, integren Menschen stören. Der eigene Hass ist ich-dyston, er wird entweder als befremdlich empfunden: „Eine dermaßen intensive Abneigung sollte ich wohl nicht empfinden [...]" oder gänzlich geleugnet: „Dies ist kein Hass-Brief [...]." Die Phrase „Ich hasse" findet sich daher nahezu ausschließlich bei Neonazis und Rechtsextremen, während linke und mittige Antisemiten durch de-personalisierte Kodierungsformen wie „Der Hass der Welt" oder „Sie erzeugen Hass!" in Distanz zu ihrem eigenen Hass-Gefühl gehen und dieses als kollektives, normales Empfinden der gesamten Gesellschaft gegenüber Juden darstellen.

Realitätsverlust und Faktenresistenz: Eyes wide shut

Im judeophoben Denken, das sich auf ein Weltmodell stützt, welches immer nur seine eigene Wahrheit besitzt und sie auch dann und gerade dann besonders vehement verteidigt und reproduziert, wenn die äußere Welt mit ihren Tatsachen den Wahn dieses Wahn-Sinns aufdeckt, zeigt sich eine ausgeprägte Faktenresistenz. Dies zeigt sich z. B. in den Umdeutungen von Antisemiten bei Sachverhalten, die ihr starres Israelbild gefährden und tangieren könnten: Der Verweis, dass Tel Aviv eine besonders bunte und tolerante Homosexuellenszene hat, wird als „Pink Washing" de-realisiert; die Tatsache, dass in israelischen Krankenhäusern u. a. syrische Flüchtlinge kostenlos behandelt werden, als „bloße zionistische Propaganda" klassifiziert. Typisch ist aber auch eine totale Verdrängung: Tatsachen, die das Konzeptualisierungsmuster restrukturieren könnten, werden gar nicht erwähnt, ihre Existenz also aus

[43] ZJD_Gaza2009_70/816; P.P. per E-Mail.
[44] S. Schwarz-Friesel, Antisemitische Hass-Metaphorik.

dem Bewusstsein ferngehalten. Texte von Antisemiten häufen daher stets nur Negativklischees an. Sie sind nicht in der Lage, gewogen und vernünftig zu diskutieren, Gegenfakten oder -argumente auch nur anzuhören. Jeder, der einmal in Diskussionen zum Thema Antisemitismus oder Israel mit solchen Personen Kontakt hatte, weiß, wie unerbittlich ihr Starrsinn ist: Ihr Weltmodell lässt keine Widersprüche, keine Brüche, keine Unstimmigkeiten zu, alles wird dem Modell adaptiert – dies führt aber gerade zu eben solchen Phänomenen in ihren Texten. Ein massiver Realitätsverlust aufgrund von Verdrängung und Informationsselektion bzw. -konstruktion ist die Folge und zugleich immer auch die Ursache für den Erhalt des hermetisch geschlossenen Weltdeutungssystems. Die Benennung Israels als „Hauptverantwortlichen für die Gefährdung des Weltfriedens", als „schlimmste Gefahr, „als übelstes Regime" usw. blendet alle wesentlich brisanteren Gefahrenquellen der Weltlage aus, lässt wirklich üble und verbrecherische Regime außen vor. Hier überwiegt die einseitig perspektivierte Evaluation des Nahost-Konflikts: Gewaltverbrechen der Hamas (die zudem völlig irrsinnig als „progressive soziale Bewegung" eingestuft wird) und terroristische Selbstmordattentate finden daher entweder gar keine Erwähnung oder werden als Notwehr oder Ähnliches umgedeutet. Israels Militäraktionen gegen die Attentäter oder Reaktionen auf Raketenbeschuss werden als mutwillig böse, moralisch verwerflich, unangemessen und willkürlich dargestellt. Die selektive Informationsverarbeitung und das Augenverschließen zeigen sich u. a. auch beim Umgang mit Fakten und empirischen Forschungsergebnissen, die ungeprüft und ohne Gegenevidenz als „Antisemitismuskeule" oder „Hysterie", „übertriebene Panikmache" oder „bezahlt von der Israel-Lobby" disqualifiziert werden.[45] Hier offenbaren sich die Rigidität und auch die kognitive Hilflosigkeit von Antisemiten, die mit den Tatsachen der realen Welt nicht fertig werden. Da Antisemiten nur auf Glaubensinhalte und gefühlte Wahrheiten rekurrieren, nicht aber auf Fakten, müssen sie diese Fakten der realen Welt und ihre Produzenten delegitimieren, etwas anderes steht ihnen nicht zur Verfügung.

Gefühlskälte und kanalisiertes Selbstmitleid

Der Hass lässt keine Zwischenstufen zu, sondern deutet zwanghaft alles am Gehassten ins Negative um. Gefühlsmäßig lässt er daher auch keine Empathie zu, was sich in großer Gefühlskälte gegenüber jüdischen oder israeli-

[45] Schwarz-Friesel, Antisemitismus-Leugnung, S. 293–312.

Mit CamScanner gescannt

schen Opfern von Gewalt widerspiegelt und irrationale Verwünschungen beinhaltet: „Ich wünsche dem ZR der Juden, dem auserwählten Tätervolk von USrael, den jüdischen Terroristen, Kriegsverbrechern und deren Unterstützern für das neue Jahr alle Seuchen, Sprengstoffanschläge und Schlechtigkeiten dieser Welt an den Hals. Möget Ihr leiden [...]!“[46] Diese Empathieverweigerung geht einher mit einer übersteigerten Mitleidsbekundung mit den angeblichen Opfern „jüdischen Terrors“. Die Schreiber bekunden „Erschütterung bis ins Mark“ und ein „zerrissenes Herz mit tiefstem Mitleid“. Bei diesem exzessiven Gefühlsaudruck verschmelzen vergangenheitsbezogene Schamabwehr (durch Täter-Opfer-Umkehr) und gegenwartsbezogenes Selbstmitleid. Das bekundete „Mitleid“ erfüllt den Zweck, mittels Empathieprojektion das eigentlich im Fokus stehende Selbstmitleid zu legitimieren und auf eine Ebene zu transferieren, die den inneren Konflikt umgeht, sich als mitleidlose, egoistische und antisemitische Persönlichkeit zu erkennen (zu geben). Mitleid gilt als ein sozial akzeptiertes und gutes Gefühl, also wird das egoistische Selbstmitleid kanalisiert: Die grenzenlos überzogene Identifikation mit den „Opfern der Israelis“ dient am Ende stets nur der Empathie mit sich selbst.

Wider die Vernunft: die Widersprüche des Antisemitismus

Da Antisemitismus unter dem Einfluss des emotionalen Bewertungssystems steht, führt dies zu rational nicht erklärbaren Verhaltensweisen, die besonders augenfällig bei gebildeten, normalerweise durch Vernunftprinzipien geleiteten Personen werden. Dies insbesondere, da beim Antisemitismus die destruktiven Emotionen dominieren, die kognitive Operationen behindern, zerstören und derangieren, die Vernunft und Verstand außer Kraft setzen sowie den Gesetzen der Logik zuwiderlaufen. Neben ungültigen Argumentationsketten (Fallazien) und falschen Fakten innerhalb der Begründungszusammenhänge kommt es in den Zuschriften zu absurden inhaltlichen oder logischen Widersprüchen, da rationale Denkprozesse ausgehebelt werden. So kommt es immer wieder vor, dass verschiedene Aussagen in ein und derselben Zuschrift miteinander unvereinbar sind, dies dem Produzenten jedoch nicht auffällt. Diese Dissoziation, die sich als Widerspruch der Art „X und zugleich Nicht-X“ zeigt, macht die konzeptuelle Geschlossenheit innerhalb des Sinn-Systems transparent wie in: „Für mich gibt es nur Menschen.

[46] E-Mail an den Zentralrat. Sigle: ZJD_Gaza09_Boh_001.

Rassenunterschiede kenn ich nicht. [...] Ich möchte keinen Juden in der Familie haben. Diese Schande überlebe ich nicht."[47] Die Schreiberin möchte sich im ersten Teil der Äußerung selbst als nicht-rassistische, vorurteilsfreie Person legitimieren, und dabei eine kognitive Dissonanz vermeiden: Sie will nicht als Antisemitin bewertet werden. Der weitere Text jedoch steht in scharfem Kontrast zu eben dieser vom Wunschbild getriebenen Aussage und offenbart die Selbsttäuschung.

Fixiertheit und Rigidität

Der unikale Fokus, der typisch für die selektive und verzerrte Weltsicht von Antisemiten ist, zeigt sich beim anti-israelischen Judenhass in prototypischer Weise. Alle anderen Konflikte in der Welt werden ignoriert oder marginalisiert, eine starre Fixierung auf Israel beibehalten. Kennt man einen antisemitischen Text, der gegen Israel gerichtet ist, so die etwas pauschal klingende, aber durchaus zutreffende Aussage, so kennt man alle. Denn sie lesen sich mehrheitlich wie mit „copy and paste" verfasst, wieder und wieder werden stets die einschlägig bekannten Stereotype aneinandergereiht, die starren, mono-kausalen Schuldzuweisungen repetiert.[48] Die Rigidität der mentalen Hamsterrad-Einstellung, die Unfähigkeit zum Gefühlsmanagement, spiegelt sich nicht nur in der inhaltlichen Exzessivität, sondern auch in der Uniformität und Unoriginalität der Texte wider.

Aus diesem Grund ist auch eine Abgrenzung der Sprachhandlungen „Kritik" und „Verbal-Antisemitismus" keineswegs schwierig, wie oft behauptet: Die antisemitischen Produzenten verraten sich durch die Art und Weise, wie sie ihre Gedanken und Gefühle artikulieren, und ganz gleich, wie oft sie dabei beteuern, ihre Äußerungen seien nicht antisemitisch, ihr Sprachgebrauch verrät sie und deckt auf, wie sie denken und fühlen. Zu einer legitimen Kritik sind sie nicht in der Lage, da dies rationale Intersubjektivität und argumentative Ausgewogenheit verlangen würde, also auch die mentale Fähigkeit, Optionen und Alternativen abzuwägen, andere Perspektiven als die eigene zumindest hypothetisch in Betracht zu ziehen. Antisemiten, ganz gleich welcher politischen Richtung, greifen immer wieder auf die gleichen Versatzstücke des judeophoben Sprachgebrauchs zurück: Das macht es einfach, zu sagen, ob und inwiefern ihre Äußerungen verbal-antisemitisch sind.

---

[47] E-Mail an Zentralrat. Sigle: ZJD_Gaza2009_349/816_Ado; per E-Mail.
[48] Schwarz-Friesel/Reinharz, Sprache der Judenfeindschaft, S. 171ff. u. S. 397.

Mit CamScanner gescannt

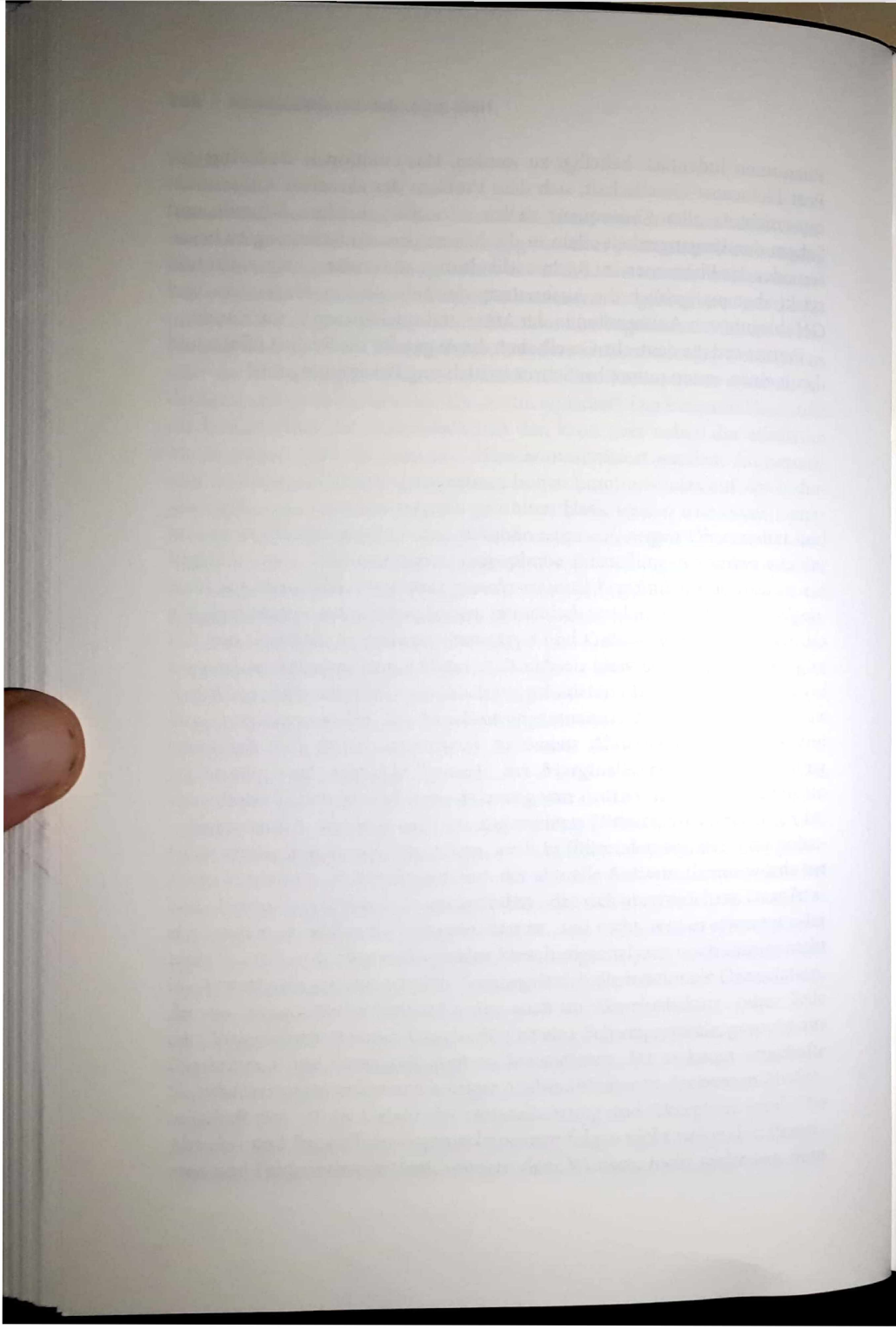
Fazit

Antisemitismus ist keine Menschenfeindlichkeit, sondern ausschließlich Judenfeindschaft. Antisemiten, unabhängig von ihrer politischen Überzeugung oder ideologischen Einstellung, haben das Ziel, Juden aus der Welt zu entfernen oder ihnen ihre jüdische Identität zu nehmen. Es geht immer um die jüdische Existenz, ganz gleich, wie Antisemiten dies begründen. Manche erklären sich im Namen der Menschlichkeit, andere im Interesse des Weltfriedens oder der Gerechtigkeit. Manche artikulieren ihre Judeophobie offen als Judenhass, andere deklarieren sie als „Kritik an Israel". Die Emotion Hass stellt die Basisemotion für Judenfeindschaft dar, kann aber neben der affektiven Manifestation auch als rationaler Hass kommuniziert werden. Antisemitische Äußerungen weisen einen extrem hohen Emotionsindex auf: Sie kodieren explizit oder implizit intensiv gefühlten Hass, weisen irrationale Denkmuster mit Widersprüchen und Inkohärenzen auf, zeigen Obsessivität und Rigidität sowie Faktenresistenz. Judeophobe Einstellungen werden aus der Sicht der Hassenden zwar stets pseudo-rational begründet, und dies ist ein gängiges Muster seit Jahrhunderten, tatsächlich wird ihre Weltsicht maßgeblich von Gefühlen beeinflusst. Stereotype und Gefühlsrepräsentationen des klassischen Antisemitismus finden sich nahezu identisch und trotz belegter Kenntnisse über den Holocaust auch bei gebildeten Menschen, indem sie auf Israel projiziert werden. Die Israelisierungssemantik des aktuellen Diskurses entwickelt sich dabei zunehmend zu einem Alltagsphänomen, während gleichzeitig eine steigende Tendenz der Marginalisierung und Leugnung eben dieser Zunahme und Intensivierung von Antisemitismen nicht nur im antisemitischen, sondern auch im allgemeinen Diskurs, zu verzeichnen ist. Noch immer halten viele Menschen, auch in führenden sozialen und politischen Positionen, an der Illusion fest, der aktuelle Antisemitismus würde bei einer Befriedung in Nahost verschwinden oder sich abschwächen. Dass Israel gehasst wird, weil es der jüdische Staat ist, und nicht, weil es etwas tut oder nicht tut, will trotz aller vorliegenden Forschungsanalysen noch immer nicht ins Bewusstsein gelassen werden. So spiegelt sich die irrationale Dissoziation, die das antisemitische Weltbild prägt, auch im Abwehrdiskurs weiter Teile der Zivilgesellschaft wider. Gleichzeitig ist eine Schweigespirale, gespeist aus Desinteresse und Gleichgültigkeit zu konstatieren. Da es kaum ernsthafte Skandalisierungen linker und mittiger Antisemitismen in der breiten Zivilgesellschaft gibt, ist die Gefahr der Normalisierung und Akzeptanz groß. Die Abwehr- und Bagatellisierungsmechanismen folgen nicht rationalen Prinzipien und Faktenorientiertheit, sondern dem Wunsch, nicht mehr von dem

Phänomen Judenhass behelligt zu werden. Das emotionale Bedürfnis der Post-Holocaust-Gesellschaft, sich dem Problem des aktuellen Antisemitismus nicht in aller Konsequenz stellen zu wollen, sondern Schande und Scham der Vergangenheit allein in der historischen Aufarbeitung zu belassen oder das Phänomen im Rechtsradikalismus zu verorten, unterstützt und stärkt aber maßgeblich die Ausbreitung des judeophoben Gedanken- und Gefühlsguts von Antisemiten in der Mitte und spielt diesen in die Hände.

Wann wird die deutsche Gesellschaft die Augen für die Realität öffnen und damit einen ersten rationalen Schritt in Richtung Bekämpfung tun?

Mit CamScanner gescannt



Kai Schubert

Aktueller Antisemitismus in deutschen Qualitätsmedien

Auch wenn in den letzten Jahren die Bedeutung sozialer Online-Medien vor allem für junge Nutzer/-innen rapide gestiegen ist, sind klassische Print-Medien und das Fernsehen nach wie vor bedeutsam für die Meinungsbildung in der deutschen Gesellschaft. Hierzulande gilt eine kritische Medienlandschaft als essentieller Bestandteil einer funktionierenden Demokratie, sie soll gesellschaftliche Probleme identifizieren und zugleich als „Frühwarnsystem" für antidemokratische Entwicklungen bereitstehen. Inwiefern sie diesem Anspruch tatsächlich Rechnung trägt, wird heftig und kontrovers diskutiert.

In den letzten Jahren verhandelten deutsche Medien verstärkt Themen wie Diskriminierung, Rassismus und die Abwertung von Gruppen. Hier wurde deutlich, dass ein großer Teil sowohl der Autorinnen und Autoren als auch der Medien-Rezipientinnen und -Rezipienten die genannten Phänomene nicht als alltägliches Problem in Deutschland erkennt und annimmt, ein persönlicher Kontext wird nur in seltenen Fällen hergestellt.

Wie aber verhalten sich die Dinge, wenn deutsche Medien, und nicht selten auch die Qualitätsmedien, über heutiges Judentum und den Staat Israel berichten?

Der vorliegende Beitrag versucht zu beschreiben, inwiefern Antisemitismus, also die Feindschaft gegen Juden als Juden, zu einem Problem in der Berichterstattung deutscher Medien geworden ist oder werden kann. Oder mit anderen Worten: Besteht die Gefahr, dass in den Veröffentlichungen selbst antisemitische Ansichten nicht nur nicht kritisiert, sondern sogar Jüdinnen und Juden oder der Staat Israel auf antisemitische Weise abgewertet werden? Dieser Artikel fokussiert auf die sogenannten Qualitätsmedien[1]. Der

[1] Vgl. zum Begriff auch die Beiträge in Blum, Roger [u. a.] (Hrsg.): Krise der Leuchttürme öffentlicher Kommunikation. Vergangenheit und Zukunft der Qualitätsmedien. Wiesbaden 2011; Arnold, Klaus: Qualitätsjournalismus. Die Zeitung und ihr Publikum. Konstanz 2009.

Mit CamScanner gescannt

öffentlich-rechtliche Rundfunk (ARD, ZDF sowie die „dritten Programme" und Radiosender) und etablierte überregionale Zeitungen wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, die *Süddeutsche Zeitung*, *taz.die tageszeitung*, *Die Welt* und *Die Zeit*, aber auch die Nachrichtenmagazine *Focus* und *Der Spiegel* werden hier in jedem Falle hinzugezählt. Die genannten Medien verfügen über eine relativ hohe Reichweite in der deutschen Bevölkerung und üben offenbar eine bedeutende Orientierungsfunktion für diverse weitere Medien, inklusive Wochen- und Lokalzeitungen, aus. In Deutschland genießen sie große Wertschätzung, werden – im Gegensatz zu als deutlich politisch links bzw. rechts wahrgenommenen Medien – breit rezipiert und verfügen nach wie vor über ein hohes Maß an zugeschriebener Glaubwürdigkeit sowie grundsätzlich hohe professionelle Standards.

Das beschriebene Erkenntnisinteresse mag zunächst verwundern, da die besagten Medien zweifellos und grundsätzlich einem demokratischen Selbstverständnis und Leitbild folgen. Jüdinnen und Juden als solche abzuwerten oder auch nur mit Klischees und Stereotypen belegen zu wollen, würden die jeweiligen Leitungsetagen und Redaktionen empört von sich weisen. Andererseits nimmt ein nicht unbedeutender Teil der jüdischen Bevölkerung in Deutschland offenbar wahr, dass genau dies schon längst passiert. So wurde im Rahmen einer Umfrage über „Perspektiven von Jüdinnen und Juden in Deutschland auf Antisemitismus" im Jahr 2016 „Antisemitismus in Medien" (Fernsehen, Radio, Print-Medien) von 48 Prozent der Teilnehmer/-innen als ein „eher großes" oder „sehr großes" aktuelles Problem in Deutschland bewertet. Des Weiteren waren 84 Prozent der Befragten der Meinung, die „verzerrte Darstellung von Israel in den Medien" sei ein „eher großes" oder „sehr großes" Problem.[2]

Zum Verständnis des aktuellen Antisemitismus scheint es wichtig, darauf hinzuwesen, dass dieser nicht primär ein individuelles Vorurteil darstellt. Vielmehr muss Antisemitismus als soziales Phänomen begriffen werden. Die Feindschaft gegenüber Juden basiert auf über Jahrhunderte hinweg tradiertem „Wissensvorräten", d. h. einem enormen Arsenal an Stereotypen, Feindbildern und Klischees. Viele davon gelten erst seit wenigen Jahrzehnten als gesellschaftlich nicht hinnehmbar. Als tradiertes Wissen können sie sich aber nach wie vor auf die Sozialisation großer Bevölkerungsteile in Deutschland auswirken, wenn auch mittlerweile in subtilerer Form als beispielsweise während der Kaiser- oder der NS-Zeit. Formen antisemitischer Einstellungen lassen sich in allen Schichten der deutschen Gesellschaft und unter Vertreter/innen unterschied-

[2] Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Berlin 2017, S. 102.

lichster politischer Selbstverständnisse empirisch nachweisen.[3] Ein demokratisches, von Vorurteilen freies Selbstverständnis schützt also keineswegs per se davor, beispielsweise einen antisemitisch konnotierten Wortschatz zu benutzen, wenn auch möglicherweise unbeabsichtigt. Studien über unterschiedliche Qualitätsmedien konnten zeigen, dass antijüdische Stereotype in der Geschichte der Bundesrepublik immer wieder auch dort zu finden sind.[4]

Bis zum Beginn des neuen Millenniums befassten sich öffentliche Debatten über Antisemitismus zumeist mit der Judenfeindschaft während des Nationalsozialismus und der daraus zu ziehenden Konsequenzen wie historische Aufarbeitung, angemessene Erinnerungskultur, sogenannte Wiedergutmachungs-Zahlungen u. a. m. Der oft antisemitische Charakter auch öffentlich getätigter Äußerungen, die beispielsweise Entschädigungsleistungen für Überlebende und für Angehörige von NS-Opfern rigoros ablehnten und die Dimension der NS-Verbrechen relativierten, war in dieser Zeit weniger umstritten als heute.[5] Heute werden Antisemitismus und Rassismus in gebildeten Schichten – und zu diesen gehören Journalistinnen und Journalisten in der Regel – häufig als primär historische Phänomene betrachtet, mit denen man persönlich kaum etwas zu tun hat. Studien v. a. der letzten 15 Jahre über die Verbreitung rechtsextremer Einstellungen[6] bzw. „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" in der deutschen Bevölkerung, die zeigen, dass Vorurteile gegen verschiedene Menschengruppen auf die Zustimmung großer Teile der Bevölkerung stoßen, stellen diesen Mythos jedoch ernsthaft in Frage.[7] Auch wenn mit steigendem Grad der formalen Bildung Vorurteile wie Antisemitismus vermindert auftreten, sind höher gebildete Schichten jedoch nicht grundsätzlich frei von ihnen. In Bezug auf den an dieser Stelle interessierenden Antisemitismus zeigt sich, dass Bildung antisemitische Einstellungen zwar verringern kann, diese jedoch trotzdem bis heute schichtübergreifend anzutreffen sind: So äußern bspw. Befragte mit hoher Schulbildung zu 15 Prozent Zustimmung zu israelbezogen antisemitischen Aussagen.[8] Ob

---

[3] Ebd., S. 71–74.

[4] Vgl. Halbinger, Monika: „Leben statt mahnen". Deutsche Rezeptionsbedürfnisse in der Berichterstattung über das Judentum. In: Botsch, Gideon u. Olaf Glöckner, Christoph Kopke, Michael Spieker (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – Ein umstrittener Vergleich. Berlin/Boston 2012, S. 119–142.

[5] Bundesministerium des Innern, Antisemitismus in Deutschland, S. 238.

[6] Dies beinhaltet in den „Mitte"-Studien der Universität Leipzig sowie jenen der Friedrich-Ebert-Stiftung u. a. rassistische und antisemitische Einstellungen.

[7] Zuletzt: Zick, Andreas und Beate Küpper, Wilhelm Berghan (Hrsg.): Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn 2019.

[8] Bundesministerium des Innern, Antisemitismus in Deutschland, S. 70.

Mit CamScanner gescannt

zwischen höherer Bildung und geringerer Zustimmung zu Vorurteilen jedoch nicht nur ein statistischer, sondern ein kausaler Zusammenhang besteht, ist kaum erforscht.[9] In einigen gebildeten Milieus scheinen sich die Gelegenheitsstrukturen für antisemitische Äußerungen sogar auszuweiten.[10] Darauf deuten etwa die qualitativen Untersuchungen von Zuschriften an den Zentralrat der Juden in Deutschland und die Israelische Botschaft hin, die oft mit vollem Namen unterzeichnet werden.[11]

Bei der Betrachtung von Äußerungen mit antisemitischen Konnotationen – auch und gerade in Medienbeiträgen – müssen jedoch die Motive des/der Sprecher/-in, die in der betreffenden Äußerung u. U. anzutreffenden, objektiven Abwertungen von Jüdinnen und Juden (z. B. durch Nutzung von Stereotypen) und die Rezeption durch weitere Personen sorgfältig und differenziert betrachtet werden. Auf jeder dieser drei Ebenen kann Antisemitismus auftreten: Das heißt eine judenfeindliche Äußerung kann 1.) in voller Absicht erfolgen (wovon an dieser Stelle in der Regel nicht auszugehen ist), 2.) antisemitische Stereotype und Abwertungen von Juden aufweisen und 3.) von anderen Personen als Abwertung von Jüdinnen und Juden empfunden werden. Insbesondere in Bezug auf Punkt 3 bleibt festzuhalten, dass Äußerungen über Jüdinnen und Juden und Israel, auch ohne manifeste negative Stereotype oder andere Abwertungen zu beinhalten, für eine entsprechende Lesart anschlussfähig sein können. Die drei genannten Ebenen können durchaus auseinanderklaffen.

Das Sprechen über Juden nach der Shoah

Nachdem die Alliierten 1945 die nationalsozialistische Herrschaft gebrochen und damit auch den Genozid an den europäischen Jüdinnen und Juden beendet hatten, wurden offen antisemitische Äußerungen in der Bundesrepublik zu einem Tabu.[12] Zumindest unter den gesellschaftlichen Eliten bildete sich

---

[9] Vgl. aber Zick, Andreas: Dumpfer Hass oder gebildeter Antisemitismus? Bildungseffekte auf klassische und moderne Facetten des Antisemitismus. In: Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015, S. 35–52.

[10] Vgl. hierzu auch den Beitrag von Sergey Lagodinsky in diesem Band.

[11] Vgl. Schwarz-Friesel, Monika u. Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin/Boston 2012; Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015.

[12] Bergmann, Werner u. Rainer Erb: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. Theoretische Überlegungen zum Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2 (1986), S. 223–246.

ein anti-antisemitischer Grundkonsens heraus,[13] der freilich nie gänzlich unumstritten war. Traditionelle Herabsetzungen von Juden wie die Zuschreibung einer besonderen Affinität zu Geld, Skrupellosigkeit, Streit- und Rachsucht sowie einer besonderen Physiognomie bilden seither nur noch einen geringen Teil der offen geäußerten antisemitischen Reden und Statements. Träger/-innen antisemitischer Einstellungen bietet sich gleichwohl die Möglichkeit, diese durch sogenannte Umwegkommunikation zu äußern.[14] Hierbei wird keine direkte negative Äußerung über Jüdinnen und Juden mehr formuliert, sondern sich z. B. auf Andeutungen beschränkt.[15] Insbesondere im Zuge von Debatten über den Umgang mit der deutschen NS-Vergangenheit in den 1990er-Jahren wurde deutlich: „Während offener Antisemitismus weiterhin überwiegend in der demokratischen politischen Kultur, wenn auch in teils zähen und verzögerten Reaktionsbildungen, als inopportun bewertet und skandalisiert wird, so verändert sich das Bild bei antijüdischen Codes, Chiffren und Judenbildern."[16] Zu diesen modernisierten Formen des Antisemitismus gehören insbesondere Formen der Schuldabwehr in Bezug auf die Shoah (sogenannter sekundärer Antisemitismus), die in der Regel auf ein Bedürfnis nach Entlastung von Schuldgefühlen für die NS-Verbrechen zurückgehen. Diese Entlastung kann auf unterschiedlichem Wege erfolgen, etwa durch Leugnung oder Relativierung der Shoah (letzteres beispielsweise, indem Jüdinnen und Juden eine Mitschuld an ihrer Verfolgung unterstellt wird); durch „Aufrechnung" der Opfer (wenn etwa das Leiden der nichtjüdischen Deutschen in den Vordergrund gerückt wird); Thematisierungsverweigerung durch die Forderung nach einem „Schlussstrich unter die Vergangenheit" oder das Leugnen der Existenz von Antisemitismus; schließlich die Diffamierung von Erinnerung und Gedenken an die Opfer, indem ihnen oder Akteurinnen und Akteure, die sich für das Gedenken einsetzen, als unberechtigt dargestellte politische und finanzielle Motive unterstellt werden.

Eine weitere, inzwischen sehr populäre Möglichkeit, Jüdinnen und Juden abzuwerten, ohne das Tabu der offen geäußerten Judenfeindschaft zu brechen, ist die Umwegkommunikation in Form systematischer Diffa-

---

[13] Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitismus. Definition und Gefahrenpotential. In: Bozay, Kemal u. Dierk Borstel (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden 2017, S. 83–102, hier S. 87.

[14] Bergmann/Erb, Kommunikationslatenz.

[15] Dies führt auch dazu, dass antisemitische Äußerungen gegenwärtig oft nicht juristisch zu verfolgen sind, da sie schlicht gegen keine strafrechtliche Regelung verstoßen.

[16] Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden 2004, S. 499.

Mit CamScanner gescannt

mierung des Staates Israel (israelbezogener bzw. antizionistischer Antisemitismus). So wird Israel häufig als „Jude unter den Staaten" ausgegrenzt.[17] Wird der Staat Israel mit Rückgriff auf traditionelle antisemitische Stereotype („rachsüchtig", „unversöhnlich", „rücksichtlos", „archaisch", „gierig", „blutrünstig" etc.) charakterisiert, liegt eindeutig eine judenfeindliche Äußerung vor. Dies ist auch der Fall, wenn Israel in wahnhafter Weise, losgelöst von der beobachtbaren Realität, dämonisiert wird, etwa durch die Charakterisierung als „Apartheidstaat", der eine planmäßige rassistische Unterdrückung der in der Region lebenden Araber/-innen betreibe. Nicht selten wird auch behauptet, dass Israels Palästinenserpolitik der Verfolgung der Jüdinnen und Juden durch das nationalsozialistische Deutschland ähnelt. In der Folge wird Israel bisweilen ganz offen das Existenzrecht abgesprochen und Juden das Recht auf (nationale) Selbstbestimmung verweigert. Auf der anderen Seite stellt die reflexhafte Identifizierung von z. B. jüdischen Deutschen mit Israel eine antisemitische Ausgrenzung aus der deutschen Gesellschaft dar. Israel ist das weltweit „wichtigste und prägnanteste Symbol für jüdisches Leben und Überleben".[18] Der europäische Antisemitismus trug wesentlich zu Auswanderung von Jüdinnen und Juden nach Palästina und zur Verbreitung der zionistischen Idee unter ihnen bei. Israel erinnert qua Existenz an die Verbrechen der Shoah, weshalb es insbesondere zum Ziel von durch (unbewusste) Schuldgefühle für diese Verbrechen gespeisten Antisemitismus wird.

Antisemitismus in den Medien der demokratischen „Mitte" im 21. Jahrhundert

In Bezug auf den Antisemitismus in deutschen Qualitätsmedien verweist der 2017 vom Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus vorgelegte Bericht für die Bundesregierung auf seine erste Expertise aus dem Jahr 2011:

„Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern (z. B. Frankreich, Griechenland, Großbritannien und die skandinavischen Staaten) finden sich in der deutschen Qualitätspresse bzw. in den Fernsehmedien kaum dezidiert antisemitische Stereotype. Allerdings fließen etwa im Zusammenhang mit der Be-

[17] Die Formulierung wird dem Antisemitismusforscher Léon Poliakov zugeschrieben, vgl. Feuerherdt, Alex u. Florian Markl: Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert. Berlin 2018, S. 281.

[18] Schwarz-Friesel/Reinharz, Sprache der Judenfeindschaft, S. 172.

richterstattung über den Nahostkonflikt, aber auch mit der jüngsten Finanzkrise, häufig unbewusst, seltener mit Absicht, über Generationen tradierte Vorurteile in die Texte ein bzw. werden über Illustrationen transportiert".[19]

Dies gelte, so der Expertenkreis, nach wie vor: Zwar seien israelbezogener Antisemitismus, judenfeindliche Stereotype und Verschwörungstheorien „in der Regel nicht Bestandteil der Berichterstattung der Qualitätsmedien [...]"[20] und traditionelle antisemitische Stereotype fänden sich in seriösen deutschen TV-Sendern eher selten.[21] Jedoch kommt es insbesondere in Zeiten eskalierender Kriegshandlungen, in die Israel involviert ist, immer wieder auch zu Veröffentlichungen in Qualitätsmedien, die erkennbar antisemitische Stereotype enthalten.[22] In einem von Robert Beyer untersuchten Korpus von Artikeln der Qualitätspresse über den Nahostkonflikt wurden zwischen Dezember 2009 und März 2010 3,5 Prozent der Texte als antisemitisch bewertet (bei einer konservativen Zuordnung dieser Bewertung).[23] „Trotz der Mehrheit der unauffälligen Texte tauchen aber wiederholt vehemente antisemitische Aussagen und Konzeptualisierungen in vereinzelten Texten auf", so Beyer.[24]

Im Folgenden sollen nun einige charakteristische Beispiele in der Berichterstattung der Qualitätsmedien vorgestellt werden, die zumindest antisemitische Auslegungen zulassen. Mit dieser Auswahl soll keinesfalls suggeriert werden, nicht genannte Medien hätten kein Problem mit Antisemitismus. Prominente Debatten der letzten Jahre drehten sich u. a. um Israel oder Juden dämonisierende Darstellungen in Bildern und Karikaturen.

---

[19] Bundesministerium des Innern, S. 117.

[20] Ebd., S.120.

[21] Ebd., S. 122; vgl. Beyer, Robert: „Hamburg schaut nach Tel Aviv". News Bias und Israelkritik in der Nahost-Berichterstattung der Tagesschau. Eine Inhaltsanalyse aus kommunikationswissenschaftlicher und linguistischer Perspektive. Jena 2007.

[22] Vgl. Beyer, Robert: „Olmert ertrinkt im Blut" – Mediale Israelfeindschaft als aktuelle Formvariante von Antisemitismus? Textlinguistische Analysen antisemitischer und israelfeindlicher Medienbeiträge. In: Nagel, Michael u. Moshe Zimmermann (Hrsg.): Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte: Erscheinungsformen, Rezeption, Debatte und Gegenwehr. Bd. 2, Bremen 2013, S. 1009–1028.; Troschke, Hagen: Kritik, Kritik und De-Realisierung, Antisemitismus. Israel in der Nahost-Berichterstattung deutscher Printmedien zum Gaza-Konflikt 2012. In: Schwarz-Friesel, Gebildeter Antisemitismus, S. 253–274.

[23] Beyer, Robert: Mit deutschem Blick. Israelkritische Berichterstattung über den Nahostkonflikt in der bundesrepublikanischen Qualitätspresse. Bremen 2016, S. 549. Unter den abgedruckten Leserbriefen wurden 27 Prozent als antisemitisch bewertet, was Beyer auf mangelnde Sensibilität der Redaktionen zurückführt. Vgl. Troschke, Kritik, S. 270.

[24] Beyer, Mit deutschem Blick, S. 549f.

Mit CamScanner gescannt

Antisemitische Karikaturen

Wiederholt wurden in öffentlichen Debatten Bildveröffentlichungen in der *Süddeutschen Zeitung* (*SZ*) als antisemitisch kritisiert. Für die Bebilderung eines Rezensionsartikels über Literatur zu Israel in der *SZ* vom 1. Juli 2013 griff die Redaktion auf eine Karikatur aus dem Magazin *Der Feinschmecker* zurück.[25] Zu sehen ist dort eine geschlechtsuneindeutige monströse Gestalt mit Hörnern und Besteck in den Händen, davor eine Frau, die mit Tablett bereitsteht, ein zünftiges Essen zu servieren. Durch die Bildunterschrift „Deutschland serviert. Seit Jahrzehnten wird Israel, teils umsonst, mit Waffen versorgt. Israels Feinde halten das Land für einen gefräßigen Moloch" werden die abgebildeten Figuren Deutschland und Israel zugewiesen. Die dehumanisierende und buchstäblich dämonisierende Darstellung Israels bedient sich hier problemlos traditioneller antijüdischer Stereotype. Durch die Bildunterschrift wird außerdem suggeriert, das „gefräßige", also „gierige" Israel, ein „Moloch", d. h. eine „grausame Macht, die immer wieder neue Opfer fordert und alles zu verschlingen droht"[26], habe die Macht, Deutschland möglicherweise auch gegen den Willen seiner eigenen Regierung und sogar „umsonst" zu den gewünschten Waffenlieferungen zu bringen. Die Lesart, dass dies eine ungerechte Anbiederung an die israelische Regierung darstellt, drängt sich auf. Dass das antisemitische Narrativ, Israel mache sich die deutsche Bundesregierung mittels moralischen Erpressung unter Rückgriff auf den Holocaust gefügig, hieran anschlussfähig ist, wurde von der *SZ*-Redaktion in Kauf genommen.

Nachdem öffentliche Kritik an der Veröffentlichung der Karikatur aufkam, reagierte die für die Seite verantwortliche Redakteurin Franziska Augstein zunächst mit einer ausweichenden Stellungnahme: Das Bild habe zu „Missverständnissen" geführt, doch es habe mit antisemitischen Klischees nichts zu tun.[27] Verwiesen wird darauf, dass es ja in der Bildunterschrift heiße, „Israels Feinde" dämonisierten den Staat. Augstein betonte schließlich, Israel sei nicht mit dem Judentum gleichzusetzen. Hier scheint ein verbreitetes Missverständnis durch: Antisemitismus richtet sich nicht nur gegen (tatsächlich) jüdische Personen. Auch eine antiisraelische Darstellung kann antijüdisch (motiviert) sein. Am nächsten Tag stellte die *SZ*-Redaktion wiederum klar:

---

[25] Vgl. Bundesministerium des Innern, S. 118.

[26] https://www.duden.de/suchen/dudenonline/moloch (22. 11. 2018).

[27] Augstein, Franziska: Ist ein gehörntes Monster antisemitisch?. In: SZblog, 2. 7. 2013, http://www.sueddeutsche.de/politik/bebilderung-der-seite-das-politische-buch-ist-ein-gehoerntes-gieriges-monster-antisemitisch-1.1710600 (29. 3. 2018).

„Die Veröffentlichung der Zeichnung in diesem Kontext war ein Fehler."[28] Die *SZ* bedauere, dass es zu „Missverständnissen" gekommen und die Darstellung „als antisemitisch empfunden" worden sei. Nach Beschwerden verschiedener Organisationen beim Deutschen Presserat stellte dieser eine Verletzung des Paragrafen 12 des Pressekodexes fest, laut dem niemand wegen seiner „Zugehörigkeit zu einer ethnischen, religiösen, sozialen oder nationalen Gruppe diskriminiert werden" dürfe.[29] Die Verwendung der Karikatur durch die SZ sei „diskriminierend" und trage dazu bei, „Vorurteile gegenüber Juden und Israel hervorzurufen". Man habe aber „Aufgrund der selbstkritischen Auseinandersetzung und Entschuldigung der *SZ*-Redaktion" auf eine Sanktionierung – wie beispielswiese eine Rüge – verzichtet.

Ebenfalls in der *SZ* erschien am 21. Februar 2014 eine Karikatur des aus einem jüdischen Elternhaus stammenden Facebook-Gründers Mark Zuckerberg. Über der ursprünglichen Unterschrift „Krake Zuckerberg" (in einer späteren Version „Krake Facebook") war ein mit dem Facebook-Logo gekennzeichneter Krake zu sehen, dessen unzählige Tentakeln zu diversen Computerbildschirmen sowie dem Logo des von Facebook aufgekauften Chatsoftware-Unternehmens WhatsApp reichten.[30] Versehen war er mit einem menschlichen Gesicht. Durch die stark hervorgehobene Hakennase und die fleischigen Lippen des Gesichts fand ein Rückgriff auf traditionelle Stereotype jüdischer Physiognomie statt. Durch die Gestalt eines vielarmigen Kraken wird metaphorisch auf jüdische Macht, in diesem Fall über Technik und Medien angespielt. Allein dies wäre ein antisemitisches Stereotyp, anschlussfähig für unterschiedlichste Formen antijüdischer Verschwörungsfantasien. Bemerkenswert ist, dass die Symbolik des Kraken in politischen Karikaturen keineswegs als „unschuldig", d. h. neutral, angesehen werden kann, sondern bereits in der NSDAP-Zeitung *Der Stürmer* zur Darstellung der vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung genutzt wurde. In der Hauptausgabe der Zeitung erschien nach medialer Kritik eine geänderte Karikatur, in der der Krake kein menschliches Gesicht mehr hat. Der Zeichner bemerkte nach der öffentlichen Kritik, es tue ihm leid, „dass es zu diesem Missverständnis gekommen ist und ich womöglich die Gefühle von Teilen der Leserschaft mit meiner Zeichnung verletzt habe".[31]

---

[28] SZ-Redaktion: Zur Illustration auf der Seite „Das Politische Buch", 3. 7. 2018, https://www.sueddeutsche.de/politik/stellungnahme-der-redaktion-zur-illustration-auf-der-seite-das-politische-buch-1.1711245 (22. 11. 2018).

[29] Engel, Philipp Peymann: „Weckruf für die Medienlandschaft". In: Jüdische Allgemeine, 13. 9. 2013, http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/17029 (17. 3. 2018).

[30] Vgl. Bundesministerium des Innern, S. 118f.

[31] Huber, Joachim: Antisemitismus-Vorwurf nach „SZ"-Karikatur. In: Der Tagesspiegel, 25. 2. 2014, https://www.tagesspiegel.de/medien/zuckerberg-eine-krake-antisemitismus-

Mit CamScanner gescannt

Die Kette missverständlicher Karikaturen, in denen sich Israelfeindschaft und Elemente antijüdischer Stereotypen in fataler Weise mischen, riss in der *Süddeutschen Zeitung* auch 2018 nicht ab. So erschien am 15. Mai 2018 auf der *SZ*-Meinungsseite eine Zeichnung von Dieter Hanitzsch, die Israels Premierminister Benjamin Netanjahu im Kleid der gerade gekrönten neuen (israelischen) Gewinnerin des Eurovision Song Contest Netta zeigt, mit übergroßer Nase und überdimensionalen Ohren.[32] Im Hintergrund ist das „v" des Eurovision-Zeichens durch einen Davidstern ersetzt. Auch auf einer Rakete, die die Netanjahu ähnelnde Figur in der Hand hält, ist ein Davidstern abgebildet. Eine Sprechblase gibt den jüdische Traditions-Spruch „Und nächstes Jahr in Jerusalem" wieder. Netanjahu kommt in der Zeichnung als hässlicher, Rakete schwingender „Jude" in schweren Militärstiefeln daher, ein Symbol der Bedrohung, dass sich nur scheinbar den Anschein friedlicher Popkunst gibt.[33] Nach massiven öffentlichen Protesten entschuldigte sich *SZ*-Chefredakteur Wolfgang Krach für die Karikatur, die Zusammenarbeit mit dem langjährigen Karikaturisten Dieter Hanitzsch wurde aufgekündigt.

Günter Grass' „Gedicht": „Was gesagt werden muss"

Die in jüngster Zeit wohl ausführlichsten und heftigsten Debatten über medialen Antisemitismus entzündeten sich an dem antiisraelischen „Gedicht" „Was gesagt werden muss" von Günter Grass, ebenfalls veröffentlicht in der *SZ*, im Jahr 2012, sowie an Texten des Journalisten Jakob Augstein aus etwa der gleichen Zeit. Der Literaturnobelpreisträger Grass schrieb seinen Text vor dem Hintergrund wachsender Spannungen zwischen Israel und Iran, in deren Mittelpunkt das iranische Atomprogramm steht. Eine ausführliche Textanalyse kann an dieser Stelle nicht geleistet werden, zusammenfassend ist jedoch festzuhalten: „In dem ‚Gedicht' finden sich demnach zwei falsche Tatsachenbehauptungen, vulgo Lügen, die Anwendung eines hemmungslos ungleichen Standards zulasten Israels, zwei klassische und zwei typisch nachkriegs-

vorwurf-nach-sz-karikatur/9538414.html (25. 5. 2018).

[32] Vgl. Politikwissenschaftler: Netanjahu-Karikatur ist antisemitisch. In: Frankfurter Rundschau, 18. 5. 2018, http://www.fr.de/politik/sueddeutsche-zeitung-politikwissenschaftler-netanjahu-karikatur-ist-antisemitisch-a-1508469 (25. 5. 2018).

[33] Fast zeitgleich zum Eurovision Song Contest hatte es schwere militärische Auseinandersetzungen der israelischen Armee sowohl mit militanten Demonstrantinnen und Demonstranten in Gaza gegeben (die die israelischen Grenzbefestigungen überwinden wollten), wie auch mit iranischen Truppen, die von syrischem Territorium aus versuchten, nordisraelisches Gebiet zu beschießen.

deutsche antisemitische Klischees".[34] Falsch sind Grass' Behauptungen, Israels Atomprogramm werde öffentlich nicht kritisiert und Israel plane einen nuklearen Erstschlag auf iranische Atomanlagen (und nehme dabei einen Genozid an der iranischen Bevölkerung in Kauf). Die Verantwortung an der Eskalation wird einseitig Israel zugeschrieben, das theokratische und aggressive Regime im Iran verharmlost. Sprachlich konstruiert Grass eine Parallelisierung der vermeintlich drohenden israelischen Verbrechen mit denjenigen des NS-Regimes, wodurch letztere relativiert werden. Des Weiteren wirft Grass Israel vor, den „ohnehin brüchigen Weltfrieden" zu gefährden. Er schreibt dem jüdischen Staat damit ungeheure Macht und Rücksichtslosigkeit zu. „Einzeln und in anderen Kontexten mögen diese Sprachfiguren zufällig und harmlos sein. In Kombination und gemünzt auf das Objekt Israel geben sie dem Text nicht, wie manche verharmlosend vermerken, einen ‚israelkritischen', sondern einen unverkennbar antisemitischen Unterton".[35] In der an die Veröffentlichung von Grass' „Gedicht" anschließenden Debatte ging es jedoch häufig vor allem um die Angemessenheit oder Unangemessenheit seiner literarischen „Kritik" und kaum um ihren antisemitischen Charakter, den viele Kommentatorinnen und Kommentatoren nicht erkennen konnten.

Die „Augstein-Debatte"

Zum Auslöser einer der intensivsten Antisemitismus-Debatten der letzten Jahre wurde die Listung des deutschen Journalisten Jakob Augstein (Kolumnist des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel*, Herausgeber und Chefredakteur von *Der Freitag*) in der Veröffentlichung „Top Ten Anti-Semitic/Anti-Israel Slurs" durch die amerikanisch-israelische Nichtregierungsorganisation Simon Wiesenthal Center (SWC) am Ende des Jahres 2012. Das SWC bezog sich hierbei auf fünf Zitate aus Kolumnen Augsteins, in denen dieser sich u. a. positiv auf das o. g. Gedicht von Günter Grass bezog. Sowohl in diesen als auch in anderen Texten Augsteins sind laut der kognitionslinguistischen und diskursanalytischen Studie von Lukas Betzler und Manuel Glittenberg „teils in großer Offenheit", oft jedoch lediglich angedeutet, antisemitische Stereotype

[34] Harald Müller: Si tacuisses – zum Skandalgedicht von Günter Grass. In: Krell, Gert u. Harald Müller (Hrsg.): Noch ein Krieg im Nahen Osten? Zum misslungenen Anstoß von Günter Grass zu einer überfälligen öffentlichen Debatte. Frankfurt a. M. 2012, S. 32–43, hier S. 39, https://www.hsfk.de/fileadmin/HSFK/hsfk_downloads/report0212.pdf (06. 05. 2019).
[35] Ebd.

Mit CamScanner gescannt

und israelbezogener Antisemitismus festzustellen.[36] Besonders bemerkenswert an diesem Fall ist jedoch weniger, dass ein prominenter politischer Autor für seine antisemitischen Äußerungen kritisiert wird, sondern dass sich die Kommentatorinnen und Kommentatoren mit „reflexhafte[r] Eindeutigkeit" nahezu einhellig hinter Augstein stellten, diesen als „Kritiker israelischer Politik" bezeichneten und Kritik an ihm als unbegründet darstellten.[37] Die sehr emotionalen, empörten Reaktionen auf die „Nominierung" Augsteins durch das SWC enthielten teilweise selbst wieder antisemitische Argumentationen, etwa wenn der Skandalisierung von Augsteins Äußerungen der Versuch unterstellt wurde, Kritik an Israels Regierung zu unterbinden. Der tatsächlich so vom SWC zunächst gar nicht erhobene Vorwurf, Augstein sei ein Antisemit, gar einer der zehn schlimmsten Antisemiten der Welt, wurde vehement zurückgewiesen.

Im Kontext der „Augstein-Debatte" offenbarte sich – als zunehmendes Problem – eine gegenüber den Betroffenen und auch der Antisemitismusforschung gegenüber ignorante Haltung, die bereits die Diskussion über antisemitische Äußerungen für eine Zumutung hält und teilweise ins Lächerliche zieht. So titelte ein Kolumnist des renommierten *Tagesspiegels* etwa: „Ich will auch auf die Antisemiten-Liste!",[38] ein anderer langjähriger Journalist der *taz* schrieb ironisch: „Wenn jeder, der die Besatzungspolitik für fatal hält, ein Antisemit ist – dann *welcome to the club*".[39] Kritik an Antisemitismus wird hier als „übles diskursives Foul", „Stigmatisierung", „Diffamierung" und „Denunziation" bezeichnet.[40] Die Frage, ob und inwiefern Augsteins Texte nicht eventuell tatsächlich als antisemitisch angesehen werden können, wurde kaum zum Thema der Debatte.[41]

In den jüngsten Medien-Debatten in Deutschland ist oft deutlich geworden, dass viele Medienvertreter/-innen nicht in der Lage sind, modernisierte Ausdrucksformen des Antisemitismus zu erkennen. Im Fall der erwähnten Karikaturen in der *SZ* distanzierten sich die Urheber/-innen z. T. und beteuerten,

---

[36] Betzler, Lukas u. Manuel Glittenberg: Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs. Eine Analyse des Falls Jakob Augstein. Baden-Baden 2015, S. 189.

[37] Rensmann, Lars: Zion als Chiffre. Modernisierter Antisemitismus in aktuellen Diskursen der deutschen politischen Öffentlichkeit. In: Schwarz-Friesel, Gebildeter Antisemitismus, S. 93–115, hier S. 104f.

[38] Martenstein, Harald: Ich will auch auf die Antisemiten-Liste!. In: Der Tagesspiegel, 6. 1. 2013, https://www.tagesspiegel.de/meinung/nach-vorwuerfen-gegen-jakob-augstein-ich-will-auch-auf-die-antisemiten-liste/7592230.html (25. 5. 2018).

[39] Reinecke, Stefan: Wir Antisemiten. In: taz, 3. 1. 2013, http://www.taz.de/!5076152/ (25. 5. 2018).

[40] Ebd.

[41] Betzler/Glittenberg, Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs, S. 291.

Antisemitismus läge ihnen fern. Kommt es zu Entschuldigungen, erfolgen diese häufig dafür, dass die Artikel bzw. Bilder „Missverständnisse" verursacht und „Gefühle verletzt" hätten.[42] Dies sind lang bekannte Entschuldungsstrategien, die kaum überzeugen können. Im Mindesten zeugen sie von großem Unwissen über politisch-historische Zusammenhänge in Deutschland.[43] Geht es in den Debatten um Texte, sind andere Abläufe zu beobachten: Richtet sich Kritik gegen Antisemitismus in Artikeln, distanzieren sich die Redaktionen oder Autorinnen und Autoren in der Regel nicht von diesen.[44] Die die Debatten auslösenden Texte werden nach medialer Kritik von dritten häufig als möglicherweise unangemessen, jedoch grundsätzlich zu tolerierende, da nicht mit Antisemitismus verbundene, betrachtet. Somit werden antisemitische, Äußerungen als „kritische" Meinungsbeiträge reklassifiziert.[45]

Abwehrstrategien gegen Kritik an Antisemitismus

Ein aktuelles Beispiel für die Reklassifizierung von antisemitischen Aussagen als Kritik an Israel stellt die ARD-Sendung „Maischberger", ausgestrahlt am 21. Juni 2017, dar. Das Thema der Sendung war „Israelhetze und Judenhass: Gibt es einen neuen Antisemitismus?". Eingeladen zur Talk-Runde war neben Rolf Verleger, Michael Wolfssohn, Ahmad Mansour, Gemma Pörzgen auch der ehemalige Bundesarbeitsminister Norbert Blüm. Letzterer wurde auf der Website des WDR folgendermaßen vorgestellt:

> Der frühere CDU-Bundesminister, der sich lange für die Palästinenser in besetzten Gebieten engagierte, sah sich vor einigen Jahren mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert, weil er militärische Vergeltungsaktionen Israels scharf kritisierte. Dieser Vorwurf werde *„auch als Knüppel benutzt, um jeden Hinweis auf die Missachtung der Menschenrechte totzumachen"*, erwiderte Norbert Blüm, der bis heute betont: *„Ich verteidige immer das Existenzrecht Israels, aber dann muss man auch das Existenzrecht der dort lebenden Araber akzeptieren."*[46]

---

[42] Ebd., S. 292/Fußn. 163.

[43] Vgl. Bundesministerium des Innern, S. 119.

[44] Anders gelagert sind Fälle in denen falsche Tatsachenbehauptungen aufgestellt werden.

[45] Aus politisch-theoretischer einerseits und linguistischer Perspektive andererseits ist „Kritik" sinnvollerweise von „Antisemitismus" zu unterscheiden. Vgl. dazu Salzborn, Samuel: Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung. In: Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift 1 (2013), S. 5–16 sowie Schwarz-Friesel/Reinharz, Sprache der Judenfeindschaft.

[46] http://www.daserste.de/information/talk/maischberger/sendung/israelhetze-und-judenhass-100.html (17. 3. 2018).

Mit CamScanner gescannt

In der Talkrunde berichtete dann auch Blüm selbst, dass gegen ihn in der Vergangenheit der Vorwurf des Antisemitismus durch den Zentralrat der Juden in Deutschland (ZJD) erhoben worden war. Als die Moderatorin Sandra Maischberger nachhakte, was der Auslöser war, bezeichnete Blüm die Angelegenheit jedoch als „private Angelegenheit" und wechselte das Thema. Tatsächlich hatte sich Blüm im April 2002 mit einem offenen Brief an die israelische Botschaft in Deutschland gewandt und die israelische Politik als „hemmungslosen Vernichtungskrieg" an den Palästinensern bezeichnet. Zu dieser Zeit führte die israelische Armee die „Operation Schutzwall", eine Großoffensive im Westjordanland durch. Zuvor war der palästinensische Terrorismus gegen Israelis dramatisch eskaliert, wodurch viele Israelis, darunter vor allem Zivilisten, starben.

Nachdem in der *Zeit* eine Kritik an Blüm erschienen war, gab dieser dem *Stern* im Juni 2002 ein Interview und bekräftigte seine Wortwahl vom „hemmungslosen Vernichtungskrieg" ausdrücklich und auch auf mehrfache Nachfrage hin. In der Folge bezeichnete der Präsident des ZJD, Paul Spiegel, es als „Rassismus pur", dass Blüm versuche, Israel als den einzigen Übeltäter und Verbrecher in diesem Konflikt darzustellen.[47] Anders, als von der ARD-Redaktion der „Maischberger"-Sendung 2017 dargestellt, handelt es sich bei Blüms Äußerungen über Israel nicht um „scharfe Kritik". Blüms damalige Unterstellungen, Israels Palästinenserpolitik ignoriere bewusst Menschenrechte, sei brutal und von Rache und Irrationalität getrieben, bei völliger Ignoranz gegenüber dem palästinensischen Terrorismus, stellte bereits für sich eine wahnhafte Wahrnehmung und in der Folge Dämonisierung Israels dar. Dass er zudem auf das Wort „Vernichtungskrieg" insistierte, impliziert auch einen Vergleich mit der Kriegsführung der deutschen Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg. 2002, just in jenem Jahr, als Blüms verbale „Kritik an Israel" sich spürbar radikalisierte, wurde die neue Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941–1944" des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS) bereits seit einem halben Jahr gezeigt. Die Vorgängerausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944" war von 1995 bis 1999 gezeigt worden. Die beiden Wehrmachtsausstellungen des HIS, die erstmals die Mitwirkung der Wehrmacht am Holocaust einer breiten Öffentlichkeit vermittelte, wurden von

[47] Zit nach Böhme, Christian: Antisemitismus als Knüppel?. In: Der Tagesspiegel, 19. 6. 2002, https://www.tagesspiegel.de/politik/antisemitismus-als-knueppel/322200.html (25. 5. 2018).

900.000 bzw. über 450.000 Personen[48] besucht und riefen eine breite gesellschaftliche und politische Debatte über den bis dahin vorherrschenden Mythos von der „sauberen Wehrmacht", die sich während des Zweiten Weltkriegs moralisch nichts hätte zuschulden kommen lassen, sich nicht an der Ermordung der Juden beteiligt und keine Kriegsverbrechen begangen hätte, hervor. Es handelte sich um eine der bedeutendsten vergangenheitspolitischen Debatten in der Geschichte der Bundesrepublik.

Nobert Blüm nutzte für seine damalige Charakterisierung der israelischen Regierung also einen Begriff, der im politischen Diskurs eindeutig mit der Bedeutung besetzt war, die Kriegsführung der Wehrmacht in der Sowjetunion zu beschreiben und setzte somit indirekt Israel und das NS-Regime gleich. Unabhängig davon, ob Blüm einen derartigen skurrilen Vergleich suchte oder nicht, stellt sich hier eine extreme Abwertung von Juden auf mehreren Ebenen dar: 1.) durch die wahnhafte Unterstellung, die israelische Armee handele mit dem Ziel der Vernichtung, getrieben von einer rassistischen, eliminatorischen Ideologie sowie zusätzlich „Hemmungslosigkeit", wodurch Israel dämonisiert wird; 2.) werden somit auch die Verbrechen Deutschlands relativiert; 3.) werden die Täter der NS-Verbrechen und Israel, das jüdisches Überleben symbolisiert, gleichgestellt. Die Nachkommen der Opfer werden hier quasi zu den neuen Nazis im 21. Jahrhundert. Die deutsche Schuld an Holocaust und Zweitem Weltkrieg wird durch diese Rahmung bereits dadurch geschmälert, dass diese ihren einzigartig verbrecherischen Charakter verlieren.

In der deutschen Antisemitismusforschung herrscht große Einigkeit darüber, dass der Vergleich bzw. die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus ein antisemitisches Phänomen darstellt. Auch die direkte Referenz Blüms auf den „Vernichtungskrieg" wurde von Antisemitismusforschern eindeutig als judenfeindlich bewertet.[49] Blüm reflektierte die Kritik an seinen Äußerungen jedoch nicht: In seinem *Stern*-Interview unterstrich er seine Wortwahl vielmehr und tätigte weitere antisemitische Äußerungen. So schrieb er dem israelischen Premierminister Sharon „blindwütige Rache"

[48] Klein, Peter: Die beiden Wehrmachtsausstellungen – Konzeptionen und Reaktionen. In: Gedenkstättenrundbrief, Nr. 165 (4/2012), http://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaetten-rundbrief/rundbrief/news/die_beiden_wehrmachtsausstellungen_konzeptionen_und_reaktionen/ (25. 5. 2018).

[49] Driescher, Frank: „Die Abwehrkräfte sind intakt" (Gespräch mit Wolfgang Benz). In: Die Zeit, 23. 5. 2002, https://www.zeit.de/2002/22/200222_w._benz.xml/komplettansicht (25. 5. 2018); Rensmann, Demokratie und Judenbild, S. 164, 321; Kaufmann, Tobias: In Blüms Dschenin. In: Faber, Klaus u. Julius H. Schoeps, Sacha Stawski (Hrsg.): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik. Berlin 2006, S. 85–99.

Mit CamScanner gescannt

und seiner Regierung „maßlose Vergeltung“ sowie „Morde“ zu. Außerdem postulierte Blüm im krassen Widerspruch zur heutigen und damaligen Realität in Deutschland ein Tabu der Kritik an Israel: „Wenn die deutsche Vergangenheit dazu benutzt wird, uns jede Kritik zu verbieten, dann wäre die deutsche Schuld mit einer Form von Denkverbot verbunden“.[50] Der Vorwurf des Antisemitismus werde „auch als Knüppel benutzt, um jeden Hinweis auf die Missachtung der Menschenrechte totzumachen“.[51] Dass die Äußerungen Blüms keinen Skandal auf Bundesebene auslösten, lässt sich rational wohl nur dadurch erklären, dass sie von noch extremeren Aussagen der Politiker Jamal Karsli und Jürgen Möllemann in gewisser Weise überlagert wurden.[52] Der ambitionierte FDP-Spitzenpolitiker Möllemann konnte sich gerade aufgrund seiner Inszenierung als „Tabubrecher“ z. T. großer Beliebtheit erfreuen. Möllemann verteidigte nicht nur den sich wiederholt antisemitisch äußernden Karsli gegen Kritiker/-innen und die Forderung eines Parteiausschlusses. Er warf u. a. dem jüdischen Moderator Michel Friedman vor, durch sein Verhalten Antisemitismus zu befördern. Möllemann behauptete, es gäbe ein faktisches Verbot, in Deutschland Israel zu kritisieren. Tatsächlich hatte er selbst jedoch Israel nicht „kritisiert“, sondern Karsli beigepflichtet, der Israel mit dem NS-Regime verglichen hatte. In Bezug auf palästinensische Selbstmordattentäter sagte Möllemann der *taz*: „Israels Politik fördert den Terrorismus. Was würde man denn selber tun, wenn Deutschland besetzt würde? Ich würde mich auch wehren, und zwar mit Gewalt. […] Und ich würde das nicht nur im eigenen Land tun, sondern auch im Land des Aggressors.“[53] Verglichen mit den Äußerungen Möllemanns und den unverschleierten Dämonisierungen Israels durch Karsli, der eine wochenlange Debatte über Antisemitismus auslöste, erscheinen Norbert Blüms Aussagen dagegen noch „moderat“ und konnten zu dieser Zeit als in der politischen Öffentlichkeit akzeptabel gelten. Blüm avancierte – trotz teils erheblicher öffentlicher Kritik – bald zum medial nachgefragten „Nahostexperten“.

In der „Maischberger“-Sendung vom Sommer 2017 wiederum wollte sich Blüm dem Risiko einer erneuten Kontroverse möglicherweise nicht mehr aussetzen. Moderatorin Maischberger hatte sich, wie es schien, allerdings ge-

---

[50] Jörges, Hans-Ulrich u. Hans Peter Schütz: „Der Vorwurf des Antisemitismus wird auch als Knüppel benutzt.“ (Gespräch mit Norbert Blüm). In: Stern, 18. 6. 2002.

[51] Ebd.

[52] Vgl. Rensmann, Demokratie und Judenbild, S. 446–482.

[53] Zit. nach Der Spiegel, 5. 6. 2002, http://www.spiegel.de/politik/deutschland/moellemann-affaere-die-zitate-die-die-republik-bewegen-a-199445.html (3. 9. 2018); vgl. Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus?. Bonn 2008, S. 146–173.

nau diesen Punkt vorgenommen. Gezielt wandte sie sich an den jüdischen Psychologen und Professor Rolf Verleger: „Wenn jemand sagt – Herr Blüm hat das einmal getan, im STERN – ‚Israel führt einen Vernichtungskrieg', darf man das als antisemitisch brandmarken? Denn das ist auch in der Wortwahl etwas, was in eine andere Zeit reicht?"[54] An dieser Stelle ist weniger Rolf Verlegers abwiegelnde Antwort interessant, sondern die Formulierung der Frage: Für die Moderatorin einer der wichtigsten politischen Talkshows im deutschen Fernsehen ist es offenbar interessanter, warum Politiker für ihre antisemitischen Äußerungen „gebrandmarkt", also denunziert bzw. diffamiert werden, als die Frage, warum sie sich überhaupt derartig äußern.

Fazit

Antisemitische Inhalte und Konnotationen tauchen, wenn auch nicht in dichter Frequenz, so doch zeitweise in deutschen Qualitätsmedien auf. Insbesondere scheinen ablehnende Äußerungen über Israel hierfür Gelegenheitsstrukturen zu schaffen. Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestages stellte hierzu fest:

> „Die Präsenz des Nahostkonflikts in den Medien, linke Diskurse mit einer z. T. unwidersprochen einseitig pro-palästinensischen Haltung, die sich in mancher Berichterstattung und insbesondere in der Bildsprache einiger Illustrationen von ansonsten seriösen Artikeln niederschlagen, haben dazu geführt, dass der anti-antisemitische Konsens in der Öffentlichkeit aufzuweichen droht."[55]

Das Israelbild in deutschen Qualitätsmedien scheint in den letzten Jahren durchaus ambivalent geblieben zu sein: Einerseits tauchen etwa traditionellere Vorwürfe gegen Israel mit christlichen Bezügen, die dem Staat z. B. unterstellen, „alttestamentarische Rache" nach dem biblischen Prinzip „Auge um Auge, Zahn um Zahn" zu üben,[56] in den letzten Jahren kaum noch auf. Auch das Existenzrecht Israels wird in deutschen Qualitätsmedien in aller Regel nicht offen infrage gestellt, wenngleich diverse Sicherheitsmaßnahmen der israelischen Regierung weit verbreiteter und scharfer Kritik ausgesetzt werden. Auch wenn die auf breite Zustimmung stoßende, einseitige, nahezu einhellig kriti-

[54] https://www.daserste.de/information/talk/maischberger/videos/israelhetze-und-judenhass-video-100.html (22. 11. 2018), ab Min. 47:55.
[55] Bundesministerium des Innern, S. 116.
[56] Vgl. Benz, Was ist Antisemitismus, S. 65ff.

Mit CamScanner gescannt

sche Sicht auf Israel als Konfliktverantwortlichem möglicherweise z. T. nach dem Gaza-Krieg 2014 einer gewissen Nachdenklichkeit gewichen ist,[57] gab es in den letzten Jahren mehrere vieldiskutierte Fälle, in denen Texte, Filmbeiträge, mediale Äußerungen oder Karikaturen in Qualitätsmedien antisemitische Stereotype reproduzierten oder zumindest eine entsprechende Lesart zuließen bzw. mitunter nahelegten. In diesen Fällen sind auch die Reaktionen auf die Kritik an Antisemitismus in den jeweiligen debattenauslösenden Beiträgen signifikant: Die Vehemenz, mit der bereits der Gedanke, die die Diskussion auslösende Äußerung hätte etwas mit Antisemitismus zu tun, abgewehrt wird, zeugt davon, dass man häufig nicht willens und/oder in der Lage ist, modernisierte Formen von Judenfeindlichkeit wahrzunehmen. Die heute wahrscheinlich am weitesten verbreitete Variante des Antisemitismus im Mediendiskurs stellt der „‚Antisemitismus mit gutem Gewissen' [dar], der sich selbst für besonders kritisch und anti-antisemitisch hält".[58] Nicht selten „dominiert das Motiv der Skandalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs".[59] Häufig taucht in diesem Zusammenhang der Topos auf, der „Antisemitismus-Vorwurf" dürfe nicht „inflationär", d. h. auch gegen „Israelkritiker", ausgesprochen werden, da er sich dann gewissermaßen „abnutze" und schlimmstenfalls nicht mehr in den (wie suggeriert wird: „seltenen") Fällen von „echtem" Antisemitismus ernst genommen werde. Z. T. sind diese Abwehrstrategien auch direkt antisemitisch aufgeladen, etwa wenn Jüdinnen und Juden, die auf Antisemitismus hinweisen, pauschal Überempfindlichkeit oder eine „Instrumentalisierung des Antisemitismus-Vorwurfs" zugeschrieben wird. Auch bereits Beiträge, die derartig verstanden werden können, laufen den Ansprüchen von Qualitätsmedien zuwider. Argumentationen bezüglich eines „Missbrauchs" der Antisemitismus-Kritik gegen Kritiker/-innen der israelischen Politik oder jüdischer Organisationen erscheinen in Deutschland in einem eher fahlen Licht, zumal die Berichterstattung zum Land häufig bereits emotional aufgeladen daherkommt und wesentliche Grundsätze journalistischer Sorgfalt (Erarbeitung von Kausalzusammenhängen bei Gewalt-Eskalationen, Faktencheck in verschiedene Richtungen u. a.) unbeachtet bleiben.

Häufig bleibt zudem die neue Vielgestaltigkeit des Antisemitismus im 21. Jahrhundert, auch in seinen subtilen Formen der Israel-Dämonisierung und -Verurteilung, von Journalistinnen und Journalisten sowie und anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren unerkannt.

---

57 Beyer, Mit deutschem Blick, S. 581.
58 Betzler/Glittenberg, Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs, S. 296.
59 Rensmann, Zion als Chiffre, S. 100.

Hagen Troschke, Matthias J. Becker

Antisemitismus im Internet Erscheinungsformen, Spezifika, Bekämpfung

Das Phänomen

Das Internet ist heute der bedeutendste Ort der Ausbreitung des Antisemitismus. Die antisemitischen Vorstellungen, die dort kommuniziert werden, sind dabei dieselben wie offline. Besonders sind hingegen die Kommunikationsbedingungen aufgrund der medienspezifischen Charakteristika und die sich aus ihnen ableitenden Konsequenzen für antisemitische Kommunikation, auf die wir im nächsten Abschnitt eingehen werden. Zunächst geben wir einführend einen Überblick über Merkmale des Antisemitismus.

Den Antisemitismus kennzeichnet, dass Jüdinnen und Juden bzw. Israel negative Eigenschaften zugeschrieben werden, die mit vorgeblichen Wesenszügen von diesen begründet und als typisch ausgegeben werden. Diese Zuschreibungen führen zu Abwertung, Dämonisierung und letztlich zur Ausgrenzung der auf diese Weise Imaginierten. Die Ausgrenzung kann so weit gehen, dass Jüdinnen und Juden der Menschheit bzw. Israel der Welt gegenübergestellt werden. Im Zuge dieses behaupteten Antagonismus wird ein schädliches oder machtvolles Wirken von Jüdinnen und Juden bzw. Israel konstruiert und zur Erklärung politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Dynamiken herangezogen. Antisemitismus lässt sich in vier Grundformen untergliedern, die heute nebeneinander existieren: den religiösen Antijudaismus, den pseudowissenschaftlich begründeten Rassenantisemitismus, den auf Schuldabwehr bezüglich des Holocaust beruhenden sekundären Antisemitismus und den (mit der Entstehung eines neuen jüdischen Objekts an Israel gehefteten) israelbezogenen Antisemitismus. Außer beim sekundären Antisemitismus wurden und werden Jüdinnen und Juden in Opposition zu zentralen gesellschaftlichen Paradigmen konzeptualisiert: im Antijudaismus

Mit CamScanner gescannt

bezogen auf die Religion, im Rassenantisemitismus bezogen auf die „Rasse" und im israelbezogenen Antisemitismus in Bezug auf Demokratie oder „westliche Werte". Am weitesten verbreitet – und auch am ehesten gesellschaftsfähig – sind der sekundäre und der seit dem letzten Jahrzehnt zur dominanten Form gewordene israelbezogene Antisemitismus. Letzterer enthält als Mischform sowohl Zuschreibungen, die an der Projektionsfläche Israel spezifisch neu geformt wurden, als auch Zuschreibungen aus den anderen Formen des Antisemitismus, die für eine Verwendung gegen Israel angepasst werden. Abgesichert werden antisemitische Zuschreibungen heute oft, indem sie als Kritik ausgegeben werden. Damit verbunden wird behauptet, dass es eine Zurückweisung nicht nur von Antisemitismus, sondern auch von Kritik an Jüdinnen und Juden oder Israel geben würde (Stereotyp des Kritiktabus).

Kommunikationsbedingungen

Die Kommunikationsbedingungen im Internet unterscheiden sich von denjenigen, die offline gegeben sind, und sie begünstigen die Kommunikation von Antisemitismus und anderer Formen von Hate Speech[1]. Bevor wir die spezifischen Kommunikationsbedingungen von Antisemitismus im Internet bestimmen, betrachten wir die Kommunikationsbedingungen offline.

Die öffentliche Zurückweisung von offen gezeigtem Antisemitismus führte dazu, dass User/-innen in der Absicht, nicht als antisemitisch zu gelten, darauf ausweichen, antisemitische Äußerungen entweder implizit und/oder auf dem „Umweg" über Israel zu formulieren (mit dessen Gründung ein neues jüdisches Objekt entstand). Die Projektionsfläche Jüdinnen und Juden wird in letzterem Fall durch die scheinbar unverfängliche Projektionsfläche Israel ausgetauscht. Damit wollen sie sich und ihre Botschaft vor Sanktionen – vonseiten der Moderation, durch die Gegenrede anderer oder strafrechtlicher Natur – schützen. Über implizite Äußerungen wie indirekte Sprechakte (beispielsweise rhetorische Fragen) kann jedoch derselbe abwertende und ausgrenzende Sinngehalt weitergegeben werden wie mit explizit hervorgebrachten antisemitischen Äußerungen[2] – nur sind die verdeckten Inhalte schwerer

[1] Vgl. Meibauer, Jörg (Hrsg.): Hassrede/Hate speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. Gießen 2013.

[2] Vgl. Wagner, Franc: Implizite sprachliche Diskriminierung als Sprechakt. Lexikalische Indikatoren implizierter Diskriminierung in Medientexten. Tübingen 2001; Meibauer, Hassrede.

angreifbar. Dennoch können Rezipient/-innen die in diesen Äußerungen enthaltenen Andeutungen über Kontext- und Weltwissen erschließen und antisemitische Vorstellungen übernehmen oder stärken.

Im Gegensatz zur Offline-Welt wird Antisemitismus im Internet jedoch weitgehend sehr viel unverhohlener artikuliert.[3] Die online gegebene Anonymität führt dazu, dass User/-innen eigene antisemitische Ansichten freigebig äußern (können). Doch selbst bei der Verwendung von Klarnamen müssen sie im Allgemeinen keine persönlichen Konsequenzen fürchten, da sie davon ausgehen können, dass ihre Bezugspersonen aus der Offline-Welt ihre Online-Beiträge nicht rezipieren werden, und da strafrechtlich relevante Äußerungen bisher so gut wie nicht angezeigt werden. Außerhalb moderierter Internetmedien ist die sonst in den traditionellen Medien praktizierte mediale „Qualitätskontrolle" in Form von Unterlassung bzw. Zurückweisung antisemitischer Äußerungen nicht mehr aufrechtzuerhalten, da deren Verbreitung selbst mit größtem Aufwand kaum unterbunden oder umfangreich sanktioniert werden kann. In diesem unkontrollierten Feld äußern sich User/-innen immer häufiger auch explizit antisemitisch. Es gibt also einen Trend zur offenen Artikulation. Die durch die Anonymität geförderte Sagbarkeit von Antisemitismus ist jedoch für vier Szenarien eingeschränkt, in denen User/-innen sowohl bewusst als auch unbewusst auf implizite sprachliche Formen zurückgreifen, um den antisemitischen Gehalt ihrer Äußerungen so weit wie möglich zu verschleiern. Wo eine Moderation vorhanden ist, von der anzunehmen ist, dass sie antisemitische Äußerungen sanktioniert, suchen User/-innen erstens mithilfe impliziter Formen eventuelle Sanktionen zu umgehen. Implizite Formen werden von der Moderation meist nicht sanktioniert (da ihre Botschaft nicht korrekt identifiziert wird). Damit verbunden ist ein zweites Szenario: User/-innen wollen ihre Botschaft ungehindert kommunizieren. Dafür versuchen sie, Widerstand zu umgehen, indem sie diese Botschaft gesellschaftsfähig zu gestalten suchen. Dieser Widerstand kann sowohl vonseiten der Moderation als auch vonseiten anderer User/-innen ausgehen. Der Wunsch, sich trotz Anonymität möglichst nicht der potentiellen Gegenrede anderer User/-innen auszusetzen, geht zum Dritten zusätzlich auf das Bedürfnis zurück, nicht persönlich zurückgewiesen zu werden bzw. vielmehr noch Zustimmung zu erfahren. Viertens machen

[3] S. zu Kommunikationsbedingungen und Ausprägungen von Antisemitismus im Internet auch Monika Schwarz-Friesel: „Juden sind zum Töten da" (studivz.net, 2008) Hass via Internet – Zugänglichkeit und Verbreitung von Antisemitismen im World Wide Web. In: Marx, Konstanze u. Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.): Sprache und Kommunikation im technischen Zeitalter. Wieviel Internet (v)erträgt unsere Gesellschaft?. Berlin 2013, S. 213–236.

Mit CamScanner gescannt

User/-innen auch Gebrauch von impliziten Formen, weil sie ihr Selbstbild schützen wollen. Kaum jemand will als Antisemit/-in gelten. Die implizite Darbietungsform stimmt in diesen Fällen mit den eigenen inneren antisemitischen Repräsentationen überein und ist nicht erst taktische Wahl, um diese zu kommunizieren. Der Schutz des Selbstbilds beginnt hier bereits vor der Kommunikation damit, die schärferen Ausprägungen der antisemitischen Repräsentationen und deren Konsequenzen zu verdrängen.

Ausgehend von der Prämisse, dass Antisemitismus offline medial neben einer niedrigen Frequenz von antisemitischen Beiträgen in den Massenmedien eher in einem randständigen Angebot an antisemitischen Büchern und Zeitungen und mündlich in begrenzten Teilöffentlichkeiten kommuniziert wird, ist die Reichweite antisemitischer Inhalte im Internet ungleich größer. Grundsätzlich sind sie für alle User/-innen von jedem Ort erreichbar. Nun gelangen aber nicht alle User/-innen im Internet jederzeit zu antisemitischen Inhalten. Diese verteilen sich im Gros auf einschlägige Websites, Blogs und Foren (rechts- und teils linksextrem, islamistisch, verschwörungstheoretisch). Dort und allgemein knüpfen antisemitische Beiträge an für antisemitische Diskurse bevorzugte Themen an, wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird. Über diese Themen werden antisemitische Beiträge auch in den Kommentaren von Leser/-innen in der Mainstreampresse und in anderen Sozialen Medien platziert.[4] Über geschlossene Gruppen, in denen antisemitische Haltungen positiv besetzt oder ein zentrales Identifikationsmoment sind, können wir keine Aussage treffen. Gruppen, die sich jedoch abschließen, um die Grenzen ihrer Öffentlichkeit genau zu bestimmen und zu kontrollieren, ähneln geschlossenen Teilöffentlichkeiten aus der Offline-Welt. Auch in diese Teilöffentlichkeiten waren und sind Einblicke selten möglich. Trotzdem konnten und können Ausmaß und Verbreitung von antisemitischen Einstellungen in der Bevölkerung erhoben werden. Es ist für die Vergegenwärtigung des Vorhandenseins von Antisemitismus also wichtig zu wissen, dass es einerseits Orte der Kultivierung von Antisemitismus oder antisemitischer Radikalisierung gibt, über die nur schwierig Erkenntnisse gewonnen werden können, aber dass andererseits diese Orte im Internet bei der Bestimmung des Panoramas von antisemitischem Geschehen soweit ins Gewicht fallen, als

[4] Im Rahmen des DFG-Projekts „Verbal-Antisemitismen im Internet: eine linguistische Korpusanalyse zu den Tradierungsformen aktueller Judenfeindschaft im WWW" an der Technischen Universität Berlin waren wir an der Analyse von User/-innenkommentaren in bestimmten Medien und zu ausgewählten Diskursthemen in Bezug auf Form und Umfang der antisemitischen Äußerungen und Interaktion von User/-innen beteiligt. Ergebnisse des Projekts werden 2018 erscheinen.

dass dort antisemitische Straftaten geplant werden könnten. Der im Internet sichtbare Antisemitismus ist hingegen eine verlässliche Basis, um ihn als Phänomen der Einstellung in seiner inhaltlichen und sprachlichen Ausgestaltung und Verbreitung (wenn erforderlich auch fokussiert auf bestimmte Milieus, Plattformen oder Diskursthemen) erforschen und bestimmen zu können.

Möglichkeiten, im Internet auf antisemitische Inhalte zu stoßen, gibt es viele. Die Darbietungsformen Text, Bild, Meme, Gif und Video werden situationsabhängig genutzt und effektiv an den jeweiligen Kommunikationszusammenhang angepasst. Antisemitische Botschaften werden oft gezielt verarbeitet und auf Rezipient/-innen zugeschnitten. Suchen User/-innen gezielt über Suchmaschinen nach antisemitischen Inhalten, werden sie umgehend fündig. Suchen sie beispielsweise etwas zu Judentum, können sie auch schnell auf antisemitische Websites gelangen. Ebenso ist es jedoch möglich, dass sie überraschend in den Kommentaren zu einem Musikvideo, einem Nachrichteninhalt in den Mainstream-Medien oder auf Facebook-Seiten von Freund/-innen auf einen antisemitischen Inhalt treffen. Ein antisemitischer Kommentar erreicht, im Internet geäußert, mehr Menschen als offline und richtet durch seine Reichweite potentiell entsprechend mehr Schaden an. Ein Leser/-innenkommentar wird durchschnittlich von mehr Menschen gelesen, als eine entsprechende Äußerung offline hätte rezipieren können. Auch an den Inhalten einer verschwörungstheoretischen Website Interessierte lassen sich im nicht-digitalen öffentlichen Raum bei Weitem nicht so umstandslos finden. Hinzu kommt, dass antisemitische Beiträge online nicht nur mehr, sondern auch eine andere Auswahl von Menschen erreichen. Offline werden von einer einschlägigen und überschaubaren Auswahl traditioneller Medien, die antisemitische Botschaften verbreiten, vornehmlich Interessierte oder bereits antisemitisch Eingestellte erreicht. Die Online-Leserschaft von Mainstream-Medien beispielsweise ist hingegen heterogener in Bezug auf antisemitische Einstellungen, als die Offline-Leserschaft einer antisemitischen Zeitung es ist. Online wird demzufolge insgesamt eine verhältnismäßig größere Zahl auch derer mit antisemitischen Beiträgen konfrontiert (so in Kommentaren in Mainstream-Medien), die nicht gezielt danach suchen und die offline keiner Teilöffentlichkeit angehören, in der antisemitische Äußerungen gesellschaftsfähig sind. Menschen werden also mit größerer Wahrscheinlichkeit online mit Antisemitismus konfrontiert als offline. Im Zuge dessen ist darunter auch die Zahl derer größer, die aufgrund mangelnder Erfahrungen antisemitische Inhalte nicht als solche identifizieren und problematisieren können oder gar empfänglich für antisemitische Deutungen sind, ohne zuvor bereits solche verinnerlicht zu haben.

Mit CamScanner gescannt

Gerade für Menschen, deren Position zu antisemitischen Inhalten noch nicht geformt ist bzw. bei denen Wissen und Problembewusstsein in Bezug auf diese Inhalte kaum oder nicht vorhanden sind, ergibt sich hier eine größere Gefahr: Über die plötzliche oder auch wiederholte Konfrontation mit diesen Inhalten, die sie meist auch ohne Unterstützung bei deren Einordnung erleben, können sie antisemitische Deutungen übernehmen.[5] Schon allein die Masse antisemitischer Beiträge, die je nach User/-innenverhalten rezipiert wird, kann suggerieren, dass antisemitische Deutungen repräsentativ wären. Dies kann dazu führen, dass sich User/-innen in Folge zustimmend an den Meinungen bzw. Überzeugungen einer scheinbaren Mehrheit orientieren. Ebenso können bereits vorhandene antisemitische Haltungen aufgrund einer online erfahrenen Bestätigung verstärkt werden. Auch die sozialen Beziehungen in der Offline-Welt spielen hier eine Rolle. Liegen in den Bezugsgruppen der Offline-Welt antisemitische Einstellungen vor, steigt damit auch die Bereitschaft, sich antisemitische Deutungen aus dem Internet anzueignen, da sie mit dem „Wertesystem der [...] Gruppe" übereinstimmen.[6] Dasselbe gilt auch, wenn eine Bezugsperson, der ein hoher Status zugeschrieben wird (wie beispielsweise ein Elternteil), antisemitische Einstellungen zeigt.[7]

Eine Bestätigung je eigener antisemitischer Haltungen führt dazu, dass sich Menschen ermuntert sehen, ihre eigenen antisemitischen Ansichten (offener) kundzutun. Durch diesen Mechanismus gegenseitiger Verstärkung wird die Kommunizierbarkeit antisemitischer Einstellungen im gesellschaftlichen Maßstab kontinuierlich ausgeweitet.

Antisemitische Aufladungen in gegenwärtigen Diskursen

Anhand einiger Beispiele für Diskurse, die für antisemitische Aufladungen genutzt werden, zeigen wir Auszüge aus dem vielgestaltigen Spektrum, in dem Antisemitismus kommuniziert wird. Antisemitische Botschaften schlie-

---

[5] Vgl. Altendorfer, Otto: Einführung in die Kommunikationswissenschaft, S. 186. In: Medienmanagement. Bd. 1. Methodik – Journalistik und Publizistik – Medienrecht. Hrsg. von Otto Altendorfer u. Ludwig Hilmer. Wiesbaden 2009, S. 167–196.

[6] Jäckel, Michael: Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung. Wiesbaden 2011, S. 85.

[7] S. zu den sozialen Verstärkungsfaktoren von Antisemitismus auch Böckler, Nils u. Andreas Zick: Antisemitische Hetze im Internet und auf der Straße. Zur sozialpsychologischen Funktion des Hasses und zu Eskalationsfaktoren im On- und Offlinebereich. Schwerpunktthema Antisemitismusbericht 2015. Zürich 2016. http://www.antisemitismus.ch/content/antisemitische-hetze-im-internet-und-auf-der-strasse (31. 10. 2017).

ßen an unterschiedlichste Themen bzw. Kontexte an, sind jedoch meist an Themen in Zusammenhang mit Israel oder Jüdinnen und Juden angelagert. Weitere bevorzugte Themen sind Ereignisse, die mithilfe von Verschwörungstheorien gedeutet werden, Finanzwesen etc. Auch bestimmte Personen oder Gruppen geraten aufgrund ihres Jüdischseins, ihres Engagements gegen Antisemitismus etc. ins Visier antisemitischer User/-innen.

Der bedeutendste Anknüpfungspunkt der gegenwärtigen antisemitischen Kommunikation ist Israel. Thematisch beziehen sich antisemitische Zuschreibungen hier überwiegend auf den Nahostkonflikt. Aber auch jeder andere Sachverhalt, in dessen Zusammenhang Israel genannt wird (seien es Sportveranstaltungen, Wirtschaftsnachrichten, Tourismus, Neuigkeiten aus Wissenschaft oder Kultur), wird als Anlass genutzt, Israel abzuwerten oder auszugrenzen. Selbst wenn in Zusammenhang mit den letzteren Themenfeldern in den redaktionellen oder anderen auslösenden Ausgangstexten der Nahostkonflikt ursprünglich nicht thematisiert wurde, werden diese Themen jedoch spätestens in den zugehörigen Kommentaren über eine Themenverschiebung mit dem Nahostkonflikt in Verbindung gebracht und antisemitische Zuschreibungen an Israel bzw. Israelis geheftet. Besonders häufig wird Israel mit den Zuschreibungen Aggressor, Apartheidstaat, Kriegsverbrecher und den Stereotypen der Rachsucht und des Kindermords belegt und dadurch dämonisiert und delegitimiert. Im direkten Zusammenhang mit der Thematisierung von Ereignissen aus dem Nahostkonflikt treten die genannten und andere Zuschreibungen noch einmal in größerer Dichte auf. Antisemitische Zuschreibungen werden auch prominent realisiert, indem Israels Politik und Handeln mit denen des Nationalsozialismus oder von Kolonialmächten verglichen werden. Dies ist ausführlicher Thema im nächsten Abschnitt.

Im Vorwurf des Kindermords gegenüber Israel im Nahostkonflikt beispielsweise erfolgt eine Aktualisierung des antijudaistischen Ritualmordstereotyps, bei dem Jüdinnen und Juden unterstellt wurde, sie würden christliche Kinder für rituelle Zwecke töten. Diese antisemitische Zuschreibung kann mit weniger Tarnung geäußert werden, da der zugrundeliegende realweltliche Sachverhalt (dass in dem Konflikt tatsächlich Kinder durch die israelische Armee getötet werden) nicht mehr erfunden werden muss. Das Antisemitische der Zuschreibung liegt einerseits in der Einordnung dieses Sachverhalts als Mord – dessen Kriterium, der Vorsatz, würde bedingen, dass Kinder vorsätzlich und gezielt getötet werden würden – und andererseits darin, dass Kindermord als überzeitliches Handlungsmerkmal (Charakteristikum eines Stereotyps) von Israelis dargestellt wird. In der folgen-

Mit CamScanner gescannt

den Variante wird die Zuschreibung Netanjahu personifizierend für Israelis untergeschoben, wobei hier zusätzlich Mordlust im Wortsinne – Genuss – unterstellt wird.

> Ganze zeit heißt es israel verteidigt sich deswegen waren sie bis in den Libanon einmaschiert und deswegen sagt benjamin netenjahu im fernsehen das es ihm spaß macht über palestinänsischen kinder mit dem panzer zu fahren.[8]

Als Reaktion auf Messerattacken durch Palästinenser/-innen in Israel, die zumeist auf Zivilist/-innen abzielten (vor allem in den Jahren 2015 und 2016), folgte häufig die Einschätzung, die Opfer seien selbst schuld an ihrem Schicksal. Damit wird indirekt kommuniziert, dass sie an der antisemitischen Motivation, die als Triebfeder dieser Anschläge auszumachen ist, Schuld trügen. Übernommen wird die Begründung der Täter/-innen und derer, die sie anstiften, dass dieses Handeln eine verzweifelte Konsequenz aus der israelischen Politik gegenüber den Palästinenser/-innen sei.

> Agressive Besatzungspolitik – […] Die Palästinenser mussten einfach mal Platz machen, damit auf dem Sahnestück des Territoriums ein jüdischer Staat gegründet werden kann. Vor diesem Hintergrund sind die Palästinenser in den vergangenen Jahren doch ziemlich friedlich gewesen. Ich kann aber auch verstehen, dass die sich nicht alles gefallen lassen wollen. Aber gegen die hochgerüstete israelische Armee können die keinen offenen Kampf gewinnen.[9]

Auf diese Weise wird jene vorgeschobene Kontextualisierung akzeptiert, die verdecken soll, dass die Mordabsicht an jüdischen Israelis auch mit einer gesamtpolitischen Lage nicht erklärt werden kann. In entsprechenden Kommentaren werden die Opfer über die Verweigerung von Mitgefühl diskursiv allein gelassen.[10] Aber auch insgesamt sind in der Kommunikation über Israel eine wachsende indifferente Haltung gegenüber dessen Nöten bzw. eine Ablehnung Israels selbst zu beobachten.[11]

Für die Ereignisse im Nahostkonflikt werden auch deutsche Jüdinnen und Juden haftbar gemacht, wenn sie sich öffentlich gegen eine Verdammung

---

[8] User/-innenkommentar, Youtube, Januar 2018.

[9] Leser/-innenkommentar, Spiegel Online, 17. 10. 2015.

[10] S. zu Emphatieverweigerung Monika Schwarz-Friesel/ Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin/Boston 2013, S. 91–97 u. S. 280–282.

[11] Diese Ablehnung unterscheidet sich von einer dezidierten und begründeten Kritik an konkreten Aspekten israelischer Politik, die eben nicht pauschalisiert, sondern differenziert, die das Kritisierte klar umreißt und daneben auch zulässt, dass als neutral, positiv oder negativ zu Bewertendes nebeneinander erkannt und akzeptiert wird.

Israels bzw. für eine differenzierte Betrachtung der Lage aussprechen. Aber auch öffentliche Stellungnahmen des Zentralrats der Juden oder prominenter Jüdinnen und Juden zu anderen Themen wie Migration, Erinnerungspolitik etc. werden vielfach abgelehnt und als anmaßende Einmischung in gesellschaftliche Belange gedeutet. Sekundärantisemitisch wird ihnen das Stereotyp Nörgler/Mahner zugewiesen. Diese Verweigerung der Teilhabe von Jüdinnen und Juden am gesellschaftlichen Leben wird häufig ebenfalls durch den diskursiven Ausschluss aus der deutschen Gesellschaft mittels einer Gegenüberstellung verstärkt: Jüdinnen und Juden sollten Deutschen keine Vorschriften machen. Wenn es darüber hinaus heißt, deutsche Jüdinnen und Juden sollten sich einmal um Missstände in „ihrem Land" kümmern, erfolgt zudem indirekt eine diskursive Ausbürgerung (nach Israel). Der folgende Text ist ein Beispiel für eine Verbindung der Vorstellungen, der Zentralrat der Juden würde den Interessen Israels dienen und als unablässiger Mahner auftreten.

> Schon damals hat sich der Zentralrat als verbohrter Verteidiger des israelischen Staates, als Daueranklager der Deutschen verstanden. Die Anklage der Deutschen hat nachgelassen, aber bornierter Verteidiger israelischer Interessen ist der Zentralrat auch heute noch.[12]

Als krisenhaft wahrgenommene politische Ereignisse werden mit antisemitischen Deutungen zu erklären versucht. So wird behauptet, Israel hätte den Islamischen Staat (IS) aufgebaut, um Muslime zu vernichten, die Region zu destabilisieren und aus dem Hintergrund eine eigene Vormachtstellung zu errichten. Darauf aufbauend aber auch alternativ wird unterstellt, Israel suche die Unterstützung derer zu gewinnen, die den IS für eine Bedrohung halten und gemeinsam mit dem IS für Israel die Arbeit der Destabilisierung der Region übernehmen würden. Mit dieser Verschwörungstheorie wird Israel eine außergewöhnliche Skrupellosigkeit, Macht und Machtversessenheit zugeschrieben.

> kann Is überhaupt moslem sein? In der Nähe von is gibt es nur muslimische Länder außer Israel aber Is greift nur muslimische Länder an z. B die Türkei wird seit 2 Wochen mit Raketen angegriffen. […] Aber dort gibt es Israil was nicht Muslim ist der wird nicht von Is angegriffen und Israel greift auch is nicht an ist das nicht komisch?[13]

---

[12] Blogbeitrag, nahost-forum bremen, 1. 10. 2016.
[13] User/-innenkommentar, Youtube, 2017.

Mit CamScanner gescannt

In diesem Kommentar wird eine Verbindung von Israel und IS impliziert, indem behauptet wird, dass der IS nur muslimische Länder angreife und es keinen Konflikt gerade zwischen IS und Israel gäbe. Die Infragestellung des muslimischen Charakters des IS soll als weiterer Hinweis auf einen nichtmuslimischen Ursprung dienen und eine israelische Beteiligung erhärten.

Auf die gleiche Weise ist das mit dem eben genannten inhaltlich verbundene Verschwörungsszenario strukturiert, in dem unterstellt wird, die großen Flüchtlingsbewegungen nach und in Europa wären von Jüdinnen und Juden bzw. Israel gesteuert worden – mit dem Ziel, Europa zu schaden, die europäischen Gesellschaften zu destabilisieren und mit dieser Herausforderung von den eigentlich währenddessen verfolgten Zielen und Handlungen der jeweils imaginierten Akteur/-innen abzulenken. Diesen wird auch hier eine ungeheure Machtfülle und Gewissenlosigkeit unterstellt und die Schuld an einem als belastend oder bedrohlich empfundenen Zustand zugeschoben.

> Wie schaffe ich es, Deutschland und Europa mit Millionen ausländische Menschen zu verwässern? Ich zerstöre mutwillig die Heimat der ausländischen (muslimischen) Völker und diktiere sie sodann mit einem Handbuch geschickt nach Europa. Die Hauptursache der Migrationsfluten nach Europa – allen voran Deutschland – ist das Projekt Eretz-Israel (Großisrael), welches für die Destabilisierung der arabischen Länder verantwortlich ist und die Flüchtlingsströme nach Europa erst ermöglichte.[14]

Im obigen Textausschnitt wird eine vorgebliche Expansion Israels als Ursache für den Krieg in Syrien, Irak etc. und die daraus resultierende Notwendigkeit der Flucht ausgemacht. Israels Absicht sei hier, mittels Schaffung von Fluchtgründen Migration nach Europa zu verstärken und Europa zu „verwässern". Neben der Verschwörungstheorie drückt diese Wortwahl eine Minderung einer nicht näher spezifizierten europäischen Qualität durch hinzukommende Geflüchtete aus und ist ein Beispiel dafür, wie Antisemitismus und Rassismus Hand in Hand gehen.

Ein letzter Aufhänger antisemitischer Kommunikation, den wir in dieser Auswahl präsentieren möchten, ist die 2017 von der Bundesregierung verabschiedete Arbeitsdefinition zu Antisemitismus, mit der eine allgemein verbindliche Grundlage für das Bestimmen von und den Umgang mit Antisemitismus geschaffen werden soll. Davon wird auch im letzten Abschnitt noch einmal die Rede sein. Antisemitische Reaktionen auf den Beschluss riefen an erster Stelle das populäre sekundärantisemitische Stereotyp eines Kritiktabus

---

[14] Blogbeitrag, annaschublog, 21. 7. 2017.

an Israel auf: Diese Definition sanktioniere nach antisemitischer Deutung auch Kritik an Israel.

> Leider ist für den Zentralrat nahezu jede hier geäusserte Israelkritik auch „vermeintlicher" Antisemitismus, was jede sachliche Diskussion über Geschehnisse in Israel hierzulande im Keim erstickt.[15]

Hier wird der Zentralrat der Juden zum wirkungsmächtigen Zensor stilisiert, der sowohl qualitativ als auch quantitativ Maßstäbe setze. Dessen prinzipielle Auffassung von Kritik an Israel als Antisemitismus mache Kritik bzw. die Auseinandersetzung mit ihr in ganz Deutschland weitgehend unmöglich – da sie unter einen Antisemitismus-Verdacht falle. Die Ursache solcher Zuschreibungen ist, dass Menschen mit antisemitischen Haltungen eine Einschränkung ihres Handlungsspielraums, diese frei artikulieren zu können, fürchten und ablehnen. Von User/-innen, die lediglich Kritik äußern, wird dieser Vorwurf nicht erhoben.

Exkurs: Geschichtsbezogene Analogien als Form der Dämonisierung Israels

Neben der Reproduktion antisemitischer Stereotype liegt im Internet eine weitere Erscheinungsform israelbezogenen Antisemitismus vor: Zur Charakterisierung des Nahostkonflikts werden historische Verbrechen Europas angeführt und auf Israels Dasein und Handeln projiziert.[16] Im Rahmen dieser geschichtsbezogenen Analogien ist im deutschen Diskurs die NS-Analogie zentral. Durch den Vergleich des Handelns des jüdischen Staates mit der Monstrosität der NS-Verbrechen wird zum einen Israel dämonisiert. Zum anderen werden diese Verbrechen durch die Behauptung von deren Wiederkehr relativiert. Schreiber/-innen behaupten zwar, ein Bewusstsein hinsichtlich der NS-Verbrechen zu haben – jedoch werden behauptete Lernprozesse als Rechtfertigung für die Unterstellung herangezogen, gegenwärtige Ereignisse würden den Verbrechen des Nationalsozialismus ähneln. Insofern folgt aus einer vermeintlich verantwortungsbewussten Problematisierung die Infragestellung der Singularität der NS-Verbrechen: Der Fokus wird auf die

[15] Leser/-innenkommentar, Zeit Online, September 2017.

[16] Von Verwendungsweisen und kommunikativen Funktionen geschichtsbezogener Analogien handelt die Dissertation von Matthias J. Becker, „Analogien der ‚Vergangenheitsbewältigung'. Projektionen von historischen Verbrechen auf Israel in Leserkommentaren der Zeit und des Guardian". Baden-Baden, im Druck.

Mit CamScanner gescannt

Behauptung gelegt, Israel begehe heute Verbrechen, die jenen aus der Geschichte des eigenen Landes vergleichbar wären. Nationalsozialistischer Terror wird damit zu einem Glied in einer Kette von Verbrechen gegen die Menschheit, die sich gemäß Schreiber/-innen heute im israelisch-palästinensischen Konflikt erneut zutragen würden.

Neben Dämonisierung und Relativierung muss hier der Aspekt der sogenannten Täter-Opfer-Umkehr genannt werden: Gemäß entsprechender Äquivalenzsetzungen werden die Nachkommen der historischen NS-Opfer (Jüdinnen und Juden) zu den gegenwärtigen Täter/-innen (Israelis) erklärt, die heute an den Nationalsozialismus erinnernde Verbrechen verüben würden. Dämonisierung und Relativierung stellen Funktionen dar, die im internationalen Nahostdiskurs und unabhängig von der nationalen Zugehörigkeit der Schreiber/-innen feststellbar sind. Die dritte Funktion hängt jedoch mit ebendieser Zugehörigkeit zu einer nationalen Wir-Gruppe zusammen. Bedingt durch die Funktion der Relativierung wird das eigene Kollektiv entlastet. Es kommt also zu einer diskursiven Überwindung jener Szenarien, die eine Identifikation mit der nationalen Wir-Gruppe maßgeblich behindern. Dies ist umso entscheidender, als dass für viele Deutsche der Holocaust das größte Hindernis für besagte Identifikation darstellt. Über Projektionen können Verbrechen marginalisiert und Exkulpations- sowie Identifikationsbedürfnisse (in Bezug auf die eigene Nation) befriedigt werden. Diese fast schon reflexhafte Bezugnahme im Kontext des Nahostdiskurses ruft eine Ausprägungsvariante von Judenfeindschaft hervor, die in der Antisemitismusforschung als Schuldabwehr- bzw. als Entlastungsantisemitismus beschrieben wird.[17]

In den untersuchten Kommentaren von Leser/-innen der linksliberalen *Zeit* werden NS-Vergleiche in impliziter Form vermittelt. Dies mag damit zusammenhängen, dass sich die Etablierung der NS-Analogie im deutschen Kontext innerhalb des Spannungsfeldes zwischen einerseits dem Wunsch nach Entlastung im Hinblick auf die deutsche Geschichte und andererseits der Ablehnung gegenüber dieser Ausprägung des sekundären Antisemitismus bewegt. Implizitheit wird bei der NS-Analogie unter anderem dann erreicht, wenn die Täterkonzepte[18] nicht klar benannt werden (beispielsweise

---

[17] Schapira, Esther u. Georg M. Hafner: Entlastungsantisemitismus in Deutschland. In: Faber, Klaus u. Julius H. Schoeps, Sacha Stawski (Hrsg.): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik. Berlin 2006, S. 73–83.

[18] Der Terminus „Täterkonzept" bezieht sich im Rahmen von NS-Vergleichen im Nahostdiskurs auf Israel und NS-Deutschland. Dies soll freilich nicht nahelegen, dass es sich tatsächlich um vergleichbare Entitäten handele. Es geht vielmehr um eine Operationalisierung

durch alleinige Erwähnung der Opferkonzepte) oder die Schreiber/-innen Alternativen für den Junktor „wie" (zwischen diesen beiden Konzepten) verwenden. Konkret bedeutet dies, dass sich im *Zeit*-Kommentarbereich keine Äußerung wie „Die Israelis handeln so wie die Nazis" findet. Ein Beispiel für einen sagbaren, da impliziten NS-Vergleich ist folgender Kommentar:

> Viele Israelis können sich bestimmt an die erschreckende Nazizeit und deren Leben in Ghettos erinnern, hoffentlich wird es niemand vergessen. Aber irgendwie sehe ich doch gewissen Parallelen, wie die Palästineser leben und deren Existenz nach und nach durch Landraub und Siedlungsbau gefährdet wird [...].[19]

Die/der Schreiber/-in referiert hier auf die Stellung der NS-Verbrechen im kollektiven Gedächtnis der Israelis. Er nennt Palästinenser/-innen (= gegenwärtiges Opferkonzept), spielt auf Jüdinnen und Juden in der NS-Zeit (= historisches Opferkonzept) allerdings lediglich an (mittels „Leben in Ghettos"). Der Vergleich zwischen beiden Konzepten wird auch nicht explizit hervorgebracht, sondern eine den Junktor „wie" ersetzende, den Vergleich abschwächende Formulierung („gewissen Parallelen") gewählt. Allein mittels Weltwissen (basierend auf „Nazizeit" und „Ghettos") können Leser/-innen einerseits das historische Opferkonzept sowie eine Gleichsetzung zwischen diesem und dem gegenwärtigen Opferkonzept hinsichtlich der Lebensbedingungen entschlüsseln. In einem Folgeschritt kann besagte Gleichsetzung auch auf die beiden Täterkonzepte „Israel" und „NS-Deutschland" ausgedehnt werden, ohne dass der Schreiber dies sprachlich zum Ausdruck bringen muss. Vergleiche dieser Art treten frequent auf. Allerdings besteht der Großteil des Repertoires, mit dem diese brisanten Äquivalenzsetzungen zumindest im *Zeit*-Diskurs verbalisiert werden, aus Anspielungen. Zum einen verwenden Schreiber/-innen (wie im soeben genannten Beispiel) Wörter wie „Ghetto" oder „KZ", sobald sie auf den Nahen Osten verweisen. Zum anderen greifen sie auf ein dem Nationalsozialismus entlehntes Vokabular zurück und unterstellen implizit ideologische Parallelen zwischen beiden Täterkonzepten (beispielsweise mittels „Endlösung der Palästinenserfrage" oder „Vernichtungskrieg"). Insofern wird hier der NS-Vergleich sprachlich

---

entsprechender Zuschreibungen, wie sie in den von Kommentatoren hervorgebrachten Äußerungen verbalisiert (teils auch nur angedeutet) werden. Auf entsprechende Weise ist die Verwendung des Terminus „Opferkonzept" („Jüdinnen und Juden" sowie und „Palästinenser/-innen") zu verstehen.

[19] Leser/-innenkommentar, Zeit Online, 20. 11. 2012.

Mit CamScanner gescannt

auf noch subtilere Weise realisiert, da neben den Anspielungen keine Referenz auf das NS-Szenario erkennbar wird.

Bemerkenswerterweise zeigt die Untersuchung zu Leser/-innenkommentaren auf britischen Medien-Websites wie dem linksliberalen *Guardian* ebenso geschichtsbezogene Analogien. Im *Guardian*-Diskurs wird Israel hingegen weniger mit NS-Deutschland, sondern vielmehr mit Großbritannien während der Ära des Kolonialismus gleichgesetzt. Dies ist auffällig, da dieses historische Szenario für weite Teile der britischen Gesellschaft ein hohes Identifikationspotenzial darstellt, also positiv konnotiert ist und dort nicht bei Referenzen auf gegenwärtige Konflikte angeführt wird. Umfragen zeigen, dass ein hoher Anteil das Empire mit einem Herrschaftsmodell assoziiert, aus dem beiden Seiten – Kolonist/-innen und Kolonisierten – Vorteile erwachsen seien.[20] Mit Blick auf den deutschen Diskurs zur NS-Vergangenheit mag hier vorerst der Eindruck entstehen, dass sich die Frage nach Relativierung und Entlastung der britischen Wir-Gruppe gar nicht erst stellt. Dies gilt auch für die britischen Medien: Der mediale Mainstream Großbritanniens lässt sich zum Großteil als politisch konservativ beschreiben – der *Guardian* hingegen fällt mit seiner Thematisierung historischer Verbrechen Großbritanniens (aus der sich eine inhärente Kritik an uneingeschränktem Nationalstolz ableitet) heraus. In diesem Medium wird Historikern ein Forum geboten, die zu den Verhältnissen in ehemaligen Kolonien forschen und koloniale Verbrechen nachzeichnen. Im Zuge dessen eröffnet sich der Leserschaft eine unbekannte, gegebenenfalls auch verdrängte negative Perspektive auf die Geschichte des eigenen Landes, die in diesem Milieu zudem sicher auch aus anderen Quellen erschlossen wird.

Mit der Gleichsetzung israelischen Handelns mit britischem Kolonialismus dämonisieren und relativieren *Guardian*-Leser/-innen nicht nur, sondern sie leiten eine über Schuldprojektionen realisierte Entlastung der Wir-Gruppe ein. Insofern kann im Nahostdiskurs von parallelen Funktionen im Falle geschichtsbezogener Analogien gesprochen werden: Wie der Nationalsozialismus (nicht nur) im *Zeit*-Diskurs stellt der britische Kolonialismus eine historische Phase dar, die im *Guardian*-Diskurs klar abgelehnt wird und

[20] Diese Debatten zu kolonialer Vergangenheit und nationaler Identität in Großbritannien sind äußerst aktuell. So wird eine Beziehung zwischen Empire-Nostalgie und Bedürfnissen nach einem Brexit diagnostiziert. S. David Olusoga: Empire 2.0 is dangerous nostalgia for something that never existed. The Guardian 2017; https://www.theguardian.com/commentisfree/2017/mar/19/empire-20-is-dangerous-nostalgia-for-something-that-never-existed (19. 3. 2017). Siehe auch: Dahlgreen, Will: Rhodes must not fall. YouGov 2016; https://yougov.co.uk/news/2016/01/18/rhodes-must-not-fall (19. 3. 2017).

somit einer uneingeschränkt positiven Wahrnehmung der jeweiligen Wir-Gruppe entgegensteht. Es lässt sich folglich – wenn auch nicht im gesamtgesellschaftlichen – zumindest im milieuspezifischen *Guardian*-Diskurs eine weitere Spielart von Schuldabwehr und Entlastung in Verbindung mit israelbezogenem Antisemitismus ausmachen. Die im *Guardian*-Kommentarbereich vorliegenden Empire- und Kolonialismus-Analogien werden sowohl über explizite sowie implizite Vergleiche etabliert. Im ersten hier erläuterten Kommentar zieht die/der Schreiber/-in einen Vergleich zwischen dem gegenwärtigen („Palästinenser/-innen") und einem historischen Opferkonzept („Bur/-innen"):

> The oppressed Palestians are detained in Gaza like the Boers in the old times. After the wars the Brits controlled all of South Africa – for decades. […] you see, violence always pays off![21]

Da sich die/der Schreiber/-in allein auf die Opferkonzepte bezieht, handelt es sich um einen impliziten Vergleich. Die Rolle des ebenso benannten historischen Täterkonzepts „British Empire" im Umgang mit Bur/-innen können Leser/-innen über Weltwissensaktivierung erschließen: Neben genannten historischen Täter- und Opferkonzepten verwendet der Schreiber das Verb „detained", was – neben Nennung von „Boers" – als Anspielung auf den Zweiten Burenkrieg zu verstehen ist. Während dieses Konflikts, der mit der Eingliederung der Burenrepubliken in das British Empire endete, wurden mehr als 100.000 Menschen in Internierungslager eingesperrt. In diesem Zusammenhang gilt „in the old times" als Anspielung auf die Kolonialzeit Großbritanniens. Das gegenwärtige Täterkonzept „Israel" kann durch Nennung des Opferkonzeptes, durch Verwendung des Lexems „Gaza" sowie durch Ko- und Kontext erschlossen werden. Israel kontrolliere somit Gaza, welches in diesem Kommentar als Gefängnis einer Kolonialmacht perspektiviert wird. Kolonialismus-Vergleiche im *Guardian*-Diskurs werden häufig (ebenso NS-Vergleiche in der *Zeit*) implizit vermittelt, beispielsweise indem Israelis eine expansionistische Agenda und kolonialrassistische Einstellungsmuster unterstellt werden.

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen beiden Diskursen ist die oben erwähnte Selbstaufwertung der Schreiber/-innen: Sobald deutsche Schreiber/-innen sich im Nahostdiskurs auf die NS-Zeit beziehen, stellen sie nicht selten heraus, die eigene Wir-Gruppe habe aus der Vergangenheit gelernt und könne die daraus gewonnene Sensibilität in einen kritischen Umgang mit

[21] Leser/-innenkommentar, The Guardian, 15. 11. 2012.

Mit CamScanner gescannt

(vermeintlich gleichzusetzenden) Formen gegenwärtigen Unrechts überführen. Auch linksorientierte britische Schreiber/-innen problematisieren das historische Unrecht im Rahmen des British Empire – über die eigene Distanzierung von selbigem bei gleichzeitiger Akzeptanz von Verklärungen der kolonialen Ära (wie sie zu Zeiten des Brexit im britischen Rechtspopulismus bis hin zum Mainstream vorliegen) bringen sie Geschichtswissen, progressives Denken sowie Humanismus zum Ausdruck. Mit der Analyse entsprechender Analogien formte sich die These, dass sich hier salonfähige Formen etablieren, die israelbezogenen Antisemitismus mit der Stärkung nationaler Selbstbilder verbinden. Ihre frequente Vermittlung demonstriert, dass sie offenbar nicht mit der politisch-moralischen Positionierung der Schreiber/-innen kollidieren, wie es im Falle einer Reproduktion antisemitischer Stereotype der Fall wäre.

Umgang mit Antisemitismus im Internet

Da die Auseinandersetzung mit Antisemitismus und dessen Beschaffenheit letztlich stets zu einer Praxis gegen diesen beitragen sollte, lassen wir der Bestandsaufnahme nun einen Blick in mögliche Praxis folgen. Die Instrumente, die zur Verfügung stehen, um Antisemitismus im Internet zu begegnen, sind vielfältig. Im Folgenden präsentieren wir eine Auswahl von Ansätzen, die auf verschiedenen Ebenen wirken. Einige von diesen werden bereits angewendet, sind aber jeweils ausbaufähig oder sollten weitere Verbreitung erfahren, während andere noch zu implementieren wären.

Zunächst einmal ist es notwendig, die inhaltliche Arbeitsgrundlage zu stärken. Im September 2017 nahm die Bundesregierung die Arbeitsdefinition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) zu Antisemitismus an.[22] Dieser Schritt in die richtige Richtung greift leider zu kurz. Die Charakterisierung von Antisemitismus als „bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann" ist eine Definition, auf deren Basis Antisemitismus nicht (umfassend und trennscharf) identifiziert werden kann. Insofern eignet sie sich in dieser Form allein nicht als verbindliche Arbeitsgrundlage. Allerdings sind ihr eine Reihe von

[22] Auswärtiges Amt: Bundesregierung unterstützt internationale Arbeitsdefinition von Antisemitismus; https://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Themen/KulturDialog/06_InterkulturellerDialog/Aktuell/170922-IHRA_Antisemitismus.html?nn=382590 (11. 10. 2017).

Hinweisen zu verschiedenen Aspekten von Antisemitismus zur Seite gestellt, die integraler Bestandteil der Definition sein sollten. Nun ist es geboten, wissenschaftlich fundierte Handreichungen unter Einbeziehung dieser Beispiele zu erarbeiten, die antisemitische Kommunikation detaillierter aufschlüsseln und belegen.

Für die pädagogische Auseinandersetzung mit Antisemitismus im Internet ergeben sich zwei Ansatzpunkte.[23] Zum einen ist dies die Arbeit an den Symptomen in Form einer politischen und ethischen Bildung, die auf Wissen zu antisemitischen Inhalten beruht und die über deren Beschaffenheit und Funktion sowohl präventiv als auch intervenierend aufklärt. Diese Arbeit kann sowohl als eine Online-Pädagogik als auch als klassische Offline-Pädagogik durchgeführt werden. Konzepte der „Digital Streetwork" sind noch neu und kaum verankert, jedoch dringend notwendig und werden in Zukunft aufgrund des Bedarfs an Bedeutung gewinnen.[24] Um dieser Bedeutung gerecht zu werden, müssen sie heute Teil der Schulbildung und ebenso Teil der Ausbildung von Multiplikator/-innen werden. Antisemitismus im Internet ist aber letztlich immer auch ein Phänomen der Offline-Welt. Er wird in Köpfen rezipiert, verinnerlicht und weitergegeben. Daher liegt bei der Pädagogik notwendigerweise weiterhin der Schwerpunkt offline. Der zweite Ansatzpunkt ist die Arbeit an den Ursachen für solche Positionierungen. Dafür müssen die konkreten Motivationen des Zielpublikums (ihre Sichtweisen, Probleme und Bedürfnisse), sich antisemitischer Deutungsmuster zu bedienen, erschlossen und zusammen mit der Thematisierung von deren Funktion in den Fokus gerückt werden. Außerdem ist es notwendig, das Selbst bzw. die Identität von Menschen durch entsprechende Erfahrungen soweit zu stärken, dass antisemitische Deutungsmuster für sie nicht attraktiv sind. Online-Pädagogik ist bei all dem eher auf den Umgang mit den Symptomen beschränkt und kann dementsprechend nur den kleineren, aber trotz allem wichtigen Beitrag der Aufklärungsarbeit leisten. Soweit jedoch in diesem Zusammenhang auch eine Ursachenforschung bei Einzelnen durch direkte Ansprache möglich ist, kann

[23] Weiterbildungen zum Umgang mit Antisemitismus bieten z. B. die Amadeu Antonio Stiftung (u. a. mit der Praxisstelle ju:an), das American Jewish Committee (AJC), das Anne Frank Zentrum, die Bildungsstätte Anne Frank, der BildungsBausteine e. V., die Interventions- und Beratungsstelle OFEK beim Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment (ZWST) und die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e. V.).

[24] S. dazu u. a. „Digital Streetwork. Pädagogische Interventionen im Web 2.0" der Amadeu Antonio Stiftung, „One to One Online Interventions" (https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2016/04/One2One_Web_v9.pdf) und „Counter Conversations. A model for direct engagement with individuals showing signs of radicalisation online" (https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2018/03/Counter-Conversations_FINAL.pdf).

Mit CamScanner gescannt

sie lohnenswert sein. Diesbezügliche politische Bildung sollte so früh ansetzen, wie es die einzusetzende Methode und der Entwicklungsstand der Zielgruppe erlauben, um zu verhindern, dass Kinder und Jugendliche antisemitische Weltdeutungen aus dem Internet als erste Erzählung zu einem Thema ihres Interesses verinnerlichen. Erfolgt sie zu spät, fällt der Aufklärung die Rolle als skeptisch zu betrachtende, da erst hinzukommende, und konkurrierende zweite Erzählung zu, wodurch sie in Hinblick auf die Wirksamkeit deutlich schlechtere Ausgangsbedingungen hat. In diesem Zusammenhang ist die Förderung der Medienkompetenz ein weiterer wichtiger Faktor, um Menschen eine bewusstere Vergegenwärtigung dessen, was sie rezipieren, zu ermöglichen und sie gegen die Versuchungen antisemitischer Deutungsangebote zu wappnen.[25]

Die Tatsache, dass Menschen alltäglich mit Antisemitismus im Internet konfrontiert werden können, auch ohne sich auf diesbezüglich einschlägigen Websites zu bewegen oder sie etwa gelikt zu haben, hebt die Notwendigkeit hervor, sich mit Antisemitismus in allen seinen Ausdrucksformen auseinanderzusetzen. Gerade die unterschwellig kommunizierten Botschaften, die in den Kommentarbereichen von Mainstream-Medien überwiegen, tragen – wenn sie dann auch noch in erst einmal scheinbar unverdächtigen Zusammenhängen wahrgenommen werden – besonders zu einer Normalisierung antisemitischer Deutungen bei. Für die pädagogische Arbeit, aber auch in der alltäglichen Kommunikation, in der Moderation von Medien etc. ist also neben dem Augenmerk auf drastische antisemitische Äußerungen und eventuelle Radikalisierungstendenzen auch Sensibilität für die leisen Töne nötig, mit denen Antisemitismus bemäntelt wird, die z. T. nur mit höherem analytischen Aufwand aufzudecken sind und beispielsweise als (wohlmeinende) Kritik ausgegeben daherkommen. Das heißt, man muss genau hinschauen und über grundlegendes Wissen zu sprachlichen Ausdrucksformen (wie Andeutungen und indirekten Sprechakten) verfügen,[26] um solche Äußerungen dechiffrieren und Zweifeln an der korrekten Interpretation antisemitischer Inhalte begegnen zu können. Auf diesem Wege können die Bedeutungen erkannt und auch (vor und mit dem Zielpublikum) nachgewiesen werden.

Für den Umgang mit antisemitischen Beiträgen in den Sozialen Medien sind funktionierende Meldesysteme der Plattformen und eine Moderation

---

[25] S. zu Förderung von Medienkompetenz u. a. „Internet Citizens. Impact Report" (https://www.isdglobal.org/wp-content/uploads/2017/12/Internet-Citizens-ISD-Impact-Report-Dec-2017.pdf).

[26] S. dazu u. a. Schwarz-Friesel, Monika u. Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin/Boston 2013.

der Kommentarspalten notwendig, die nach standardisierten und zweckmäßigen Kriterien arbeitet. Dafür sind gegebenenfalls Schulungen oder zumindest die Auseinandersetzung mit den Charakteristika von Antisemitismus nötig. Antisemitische Inhalte sollten gelöscht werden und in schweren oder wiederholten Fällen auch die Sperrung eines Accounts in Erwägung gezogen werden.

Es wäre auch denkbar, nicht allein den User/-innen das Melden bzw. Anzeigen von antisemitischen Inhalten zu überlassen, sondern das Internet im großen Maßstab nach antisemitischen Inhalten zu durchsuchen (was Internetkonzerne bereits für andere Inhalte durchführen), um diese ausfindig zu machen und sie in großen Mengen zum Löschen zu melden und/oder anzuzeigen. Der Aufbau einer geeigneten Infrastruktur bedürfte allerdings größerer Anstrengungen, soweit nicht in einer Kooperation auf die Ressourcen eines großen Internetakteurs zurückgegriffen werden könnte – Privatfirmen allein sollte diese Aufgabe nicht überlassen werden.

Zur Gegenrede aufgerufen sind alle, die die Werte der demokratischen Gesellschaft verteidigen wollen. Im Alltag bleibt diese Aufgabe allerdings nur an wenigen Engagierten hängen, die häufig gegen eine Überzahl von User/-innen mit antisemitischen Einstellungen argumentieren und die Frustration wegen der Inhalte und persönlichen Angriffe (allein) bewältigen müssen. Hier kann Vernetzung und koordiniertes Agieren helfen, wie sie in Projekten wie #ichbinhier versucht wird. Allgemein sollten die Regeln für strategisch angemessen eingesetzte Gegenrede eingehalten werden.[27]

Die Möglichkeiten der Strafverfolgung strafrechtlich relevanter Inhalte werden immer noch nicht ausgeschöpft. Für einen wenigstens kleinen Schritt in Richtung Verdrängung antisemitischer Kommunikation aus der Öffentlichkeit müssen entsprechende Inhalte identifiziert, angezeigt und deren Verbreitung geahndet werden. Eine Anzeige ist bei Internet-Beschwerdestellen[28] oder der Polizei möglich. Allein die Identifizierung ist noch ein Feld mit

---

[27] Informationen dazu geben z. B. die Amadeu Antonio Stiftung mit dem Schulungsprojekt „Civic.net – Aktiv gegen Hass im Netz" und Informationen unter http://www.belltower.news/lexikon/gegenrede, das No Hate Speech Movement (https://no-hate-speech.de/de/wissen/), die Democratic Meme Factory (https://la-red.eu/portfolio/democratic-meme-factory/) oder das Institute for Strategic Dialogue mit den Materialien „The Counter-narrative Handbook", „The Impact of Counter-Narratives", „Counter Conversations. A model for direct engagement with individuals showing signs of radicalisation online" und „The Counter-Narrative Monitoring & Evaluation Handbook" (alle unter https://www.isdglobal.org/programmes/research-insight/publications/).

[28] Z. B. bei der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (https://report-antisemitism.de), bei Freiwillige Selbstkontrolle Multimedia-Diensteanbieter (FSM) e. V. und

Mit CamScanner gescannt

Handlungsbedarf. Bei Polizei und Justiz wird mittlerweile vielfach die IHRA-Definition als Arbeitsgrundlage in Bezug auf Antisemitismus genutzt. Dies ist ein richtiger Schritt auf dem Weg zu einer adäquaten und einheitlichen Kategorisierung. Der Volksverhetzungsparagraf und der Straftatbestand der Beleidigung decken die strafbewehrten Teilbereiche antisemitischer Inhalte ab. Allerdings werden aber auch die zur Kenntnis genommenen strafbaren Inhalte dazu oftmals noch nicht adäquat in Beziehung gesetzt. Demgegenüber stehen Handlungen, die einer antisemitischen Motivation folgen, die jedoch selbst nicht strafbar ist. Auch hier muss diese als solche sicher festgestellt werden, damit eine antisemitische Grundierung der Tat eingeschätzt und beim Strafmaß berücksichtigt werden kann. Unsicherheit bei der Bestimmung von Antisemitismus führt in beiden Fällen dazu, dass Strafverfolgung nicht angemessen stattfindet.[29] Definitionskataloge und Schulungen wären hier mögliche Mittel, um einen routinierteren Umgang mit Antisemitismus zu erreichen. Ebenso könnten standardisierte – bei der Erfassung und Auswertung sogar automatisierte – Verfahren für den Umgang mit Hate Speech die Kapazitäten von Polizei und Justiz entlasten und zugleich Strafverfolgung gewährleisten. Polizei- und Justizstellen zur Bearbeitung von Hate Speech sollten im Verhältnis zur mittlerweile erreichten Dimension des Problems ausgebaut werden.

Alle Möglichkeiten der Suchmaschinenoptimierung (SEO) sollten genutzt werden, um sowohl die Auffindbarkeit und Zugänglichkeit anti-antisemitischer Inhalte zu steigern als auch zugleich die Auffindbarkeit antisemitischer Inhalte einzuschränken. Die SEO einer Website dient dazu, ihr zu einer höheren Platzierung in der Ergebnisliste von Suchmaschinen zu verhelfen. Erfolgreiche SEO steigert die Bedeutung der Website in Bezug auf die relevanten Suchanfragen bei den Suchmaschinen. Weniger Sichtbarkeit antisemitischer Inhalte führt zumindest für diejenigen, die nicht gezielt nach ihnen suchen, zu weniger Kontakt mit diesen. *Hagalil.com* beispielsweise nimmt schon seit Jahren eine Vorreiterrolle ein und arbeitet unter Berücksichtigung der Regeln der SEO daran, dass das umfassende Angebot ihrer Webseiten zu Neuigkeiten und Wissenswertem aus der jüdischen

---

eco – Verband der Internetwirtschaft e.V. (https://www.internet-beschwerdestelle.de) und jugendschutz.net (https://www.jugendschutz.net/hotline/).

[29] Die Polizei blieb bei antisemitischen Vorfällen auf Demonstrationen im Sommer 2014 bspw. untätig. In der Urteilsbegründung im Prozess Elsässer ./. Ditfurth von 2014, der jedoch einen zivilrechtlichen Fall darstellt und nicht auf eine strafrechtliche Ahndung von Antisemitismus angelegt war, ist die Definition von Antisemitismus stark verengend und irreführend.

Welt, gegen Antisemitismus etc. im Suchmaschinenranking möglichst hoch eingestuft wird und diese damit bestenfalls vor den Suchergebnissen liegen, die auf Websites mit antisemitischen Inhalten führen. So ist es als eine unter vielen möglichen und nötigen Maßnahmen denkbar, bereits vorhandene Ressourcen zu bündeln und eine stärkere Vernetzung der Websites der Akteur/-innen vorzunehmen, die sich gegen Antisemitismus oder andere Formen von Diskriminierung, gegen Verschwörungstheorien etc. wenden, sich der Förderung von Demokratie und Pluralismus verschrieben haben oder über jüdisches Leben informieren. Ebenfalls wichtig für das Ranking ist die Reichweite in den Sozialen Medien (die für sich genommen schon bedeutsam ist). Hier wäre darüber nachzudenken, inwieweit durch eine Kooperation von Akteur/-innen ein Verbund geschaffen werden kann, der gemeinsam auftritt und ein höheres Rating auch darüber erreicht, dass die Likes, Shares, Retweets etc. gebündelt und zusammen gezählt würden.

Fazit

Antisemitismus liegt im Internet in der ganzen Bandbreite seiner Formen vor. Die spezifischen Kommunikationsbedingungen führen dazu, dass antisemitische Beiträge aufgrund der Anonymität und der weitgehenden Abwesenheit von Kontrolle äußerst frei kommuniziert werden können. Dort, wo Sanktionen zu erwarten sind, dominieren implizite Äußerungen, die deren Brisanz verdecken (sollen). Die scheinbar harmlosen impliziten Formen, aber auch einige Formen expliziter, gegen Israel gerichteter Hassrede erfahren eine höhere Akzeptanz und tragen so zu einer Normalisierung antisemitischer Äußerungen bei. Die Kommunikationsbedingungen begünstigen zudem die Verbreitung antisemitischer Inhalte maßgeblich, da diese einem viel größeren Publikum zugänglich werden und User/-innen erreichen, die nicht speziell antisemitische Inhalte zu rezipieren wünschten und im Umgang mit diesen meist auf sich gestellt sind. Bei Personen, die nicht auf eine kritische Auseinandersetzung mit diesen Inhalten vorbereitet sind, kann dies zur allmählichen Übernahme antisemitischer Einstellungen führen. Antisemitische Beiträge schließen an ein großes Spektrum von Themen an, worunter diejenigen am prominentesten sind, die sich mit Israel in Verbindung bringen lassen. Wie in einer Untersuchung gezeigt werden konnte, etabliert sich mit geschichtsbezogenen Analogien (NS- und Kolonialismusvergleiche) eine Form von israelbezogenem Antisemitismus, die Schuldentlastung in Bezug auf die Geschichte des eigenen Landes mit der Abwer-

Mit CamScanner gescannt

tung Israels verbindet und die aufgrund einer zur Schau getragenen kritischen Geschichtsbewusstheit Gesellschaftsfähigkeit beansprucht. Für Prävention, Intervention und Sanktionen fehlt weiterhin eine verbindliche und realistische Arbeitsgrundlage in Form von Definitionen bzw. deren sachgemäße Überführung für eine praktische Anwendung. Neben Aufklärung und Bildungsarbeit steht eine ganze Reihe von Möglichkeiten digitaler Interventionen bereit, die jedoch ebenso wie strafrechtliche Sanktionen bislang kaum genutzt werden.

Daniel Poensgen, Benjamin Steinitz

Alltagsprägende Erfahrungen sichtbar machen. Antisemitismus-Monitoring in Deutschland und der Aufbau des Meldenetzwerkes RIAS

Im Sommer 2017 besuchte ein junger Mann gemeinsam mit seiner Mutter einen Hofflohmarkt in Leipzig. Beide sind jüdisch, zahlreiche Verwandte der Mutter wurden in der Shoah ermordet. Als die beiden gerade dabei waren, den Flohmarkt wieder zu verlassen, bemerkte der Betroffene einen Mann, der auf vier Personen einredete: „Die Israelis wollen das palästinensische Volk ausrotten." Der Betroffene intervenierte, doch der Mann ließ sich nicht beirren. Es entwickelte sich ein Gespräch, in dem antisemitische Stereotype mit Israelbezug geäußert wurden, bis der Mann sogar die Shoah leugnete: „Mit der Holocaustkeule brauchst Du mir nicht zu kommen! An den Holocaust glaube ich schon lange nicht mehr. Den Holocaust hat es nicht gegeben. Die Leute, die das wissenschaftlich belegen können, sitzen hierzulande im Gefängnis." Andere Flohmarktbesucher/-innen und Händler/-innen gesellten sich zu der Auseinandersetzung. Sie unterstützten den Betroffenen jedoch nicht, sondern versuchten ihn zu beschwichtigen oder provozierten ihn sogar: So leckte eine Frau bewusst nah am Gesicht des jungen Mannes an einer Kugel Eis. Nach der Shoah-Leugnung beendete der Betroffene das Gespräch und verließ zunächst gemeinsam mit seiner Mutter den Flohmarkt. In den kommenden Stunden und Tagen traf der Betroffene noch zweimal auf Personen, die bei dem Vorfall ebenfalls zugegen waren. Beide Male wurde von diesen einerseits behauptet, den Vorfall in seiner Tragweite nicht erkannt zu haben, und zugleich gefragt, ob der Betroffene einen jüdischen Hintergrund habe und deswegen besonders sensibel sei. Die Schilderung verdeutlicht anschaulich, wie unterschiedliche Formen des Antisemitismus in einer konkreten Situation ineinandergreifen:

Mit CamScanner gescannt

Die Behauptung, Israel wolle das palästinensische Volk ausrotten, stellt eine Dämonisierung des jüdischen Staates dar, die auch ganz grundsätzlich auf die Legitimität seiner Existenz abzielt. Bei der Behauptung handelt es sich hierbei auch um eine Täter-Opfer-Umkehr: In einer solchen wird aus dem Versuch, individuelle oder kollektive Schuld abzuwehren, Jüdinnen und Juden eben das vorgeworfen, was ihnen selbst angetan wurde. Waren es also tatsächlich die Deutschen, die das jüdische Volk ausrotten wollten, wirft der Mann dies nun Jüdinnen und Juden vor, mit den Palästinenser/-innen als imaginiertes Opfer einer geplanten Vernichtung. Dass es sich bei seiner Aussage um eine Täter-Opfer-Umkehr im skizzierten Sinne handelt, legt auch die anschließende Shoahleugnung nahe. Diese ist nicht nur als extreme Form der Schuldabwehr antisemitisch, sondern auch weil sie unterstellt, dass Jüdinnen und Juden mit Hilfe der „erfundenen" Shoah andere Nationen und insbesondere die Deutschen unterdrücken und ausbeuten würden. Schließlich wird von den anwesenden Zeuginnen und Zeugen im Gespräch mit dem Betroffenen der antisemitische Gehalt der Situation geleugnet und dieser zum Problem der besonderen Sensibilität von Jüdinnen und Juden erklärt. Dies kann als eine Form antisemitischen Otherings gedeutet werden: Jüdinnen und Juden werden hierbei als anders, fremd und als nicht zur eigenen Wir-Gruppe dazugehörig wahrgenommen.

Ortswechsel nach Berlin-Mitte: Nachdem ein Büroangestellter eines großen Berliner Unternehmens anlässlich verschiedener jüdischer Feiertage bei seinem Arbeitgeber Urlaub beantragt hatte, war seine Religion im Kollegium bekannt. Zuvor hatte er sein Jüdischsein geheim gehalten. In der Abteilung des Mannes kam es unabhängig hiervon zu Konflikten – im Januar 2017 richtete sich die Vorgesetzte direkt an den Mann und sprach ihn an: „Die Verwaltung während der NS-Zeit war doch sehr effektiv?!" Der Mann war verdutzt und reagierte zunächst nicht. Auch eine anwesende Arbeitskollegin reagierte nicht und blickte einfach weg. Daraufhin wiederholte die Vorgesetzte ihre Frage drängender: „Die Verwaltung während der NS-Zeit war doch sehr effektiv, oder?!" Auch nun schwieg der Mann. Gegenüber der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin schilderte er: „Normalerweise bin ich nicht auf den Mund gefallen, aber das hat mich kalt erwischt." Doch auch von den anwesenden Kolleginnen und Kollegen gab es keinen Widerspruch. In den folgenden Wochen schwelte der Konflikt weiter, der Betroffene konnte zwar eine Kündigung mit Hilfe des Betriebsrates abwenden, eine Versetzung in eine andere Abteilung jedoch nicht. Schließlich wechselte er die Arbeitsstelle. Aus Perspektive der RIAS Berlin liegt in diesem Fall eine Form des Post-Shoah-Antisemitismus vor: In dessen Rahmen

werden Jüdinnen und Juden gerade aufgrund der Shoah und der mit ihr verbundenen Irritationen positiver (kollektiver) Selbstbilder abgelehnt. Die geschmacklose Konfrontation eines Juden mit der Effizienz nationalsozialistischer Verwaltung, welche die Shoah maßgeblich mitorganisierte, findet hier auch in einem vom Diskriminierungsverbot besonders geschützten Kontext statt – dem Arbeitsplatz.

Bei den hier geschilderten Situationen handelt es sich um zwei von insgesamt 1.269 Vorfällen, die RIAS im Jahr 2017 registriert hat – 947 davon in Berlin. In beiden Fällen waren jüdische Betroffene unmittelbar mit Formen der Shoahleugnung oder der NS-Verherrlichung konfrontiert – im letzteren Fall sogar ganz gezielt. In beiden Fällen standen die Betroffenen mit ihren Erfahrungen zunächst alleine da, Solidarisierungen und Unterstützung aus der nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaft blieben zunächst aus. Beide Situationen beschreiben durchaus typische Problemlagen von Jüdinnen und Juden in Deutschland: Antisemitismus ist für sie ein alltägliches Phänomen, das in ganz unterschiedlichen Situationen auftritt. Nicht immer müssen die Vorfälle hierbei auch strafrechtlich relevant sein. Auf eine empathische Anteilnahme oder gar eine solidarische Öffentlichkeit hoffen Betroffene oft vergeblich.

Die nicht-jüdische Mehrheitsgesellschaft nimmt Antisemitismus häufig nicht als sonderlich relevantes Problem wahr. Dies liegt auch an den Quellen, aus denen Menschen, die nicht selbst von Antisemitismus betroffen sind, etwas über seine aktuelle Verbreitung und Form erfahren können: So fragt die Einstellungsforschung vor allem nach den Haltungen zu antisemitischen Aussagen in der Mehrheitsgesellschaft – Rückschlüsse auf das tatsächliche Handeln der Befragten lassen sich hieraus jedoch nicht ziehen. Die Antworten der an den Umfragen Teilnehmenden erfolgen häufig sozial erwünscht, und anstelle der Betroffenenperspektive stehen auch hier die Äußerungen von Antisemitinnen und Antisemiten im Fokus. Auch die polizeiliche Kriminalstatistik ist nur bedingt aussagefähig für das tatsächliche Ausmaß von Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft: Neben statistischen Mängeln, auf die im Folgenden noch eingegangen wird, kann sie nur strafrechtlich relevante Formen von Antisemitismus erfassen. Dass zuweilen auch die Justiz bei der Verfolgung antisemitischer Delikte scheitert, zeigen Urteile, die selbst explizite antisemitische Äußerungen als solche nicht zur Kenntnis nehmen. Betroffene antisemitischer Straftaten berichteten gegenüber RIAS häufiger von der Einstellung von Gerichtsverfahren, zudem werden antisemitische Motivationen auch aufgrund begrifflicher Schwierigkeiten durch Gerichte und Staatsanwaltschaften regelmäßig nicht berücksichtigt. Die Reproduktion antisemitischer Stereotype in einigen Medien trägt dazu bei, dass Betroffene

Mit CamScanner gescannt

sich auch selten an Journalisten wenden. Das zivilgesellschaftliche Monitoring von RIAS Berlin zeichnet hingegen antisemitische Vorfälle aus der Perspektive der Betroffenen auf. Im Folgenden soll diese Arbeit detaillierter vorgestellt werden. Hierfür wird zunächst auf die Problematik des Dunkelfeldes bezüglich antisemitischer Vorfälle in Deutschland eingegangen: Insbesondere in Befragungen innerhalb der jüdischen Communities werden zahlreiche Gründe für Betroffene genannt, antisemitische Vorfälle weder der Polizei noch zivilgesellschaftlichen Stellen zu melden. Defizite der polizeilichen Kriminalstatistik aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive werden ebenfalls aufgezeigt. Im Anschluss wird im Kontrast hierzu die Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle durch RIAS geschildert. Erste Ergebnisse der Arbeit von RIAS Berlin werden am Beispiel antisemitischer Ausdrucksformen mit Bezug auf Israel dargestellt – was kann auf Basis der von RIAS erfassten Fälle über den israelbezogenen Antisemitismus, seine aktuelle Verbreitung und Qualität geschlossen werden? Insbesondere werden beispielhaft Ergebnisse eines Monitorings antisemitischer Versammlungen in Berlin dargestellt.

Einblick ins Dunkelfeld: Probleme bei der Erfassung antisemitischer Vorfälle

Nimmt man die polizeiliche Kriminalstatistik zum Maßstab für das Ausmaß und die Entwicklung antisemitischer Vorfälle in der Bundesrepublik, stößt man auf ein erhebliches Dunkelfeld, das sich zunächst auf zwei Ursachen zurückführen lässt: Einerseits wird nur ein Bruchteil der antisemitischen Straftaten überhaupt bei der Polizei angezeigt. Andererseits sind viele antisemitische Äußerungen und Handlungen strafrechtlich gar nicht relevant.

Strafrechtlich relevant wird Antisemitismus zum einen dann, wenn sich Straftaten wie Tötungs- und Körperverletzungsdelikte, Brandstiftungen, Widerstandsdelikte, Sachbeschädigungen oder Beleidigungen auf eine antisemitische Motivation der Täterin oder des Täters zurückführen lassen. Diese antisemitische Form der „Hasskriminalität" liegt vor, wenn sich die Tat gegen eine Person oder Personengruppe aufgrund deren Nationalität, Volkszugehörigkeit, Religion oder anderen überindividuellen Merkmalen richtet.[1]

[1] Vgl. Deutscher Bundestag: Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Drucksache 18/11970. http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/119/1811970.pdf (22. 8. 2017), S. 30.

Auch Straftaten gegen eine Institution/Sache oder ein Objekt können Teil antisemitischer „Hasskriminalität" sein. Wichtig ist hierbei, dass es sich auch ohne antisemitische Motivation um eine Straftat handeln würde. Kritisiert wird beispielsweise in einer Studie von Kati Lang, dass bei diesen „vorurteilsmotivierten" Gewaltverbrechen insgesamt die Tatmotivation zu wenig beachtet wird: So nehme die Berücksichtigung einer z. B. antisemitischen Motivation im Verlauf von Strafprozessen sukzessive ab.[2] Jenseits der antisemitischen Motivation kommen zum anderen unterschiedliche Straftatbestände in Betracht, unter die antisemitische Vorfälle subsumiert werden können.[3] Letztere sind häufig entweder Beleidigungsdelikte (§§ 185ff. StGB) oder erfüllen den Volksverhetzungstatbestand (§ 130 StGB). Zudem ist in § 86 StGB das Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen verboten, z. B. solcher, die sich „gegen den Gedanken der Völkerverständigung" richten oder die „Bestrebungen einer [...] nationalsozialistischen Organisation" fortsetzen. Sowohl im Vereins- als auch im Versammlungsgesetz finden sich Vorschriften, die vor antisemitischen Äußerungen schützen können.[4] Insgesamt greift dieser rechtliche Schutz jedoch tendenziell immer in den Schutzbereich von Art. 5 Abs. I GG ein – dem Schutz der Meinungsfreiheit – und ist somit mit besonderen rechtlichen Schranken konfrontiert.

Doch auch unabhängig von der tatsächlichen strafrechtlichen Relevanz ergeben die Schilderungen von Betroffenen antisemitischer Vorfälle, dass viele antisemitische Erfahrungen bislang weder bei der Polizei zur Anzeige gebracht noch bei Beschwerdestellen gemeldet wurden. So wurde erstmals auf das Problem des sogenannten „Underreporting", also dem Nicht-Melden oder Nicht-Anzeigen antisemitischer Vorfälle in einer europaweiten Umfrage der European Agency for Fundamental Rights (FRA) aus dem Jahr 2013 hingewiesen. 26 % der 609 befragten Jüdinnen und Juden in Deutschland gaben an, in den 12 Monaten vor dem Zeitpunkt der Befragung wegen ihres Jüdischseins beleidigt und beschimpft worden zu sein. 71 % jener Betroffenen hatten den schwerwiegendsten Vorfall weder bei der Polizei angezeigt noch einer zivilgesellschaftlichen Organisationen mitgeteilt.[5] Befragt nach den

[2] Vgl. Lang, Kati: Vorurteilskriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten in Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte. Baden-Baden 2014, S. 467.

[3] Zu den folgenden Ausführungen vgl. Lagodinsky, Sergey: Kontexte des Antisemitismus. Rechtliche und gesellschaftliche Aspekte der Meinungsfreiheit und ihrer Schranken. Berlin 2013, S. 223ff.

[4] Vgl. ebd.

[5] European Union Agency for Fundamental Rights (FRA): Erfahrungen der jüdischen Bevölkerung mit Diskriminierung und Hasskriminalität in den Mitgliedstaaten der Euro-

Mit CamScanner gescannt

Gründen hierfür gab die Mehrheit dieser Gruppe an, dass eine Meldung nichts geändert hätte, dass ihnen so etwas ständig passiere, sie damit selbst zurechtkommen und eine Anzeige bei der Polizei oder die Meldung bei einer zivilgesellschaftlichen Organisation zu bürokratisch und zeitaufwendig sei.[6] Zu einer ganz ähnlichen Quote des „Underreporting" kam eine Online-Befragung, an der sich im Mai und Juni 2016 insgesamt 535 Jüdinnen und Juden in Deutschland beteiligten.[7] Hier gaben 72 % an, „einen besonders ausgeprägten Fall von Antisemitismus" nicht oder eher nicht bei der Polizei angezeigt oder bei einer Beschwerdestelle bzw. Gemeinde gemeldet zu haben.[8] In einer Studie der Kriminologischen Forschungsstelle des Landeskriminalamtes Niedersachsen von 2017[9] wurde aus dem Verhältnis der angezeigten zu den erlebten Opfererfahrungen eine Hochrechnung über das Dunkelfeld der „Hasskriminalität" im Bundesland angelegt. So waren in der Polizeilichen Kriminalitätsstatistik des Landes 867 angezeigte Straftaten von Hasskriminalität für das Jahr 2016 aufgeführt. Die Anzeigequote durch Betroffene lag im gleichen Zeitraum jedoch lediglich bei 12 %. Das ungefähre Ausmaß der Hasskriminalität in Niedersachsen lag somit 2016 laut der Studie bei 7.225 Straftaten, von denen 88 % nicht-angezeigte „Opfererfahrungen" waren.[10] Wenngleich das Problem des Dunkelfelds für alle Bereiche der Kriminalität gilt, scheint es für „Hasskriminalität" eine ganz besonders große Rolle zu spielen. Die Anzeigequote ist nach Sexualdelikten (6,2 %) mit Abstand am geringsten. Die besonderen Anforderungen bei der Bearbeitung derartiger Delikte ergeben sich auch aus den Gründen, weshalb keine Anzeigen gestellt wurden. So gaben „Opfer von Hasskriminalität" häufiger als jede andere untersuchte Opfergruppe als Gründe für ein Nicht-Anzeigen schlechte Erfahrungen mit der Polizei (23 %), zu viel Mühe, die Polizei einzuschalten

---

päischen Union. http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-factsheet-jewish-people-experiences-discrimination-and-hate-crime-eu_de.pdf (5. 7. 2018), S. 4f.

[6] European Union Agency for Fundamental Rights (FRA): Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedsstaaten. Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus. http://fra.europa.eu/de/publication/2014/diskriminierung-und-hasskriminalitt-gegenber-juden-den-eu-mitgliedstaaten (5. 7. 2018), S. 51–55.

[7] Zick, Andreas u. Andreas Hövermann, Silke Jensen, Julia Bernstein: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus; https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf (5. 7. 2018).

[8] Vgl. ebd., S. 30.

[9] Landeskriminalamt Niedersachsen: Befragung zu Sicherheit und Kriminalität in Niedersachsen 2017. Bericht zu Kernbefunden der Studie; https://www.lka.polizei-nds.de/forschung/dunkelfeldstudie/dunkelfeldstudie---befragung-zu-sicherheit-und-kriminalitaet-in-niedersachsen-109236.html (5. 7. 2018).

[10] Vgl. ebd., S. 53.

(19 %), oder die Angst vor einem Prozess (8 %) an. Jedes vierte „Opfer von Hasskriminalität" nannte als Motivation für das Unterlassen der Anzeigenstellung, Ruhe haben und das Erlebnis vergessen zu wollen, während 8 % Angst vor den Täter/-innen als Grund angaben.[11] Auch wenn die Dunkelfeldstudie in Niedersachsen nicht gesondert nach antisemitischen Straftaten gefragt hat, lässt sich doch auf Grundlage dieser Forschungsergebnisse die Bedeutung von regelmäßigen Befragungen bzw. die polizeiliche Kriminalstatistik ergänzenden Erhebungen zur genaueren Bemessung des Ausmaßes von Hasskriminalität im Allgemeinen und antisemitisch motivierten Straftaten im Besonderen erkennen.

Doch auch falls Anzeige erstattet wird, ergibt sich eine Reihe von Problemen, die eine Erfassung antisemitischer Straftaten in der polizeilichen Statistik erschwert. Im Folgenden wird zunächst auf das Problem der adäquaten Wahrnehmung antisemitischer Straftaten durch Polizeibeamtinnen und -beamte, die die Anzeigen aufnehmen, eingegangen. Diesbezügliche Defizite sind nicht nur durch die Kategorien der polizeilichen Kriminalstatistiken, sondern auch durch fehlende klare Begrifflichkeiten begründet, wie anschließend gezeigt wird. Begriffliche Unklarheiten werden insbesondere bei israelbezogenem Antisemitismus deutlich – durch die teilweise Zuordnung von Straftaten in die statistische Kategorie „Israelisch-Palästinensischer-Konflikt" wurden diese begrifflichen Probleme in der Vergangenheit noch verstärkt.

Grundsätzlich hängt es in hohem Maß von den Erfahrungen, dem Kenntnisstand und der Sensibilität der Beamtinnen und Beamten ab, die eine Anzeige entgegen nehmen, ob diese den zuständigen Stellen der Landeskriminalämter als antisemitische Straftat gemeldet wird.[12] Beispielsweise wurde RIAS Berlin im Juli 2016 eine Bedrohung mit einem Messer auf einem Berliner U-Bahnhof gemeldet, der antisemitische Beschimpfungen vorausgegangen waren. Trotz einer Anzeige tauchte die Bedrohung nicht als antisemitische Straftat in der entsprechenden Statistik des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität (KPMD-PMK) – auf. Auch dem zuständigen Dezernat des Berliner Landeskriminalamtes wurde der Vorfall nicht zur Bearbeitung weitergereicht, wie bei antisemitischen Straftaten vorgesehen. Der Anzeigende hatte bereits bei der Vernehmung vor Ort den Eindruck, dass die Polizeibeamtinnen oder -beamten den antisemitischen Äußerungen, die letztlich tatauslösend für die Stich-

[11] Vgl. ebd., S. 63.
[12] Deutscher Bundestag, Bericht des unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus, S. 33.

Mit CamScanner gescannt

bewegungen mit dem Messer waren, keine sonderliche Aufmerksamkeit schenkten. Der Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus des Deutschen Bundestags (UEA) spricht daher von einer Vermeidungsstrategie der Polizei, der zufolge selbst bei offensichtlich antisemitischen Tatmotiven häufig alternative, nicht politische Tathintergründe angenommen werden.[13] Dieses und weitere RIAS Berlin vorliegende Beispiele vermitteln darüber hinaus den Eindruck, dass die polizeiliche Wahrnehmung einer Tat durch die statistischen Begrifflichkeiten der polizeilichen Kriminalstatistik vorstrukturiert wird. So wurde im oben skizzierten Angriff auf einem U-Bahnhof den antisemitischen Äußerungen des Täters schon bei der Aufnahme weniger Aufmerksamkeit geschenkt, als der mit einer höheren Strafandrohung ausgewiesenen Bedrohung mit dem Messer, welche als Zähldelikt für den Eingang in die Statistik maßgeblich ist. Diese These wird u. a. auch in einem anderen Fall bestätigt, bei dem ein Israeli eine antisemitisch motivierte Verweigerung einer Dienstleistung in einem libanesischen Restaurant in Neukölln zur Anzeige bringen wollte und der Beamte darauf verwies, dass das nicht antisemitisch sei, sondern als Teil des „Israel-Palästina-Konflikts" gedeutet werde. Hier fließen statistische Kategorien aus der PMK also unmittelbar bereits in die Aufnahme der Anzeige ein – dies erschwert eine spätere korrekte Einordnung eines Vorfalls, sollte diese von der Einschätzung der Beamtin oder des Beamten vor Ort abweichen.

Eine weitere Ursache für die Spielräume bei der Motivberücksichtigung besteht auch in der unscharfen Definition, mit dem antisemitische Straftaten erfasst werden. Bis zur Empfehlung der sogenannten „Arbeitsdefinition Antisemitismus" durch die Bundesregierung im September 2017[14] war die einzige inhaltliche Orientierung hinsichtlich antisemitischer Straftaten seitens des Bundesministerium des Innern folgende: „Darunter sind nach der Erläuterung im Definitionssystem zur politisch motivierten Kriminalität Straftaten zu subsumieren, die aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen werden."[15] Eine differenziertere Orientierungshilfe erscheint angesichts der vielfältigen, häufig mit Codes operierenden Ausdruckweisen von

---

[13] Vgl. ebd.

[14] Vgl; https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2017/09/definition-antisemitismus.html. Der komplette Wortlaut der IHRA-Definition findet sich unter https://www.holocaustremembrance.com/index.php/de/node/196 (5. 7. 2018).

[15] Ausschussdrucksache des Deutschen Bundestags 18(4)347 vom 18. 6. 2015: Antwort des BMI auf die Schriftliche Anfrage des Abgeordneten Volker Beck (Bündnis 90/Die Grünen). http://www.volkerbeck.de/wp-content/uploads/2015/06/184347-BMI-Stellungnahme-zu-TOP-17-der-46-Sitzung-des-Innenausschusses-am-6-Mai-2015.pdf (5. 7. 2018).

Antisemitismus z. B. im Kontext von Verschwörungsmythen oder israelbezogenem Antisemitismus als dringend notwendig. Des Weiteren setzt der Passus voraus, dass einer Person eine „antijüdische Haltung" als tatmotivierend nachgewiesen werden kann – eine Haltung, welche zu leugnen für antisemitische Täter/-innen naheliegend ist.

Besonders sichtbar wird die Problematik des Erkennens antisemitischer Straftaten, wenn sich diese explizit gegen Israel oder Israelis richten bzw. mit Bezug auf den Nahost-Konflikt legitimiert werden. So gab es bis 2017 für die im Unterthema „Israel-Palästina-Konflikt" des Themenfeldes „Krisenherde/Bürgerkriege" der als „Politisch motivierte Kriminalität" erfassten antiisraelischen Straftaten weder eine Erläuterung noch eine Abgrenzung zu solchen mit antisemitischer Motivation. Es wurde jedoch darauf verwiesen, dass antiisraelische zugleich auch als antisemitische Straftaten erfasst werden, wenn sie aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen werden.[16] Aus Berlin sind für das Jahr 2014 mehrere antisemitische Straftaten bekannt, bei denen eindeutige antisemitische Beschimpfungen geäußert und diese der Polizei mitgeteilt worden sind, die sich aber gegen israelische Staatsangehörige richteten. In der PMK-Statistik wurden sie nicht als antisemitisch erfasst, weil die Aussagen sich nach Sicht des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes ausschließlich gegen die israelische Staatsangehörigkeit der Geschädigten gerichtet hätten. So wurde beispielsweise einem israelischen Touristen im Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg eine Kette mit Davidstern abgerissen. Hierbei wurde er antisemitisch beleidigt, wie es zunächst auch in der Pressemitteilung der Polizei hieß. Der Kriminalpolizeiliche Meldedienst ordnete die Tat jedoch später als „ausschließlich antiisraelisch" ein und ordnete sie dem Themenbereich „Israel-Palästina-Konflikt" zu. In Deutschland lebende Israelis, die Antisemitismus erfahren, werden aus Sicht der Polizei anscheinend nicht als Jüdinnen beziehungsweise Juden adressiert und antisemitische Motivationen werden bei einem vermeintlichen Tatkontext Nahost-Konflikt nicht erkannt. Wie hoch die Verzerrung durch die grundsätzlich begrüßenswerte mehrdimensionale Erfassung von antisemitischen Straftaten und antiisraelischen Straftaten genau ist, kann auch deshalb nicht beziffert werden, weil Straftaten im Unterthema „Israel-Palästina-Konflikt" der PMK zum Beispiel auch Verstöße gegen das Versammlungsgesetz oder Widerstandshandlungen gegen die Staatsgewalt im Kontext von antiisraelischen Demonstrationen umfassen, welche in der Regel nicht antisemitisch motiviert sind. Dass die Logik einer Kategorisierung von Straftaten als Ausdruck

[16] Vgl. ebd.

Mit CamScanner gescannt

des „Israel-Palästina-Konflikts" eine zu starke Verengung der polizeilichen Zählweise in Hinblick auf israelbezogenen Antisemitismus mit sich bringe kann, wurde mittlerweile erkannt. Seit Januar 2017 wurde das System dahingehend überarbeitet, dass nun mit dem Schlagwort „Israel" israelfeindliche und seit 2018 mit dem Schlagwort „Palästina" palästinafeindliche Straftaten erfasst werden können. Ob ersteres dazu beiträgt israelbezogenen Antisemitismus auch jenseits von Straftaten vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts zu erfassen, bleibt abzuwarten.

Jedoch können in Bezug auf die begriffliche Fassung antisemitischer Motive in der polizeilichen Praxis durchaus auch Fortschritte verzeichnet werden: So führte die Berliner Polizei im Februar 2018 die oben genannte Arbeitsdefinition Antisemitismus offiziell als Orientierung ein – Berliner Dienststellen sind nun angehalten, die Definition anzuwenden. Mit Hilfe der Arbeitsdefinition könnten in Zukunft auch codierte Formen des Antisemitismus durch die Strafverfolgungsbehörden anders bewertet werden, als dies in der Vergangenheit der Fall war. So äußerte sich beispielsweise im Zuge eines im Winter 2015/2016 stattfindenden Sprachkurses an der Volkshochschule (VHS) Berlin-Reinickendorf eine Teilnehmerin, die zugleich als Dozentin bei der VHS arbeitet, mehrfach israelbezogen antisemitisch. Sie rechtfertigte unter anderem die Morde an jüdischen Sportlern in München 1972 und machte „Zionisten" für den Irak-Krieg verantwortlich. Nachdem sowohl die Lehrerin als auch die Leitung der Volkshochschule den Vorfall bagatellisierten, zeigte eine Kursteilnehmerin die Frau bei der Polizei an. Die Staatsanwaltschaft eröffnete jedoch kein Ermittlungsverfahren: Die Äußerungen hätten sich nicht auf „Angehörige jüdischen Glaubens im Allgemeinen" bezogen und begründeten somit nicht den Anfangsverdacht einer Volksverhetzung. Als „Israelkritik" seien die Aussagen durch die Meinungsfreiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes gedeckt. Bei der Störung eines Vortrags einer Knesset-Abgeordneten und einer Shoah-Überlebenden an der Berliner Humboldt Universität verzichteten die Veranstalter gleich ganz auf eine Anzeige, da sie diese als nicht aussichtsreich einschätzten. Neben unterschiedlichen Zwischenrufen der Störenden – Israel sei ein „kriminelles Apartheid-Regime", das ein solches auch in Europa zu verantworten habe – wurde die Shoah-Überlebende auch direkt angesprochen: „Gerade Sie als eine Holocaust-Überlebende sollten sich schämen, hier zu sitzen und zu rechtfertigen, dass Israel das Gleiche den Palästinensern antut, was Ihnen angetan wurde." Nach der Arbeitsdefinition Antisemitismus wären beide Vorfälle als antisemitisch zu bewerten gewesen. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Anerkennung der Arbeitsdefinition Antisemitismus durch die

Bundesregierung und die Berliner Polizei in Zukunft auch in der Arbeit von Polizeibeamtinnen und -beamten vor Ort auswirken und somit bei Betroffenen vertrauensbildend wirken wird. Besonders wichtig ist die Anwendung der Arbeitsdefinition Antisemitismus durch die Verantwortliche für das Ermittlungsverfahren: die Staatsanwaltschaft. Nur wenn beide Organe der Strafverfolgung mit demselben Begriffsrahmen operieren, können Anzeigen auch zur Eröffnung von Ermittlungsverfahren und gegebenenfalls zur Anklage vor Gericht führen.

Aus dieser vielschichtigen Problemlage aus „Underreporting" und zuweilen fehlender strafrechtlicher Relevanz und Berücksichtigung antisemitischer Motivlagen durch die Polizei und Staatsanwaltschaft ergibt sich, dass die Zahl der durch RIAS Berlin erfassten antisemitischen Vorfälle deutlich von den Zahlen der PMK abweicht, wie die folgende Grafik veranschaulicht.

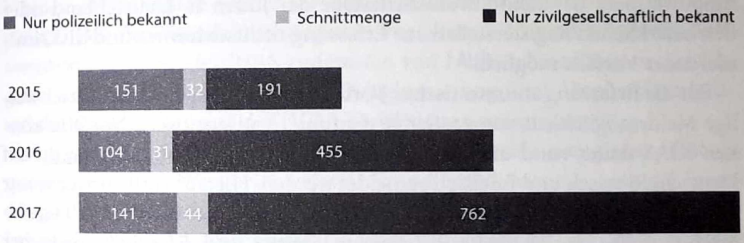


Abb. 1: Vergleich der zivilgesellschaftlichen RIAS- und der polizeilichen PMK-Statistiken nach Gesamtzahl der registrierten Vorfälle 2015–2017. Quelle: RIAS

Ist zwar eine zentrale Ursache für die erhebliche Abweichung der Umstand, dass RIAS anders als der KPMD auch strafrechtlich irrelevante Vorfälle in die Statistik mitaufnimmt, ergibt sich dennoch aus der relativen Konstanz in Hinblick auf PMK-Zahlen und der Schnittmenge bei einem gleichzeitig zu beobachtenden starkem Anstieg der von RIAS registrierten Vorfälle, dass sich mit fortdauernder Arbeit des zivilgesellschaftlichen Meldeangebots von RIAS ein präziseres Bild der Verbreitung und Manifestationsformen von Antisemitismus in Berlin zeichnen lässt. Dieses geht über die Aussagefähigkeit der PMK-Statistiken hinaus. Mit der Berliner Polizei steht RIAS Berlin daher in einem regelmäßigen, anlassbezogenen Austausch. Um auch für andere Regionen Deutschlands eine ähnlich detaillierte Erfassung vorzunehmen, müssen die Absprachen zwischen RIAS Berlin und den Berliner Behörden auch in anderen Bundesländern Anwendung finden.

Mit CamScanner gescannt

Antisemitismus sichtbar machen: Erfassung und Dokumentation durch RIAS

Die zivilgesellschaftliche Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle durch RIAS schließt vor dem Hintergrund eines weit verbreiteten „Underreporting" und anderer Probleme der polizeilichen Kriminalstatistik durch ihre spezifische Arbeitsweise eine Lücke, indem die Perspektive der Betroffenen in den Fokus gerückt und dennoch objektivierbare Daten und qualitative Einblicke in den Antisemitismus als eine für Jüdinnen und Juden in Deutschland alltagsprägende Erfahrung geliefert werden.[17] Beziehen sich die folgenden Ausführungen auf die Arbeit der RIAS, ist die Meldung antisemitischer Vorfälle in Berlin auch bei anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren wie dem Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA), der Beratungsstelle des Kompetenzzentrums für Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland oder den bezirklichen Registerstellen zur Erfassung rechtsextremer und diskriminierender Vorfälle möglich.[18]

Für die Erfassung antisemitischer Vorfälle ist zunächst eine niedrigschwellige Meldemöglichkeit von großer Bedeutung. Antisemitische Vorfälle können RIAS daher rund um die Uhr unter www.report-antisemitism.de auf Deutsch, Russisch und Englisch gemeldet werden. Hierfür sind zunächst nur wenige Informationen notwendig. RIAS ist für Betroffene jedoch auch telefonisch, auf den Social-Media-Plattformen *Twitter* und *Facebook* sowie per Mail erreichbar. Sobald RIAS ein antisemitischer Vorfall gemeldet wird, wird die meldende Person kontaktiert, wobei sich RIAS als parteiisch, solidarisch und empathisch gegenüber den Betroffenen von antisemitischen Übergriffen versteht: Deren Wünsche und Bedürfnisse stehen stets im Mittelpunkt der Arbeit der Meldestelle. Der von RIAS garantierte Vertrauensschutz bedeutet auch, dass Informationen streng vertraulich behandelt werden und dass die Betroffenen darüber entscheiden, wie mit ihren Meldungen umgegangen werden soll. In Hinblick auf das Meldeverhalten profitiert RIAS von der besonderen Situation in Berlin als einer Großstadt mit herausragender politisch-kultureller Bedeutung in der Bundesrepublik: Zum einen können Be-

---

[17] Vgl. Benzing, Anne u. Matthias Müller, Benjamin Steinitz: Monitoring und Beratung im Umgang mit Antisemitismus. Aus der Arbeit der Berliner Projekte MBR und RIAS. In: Sozial Extra 40, 3 (2016), S. 41–43.

[18] Vgl. www.jfda.de (5. 7. 2018, 12), https://zwst-kompetenzzentrum.de/beratung/ (10 7. 2018), http://berliner-register.de/content/vorf%C3%A4lle-melden-report-incident (10. 7. 2018).

troffene antisemitischer Vorfälle in einer anonymen Großstadt wie Berlin darauf bauen, dass eine anonymisierte Veröffentlichung ihrer Meldung auch tatsächlich nicht auf sie zurückzuführen ist. Zudem verfügt Berlin über eine hohe Dichte zivilgesellschaftlicher Organisationen, sodass ein stetig ausgebautes Meldenetzwerk gewährleisten kann, dass eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle RIAS tatsächlich gemeldet wird.

Um ein verifizierbares Bild des Geschehens zu erlangen, wird im direkten Kontakt mit den Betroffenen oder Zeuginnen und Zeugen eine umfassende Beschreibung des antisemitischen Vorfalls erstellt. Hinsichtlich der Frage, ob es sich bei einem gemeldeten Ereignis um ein antisemitisches handelt, orientiert sich RIAS an der im Mai 2016 von den Mitgliedsstaaten der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) verabschiedeten „Arbeitsdefinition Antisemitismus“[19], sowie der 2013 von derselben Organisation veröffentlichten „Arbeitsdefinition zur Leugnung und Verharmlosung des Holocaust“[20]. Erstere wurde für den deutschen Kontext 2014 leicht angepasst.[21] Bei der Veröffentlichung von Vorfällen mit israelbezogenem Antisemitismus verwendet RIAS zudem die von Nathan Sharansky vorgeschlagene Trias aus Dämonisierung, Delegitimierung und Double-Standards, welche einzelne Aspekte der IHRA-Definition widerspiegeln.[22]

Antisemitische Vorfälle werden nach ihrer Verifizierung von RIAS in quantifizierbaren Kategorien erfasst. Grundlegend orientiert sich die Erfassung an der Unterscheidung des Community Security Trust (CST) aus Großbritannien: Die Wohltätigkeitsorganisation unterstützt seit 1994 jüdische Communities im Umgang mit Antisemitismus und hat hierfür unter anderem ein umfassendes Monitoring-Netzwerk aufgebaut. In Anlehnung an diese Erfassung unterscheidet RIAS antisemitische Vorfälle nach den Kategorien extreme Gewalt, Angriffe, Bedrohungen, Sachbeschädigungen, verletzendes Verhalten und Massenpropaganda. Im Jahr 2017 dokumentierte RIAS beispielsweise allein in Berlin 18 antisemitische Angriffe, 23 Bedrohungen und 42 antisemitische Sachbeschädigungen. 679 Fälle wurden der Kategorie verletzendes Verhalten zugewiesen, hiervon ereigneten sich 325 Vorfälle im Internet. Zudem wurden 185 Fälle antisemitischer Massenpropaganda regis-

[19] https://www.holocaustremembrance.com/media-room/stories/working-definition-antisemitism (5. 7. 2018).
[20] Vgl.: https://www.holocaustremembrance.com/de/node/122?focus=antisemitismandholocaustdenial (5. 7. 2018).
[21] Vgl.: http://berliner-register.de/content/antisemitismus (5. 7. 2018).
[22] Vgl. http://jcpa.org/article/3d-test-of-anti-semitism-demonization-double-standards-delegitimization/ (5. 7. 2018).

Mit CamScanner gescannt

triert. Somit wurden im Jahr 2017 in Berlin insgesamt 947 Vorfälle erfasst. Hierunter waren auch 42 von RIAS registrierte Versammlungen wie Demonstrationen und Kundgebungen, bei denen in Aufrufen, Redebeiträgen, mitgeführten Plakaten und Transparenten oder in Form von Parolen antisemitische Stereotype festgestellt wurden. Insgesamt waren 2017 in Berlin 245 Personen unmittelbar von antisemitischen Vorfällen betroffen.[23]

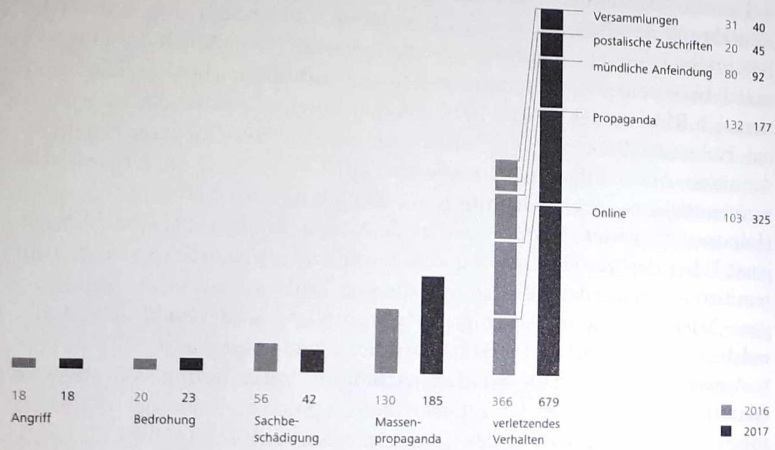


Abb.2: Antisemitische Vorfälle in Berlin nach RIAS-Kategorien 2016–2017. Quelle: RIAS

Jenseits dieser grundlegenden Erfassung nach Vorfallsarten dokumentiert RIAS insbesondere unterschiedliche Formen des Antisemitismus sowie differenziert nach politischen Hintergründen der Täter/-innen. So ordnet RIAS Vorfälle dem modernen Antisemitismus zu, wenn Jüdinnen und Juden etwa im Rahmen von Verschwörungsmythen eine besondere politische oder ökonomische Macht zugeschrieben wird. Religiös begründete Stereotype werden als Teil eines antijudaistischen Antisemitismus erfasst, während sich im Post-Shoah-Antisemitismus auf den Umgang mit den nationalsozialistischen Massenverbrechen bezogen wird, wenn beispielsweise die Shoah geleugnet wird. Stereotype, die dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet werden, richten sich auf antisemitische Weise gegen den Staat Israel. Im

[23] Vgl. Verein für Demokratische Kultur in Berlin e. V. (VDK)/Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS): Antisemitische Vorfälle 2017. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), Berlin 2018. Online unter: https://report-antisemitism.de/media/bericht-antisemitischer-vorfaelle-2017.pdf (5. 7. 2018).

antisemitischen Othering hingegen werden Jüdinnen und Juden als fremd bzw. nicht-dazugehörig beschrieben. Dies ist zum Beispiel der Fall, wenn „Du Jude" als Schimpfwort verwendet wird.

Bei der Erfassung des politischen Hintergrunds der Verantwortlichen für einen antisemitischen Vorfall unterscheidet RIAS grundsätzlich sieben verschiedene politische Spektren und geht damit deutlich über die an der Extremismustheorie orientierte Erfassung der PMK-Statistik hinaus: So werden Vorfälle bei vorliegenden Hinweisen entweder als rechtsextrem, rechtspopulistisch, links-antiimperialistisch, islamistisch, verschwörungsideologisch, israelfeindlich-aktivistisch oder der „politischen Mitte" zugehörig kategorisiert. Zudem werden Gruppen oder Personen einem verschwörungsideologischen Milieu zugeordnet, wenn in ihrer Motivation insbesondere die Verbreitung von antisemitischen Verschwörungsmythen im Vordergrund steht. Sie können in die Rechts-Links-Achse nicht eindeutig eingeordnet werden. Dies gilt auch für das Milieu des israelfeindlichen Aktivismus: Hier überwiegt die israelfeindliche Motivation der Täter/-innen eindeutig gegenüber ihrer sonstigen Positionierung etwa im links-antiimperialistischen, rechtsextremen oder islamistischen Milieu. Die hierunter erfassten Gruppen beschäftigen sich in der Regel monothematisch mit dem israelisch-arabischen Konflikt und sind zudem bereit, in ihrer Feindschaft gegenüber Israel mit Akteurinnen und Akteuren aus anderen politischen Spektren zusammenzuarbeiten. Hierunter sind beispielsweise nationalistische palästinensische Gruppen oder linke Aktivistinnen und Aktivisten zu zählen, die sich unter dem Label „BDS" („Boykott, Desinvestition, Sanktionen") gegen ein Fortbestehen des jüdischen Staates Israel einsetzen. Schließlich werden als „politische Mitte" Personen oder Gruppen erfasst, die sich positiv auf die Bundesrepublik Deutschland beziehen und einem der obigen Spektren nicht zugeordnet werden können.

„Alltagsprägende Erfahrung": Israelbezogener Antisemitismus aus RIAS-Perspektive

Durch diese mehrdimensionale Erfassung der gemeldeten antisemitischen Vorfälle ist RIAS in der Lage, detailliert Auskunft über einzelne Phänomenbereiche des aktuellen Antisemitismus zu geben. Dies soll im Folgenden kurz und beispielhaft am israelbezogenen Antisemitismus und dessen Ausprägungen sowie Manifestationen im Jahr 2017 in Berlin beschrieben werden. Auch an dieser Form des Antisemitismus zeigt sich: Dieser ist für Jü-

Mit CamScanner gescannt

dinnen und Juden vor allem eine alltagsprägende Erfahrung. Antisemitismus begegnet ihnen in sozialen Interaktionen aller Art, sie müssen ihren Alltag daran ausrichten. Jüdinnen und Juden sind täglich gezwungen, das individuelle Verhältnis zwischen ihren vielfältigen jüdischen Identitäten und der Konfrontation mit antisemitischen Artikulationen abzustimmen. Das betrifft Fragen der Sichtbarkeit und Sicherheit, der Konfrontation und Vermeidung.

Insgesamt wurden von RIAS Berlin im Jahr 2017 353 Vorfälle registriert, die dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind. Damit haben 37 % der 947 insgesamt in der Bundeshauptstadt erfassten Vorfälle einen antisemitischen Israelbezug. Unter diesen Vorfällen sind 33 Versammlungen wie beispielsweise Kundgebungen oder Demonstrationen, in deren Rahmen sich u. a. im Aufruf, auf Transparenten oder in Sprechchören antisemitisch geäußert wurde. Israelbezogener Antisemitismus lässt sich jedoch auch darüber hinaus in sämtlichen von RIAS erfassten Vorfallsarten feststellen. So kam es 2017 zu sechs Angriffen, die mit israelbezogenem Antisemitismus einhergingen. Im April 2017 versuchte ein Mann eine Israelfahne anzuzünden, die eine Frau im Rahmen der Kundgebung „Für die deutsch-israelische Freundschaft" am Brandenburger Tor um die Schultern trug. Ein anwesender Zeuge konnte verhindern, dass die Fahne Feuer fing, woraufhin der Mann flüchtete. Das Landeskriminalamt (LKA) ermittelte wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung. In einem anderen Fall, der sich Anfang Mai ebenfalls im Bezirk Berlin-Mitte ereignete, wurde eine Frau ins Gesicht geschlagen und, als sie auf dem Boden lag, mehrfach getreten. Die Frau hatte am Bahnhof Friedrichstraße einen Mann angesprochen, der Schilder mit verschwörungsmythologischen und weiteren antisemitischen Parolen mit Israelbezug trug. Sie sagte zu ihm, er solle das Schild entfernen, weil es antisemitisch sei. Darauf begann der Mann, auf sie einzuschlagen. Da mehrere Passanten eingriffen, konnte die Frau schließlich flüchten. RIAS Berlin registrierte zudem elf Bedrohungen mit antisemitischem Israelbezug. So wurde beispielsweise ein Jude, der Ende November in der U-Bahn unterwegs war und dabei eine Kippa trug, von einer Gruppe junger Männer gefragt, ob er jüdisch sei. Als er auf die Frage nicht antwortete, wurde er abfällig auf Arabisch als „Yahudi" (Jude) und auf Deutsch als „Drecksjude" bezeichnet. Außerdem riefen die Männer „Free Palestine". Dem Mann wurde von Mitreisenden nicht geholfen, auch dann nicht, als er den Nothalteknopf betätigte. Als die Gruppe junger Männer an der nächsten Station die Bahn verließ, schlugen sie von außen auf Höhe des Kopfes des Betroffenen gegen die Scheibe.

Drei Sachbeschädigungen, die sich gegen jüdisches Eigentum oder Gedenkzeichen für die Opfer der Shoah richteten, wurden ebenfalls mit israelbezogenem Antisemitismus legitimiert. Mitte Mai 2017 wurde beispielsweise an die Wände eines Restaurants, das israelische Spezialitäten serviert, die Worte „Zionismus tötet" geschrieben. Der überwiegende Teil der Vorfälle, die RIAS dem israelbezogenen Antisemitismus zuordnete, wurden von RIAS jedoch als „verletzendes Verhalten" erfasst: Darunter sind generell antisemitische Beleidigungen oder sonstige Äußerungen zu verstehen, aber auch Fälle von Diskriminierung am Arbeitsplatz, Graffiti und direkt adressierte antisemitische Kommentare in den sozialen Netzwerken. So besuchte beispielsweise eine jüdische junge Frau mit einer Gruppe von Freundinnen und Freunden sowie Bekannten das Straßenfest „Karneval der Kulturen". Unvermittelt sprach ein junger Mann aus der Gruppe die junge Frau an und sagte, er fände Juden unsympathisch, da sie einander bevorzugen und sich isolieren würden. Auch „die ganze Israel-Sache" fände er nicht in Ordnung. Als die Betroffene erwiderte, das Existenzrecht Israels sei für sie nicht diskutabel, erwiderte er, das sehe er anders. Doch es bleibt nicht bei solchen alltäglichen Begegnungen: Über das Jahr verteilt wurden RIAS zahlreiche Schmierereien gemeldet, die dem israelbezogenen Antisemitismus zuzuordnen sind. In zahlreichen Variationen wird Israel hierin der Tod gewünscht, es finden sich Aussagen wie „Zionisten sind Faschisten", „Fuck USrael" in Verbindung mit Vernichtungsdrohungen gegen Juden. Israel wird als Apartheidstaat dämonisiert und als hinter dem sogenannten Islamischen Staat (IS) stehend fantasiert. Schließlich erhalten jüdische Institutionen und jüdische Personen, die in der Öffentlichkeit stehen, zahlreiche E-Mails und postalische Zuschriften, in denen ihnen in antisemitischer Art und Weise das Verhalten Israels vorgeworfen wird.[24]

Israelbezogener Antisemitismus tritt jedoch nicht nur in sämtlichen von RIAS erfassten Vorfallsarten auf, er wird auch von Personen aus allen politischen Spektren geäußert. So können 13 Vorfälle einem rechtspopulistischen Spektrum zugeordnet werden. Beispielsweise wurden in einer E-Mail an eine jüdische Institution vom Februar 2017 deren Kritik an der Rede des AfD-Politikers Björn Höcke mit der Aufforderung zurückgewiesen, die Institution solle lieber „die Schandtaten der Juden in Israel an den Palästinensern (Landklau – Wasserklau usw.) anprangern". Hier wird nicht nur das Verhalten

[24] Eine systematische sprachwissenschaftliche Analyse derartiger Kommunikate findet sich bei Schwarz-Friesel, Monika u. Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin 2012.

Mit CamScanner gescannt

Israels in einer dämonisierenden Art und Weise dargestellt, Jüdinnen und Juden wird das Recht auf die kritische Teilnahme am politischen Diskurs in Deutschland als vermeintlich „Fremde" abgesprochen. 19 antisemitische Vorfälle mit Israelbezug können dem rechtsextremen Spektrum zugerechnet werden. So wurden RIAS Aufkleber der rechtsextremen Kleinstpartei „Der III. Weg" gemeldet, auf denen eine blutverschmierte Israelfahne mit der Aufschrift „Terrorstaat Israel" zu sehen war. Auf einem Aufkleber der „Kameradschaft Güstrow", der ebenfalls in Berlin verklebt wurde, war neben einer brennenden Israelfahne die Aufschrift „Antisemiten kann man nicht verbieten" zu lesen. 80 Vorfälle hat RIAS dem Spektrum des israelfeindlichen Aktivismus zugewiesen. Aus den zahlreichen Demonstrationen und Kundgebungen, die dieses Spektrum 2017 in Berlin abhielt, kam es vereinzelt auch zu antisemitisch motivierten Angriffen z. B. auf Gegendemonstrierende oder Kritiker/-innen der Proteste. Unter den sechs islamistisch motivierten Vorfällen, die dem israelbezogenen Antisemitismus zugeordnet wurden, befinden sich Versammlungen wie der sogenannte „Al-Quds"-Marsch, aber auch massive Online-Bedrohungen, bei denen z. B. als zionistisch wahrgenommenen Menschen die Vergasung angedroht wird.

Der sogenannten „politischen Mitte" ordnet RIAS 13 registrierte Vorfälle mit israelbezogenem Antisemitismus zu: So kritisiert der Verfasser einer E-Mail mit dem Betreff „Große Besorgnis", die kurz nach der Bundestagswahl im Oktober 2017 an eine jüdische Institution geschickt wurde, die von einem Vertreter einer anderen jüdischen Institution geäußerte Erwartung an die im Bundestag vertretenen Parteien, keine Koalition mit der AfD einzugehen. Auch wenn er sich selbst unter einem „Innenminister Gauland" nicht wohl fühlen würde, spricht er (auch deutschen) Jüdinnen und Juden das Recht ab, sich hierzu zu äußern. Der Verfasser zeigt sich vielmehr „erbost" über die Einflussnahme jüdischer „Scharfmacher", aufgrund derer auch in Israel kein Frieden herrschen würde. Antisemitismus sieht der Schreibende in Deutschland nicht, hingegen säßen in Israel „rechtsradikale Minister" an der Macht. Auch Versammlungen aus dem Umfeld der antiisraelischen BDS-Bewegung sind zum Teil der sogenannten politischen Mitte zuzuordnen, wenn auf ihr – wie im Mai 2017 in Berlin-Marzahn geschehen – Vertreter der SPD auf Einladung kirchlicher Friedensgruppen auftreten. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde vom SPD-Oberbürgermeister einer ostdeutschen Stadt der Vorwurf erhoben, Israel verbiete „uns Deutschen" wegen des Holocaust den Mund.

22 Vorfälle ordnete RIAS hingegen einem links-antiimperialistischen Spektrum zu. So wurde im April im Berliner Stadtteil Wedding eine Frau als

„Zionistenfotze" und „blöde Schlampe" beschimpft und gesagt, sie habe Glück, dass man sie nicht „die Straße hinuntertrete". Die Frau hatte zuvor einen Flyer einer maoistischen Kleinstgruppe mit dem Hinweis, der Flyer sei antisemitisch, abgelehnt. Neben solchen unmittelbaren antisemitischen Beleidigungen und Bedrohungen ergibt sich die Zahl der Vorfälle aus diesem politischen Spektrum ebenfalls aus einer Vielzahl von E-Mails an jüdische und israelische Institutionen, Online-Vorfällen und antisemitischen Versammlungen.

Die meisten Vorfälle, die RIAS 2017 dem israelbezogenen Antisemitismus zugerechnet hat, ließen sich politisch jedoch nicht eindeutig einordnen. Dies liegt zum einen am Charakter der antisemitischen Vorfälle: Bei kurzen Schmierereien, Beleidigungen und Bedrohungen auf der Straße oder kurzen Kommentaren lassen sich die antisemitischen Stereotype und ihre Träger/-innen in der Regel politisch nicht verorten. Die hohe Zahl von Vorfällen mit nicht feststellbaren politischem Hintergrund lässt sich jedoch zum anderen auch durch den Umstand erklären, dass antisemitische Stereotype – auch mit Israelbezug – längst in allen politischen Spektren weit verbreitet sind: Rechtsextreme, Islamistinnen und Islamisten sowie aktivistische Israelfeinde, Anhängerinnen und Anhänger von Verschwörungsmythen sowie linke Antiimperialistinnen und Antiimperialisten können sich sicher sein, dass ihr antisemitischer Hass auf Israel auch in den anderen Spektren und der sogenannten politischen Mitte geteilt wird. Hieraus ergibt sich auch, dass israelbezogener Antisemitismus zum verbindenden Element zwischen diesen Spektren werden kann. Hierauf deuten zumindest durch RIAS 2017 beobachtete Demonstrationen und Kundgebungen hin, die spektrenübergreifend organisiert und besucht wurden.

Für Jüdinnen und Juden bedeutet dies in Verbindung mit dem unterschiedlichen Charakter antisemitischer Vorfälle mit Israelbezug, dass der israelbezogene wie auch andere Formen des Antisemitismus für sie Teil einer alltagsprägenden Erfahrung ist. Sie werden von allen politischen und gesellschaftlichen Spektren, in unterschiedlichsten Kontexten wie dem Freundeskreis, dem Arbeitsplatz oder der Schule aber beispielsweise auch im Zuge ihrer Medienrezeption mit Stereotypen des israelbezogenen Antisemitismus konfrontiert. Als solchem muss dem Antisemitismus in der Bundesrepublik auch jenseits kurzlebiger Empörungswellen begegnet werden. Ein an der Perspektive der Betroffenen orientiertes, zivilgesellschaftliches Monitoring leistet hierfür einen wichtigen Beitrag.

Mit CamScanner gescannt

Betroffene unterstützen und beraten

Betroffenen antisemitischer Vorfälle ist jedoch durch die reine Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle und deren Kommunikation in die Öffentlichkeit häufig noch nicht geholfen. Daher nutzt RIAS verschiedene Möglichkeiten, Meldende und Betroffene auch über das Monitoring antisemitischer Entwicklungen hinaus zu unterstützen. Wie diese Unterstützung aussehen kann, lässt sich gut an folgendem Vorfall illustrieren: In der zweiten Jahreshälfte 2015 häuften sich Angriffe und Beleidigungen gegen Fußballspieler der dritten Herrenmannschaft des jüdischen Sportvereins TuS Makkabi Berlin e. V. So wurde am 30. August ein Makkabi-Spieler vom Spieler des gegnerischen Weddinger Vereins BSV Meteor 06 antisemitisch beleidigt: „Ich ficke deine Mutter, du Drecksjude!" Nachdem ein Zuschauer daraufhin rief, „Was willst du denn, komm doch her!", rannte der Spieler auf diesen zu und sprang ihm mit dem Fuß in den Bauch. Während der folgenden tumultartigen Auseinandersetzung zwischen den Teams beschimpften die Meteor-Spieler die Makkabi-Spieler als „Judenschweine", „Drecksjuden" und „Hurensöhne". Zwei Makkabi-Spieler wurden leicht verletzt. Das Spiel wurde ebenso abgebrochen wie auch das Spiel gegen die dritte Mannschaft des 1. FC Neukölln am 18. Oktober, bei welchem es zu besonders höhnischen Drohungen kam: Während zeitgleich in Israel nahezu täglich Messer-Attacken auf Israelis verübt wurden, drohten Neuköllner Spieler, die Makkabi-Spieler abzustechen und jetzt die „Messer" raus zu holen. Beide Fälle wurden vor dem Sportgericht des Berliner Fußballverbands verhandelt, wobei Meteor und der 1. FC Neukölln mit empfindlichen Strafen belegt wurden.

Die Vorfälle wurden RIAS gemeldet und nach Rücksprache mit den sportlichen Verantwortlichen des TuS Makkabi Berlin e. V. durch die Meldestelle auch veröffentlicht. Daraufhin organisierten engagierte Fans des befreundeten Vereins Tennis Borussia Berlin eine öffentliche Abendveranstaltung in der Humboldt-Universität, welche von RIAS begleitet wurde. Der Team-Koordinator der betroffenen Makkabi-Mannschaft beschrieb die Atmosphäre auf der Veranstaltung wie folgt: „Für mich und meine Mannschafts-Kollegen war es wichtig, über unsere Erfahrung mit Freundinnen und Freunden sprechen zu können. Der Zuspruch von den anwesenden Gästen und die Unterstützung bei den folgenden Spielen haben mir persönlich und dem gesamten Team sehr geholfen. Wir begrüßen die Arbeit von RIAS, da solche Vorfälle in der Kreisklasse C sonst nur wenig bekannt werden würden." Auf derselben Veranstaltung, an der auch Vertreterinnen und Vertreter mehrerer Berliner

Amateurfußballvereine teilnahmen, wurde die „Abwehrkette gegen Antisemitismus" gegründet, eine Mobilisierungsaktion, um in solchen Situationen Solidarität mit Makkabi und eine breite Gegnerschaft zu Antisemitismus zu demonstrieren. In beiden Fällen, in denen die Abwehrkette auf Hinweise zu Gefährdungspotenzial von RIAS „ausgelöst" wurde, kamen statt wie sonst üblich nur einer Handvoll Zuschauer/-innen knapp 50 Menschen. Seitdem gab es keine weiteren antisemitischen Vorfälle bei Spielen von Makkabi III.

Das hier beschriebene Vorgehen kann als good-practice für die Arbeit von RIAS angesehen werden. Grundlage für die Arbeit der Meldestelle ist ein dichtes Netzwerk aus jüdischen und nicht-jüdischen Organisationen, für die RIAS als Kontakt- und Informationsstelle rund um Fragen zu antisemitischen Erscheinungsformen zur Verfügung steht. So ist RIAS den Mitgliedern und Funktionär_innen von TuS Makkabi Berlin ein Begriff, es findet ein regelmäßiger Austausch statt. Nur ein solches Vertrauensverhältnis zu den Akteurinnen und Akteuren des Netzwerks gewährleistet die Weitergabe der dort bekannten Vorfälle sowie einen im Sinne der Betroffenen angemessenen Umgang mit ihnen.

Wird RIAS ein antisemitischer Vorfall gemeldet, wird dieser nicht lediglich wie oben beschrieben verifiziert, erfasst und ausgewertet. Es wird in der Kommunikation mit den Meldenden außerdem geprüft, ob es von Seiten der Betroffenen oder Zeuginnen und Zeugen antisemitischer Übergriffe weiteren Beratungsbedarf gibt. Im Rahmen einer Verweisberatung arbeitet RIAS hierfür mit einer Vielzahl von Akteurinnen und Akteuren eng zusammen. Liegt beispielsweise eine Diskriminierung, z. B. am Arbeitsplatz, vor, können die Betroffenen an das Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin[25] vermittelt werden. Gibt es Bedarf, sich zum Umgang mit unterschiedlichen Ausdrucksformen des Antisemitismus prozessorientiert beraten zu lassen, stellt RIAS den Kontakt zur Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin[26] her. Betroffene von antisemitischen Vorfällen, die beispielsweise an den verunsichernden Folgen des Erlebten leiden und psychosoziale oder juristische Unterstützung benötigen, werden an die Beratungsstelle der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), OFEK[27], oder die Beratungsstelle für Opfer von rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin, ReachOut[28], vermittelt. Wenngleich das Netzwerk zivilgesellschaft-

[25] http://www.adnb.de/de/ (24. 7. 2017).
[26] http://www.mbr-berlin.de/ (24. 7. 2017).
[27] http://zwst-kompetenzzentrum.de/ (24. 7. 2017).
[28] https://www.reachoutberlin.de/ (24. 7. 2017).

Mit CamScanner gescannt

licher Unterstützungsangebote in Berlin größer und dichter als in anderen Bundesländern ist, pflegt RIAS auch dort Kooperationsbeziehungen mit Melde- und Beratungsstellen: so z. B. mit den Mitgliederorganisationen des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e. V. und dem Bundesverband Mobiler Beratung e. V.

Betroffene sowie Zeuginnen und Zeugen, die antisemitische Vorfälle an RIAS melden, stoßen also auf ein offenes Ohr und bekommen bei Bedarf schnell und unbürokratisch kompetente Unterstützung. Immer wieder möchten Meldende die Vorfälle auch bei der Polizei anzeigen, schrecken hiervor aber zum Beispiel aus Angst vor möglichen Vergeltungstaten zurück. Hier hat RIAS Berlin – ebenso wie andere Opferberatungsstellen – nach Absprache mit den Polizeibehörden auch die Möglichkeit, die Projektadresse als ladungsfähige Anschrift bei Anzeigen anzugeben. Durch dieses Verfahren, den sogenannten „kleinen Zeugen- oder Opferschutz", kann die Anonymität der Anzeigesteller/-innen weitgehend gewahrt werden. Außerdem unterstützt RIAS Betroffene bei der Anzeigenstellung oder nimmt auf Wunsch der Anzeigenden nochmals Kontakt zur Polizei auf, um den aktuellen Stand der Ermittlungen zu erfragen. So wendete sich beispielsweise im September 2017 ein Mann an RIAS, dessen Familie und er selbst massiv antisemitisch bedroht wurden und der dies bei der Polizei angezeigt hatte. Im Zuge seiner Internetrecherchen war er auch auf RIAS gestoßen und meldete auch dort den Vorfall mit der Bitte um Unterstützung: Er hatte zunächst den Eindruck gewonnen, die Polizei nehme den Vorfall nicht sonderlich ernst. Nach der Nachfrage von RIAS Berlin bei der zuständigen Stelle der Polizei, kontaktierte diese den Betroffenen umgehend. An RIAS Berlin gewandt schrieb der Mann daraufhin: „Nochmals vielen Dank für Ihre Unterstützung, ohne die die Angelegenheit sicherlich nicht mit der entsprechenden Dringlichkeit bearbeitet worden wäre." Durch kritische Interventionen im Interesse der Betroffenen kann RIAS also als Korrektiv staatlichen Handelns wirken.

Auf Wunsch der Betroffenen stellt RIAS anonymisiert Öffentlichkeit für den Vorfall her. So wird das Geschehene beispielsweise in einer öffentlich einsehbaren Chronik auf der RIAS-Webseite dokumentiert.[29] Einzelne Fälle werden ausführlicher in den sozialen Netzwerken *Facebook* und *Twitter* dargestellt.[30] Dies hat nicht nur zur Folge, dass immer wieder die Presse und andere Medien diese Meldungen aufgreifen. Häufig findet beispielsweise

---

29 Vgl; https://report-antisemitism.de/#/public (24. 7. 2017).

30 Vgl. z. B; https://www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin/photos/a.146349 9907305026.1073741828.144777624887392/1877451399243206/?type=3 (24. 7. 2017).

durch Kommentare, durch das Teilen oder „liken" der Meldungen eine Solidarisierung mit den Betroffenen und ihren Umgangsweisen mit den Vorkommnissen statt. So erfahren diese, dass sie mit ihren Problemen nicht allein da stehen, und sie erfahren trotz der Wahrung ihrer Anonymität Unterstützung und Solidarisierung.

Monitoring antisemitischer Versammlungen

Neben der systematischen Dokumentation gemeldeter antisemitischer Vorfälle, der Unterstützung von Betroffenen und Zeuginnen und Zeugen sowie der Öffentlichkeitsarbeit betreibt RIAS ein aktives Monitoring von Versammlungen mit antisemitischer und/oder israelfeindlicher Ausrichtung. Hier werden Vorort-Beobachtungen und Hintergrundanalysen durch die Mitarbeiter/-innen des Projektes vorgenommen. So veröffentlichte RIAS gemeinsam mit dem Internationalen Institut für Bildung, Sozial- und Antisemitismusforschung (IIBSA) eine Einschätzung der Hintergründe und antisemitischen Ausdrucksformen bei Veranstaltungen im Kontext der Proteste gegen die Ankündigung der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem im Dezember 2017.[31] Diese Auswertung von insgesamt 21 Versammlungen dokumentierte nicht nur zahlreiche Belege für gewaltverherrlichende und antisemitische Bildsprache und Parolen, sie stellte auch eine ähnliche Dynamik wie im Sommer 2014 fest, als es vor dem Hintergrund einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Israel und der islamistischen Terrororganisation Hamas im Gaza-Streifen europaweit zu antisemitischen Ausschreitungen mit Verletzten und dutzenden Demonstrationen sowie Sachbeschädigungen kam. In einem Artikel für das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e. V. analysierte RIAS den Antisemitismus in rechtspopulistischen Milieus am Beispiel der AfD.[32] RIAS argumentierte hierbei, dass sich die AfD hinsichtlich des Antisemitismus in einem Spannungsfeld zwischen antisemitischen Äußerungen, der Relativierung von Antisemitismus in seiner historischen und aktuellen Bedeutung sowie einer instrumentellen Kritik am Antisemitismus linker und insbesondere musli-

[31] https://www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin/photos/a.1463499907305026.1073741828.1447776248877392/1963143640673981/?type=3 (3. 5. 2018).

[32] Vgl. Steinitz, Benjamin u. Daniel Poensgen: Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus. In: MBR/APABIZ: Berliner Zustände 2017; https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2018/06/Schattenbericht2017.pdf (5. 7. 2018).

Mit CamScanner gescannt

mischer Milieus befinde. In Abgrenzung zum Antisemitismus im Rechtspopulismus zeigte das Monitoring rechtsextremer Veranstaltungen und Versammlungen im vergangenen Jahr, dass dort Radikalisierungsprozesse zu beobachten sind: So standen 2017 beispielsweise Solidaritätskampagnen mit Shoahleugner/-innen wie Horst Mahler oder Ursula Haverbeck im Zentrum rechtsextremer Agitation. RIAS deutet dies als Versuch rechtsextremer Akteurinnen und Akteure wie der „Identitären Bewegung", sich radikaler als die AfD zu profilieren. Dies zeigte auch eine Aktionswoche für die wegen Shoahleugnung inhaftierte Ursula Haverbeck im Frühsommer 2018.[33] Derartige Expertisen helfen RIAS, gemeldete Vorfälle in einen größeren Kontext einordnen und jüdische Communities sowie Betroffene von Antisemitismus kompetent informieren zu können.

Fazit und Ausblick

Die Unterstützung von Betroffenen antisemitischer Vorfälle steht für eine zivilgesellschaftliche Monitoringstelle wie die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) im Zentrum der Arbeit. Durch den Aufbau und die Pflege eines dichten Meldenetzwerkes in den betroffenen Communities, durch die Bereitstellung niedrigschwelliger Meldeangebote, durch Kooperationen mit professionellen Partner/-innen mit unterschiedlichen (Beratungs-)Expertisen sowie nicht zuletzt durch eine empathische Herangehensweise bietet RIAS Berlin vielen Betroffenen eine verlässliche Anlaufstelle im Umgang mit unterschiedlichen Formen des alltäglichen Antisemitismus.

Dieser Alltagsantisemitismus ist häufig strafrechtlich nicht relevant, aus unterschiedlichen Gründen werden antisemitische Straftaten zudem von den Betroffenen teilweise nicht angezeigt. Die Statistik des Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen politisch motivierter Kriminalität kann die angezeigten und strafrechtlich relevanten antisemitischen Vorfälle aufgrund unterschiedlicher Probleme nicht immer adäquat darstellen.

Hier hilft RIAS als zivilgesellschaftliche Monitoringstelle nicht nur durch die an der Betroffenenperspektive orientierte Beratungs- und Unterstützungsarbeit, eine wichtige Lücke zu schließen: Durch die Erfassung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle nach nachvollziehbaren Kriterien und

---

[33] https://www.facebook.com/AntisemitismusRechercheBerlin/photos/a.1463499907305026.1073741828.1447776248877392/2086197198368624/?type=3 (5. 7. 2018).

mit Hilfe belastbarer Begriffe trägt RIAS dazu bei, dass auch die deutsche Mehrheitsgesellschaft sehen kann, womit Jüdinnen und Juden in der Bundesrepublik konfrontiert sind: Antisemitismus ist in Deutschland ein alltagsprägendes Problem.

Um bundesweit eine einheitliche zivilgesellschaftliche Dokumentation antisemitischer Vorfälle zu gewährleisten, bemüht sich RIAS in Kooperation mit dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST seit dem Jahr 2017 in einzelnen Bundesländern, Prozesse zum Aufbau von regionalen Meldenetzwerken anzustoßen. Die an die regionalen Kontexte angepassten Netzwerke werden sich zukünftig bundesweit an derselben Arbeitsweise und den wissenschaftlich überprüften Kategorien und Arbeitsbegriffen von RIAS Berlin[34] orientieren. Erst wenn in allen Bundesländern kontinuierlich die Meldemöglichkeit beworben wird und Unterstützungsangebote für Betroffene etabliert sind, kann ein belastbares bundesweites Lagebild zur Verbreitung antisemitischer Vorfälle gezeichnet werden.

[34] Seit Mitte 2017 wird RIAS vom Moses Mendelssohn Zentrum für Europäisch-Jüdische Studien/Universität Potsdam und dem Internationalen Institut für Bildung-, Sozial- und Antisemitismusforschung Berlin (IIBSA) wissenschaftlich und strategisch beraten.

Mit CamScanner gescannt

Levi Salomon, Jonas Fedders

Alles nur „Hysterie"? Perspektiven der jüdischen Communities auf den wachsenden Antisemitismus

Zwischen Düsseldorf und Wuppertal liegen nicht mehr als 34 Kilometer. Zwischen 2000 und 2014 liegen nicht mehr als 14 Jahre. Trotzdem scheinen Welten zwei Ereignisse zu trennen, die einander auf den ersten Blick ähnlicher kaum sein könnten. Nach einem Brandsatz, der im Jahr 2000 auf eine Synagoge in Düsseldorf geworfen wurde, rief Bundeskanzler Gerhard Schröder den „Aufstand der Anständigen" aus. Es folgte eine Kundgebung gegen Antisemitismus und Rassismus in Berlin. Ebenso wie der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland traten dort auch andere prominente Führungspersönlichkeiten der deutschen Gesellschaft auf. Sie sprachen zu 200.000 Menschen. Die Reden, die 14 Jahre später auf einer Kundgebung am selben Ort unter dem Motto „Steh auf! Nie wieder Judenhass" gehalten wurden, erreichten nur 5.000 Menschen, von denen die meisten aus ganz Deutschland angereiste Jüdinnen und Juden waren. Dabei wurde die Kundgebung aus ähnlichem Anlass abgehalten: Im Sommer 2014 kam es in vielen deutschen Städten zu propalästinensischen und antiisraelischen Demonstrationen, die zum Teil in antisemitischen Ausschreitungen gipfelten. Junge Männer riefen: „Jude, Jude, feiges Schwein – komm' heraus und kämpf' allein". Im August 2014 wurde schließlich ein Brandanschlag auf die Synagoge in Wuppertal verübt. Ein zivilgesellschaftlicher Aufschrei mit einer vergleichbaren Reichweite blieb aus. Unterdessen wertete das Amtsgericht Wuppertal den Angriff auf die Synagoge als Akt der „Israelkritik". In dem Urteil hieß es, man erkenne „keine Umstände, die den Rückschluss zulassen könnten, dass die Angeklagten eine grundsätzlich judenfeindliche Einstellung haben".[1]

Der Vergleich dieser Ereignisse aus den Jahren 2000 und 2014 veranschaulicht symptomatisch eine Entwicklung, die in den jüdischen Communities

[1] Amtsgericht Wuppertal, Urteil vom 5. 2. 2015, Az. 84 Ls 50 Js 156/14 – 22/14.

Mit CamScanner gescannt

mit Besorgnis zur Kenntnis genommen wird: Dass einerseits der wahrnehmbare Antisemitismus in den vergangenen Jahren massiv zugenommen hat und gleichzeitig die öffentliche Solidarität mit Jüdinnen und Juden abnimmt. Es scheint, als habe gar ein Gewöhnungseffekt eingesetzt. Zwischenfälle, die noch im Jahr 2000 Hunderttausende zum Protest veranlassten, erregen heute teilweise kaum mehr größere Aufmerksamkeit. Und wenn es Reaktionen gibt, dann verlaufen diese normalerweise nach dem immer selben Schema. In der Regel wird ein antisemitischer Vorfall zunächst von jüdischen oder nichtjüdischen Institutionen oder durch Soziale Medien einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gemacht. Je nachdem, wie „skandalträchtig" dieser Vorfall der Presse erscheint, folgt ein entsprechendes Medienecho. Sofern der Vorfall einen gewissen Bekanntheitsgrad erreicht hat, kommt es zu einer verbalen Welle der Empörung in Politik und Zivilgesellschaft; nicht selten jedoch relativiert durch den Hinweis, dass es sich wohl um „Einzelfälle" handele. Während jüdische Organisationen diesem Einzelfall-Narrativ häufig entschieden widersprechen und konkrete Schritte oder Konsequenzen fordern, geht die Politik wieder ins Tagesgeschäft über – bis zur Empörung über den nächsten Vorfall.

Eine unvollständige Berliner Chronologie

Allein in Berlin lässt sich eine massive Zunahme von antisemitischen Anfeindungen seit Ende 2017 verzeichnen – und diese Anfeindungen kommen aus den unterschiedlichsten Ecken. Im Dezember 2017 fanden regelmäßig wütende propalästinensische Proteste statt, nachdem Donald Trump bekanntgegeben hatte, dass die Vereinigten Staaten Jerusalem als Hauptstadt Israels anerkennen und dass die US-amerikanische Botschaft in Israel nach Jerusalem verlegt werde. Unter Parolen wie „Kindermörder Israel" verbrannten junge Männer auf diesen Versammlungen Israelflaggen oder hilfsweise auch einfach ein Stofftuch, auf das ein Davidstern gemalt war.[2] Die Protestler gaben sich also nicht einmal die Mühe, ihren Antisemitismus als „Israelkritik" zu chiffrieren. Die öffentliche Chanukka-Feier am Brandenburger Tor musste von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt werden, weil zeitgleich Proteste gegen die Jerusalem-Entscheidung angemeldet worden waren. Ein Jude,

---

[2] Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus: Demonstranten verbrennen Fahne mit Davidstern vor Brandenburger Tor; https://jfda.de/blog/2017/12/08/demonstranten-verbrennen-fahne-mit-davidstern-vor-brandenburger-tor/ (2 .8. 2018).

der auf dem Weg zum Lichterzünden am Brandenburger Tor unterwegs war, wurde von einem Mann mit Palästina-Fahne als „Drecksjude" bezeichnet und bedroht – er solle schnell weglaufen, sonst passiere ihm etwas.[3] Etwa zur gleichen Zeit sorgte auch ein Video für Aufsehen, das dokumentierte, wie der israelische Gastronom Yorai Feinberg vor seinem Restaurant in Berlin-Schöneberg am helllichten Tag von einem Passanten aufs Übelste antisemitisch beleidigt und bedroht wurde. „Bei euch geht es nur um's Geld", referierte der Mann unter anderem eine jahrhundertealte antisemitische Legende. Als Feinberg nach der minutenlangen Hasstirade des Passanten einen zufällig vorbeifahrenden Streifenwagen der Polizei anhalten wollte, rief der Mann ihm hinterher: „Niemand schützt euch. Ihr werdet alle wieder in den Gaskammern landen."

Auch 2018 rissen die Meldungen über antisemitische Vorfälle nicht ab. Anfang März bedrängten und bepöbelten drei Sicherheitsmitarbeiter auf der Tourismusmesse ITB in Berlin den Stand der israelischen Tourismusbehörde. Die jungen Männer schwenkten Schals mit der palästinensischen Flagge und riefen „Free Palestine". Ende März wurde bekannt, dass ein junges Mädchen an der Paul-Simmel-Grundschule in Berlin-Tempelhof von Mitschülern bedrängt worden war. Ein Junge hatte sie gefragt, ob sie Jüdin sei. Als das Mädchen dies bejahte, habe der Mitschüler mehrfach drohend das Wort „Jude" gesagt. Dieser Fall weckte Erinnerungen an die Vorkommnisse an der Gemeinschaftsschule in Berlin-Friedenau, die etwa ein Jahr zuvor bekannt geworden waren. Ein Jugendlicher war von Mitschülern aufgrund seiner jüdischen Herkunft gemobbt worden. Die Anfeindungen gipfelten in einer physischen Attacke, bei welcher der Schüler in den Schwitzkasten genommen und mit einer Softairpistole beschossen wurde. Das Opfer verließ daraufhin die Schule.[4] Aus den jüdischen Communities hört man immer wieder von ähnlich gelagerten Fällen; häufig scheuen sich die Betroffenen jedoch, den Schritt in die Öffentlichkeit zu gehen. Die Dunkelziffer dürfte dementsprechend hoch sein. Die Reaktionen auf diese Vorfälle an Berliner Schulen verliefen nach dem bereits geschilderten Schema – konkrete Maßnahmen blieben aus.

Unterdessen entspann sich im April 2018 eine Diskussion um die Nominierung der Rapper Kollegah und Farid Bang für den „Echo", den wichtigsten

---

[3] Dies wurde einem unserer Mitarbeiter von dem Betroffenen nach der Veranstaltung am 12. Dezember 2017 berichtet.

[4] Brachner, Frank: Sein Vergehen: Er ist Jude; https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-an-berliner-schulen-sein-vergehen-er-ist-jude/21156700.html (2. 8. 2018).

Mit CamScanner gescannt

deutschen Musikpreis. Insbesondere Kollegah war in die Kritik geraten, weil einige seiner Liedzeilen antisemitische Passagen aufwiesen. In dem Musikvideo zum Song „Apokalypse" erzählt Kollegah darüber hinaus eine klassische antisemitische Verschwörungsideologie: In dem Clip geht es um den Kampf um Jerusalem, der die Welt ins Chaos stürze. Der Teufel wird dabei in einem Bankenturm der City of London lokalisiert und an einer Stelle als Karikatur eingeblendet: Sein Gesicht ist nicht zu erkennen, doch an seinem Finger trägt er deutlich sichtbar einen Ring mit Davidstern. Am Ende des Videos gelingt es den Menschen, den teuflischen Dämon zu besiegen, sodass „Buddhisten, Muslime und Christen" fortan in paradiesischen Zuständen leben können – für Juden ist in dieser Gesellschaftsvision offenbar kein Platz mehr. Juden erscheinen in der Erzählung des Musikvideos als das absolut Böse, sozusagen als „das negative Prinzip als solches", wie Horkheimer und Adorno es in der Dialektik der Aufklärung formuliert haben – „von ihrer Ausrottung soll das Glück der Welt abhängen".[5] Doch alle Kritik verhallte: Schlussendlich wurden die beiden Rapper mit dem begehrten Musikpreis ausgezeichnet. Zahlreiche Künstlerinnen und Künstler gaben daraufhin ihren Preis aus Protest zurück. Die Verleihung des „Echos" wurde schließlich von den Verantwortlichen ganz abgeschafft. Die Marke „Echo" sei durch den Skandal stark beschädigt worden, hieß es von offizieller Seite.[6] Dass der „Echo" ein Publikumspreis war, also nicht nur eine Jury, sondern auch Charterfolge für die Vergabe des Preises eine Rolle spielten, spricht Bände über den gesellschaftlichen Umgang mit antisemitischem Gedankengut. Allen regelmäßigen Sonntagsreden zum Trotz, in denen der Antisemitismus aufs Schärfste verurteilt wird, sind judenfeindliche Liedtexte hierzulande im Jahr 2018 so populär, dass sie mit einem Preis dekoriert werden.

Ihren (vermutlich leider nur vorläufigen) Höhepunkt erreichte die Eskalation antisemitischer Anfeindungen wenige Tage danach durch einen Angriff auf einen jungen Berliner, der mit Kippa durch den Stadtteil Prenzlauer Berg lief. Der Israeli arabischer Abstammung hatte die Kippa kurz zuvor von jüdischen Freunden in Israel geschenkt bekommen. Er sei gewarnt worden, dass es mitunter gefährlich sein könne, in Deutschland offen mit der traditionellen jüdischen Kopfbedeckung herumzulaufen. Der junge Mann konnte das nicht glauben und wollte das Gegenteil beweisen – mit fatalem Ausgang. Auf

---

[5] Horkheimer, Max u. Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. 19. Aufl. Frankfurt a. M. 2010, S. 177.

[6] Salmen, Ingo: Musikpreis Echo wird abgeschafft; https://www.tagesspiegel.de/kultur/nach-skandal-um-kollegah-und-farid-bang-musikpreis-echo-wird-abgeschafft/21213198.html (2. 8. 2018).

einem Video der Tat, das der Israeli geistesgegenwärtig selbst gefilmt hatte und auf Facebook verbreitete, ist zu sehen, wie ein anderer junger Mann ihn beschimpft, mehrfach als „Yahudi" (arabisch für „Jude") bezeichnet und mit einem Gürtel auf sein Opfer einschlägt. Der Fall des Gürtelschlägers erregte relativ viel Aufmerksamkeit, was wohl auch mit der Funktionsweise der Medien zusammenhängt. Das Video war anschaulich und gerade deshalb schockierend. Selbst Bundeskanzlerin Angela Merkel meldete sich zu Wort und verurteilte die Tat. Besondere Aufmerksamkeit wurde dem Vorfall vielleicht auch deshalb zuteil, weil es sich erkennbar um einen arabischen Täter handelte – jedenfalls hatten rechte bis rechtsextreme Personen und Organisationen schnell versucht, die Attacke rassistisch auszudeuten. Über das Narrativ des „importierten Antisemitismus" wird seit geraumer Zeit versucht, den Antisemitismus der deutschen Gesellschaft zu exterritorialisieren. Dieses „Die-anderen-sind-noch-schlimmer"-Motiv bedient durch Pauschalisierungen nicht nur antimuslimische Ressentiments, sondern fördert auch einen auf Dethematisierung ausgerichteten sekundären Antisemitismus: „Die Wir-Gruppe der „Einheimischen" kann sich in die Position moralischer Überlegenheit setzen, indem sie den Antisemitismus als Problem der Anderen inszeniert, und vermeidet so die Auseinandersetzung mit den eigenen antisemitischen Tendenzen."[7]

Ein Land, das Auschwitz zu verantworten hat, ist auf den Import von Judenhass nun wirklich nicht angewiesen. Dennoch bringt die Migration nach Europa unstrittig neue Herausforderungen mit sich. So ist evident, dass viele Migrantinnen und Migranten, die in Ländern aufgewachsen sind, in denen nicht die Sicherheit, sondern die Dämonisierung und Delegitimierung Israels zur Staatsräson gehört, ein bestimmtes Bild von Israel und ebenso generell von Jüdinnen und Juden mitbringen. Dieses Problem muss erkannt und ernstgenommen werden, weil nur auf dieser Grundlage wirksame Maßnahmen ergriffen werden können. Dass die jüdischen Communities dabei auf die Avancen und Solidaritätsbekundungen der AfD, einer Partei, die Antisemiten in ihren eigenen Reihen duldet und zu deren Hauptzielen das exzessive Propagieren von Menschenverachtung gehört, bestens verzichten kann, haben viele Repräsentantinnen und Repräsentanten des jüdischen Lebens in Deutschland zu verschiedenen Anlässen wiederholt deutlich gemacht. Die AfD kann schon deshalb keine Partnerin im Kampf gegen Antisemitismus

[7] Stendal, Wolfgang: Konstellationen des Antisemitismus. Zur Einleitung. In: Stender, Wolfram u. Guido Follert u. Mihri Özdogan (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden 2010, S. 26.

Mit CamScanner gescannt

sein, weil sie durch das Schüren von antimodernen, antiliberalen und antiwestlichen Ressentiments sowie einer auf Schuldabwehr zielenden Geschichtspolitik letztlich „den Resonanzraum für Antisemitismus in Deutschland sukzessive vergrößert".[8]

Die mediale Aufmerksamkeit rund um die Gürtelattacke führte dazu, dass ein paar Tage später eine Solidaritätsveranstaltung vor der Jüdischen Gemeinde zu Berlin abgehalten wurde. Unter dem Motto „Berlin trägt Kippa" waren die Bürgerinnen und Bürger der Hauptstadt dazu aufgerufen, an diesem Tag und auf diesem Platz die jüdische Kopfbedeckung zu tragen – nicht als religiöses Symbol, sondern als Statement gegen antisemitische Gewalt. Mehr als 2.000 Menschen kamen zusammen, viele hochrangige Vertreterinnen und Vertreter aus Politik und Zivilgesellschaft beteiligten sich an der Versammlung mit einem Redebeitrag. Zur gleichen Zeit demonstrierten auch zwei junge Männer mit einem ähnlichen Ansinnen auf dem Hermannplatz in Berlin-Neukölln. Beide trugen Kippa, der eine hielt eine israelische Flagge in der Hand. Bereits nach wenigen Minuten musste die Mini-Kundgebung abgebrochen werden, weil die beiden Demonstranten beleidigt und bespuckt wurden und man ihre Israelflagge entwendet hatte.[9] Auch das gehört zur Realität an einem Tag, der eigentlich im Zeichen des Kampfes gegen Judenhass stehen sollte. Dennoch war die Aktion „Berlin trägt Kippa" ein ermutigendes Zeichen der Solidarität. Aber auch sie krankte – wie schon die „Steh auf!"-Kundgebung 2014 – an der Tatsache, dass sie erst von jüdischen Institutionen ins Leben gerufen werden musste. Die Jüdische Gemeinde hatte sozusagen zur Solidarität mit sich selbst aufgerufen – weil es sonst keiner tat.

Dass Antisemitismus nicht nur von rechtsextremen oder islamistischen Milieus ausgeht, sondern auch in der politischen Linken vorhanden ist, riefen spätestens die Vorfälle vom 1. Mai 2018 wieder eindrücklich ins Gedächtnis. Auf der „Revolutionären 1. Mai Demonstration" in Berlin-Kreuzberg kam es zu einem gewalttätigen Angriff: Personen aus dem Umfeld der stalinistisch-maoistischen Gruppe „Jugendwiderstand" forderten andere Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer zunächst auf, ein Transparent wegzupacken, das sich gegen Antisemitismus und die BDS-Bewegung (Boykott,

---

[8] Grimm, Marco u. Bodo Kahmann: AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität. In: AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Hrsg. von Stephan Grigat. Baden-Baden 2007, S. 57.

[9] Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus: Rund 2000 Teilnehmer bei „Berlin trägt Kippa", online unter: https://jfda.de/blog/2018/04/26/rund-2000-teilnehmer-bei-berlin-traegt-kippa/ (2. 8.2018).

Desinvestitionen, Sanktionen) richtete. Bei BDS handelt es sich um eine „international agierende antisemitische Bewegung",[10] die zum sozialen, kulturellen und ökonomischen Boykott von Israel aufruft. Nachdem dieser Aufforderung nicht Folge geleistet wurde, entrissen die Anhänger des „Jugendwiderstands" den Demonstrierenden ihr Transparent gewaltsam. Es entwickelte sich eine körperliche Auseinandersetzung, in die auch andere Teilnehmende der Demonstration verwickelt wurden. Ein Video des Vorfalls zeigt, wie teils vermummte Personen aus dem Umfeld des „Jugendwiderstands" die Demonstration mit Schlägen und Tritten angreifen.[11] Dass mittlerweile Menschen nicht mehr nur aufgrund einer Kippa oder anderer jüdischer Symbole, sondern allein wegen ihres offenen Einstehens gegen Antisemitismus angegriffen werden, markiert wohl eine neue Eskalationsstufe antisemitischer Anfeindungen. Die Gruppe „Jugendwiderstand" war bereits vor diesem Vorfall durch Bedrohungen und Einschüchterungen von politischen Gegnerinnen und Gegnern sowie durch antisemitische Schmierereien („9mm für Zionisten") aufgefallen.

Abwehr und Bagatellisierung

Diese unvollständige Chronologie beschreibt einige antisemitische Vorfälle in Berlin in einem Zeitraum von etwa einem halben Jahr. Die Liste könnte um viele weitere, weniger Aufsehen erregende Vorkommnisse ergänzt werden. Als Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA) führen wir ein unabhängiges Monitoring durch und besuchen regelmäßig Demonstrationen und Veranstaltungen, um antisemitische und andere antidemokratische Hassreden, Plakate und Parolen auch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze zu dokumentieren. Auch die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) erfasst antisemitische Vorfälle und bietet Betroffenen die Möglichkeit, diese zu melden.

Viele Jüdinnen und Juden haben zunehmend den Eindruck, sich im öffentlichen Raum nicht mehr frei bewegen zu können – sie ziehen sich zurück in ein inneres Asyl und zeigen ihre jüdische Identität nur noch in geschützten

---

[10] Salzborn, Samuel: Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung. In: Kirche und Israel. Neukirchener Theologische Zeitschrift 1 (2013), S. 14.

[11] Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus: Antisemitische Parolen beim „Roten ersten Mai" des Jugendwiderstands, online unter: https://jfda.de/blog/2018/05/03/antisemitische-parolen-beim-roten-ersten-mai-des-jugendwiderstands/ (2. 8. 2018).

Mit CamScanner gescannt

Räumen. Solche Empfindungen wurden durch die jüngsten Vorkommnisse noch verstärkt. Lange hieß es, man solle in bestimmten Gegenden, in sogenannten „Problembezirken", lieber auf das Tragen der Kippa oder anderer jüdischer Symbole verzichten. Doch gerade der Angriff auf einen Kippaträger im gut situierten Prenzlauer Berg macht deutlich, dass antisemitische Bedrohungen und Attacken sich jederzeit und überall zutragen können. Diese Allgegenwärtigkeit des Antisemitismus, das Gefühl, als bekennender Jude oder bekennende Jüdin einer omnipräsenten Gefahr ausgesetzt zu sein, hat sich in den vergangenen Monaten und Jahren massiv verstärkt.

Die simple Tatsache, dass Jüdinnen und Juden sich hierzulande zunehmend unsicher fühlen, wird politisch häufig nicht anerkannt. Den Erfahrungswerten der jüdischen Communities und den daraus abgeleiteten Forderungen werden einerseits polizeiliche Kriminalstatistiken und andererseits sozialwissenschaftliche Studien aus dem Bereich der Vorurteilsforschung entgegengehalten. Betrachtet man jüngere Ergebnisse der (sozial-)wissenschaftlichen Vorurteilsforschung, so scheint der Antisemitismus in Deutschland im Vergleich zu anderen Diskriminierungsformen keine besonders große Rolle zu spielen und darüber hinaus tendenziell abzunehmen. Die Bielefelder Langzeitstudie „Deutsche Zustände" zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erfasste etwa für die Jahre 2009–2011 im Bereich Antisemitismus noch Zustimmungswerte von bis zu 16,5 Prozent.[12] Die Leipziger „Mitte-Studie" misst laut ihres Berichts bei antisemitischen Aussagen Zustimmungswerte um ca. zehn Prozent, wobei dieser Wert in den vergangenen Jahren rückläufig ist, im Jahr 2016 waren es nur 4,8 Prozent.[13]

Das Problem bei der empirischen Erhebung von inneren Einstellungen ist zum einen, dass selbst bei anonymen Fragebögen Antworten zu heiklen Fragen häufig danach ausgerichtet werden, ob sie in der Vorstellung der Probandinnen und Probanden sozial erwünscht sind. Da der offene Antisemitismus in Deutschland inzwischen gesellschaftlich tabuisiert ist, hat dies auch Implikationen für die Vorurteilungsforschung. Niemand möchte als Antisemit gelten. Expliziten Aussagen, denen zufolge Jüdinnen und Juden in Deutschland zu viel Macht hätten, stimmen folglich nur sehr wenige Menschen zu. Um zu

---

12 Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Deutsche Zustände. Folge 10. Hrsg. von Wilhelm Heitmeyer. Berlin 2012, S. 38.

13 Decker, Oliver u. Johannes Kiess, Eva Eggers, Elmar Brähler: Die „Mitte"-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger „Mitte"-Studie 2016. Hrsg. von Oliver Decker [u. a.] Gießen 2016, S. 45.

tragfähigeren Aussagen zu kommen, müsste die Vorurteilsforschung also die Ergebnisse der Antisemitismusforschung zur Kenntnis nehmen – insbesondere mit Blick auf Umwegkommunikationen[14] und die Verwendung von Codes und Chiffren („Israeli" oder „Zionist" statt „Jude").[15]

Ein weiteres Problem ist, dass die Vorurteilsforschung nur (innere) Einstellungen abbilden kann. Damit ist aber relativ wenig gesagt über die Bereitschaft, diese Weltanschauungen auch zu artikulieren oder gar aggressiv und gewalttätig an deren praktischer Umsetzung zu arbeiten. Es macht einen Unterschied für das jüdische Leben hierzulande, ob zehn Prozent Antisemiten ihre Meinung für sich behalten, oder ob ein zunehmender Teil dieses Personenpotenzials gewillt ist, seine Judenfeindschaft auch offen auszuleben. Die Bereitschaft, innere Einstellungen nach außen zu transportieren, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab, die mit den Instrumenten der Vorurteilsforschung nicht erfasst werden können.

Doch eine Zunahme eben jener Bereitschaft ist es, die vielen Jüdinnen und Juden hierzulande Sorge bereitet. Zwar handelt es sich um subjektive Empfindungen, die nicht generalisierbar sind, aber in ihrer Gesamtheit durchaus objektivierbare Aussagen zulassen – und die sich auch mit den Instrumenten der Wissenschaft verifizieren lassen. Dazu muss man allerdings mit den Betroffenen sprechen. Tut man das, so wirken die Zahlen – im Vergleich zu denen der Vorurteilsforschung – äußerst besorgniserregend: Eine Studie, die Jüdinnen und Juden zu ihren Erlebnissen befragte, kam zu dem Ergebnis, dass 61 Prozent der Befragten in den vergangenen Monaten verdeckte Andeutungen, 29 Prozent Beleidigungen oder Belästigungen und drei Prozent körperliche Angriffe erleiden mussten.[16]

Die polizeiliche Kriminalstatistik kann zur Einschätzung des Antisemitismus bisher nur wenig beitragen. Zum einen gibt es antisemitische Vorfälle ohne strafrechtliche Relevanz, zum anderen werden nicht alle potenziell strafbaren Vorfälle den Behörden bekannt. Es ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. Darüber hinaus sind die Statistiken der Polizei auch hinsichtlich der Verteilung antisemitischer Straftaten fraglich. In Berlin sind in den letzten Jahren weit über 90 Prozent der antisemitischen Straftaten dem

[14] Vgl. Bergmann, Werner u. Rainer Erb: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2 (1986), S. 223–246.
[15] Vgl. Schwarz-Friesel, Monika u. Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin 2013.
[16] Bernstein, Julia [u. a.]: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus; https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf (2. 8. 2018), S. 20.

Mit CamScanner gescannt

Bereich Rechtsextremismus zugeordnet worden. Diese Tatsache wird häufig als abwehrendes Argument angeführt, wenn muslimischer oder auch linker Antisemitismus problematisiert wird. Die scheinbare Evidenz der polizeilichen Kriminalstatistik lässt jedes Benennen von antisemitischen Strukturen außerhalb des Rechtsextremismus als kontrafaktischen Alarmismus erscheinen. Dabei wird bei einem genaueren Blick schnell klar, weshalb das Gros der antisemitischen Straftaten dem Bereich Rechtsextremismus zugeordnet wird: Immer dann, wenn es neben der antisemitischen Komponente eines Vorfalls keine weiteren Hinweise auf die Gesinnung des Täters gibt (z. B. wenn Unbekannte „Juden raus" an eine Hauswand geschmiert haben), wird die Tat automatisch als rechtsextrem klassifiziert. Das führt zu einer Verzerrung der Realität. Keine Frage: Jüdisches Leben ist hierzulande durch den Rechtsextremismus elementar bedroht. Für ein differenziertes Lagebild wäre allerdings eine Reform dieser polizeilichen Klassifikationspraxis vonnöten.

Schlechte Aussichten

Die Zukunft sieht nicht gerade vielversprechend aus, denn auch neue Generationen werden zum Hass erzogen. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: Bei einer vom „Palästinensischen Frauenverband in Deutschland" mitorganisierten Demonstration am 22. Juli 2014 am Potsdamer Platz in Berlin mit dem Titel „Stoppt das Massaker an palästinensischen Kindern, Frauen und Zivilisten in Gaza" traten insbesondere Kinder und Frauen öffentlich in Erscheinung. Jungen und Mädchen im Grundschul- und sogar Kindergartenalter skandierten „Kindermörder Israel" und griffen damit auf ein uraltes antisemitisches Motiv zurück, das fest in den europäischen und arabischen Gesellschaften verankert ist. Die Eltern scheuten auch nicht davor zurück, ihren Kindern antisemitische Parolen vorzugeben: „Unsere Kinder wollen leben, aber Israel ist dagegen"; „Israel ist ein Mörder und Faschist"; „Ist die Welt dumm und stumm, Israel bringt Kinder um" u. a. m. Die Kinder wiederholten diese Parolen mehrmals und wurden dabei von den Erwachsenen instruiert und beobachtet. Ein Fotograf, der den Marsch mit der Kamera filmte, gab den auf ihn zukommenden Kindern Anweisungen: „Ruhig weitergehen, ruhig weitergehen!" Auf der Kleidung eines Babys stand der Satz „Israel, töte mich nicht!". Ein Team der ARD filmte diese Szene bereitwillig und nahm die Sprechchöre mit einem Mikrofon auf.[17] Durch den Fokus auf die instrumen-

[17] Eigene Beobachtungen von JFDA-Mitarbeitenden im Rahmen des Monitorings von Demonstrationen mit relevanten Inhalten.

talisierten, indoktrinierten Kinder rückten die antisemitischen Inhalte an den Rand der Berichterstattung. Kinder, die mit zerfetzten Puppen auf dem Arm auftraten oder zwischen am Boden liegenden, mit blutroter Farbe getränkten Puppen drapiert waren, wurden als Teil der antisemitischen Ritualmord-Ikonografie zur Schau gestellt. Diese vermittelt ihnen die Botschaft, sie seien das Ziel vermeintlicher Tötungsabsichten der israelischen Armee. Dem israelischen Staat wird hier nicht nur unterstellt, besonders Kinder töten zu wollen, sondern auch, dies jederzeit überall tun zu können. Israel wird hier als Staat mit einer besonderen Allmacht fantasiert, der es besonders auf Kinder, selbst auf den sicheren Straßen Berlins, abgesehen habe. Den Kindern wird nicht etwa vermittelt, dass sie geborgen und sicher sind, sondern dass sie existentiell bedroht seien, und zwar im Hier und Jetzt. Damit wird das Bedürfnis der Kinder nach Sicherheit und Geborgenheit übergangen. Diejenigen Kinder, welche 2014 auf Demonstrationen für antisemitische Propaganda missbraucht wurden, sind vielleicht schon die Täter von 2018: „Durch die Instrumentalisierung und die antisemitische Indoktrination von Kindern wird letztlich das nächste Pogrom vorbereitet".[18]

Fazit

Für die jüdischen Communities hierzulande ergibt sich damit eine alles andere als beruhigende Perspektive, selbst wenn direkte Angriffe auf jüdische Einrichtungen und Menschen noch eher die Ausnahme bilden. Hier ist nun insbesondere die politische Bildungsarbeit im Bereich der Antisemitismusprävention gefragt. Sie muss gestärkt und mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden. Die Wahrnehmung der von Antisemitismus Betroffenen ist als wesentlicher Indikator in die Lagebeurteilung miteinzubeziehen. Erlebnisse und Empfindungen der jüdischen Communities müssen als Ergänzung und Einordnung von wissenschaftlich erhobenen Meinungsbildern und polizeilichen Kriminalstatistiken ernst genommen werden. Werden sie als subjektive Befindlichkeiten abgewehrt, wird ein differenzierter Blick auf die Situation verstellt. Genau dieser differenzierte Blick ist aber eine der wichtigsten Voraussetzungen, um Antisemitismus überhaupt effektiv bekämpfen zu

[18] Kirmer, Laurence u. Kirsten Tenhafen: Erziehung zum Hass. Eine Analyse zur Instrumentalisierung und antisemitischen Indoktrination von Kindern während der Demonstration „Stoppt das Massaker an palästinensischen Kindern, Frauen und Zivilisten in Gaza"; https://jfda.de/blog/2014/08/28/erziehung-zum-hass/ (2. 8. 2018).

Mit CamScanner gescannt

können. Daraus folgt auch die Notwendigkeit, die neue Qualität des Antisemitismus anzuerkennen und ernst zu nehmen. Beschwichtigungen und Bagatellisierungen bilden einen Teil des Problems.

Nicht zuletzt sind angesichts der Entgrenzung von Hass und Gewalt alle Menschen zur Solidarität aufgefordert. Diese Solidarität sollte nicht von jüdischen Institutionen eingefordert werden müssen, sondern von der gesamten Zivilgesellschaft als Selbstverständlichkeit betrachtet und in Eigeninitiative organisiert werden. Denn Angriffe auf Jüdinnen und Juden sind nicht nur Angriffe auf eine Minderheit, welche die Mehrheitsgesellschaft nichts angehen. Jeder antisemitische Vorfall muss als Anschlag auf das demokratische Zusammenleben in einer liberalen und pluralistischen Gesellschaft verstanden werden; der Kampf gegen Antisemitismus darf dementsprechend nicht an jüdische Organisationen oder Personen delegiert werden, sondern er muss als (inter-)nationale Querschnittsaufgabe erkannt und angegangen werden.

Sergey Lagodinsky

Durch Bildung toleranter? Zu kontroversen Debatten um antisemitische Vorurteile unter deutschen Studierenden

Es war eine Umfrage unter Studierenden der Universitäten Osnabrück und Victoria (Kanada), die vor einigen Jahren zumindest kurzzeitig Schockwellen auslöste: Rund 50 Prozent der befragten Kommilitonen an beiden Universitäten gaben „klassischen" oder „sekundären" Antisemitismus zu erkennen – und rund 80 Prozent antimuslimische Vorurteile.[1] Dem allgemeinen Schock in der Öffentlichkeit verlieh der Vizepräsident der Osnabrücker Universität, Joachim Härtling, dann auch Ausdruck: „Das junge ausgebildete Bürgertum zeigt dieselben Einstellungen wie der Rest. Da muss man sich doch fragen: ‚Wo sind wir hier eigentlich?'"[2] Zwei Annahmen schimmern in dieser Feststellung durch: Die Annahme eines Bildungseffekts und eines Schichteneffekts als Determinanten der antisemitischen Prädisposition. Doch ist dem so?

Gegenstand meines Beitrages in diesem Band ist nicht die Stichhaltigkeit der Studie und deren Ergebnisse, sondern die Stichhaltigkeit der Reaktion des Osnabrücker Vizekanzlers. Wie berechtigt sind eigentlich unsere Erwartungen, dass gebildete Menschen grundsätzlich weniger antisemitisch sind? Und wenn dem so ist, woran liegt es? Diese Frage ist keineswegs nur theoretischer Natur. Auf dem Spiel steht die übliche Annahme, dass Bildung, ob politische oder allgemeine, das beste „Gegengift" gegen Intoleranz

[1] https://www.uni-osnabrueck.de/presse_oeffentlichkeit/presseportal/pressemeldung/artikel/soziale-vorurteile-unter-studierenden.html. Die Umfrage selbst blieb ob der gewählten Auswertungsmethoden gleichwohl umstritten und ohne vergleichbare bzw. Nachfolgestudien.

[2] https://www.noz.de/lokales/osnabrueck/artikel/587/0207-lo-studie#gallery&0&0&587.

Mit CamScanner gescannt

und Vorurteile jeglicher Art sei, einschließlich der antisemitischen. Doch wenn nicht Bildung hilft, was bliebe uns, der aufgeklärten offenen Gesellschaft noch übrig?

Was sagt die Theorie?

Bei der Beschäftigung mit relevanten empirischen Erkenntnissen in diesem Kontext müssen wir zwischen verschiedenen Aspekten unterscheiden. Einerseits gibt es einen (überschaubaren) Forschungsstand zur Korrelation zwischen Antisemitismus und Bildung. Eine weitere, vor allem in den USA breit diskutierte Frage, ist, inwiefern Bildung, Schichtenzugehörigkeit oder soziale Mobilität für breitere Toleranz und/oder „linke politische Positionen" („liberalization") verantwortlich zeichnen können. Schließlich wäre die Frage zu klären, inwiefern eine solche Unterscheidung auch für den Umgang mit modernen Formen des Antisemitismus Bedeutung hat.

Die Korrelation zwischen Intoleranz, Werte-Orientierung einerseits und Bildungsstand andererseits ist eine der Fragen, die in der wissenschaftlichen Literatur des letzten und Anfang dieses Jahrhunderts ausführlich besprochen wurde. Blieb die Frage noch bis Mitte des 20. Jahrhunderts umstritten,[3] so kristallisierte sich später zunehmend ein Konsens unter den Forschern und erst recht im öffentlichen Diskurs heraus, wonach die Korrelation positiv sei.[4]

Konzeptionell rührt die Vermutung, dass Bildungseliten weniger für Antisemitismus und andere Formen der Intoleranz anfällig seien, von den Annahmen Adornos über die Ursprünge von antisemitischen Vorurteilen in autoritärer Erziehung und autoritären Denkstrukturen her.[5] Davon ausgehend, wurden Thesen in Bezug auf unterschiedliche Zugänge zu antiautoritärer Erziehung in verschiedenen gesellschaftlichen Schichten aufgestellt. Seymour Martin Lipset kam 1959 zu dem Schluss, dass „untere Schichten von Aktivitäten, Kontroversen und Organisationen der demokratischen Gesellschaft" quasi „isoliert" seien. Genau diese Isolation hindere sie daran, einen differenzierten und komplexen Blick auf politische Strukturen zu gewinnen, die die Nachvollziehbarkeit und Erforderlichkeit der Toleranznormen bedingen.[6]

---

3 William J. Crotty: Democratic Consensual Norms and the College Student. In: Sociology of Education, Vol. 40, No. 3 (1967), S. 200–218, hier S. 201.

4 So etwa Crotty, Democratic Consensual Norms, S. 217f.

5 Adorno, Theodor W., Elke Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson u. R. Nevitte Sanford: The Authoritarian Personality. New York 1969.

6 Seymour Martin Lipset: Political Man. New York 1963, S. 104.

Gertrude Selznick und Steven Steinberg gingen noch weiter und sprachen von zwei verschiedenen gesellschaftlichen Kulturen – einer aufgeklärten Kultur („enlightened culture") und einer Durchschnittskultur („common culture"). Selznick und Steinberg gehen davon aus, dass „die Ungebildeten kognitiv und moralisch unaufgeklärt bleiben, weil sie nie durch die Werte der Aufklärung indoktriniert wurden". Diese Werte blieben ihnen letztendlich fremd. Erst das Klettern in der Bildungshierarchie erlaube es Bürgern, die Werte zu erlangen, die ihnen eine Distanzierung von „Durchschnitttskultur" ermöglichen.[7]

Wie eine solche Transformation der Betroffenen funktionieren kann, wird unterschiedlich beurteilt. Samuel A. Stouffer beschrieb die besondere Situation, wo Menschen in Bildungsmilieus in eine Konstellation geraten, in der sie mit anderen Werten konfrontiert wurden, als diejenigen, die sie von zu Hause aus mitbrächten. Dadurch seien sie einer „toleranzfördernden Situation" ausgesetzt. Je weiter die Bildung voranschreite und umso mehr Wissen über verschiedene Kulturen von den Studierenden kumuliert werde, umso größer die Offenheit gegenüber neuen Ideen und die Bereitschaft, Risiken einzugehen und Ambivalenzen auszuhalten.[8] Laura M. Moore und Seth Ovadia[9] haben wiederum in ihrer Studie, bezogen auf US-Städte, die Rolle des Umfelds hervorgehoben, das von Bildungsträgern dominiert ist. In den Gemeinschaftsräumen, die von jenen Trägern dominiert würden, ähnelten sich die Toleranzwerte der Menschen mit größerer und mit geringerer Bildung durchaus. Warum sich dieser Effekt einstellt, konnten die Autoren in ihrem Aufsatz allerdings nicht erklären. Ihre Mutmaßungen reichen von der lokalen Antidiskriminierungsgesetzgebung bis hin zu generellen kulturellen Normen, die es auch weniger gebildeteren Schichten leicht machen würden, nicht-normative Verhaltens- und Lebensformen zu akzeptieren. Wichtig könnten zudem auch Institutionen und Programme sein, die gebildetere Schichten in ihrer Wohnumgebung implementieren, wovon schließlich aber alle profitieren würden – auch diejenigen mit niedrigerem Bildungsstand. Letztere würden dementsprechend sensibilisiert. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren gehen Moore und Ovadia davon aus, dass Toleranz-Werte

---

[7] Selznick, Gertrude u. Stephen Steinberg: The Tenacity of Prejudice: Anti-Semitism in Contemporary America. New York 1969, S. 157ff.

[8] Stouffer, Samuel A.: Communism, Conformity and Civil Liberties (Originalveröffentlichung von 1959). New York 2017, insb. ab S. 89ff.

[9] Vgl. Moore, Laura M. u. Seth Ovadia: Accounting for Spatial Variation in Tolerance: The Effects of Education and Religion. In: Social Forces, Vol. 84, No. 4 (June 2006), S. 2205–2222.

Mit CamScanner gescannt

nicht von individuellen Eigenschaften, sondern von makrosozialen Faktoren – wie dem Umfeld – abhängen.[10] Daraus entstehe eine sogenannte kognitive Kultiviertheit („cognitive sophistication"), die es den Studierenden erlaube, eine konsequente Anwendung der demokratischen Ideologie und der allgemeinen Normen der Toleranz vis-a-vis „unbeliebten" Minderheiten zu behalten.[11]

Vertreter der sogenannten kognitiven Theorie sind der Ansicht, dass Bildung dafür sorgt, dass sich Studierende breitere Erkenntnisse und Horizonte aneignen, was ihnen kognitive Fähigkeiten vermittelt, die den Referenzrahmen weiten und Perspektivenwechsel erlauben.[12] Protagonisten der Sozialisierungstheorie betonen hingegen, dass es auf die Erfahrungen im Bildungs-Umfeld als Sozium ankomme, weniger auf das Wissen und die Fertigkeiten, die das Bildungssystem vermittelt. Dieses Modell basiert auf der Annahme, dass die soziale Umgebung (in unserem Fall das Uni-Umfeld) einen „normativen Druck" auf kognitive Prozesse der Individuen (Studierenden) ausübe. Im Laufe einer solchen Sozialisierung übernehmen die Individuen die Werte und Überzeugungen ihrer Umgebung.[13] Serge Guimond, Guy Begin und Douglas L. Palmer sahen in der Gruppe der Studierenden der Sozialwissenschaften eine solche besondere Gruppe mit normativem Sozialdruck.[14]

Ein weiteres Modell, welches Sunshine Hillygus als „These der politischen Meritokratie" bezeichnet,[15] geht davon aus, dass die Einstellungen der Studierenden, in diesem Falle ein erhöhtes (meist linksorientiertes?) politisches Engagement, nicht durch das Bildungssystem bedingt sind, sondern durch die höhere Begabung einer Bevölkerungsgruppe, die just wegen dieser Begabung an die Universitäten gelangt.

Eine Art Verfeinerung der beschriebenen Modelle bieten Jo Phelan, Bruce G. Link, Ann Stueve und Robert E. Moore an. Ihre empirischen Daten bestä-

---

10 Moore/Ovadia, Accounting for Spatial Variation, S. 2217.

11 Bobo, Lawrence u. Frederick C. Licari: Education and Political Tolerance: Testing the Effects of Cognitive Sophistication and Target Group Affect. In: Public Opinion Quarterly 53 (1989), S. 285–308.

12 Wright Charles R. u. Herbert H. Hyman: Education's Lasting Influence on Values. Chicago 1979; s. auch: The Findings. In Education's Lasting Influence on Values, S. 26–59. Chicago 1979: http://repository.upenn.edu/asc_papers/88 (24. 2. 2019); Nunn, Clyde Z., Harry J. Crockett u. J. Allen Williams: Tolerance for Non-conformity. San Francisco 1978.

13 Guimond, Serge, Guy Begin u. Douglas L. Palmer: Education and Casual Attributions: The Development of „Person-Blame" and „System-Blame" Ideology. In Social Psychology Quaterly, Vol. 52, No. 2 (1989), S. 126–140, hier S. 135.

14 Ebd.

15 Hillygus, Sunshine: The Missing Link: Exploring the Relation Between Higher Education and Political Engagement. In: Political Behavior, Vol. 27, No 1 (2005), S. 25–47, hier S. 29.

tigen die grundsätzliche Sozilaisierungswirkung der Uni-Umgebung, präzisieren jedoch, dass eine solche Sozialisierung stets in Richtung „offizielle gesellschaftliche Kultur" erfolge – im amerikanischen Kontext also hin zu „progressiven Positionen" im Bereich Toleranz und Chancengleichheit, jedoch nicht im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit (bezüglich Einkommen).[16] Auf diese Art und Weise würden die Präferenzen der dominanten gesellschaftlichen Gruppen verfestigt und weitergegeben. Auch die Selbstauswahlprozesse – die wohlhabenden, aber toleranten Familien schicken ihre Jugend auf Universitäten und reproduzieren sich selbst – würden hierbei deutlich.[17]

In seiner systematisierenden Zusammenschau unterscheidet schließlich Hermann G. van de Werfhorst zwischen vier Typen von Sozialkapital, welches durch Bildungseinrichtungen weitergegeben wird: Neben der klassischen Rolle der kulturellen und ökonomischen Ressourcen betont er die kommunikativen und die technischen.[18] Gerade bei den letzten beiden trenne sich die Spreu vom Weizen bezüglich politischer Einstellungen: Die Träger besonderer technischer Fertigkeiten, wie beispielsweise Ingenieure, besäßen andere (in diesem Kontext weniger gesellschaftsprogressive) politische Ansichten. Dies liege einerseits daran, dass technische Berufe im höheren Masse durch Vertreter/-innen der Arbeiterschichten gewählt würden. Eine wichtige Rolle spiele auch, dass die Absolventen technischer Studiengänge auf einem konventionellen Arbeitsmarkt in der Regel eine Erstbeschäftigung finden, was vermutlich ihre Empathie für benachteiligte Gesellschaftsgruppen weniger fördere und sie damit weniger tolerant und progressiv eingestellt seien. Wichtiger noch sei aber die Tatsache, dass im Gegensatz zu Studenten der technischen Fächer, Studierende der Sozialwissenschaften dazu befähigt würden, relevante Themen aus verschiedenen Perspektiven zu betrachten. Es gehe hier also darum, sich von eigenen Interessen zu abstrahieren und in andere und ihre Situation hineinversetzen zu können. Auch Werfhorst greift hierbei auf die Unterscheidung zwischen verschiedenen Problemerklärungsmustern zurück: Dem Durchschnitt der Bevölkerung ist die Ideologie der „Problem-Selbstverantwortung" („person-blame ideology") näher – jeder sei

[16] Phelan, Jo, Bruce G. Link, Ann Stuve u. Robert E. Moore: Education, Social Liberalism, and Economic Conservatism: Attitudes Toward Homeless People. In: American Sociological Review, Vol. 60, No. 1 (1995), S. 126–140, hier S. 138.

[17] Phelan [u. a.], Education, S. 137f.

[18] Werfhorst, Herman G. van de: Cultural Capital: Strengths, Weaknesses and two Advancements, British Journal of Sociology of Education, Vol. 31, No. 2 (March 2010), S. 157–169, hier S. 164.

Mit CamScanner gescannt

für die Lösung seiner und ihrer Probleme in erster Linie selbst verantwortlich. Den Studierenden der sozialwissenschaftlichen Fächer werden Denkmuster beigebracht, die auf der Vorstellung der „Problem-Systemverantwortung" basieren, wonach gesellschaftliche und individuelle Probleme primär systemische Gründe in allen Gesellschaften haben. Somit richten sie ihren Blick auf Ungerechtigkeiten des Systems, nicht auf Unvollkommenheit des individuellen Verhaltens.[19] Andere Forscher bestätigen diesbezügliche Unterschiede zwischen Studentinnen und Studenten der Sozialwissenschaften einerseits und der technischen Wissenschaften und Musik andererseits.[20]

Empirische Erkenntnisse: Antisemitismus und Bildung

Es gibt bisher nur wenige Untersuchungen – selbst in den USA –, die sich explizit mit Besonderheiten der Auswirkung von Bildung auf Prävalenz der antisemitische Einstellungen beschäftigt. Meist wird in diesem Zusammenhang auf die Untersuchung von Frederick D. Weil aus dem Jahre 1983 verwiesen, ansonsten aber meist lapidar Antisemitismus und anti-progressive Ansichten oder Intoleranz gleichgestellt und die Forschungsergebnisse über Intoleranz oder reaktionäre Ideologien auf Annahmen zu Antisemitismus übertragen.

Auch Weil analysiert Antisemitismus als Teilphänomen antiprogressiver (illiberaler) Einstellungen (insbesondere in Bezug auf Intoleranz).[21] Jedoch sind seine Erkenntnisse mit Blick auf Auswirkungen der Bildung auf Antisemitismuseinstellungen weniger eindeutig als erwartet. Eine Korrelation zwischen Bildungsgrad und Antisemitismus hängt seiner Meinung nach stark von dem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext ab. Bildung habe einen positiven Einfluss auf die Einstellungen gegenüber Juden, je heterogener die betroffenen Gesellschaften seien, und je länger sie als gefestigte Demokratien gelten.[22] Wesentlich sei also ein verbindliches, möglichst institutionalisiertes Regime gefestigter gesellschaftlicher Werte. Diese Ergebnisse entkräften nur die (ältere) Annahme

---

19 Werfhorst, Cultural Capital, S. 165.

20 Überblick bei Hastie, Brianne: Higher Education and Sociopolitical Orientation: The Role of Social Influence in the Liberalisation of Students. In: European Journal of Psychology of Education (2007), S. 259–274, hier S. 264f.

21 Weil, Frederick D.: The Variable Effects of Education on Liberal Attitudes: A Comparative- Histrocial Analysis of Anti-Semitism Using Public Opinion Survey Data. In: American Socialogical Review, Vol. 50, No. 4 (August 1985), S. 458–474, hier S. 458, S. 460.

22 Weil, Effects of Education, S. 470f.

von Mary R. Jackman, dass die niedrigeren Antisemitismus-Werte unter Bildungsschichten eine schichtbedingte Camouflage seien.[23]

Derartige Ergebnisse werden aber nicht immer bestätigt. Marcel Coenders und Peer Scheepers untersuchten den Grad von ethnischer Ausgrenzung („ethnic exclusion") und von Nationalismus in 22 Ländern der Welt, deren Gesellschaften sie nach Grad der religiösen Heterogenität und nach Dauer der demokratischen Tradition unterschieden. Mit Blick auf letztere differenzierten sie zwischen gefestigten und neuen Demokratien sowie den „unterbrochenen Demokratien", Ländern wie etwa Spanien, in denen frühere liberaldemokratische Traditionen durch undemokratische Phasen unterbrochen wurden. Die Erkenntnisse der Forscher sind komplexer als erwartet: Zwar ist die Auswirkung des Bildungsgrades auf ethnisch ausgrenzende Einstellungen erheblich kleiner in neuen Demokratien als in gefestigten Demokratien, allerdings gibt es keinen Unterschied zwischen diesem Effekt in unterbrochenen und gefestigten Demokratien. Der Einfluss der Bildung auf nationalistische Einstellungen scheint in gefestigten und unterbrochenen Demokratien nahezu gleich. Die Forscher fanden schließlich auch keinerlei Bestätigung dafür, dass Bildungsschichten in Gesellschaften mit stärkerer religiöser Heterogenität weniger nationalistisch oder ethnisch ausgrenzend eingestellt sind als in homogen verfassten Ländern.[24]

Schauen wir auf die empirischen Daten im Nachkriegsdeutschland, so wird das Bild noch komplizierter. Werner Bergmann und Rainer Erb geben Weil grundsätzlich recht – die Umfragen im westlichen Nachkriegsdeutschland zeugten von einem mit der Zeit abnehmenden Antisemitismus unter allen Deutschen. Allerdings verringerte sich der Antisemitismus unter gebildeten Menschen viel schneller.[25] So, wie Weil es vorhersagen würde: Je älter die deutsche Demokratie, desto weniger Antisemitismus unter Bildungseliten. Die Westdeutschen, die ihre höhere Bildung noch unter dem NS-Regime oder kurz danach erhalten haben, seien sogar für das spezifische westdeutsche Phänomen verantwortlich gewesen: Das Niveau der antisemitischen Einstellungen unter denjenigen Bildungsbürgern mit abgeschlossener höhe-

[23] Jackman, Mary R.: Education and Prejudice or Education and Response-Set?. In: American Sociological Review, Vol. 38, No. 3 (June 1973), S. 327–339, hier S. 336.

[24] Coenders, Marcel u. Peer Scheepers: The Effect of Education on Nationalism and Ethnic Exclusionism: An International Comparison. In: Political Psychology (2003), S. 313–343, hier S. 337f.

[25] Bergmann, Werner u. Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996. Berlin 2000, S. 401–438, hier S. 413; https://www.researchgate.net/publication/24250 8267_Antisemitismus_in_der_Bundesrepublik_Deutschland_1996 (24. 2. 2019).

Mit CamScanner gescannt

rer Bildung war noch in den neunziger Jahren viel höher als unter vergleichbar gebildeten Bildungsbürgern, die keinen Abschluss erhalten haben.[26]

Nicht konform mit den Erkenntnissen von Weil sowie von Coenders/Scheepers (die Ostdeutschland als neue Demokratie einstuften) war allerdings die Tatsache, dass antisemitische Ressentiments unter den Bildungsschichten im Osten Deutschlands nach der Wiedervereinigung schwächer ausgeprägt waren als im Durchschnitt der Bevölkerung.[27] Dies widerspricht auch der These von Weil, dass Bildungseliten in gefestigten Demokratien weniger anfällig sind als die in neuen Demokratien, bestätigt aber in etwa auch die Erkenntnisse der Studie von James L. Gibson und Raymond M. Duch aus dem Jahre 1992, die unter den Bildungseliten der späten Sowjetunion niedrigere Antisemitismuswerte als im Durchschnitt des Moskauer Gebiets feststellten.[28]

Interessante Ergebnisse präsentierte Bergmann auch bezüglich unterschiedlicher Bildungsgruppen in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen für die späten 1990er-Jahre:[29] Das Niveau antisemitischer Einstellungen war in Brandenburg zwar zwei bis zweieinhalb Mal so hoch, wie in NRW. Allerdings war beiden Regionen gemeinsam, dass Antisemitismus mit steigender Dauer der Schulbildung in Richtung Gymnasialstufen abnahm, aber mit steigender Dauer der Berufsausbildung wuchs. Dies könnte die sogenannte Sozialisierungs- und Milieu-These als Erklärung für Bildungseinflüsse auf Antisemitismusverbreitung bestärken: Die hochschulorientierten gymnasialen Milieus setzten Toleranz-Standards, die technisch-orientierten Berufsschulmilieus böten dagegen einen fruchtbaren Boden zur Mehrung von Vorurteilen.

Neuere Umfragen bestätigen einen grundsätzlichen Trend für Deutschland – steigende Bildung korreliert hier mit geringerem Antisemitismus. Die sogenannte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem Jahre 2016 stellt fest, dass die Befragten mit niedriger Schulbildung einen 33-prozentigen Anteil mit antisemitischen Einstellungen aufweisen, während jeweils „nur" 22 und 14 Prozent der Befragten mit mittleren und höheren Schulabschlüssen antisemitische Ressentiments teilen.[30]

---

[26] Bergmann/Erb, Antisemitismus, S. 413.

[27] Ebd.

[28] Gibson, James L. u. Raymond M. Duch: Anti-Semitic Attitude of the Mass Public: Estimates and Explanations based on a Survey of the Moscow Oblast. In: The Public Opinion Quaterly, Vol. 56, No. 1 (1992), S. 1–28, hier S. 18f.

[29] Bergmann, Werner: Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis heute. In Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart. Gießen 2004, S. 51–80, hier S. 73.

[30] Zick, Andreas, Beate Küpper u. Daniela Krause: Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Berlin 2016, S. 61.

Und auch im universitären Bereich liegen inzwischen Studien vor, die die Ergebnisse der Osnabrücker Umfrage, die den Anlass für diesen Beitrag bot, stark relativieren. Bei einer Online-Studie des Moses-Mendelsohn-Zentrums an der Universität Potsdam stellten die Forscher fest, dass eine repräsentative Auswahl der Studierenden[31] viel niedrigere Antisemitismuswerte als an der besagten Universität in Osnabrück und vor allem auch deutlich niedrigere Werte als die deutsche Durchschnittsbevölkerung zeigten. Die Zustimmungsrate für Aussagen wie „jüdische Eliten haben zu viel Einfluss" oder „Juden haben Mitschuld an antijüdischen Ressentiments" betrug ganze fünf Prozent. Signifikant höher war die Zustimmung zu problematischen Anti-Israel-Aussagen, die zumindest ein Teil der heutigen Forscher als antisemitisch einstufen. So waren 40 Prozent der Potsdamer Studierenden der Meinung, Israel führe einen „Vernichtungsfeldzug" gegen Palästinenser. Immerhin auch 15,2 Prozent der Studierenden waren der Meinung, dass Juden versuchen würden, Vorteile aus der Geschichte ihrer Verfolgung und Ermordung im Holocaust zu ziehen.[32]

Schlussfolgerungen: Ist ein Umdenken angezeigt?

Die Ergebnisse der empirischen Studie an den Universitäten von Osnabrück und Victoria haben auf Grund der festgestellten außerordentlich hohen Antisemitismuswerte erschreckt. Sie erlauben allerdings keine Aussage bezüglich besonderer Anfälligkeiten des jungen Bildungsbürgertums für konkrete Vorurteile, da die Studie von Wassilis Kassis und Charlotte Schallie[33] keine Vergleichsgruppe außerhalb der Universitäten unter vergleichbaren Bedingungen konfrontierte. Vergleiche zu anderen Antisemitismusumfragen scheitern schon an dieser schweren Vergleichbarkeit der Umfrageerhebung. Aber auch die besondere Art der Umfrageauswertung bereitet Schwierigkeiten: Die wichtigsten Schlussfolgerungen entnahmen die Wissenschaftler unter Einbeziehung der gesamten hier sogenannten „Grauskala" der Antwortoptionen. So zogen sie insbesondere folgendes Fazit im Bereich des klassischen Antisemitismus: „Fast vier von 10 Teilnehmer/-innen (38,9 %)

[31] Hier umfasste das Sampling die Studierenden aller Fachbereiche und Studienrichtungen sowohl im Bachelor- als auch im Masterstudium.
[32] Fröhlich, Alexander: Tolerante Studenten in der Stadt der Toleranz, Potsdamer Neueste Nachrichte, 3. 1. 2015, http://www.pnn.de/potsdam/923703/ (12. 3. 2018).
[33] Kassis, Wassilis u. Charlotte Schallie: The Dark Side of the Academy: Antisemitism in Canadian and German Students. In: Journal for the Study of Antisemitism (2013), S. 63–84.

Mit CamScanner gescannt

identifizieren sich, ganz oder zum Teil mit einigen antisemitischen Aussagen aus dem Fragekatalog." Bezüglich der sekundären Antisemitismusformen stellten sie fest: „Mehr als sechs von 10 Studentinnen und Studenten zeigen Offenheit gegenüber der Idee, dass ‚Juden daran Schuld seien', dass das kollektive und historische Gedächtnis an den Holocaust erhalten bleibt."[34] Auf diese Ergebnisse kommen die Autoren der Studie allerdings nur unter ausdrücklicher Einbeziehung derjenigen Respondenten, die entsprechende Fragen mit „stimme eher zu" und sogar mit „stimme eher nicht zu" beantwortet haben. Würde diese Definition der „Offenheit gegenüber Antisemitismus" bei anderen Umfragen angewandt, so müssten sie ebenfalls anders gelesen werden. Schauen wir aus dieser Perspektive auf die sogenannte Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2016, so ergibt sich ein enormer Kontrast. Die Autoren rekurrieren im Gegensatz zur Osnabrücker Untersuchung ausschließlich auf diejenigen Werte, die aus einer vollen oder teilweisen Zustimmung resultieren:

> Insgesamt lässt sich ein leichter Rückgang des klassischen Antisemitismus von 9 % im Jahr 2014 auf 6 % feststellen. Der sekundären Facette des Antisemitismus, die hier über den Vorwurf der Vorteilsnahme durch den Holocaust erfasst wurde, stimmt gut ein Viertel der Befragten (26 %) eher oder voll zu. Dies sind weniger als noch 2011 (39 %), dem letzten Zeitpunkt der Erfassung. Hingegen äußern 40 % im Jahr 2016 ihr Verständnis für die Ablehnung von Juden aufgrund der israelischen Politik.[35]

Würden wir, Kassis und Schallie folgend, das Ausmaß antisemitischer Einstellungen auch mittels „teilweiser Ablehnung" der Aussagen messen, schnellen die Antisemitismuswerte der Mitte-Studie ebenfalls in die Höhe: Hiernach wären 22,2 bis 18,5 Prozent primär antisemitisch. Die Ergebnisse der Mitte-Studie zum sekundären Antisemitismus sähen unter voller Berücksichtigung der Grauskala auch anders aus: Dem Vorwurf der Vorteilsnahme durch die Holocaust-Aufarbeitung geben nach dieser Methode nicht 26 %, sondern 42,8 % ihre Zustimmung. Der Aussage, man könne angesichts der Politik Israels Judenhass nachvollziehen, stünden hiernach zumindest 61,6 % der Respondenten offen.[36] Ähnlich kritisch sieht es in anderen Umfragen aus: In der Studie des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld für die Jahre 2002–2005 lehnen (als Beispiel) lediglich 37,9 % der Befragten in den neuen Bundesländern die Aussage

---

[34] Ebd., S. 78f.
[35] Zick [u. a.], Gespaltene Mitte, S. 43.
[36] Berechnung basierend auf Zick [u. a.], Gespaltene Mitte, S. 45f.

„Juden haben in Deutschland zu viel Einfluss" bedingungslos ab. Den Satz „Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen schuld" weisen immerhin 49,5 % entschlossen zurück.[37] Das bedeutet im Umkehrschluss, dass (nach der Methode der Forscher aus Osnabrück und Victoria) 62,1 % bzw. 50,5 % der ostdeutschen Bevölkerung antisemitische Einstellungen nicht ganz zurückweisen. Auch in dieser Studie stellen die Verfasser allerdings den positiven Effekt des Bildungsstandes auf die niedrigere Prävalenz antisemitischer Einstellungen fest.[38] Die Werte reichen zwar immer noch nicht an die schockierenden Ergebnisse der Osnabrücker Studie, sehen aber weniger harmlos aus als auf den ersten Blick.

Wo wird der Antisemitismus konkret?

Was zunächst nach einer detailorientierten Methodenfrage aussieht, kann in Wirklichkeit eine spannende inhaltliche und konzeptionelle Herausforderung für uns alle werden. Zugespitzt formuliert: Ab wann beginnt die „Grauzone" unserer Einstellungen, Antisemitismus zu sein? Die konventionelle Auswertung der meisten empirischen Erhebungen zieht diese Grenze zwischen der überwiegenden teilweisen Zustimmung (stimme eher zu) und der überwiegenden teilweisen Ablehnung (stimme eher nicht zu) antisemitischer Stereotype. Dieses einfache Schema haben die Studienleiter der Osnabrücker Studie über Bord geworfen. Und in der Tat stellt sich die Frage, inwiefern eine (nur) teilweise Ablehnung eines Ressentiments ein Ressentiment tatsächlich bestätigt. Wenn jemand feindselige Einstellungen „nur" überwiegend ablehnt, lässt er oder sie immerhin zu, dass etwas an diesen Ressentiments dran sein könnte. Konkret illustriert: Wenn ich der Aussage, Juden hätten zu viel Einfluss in der Welt, „eher nicht" zustimme, zweifle ich an meiner eigenen Entschlossenheit, diesem Stereotyp entgegenzutreten. Gerade bei antisemitischen Einstellungen, die diffus, ambivalent und schwer zu greifen sind,[39] deren klassische Formen zudem dermaßen tabuisiert sind, dass sie selbst in anonymen Umfragesituationen nicht immer in ihrer Gänze zugegeben

[37] Stichs, Anja: Expertise. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002–2005) S. 16.
[38] Stichs, Expertise, S. 30.
[39] Vgl. dazu Lagodinsky, Sergey: Kontexte des Antisemitismus. Rechtliche und gesellschaftliche Aspekte der Meinungsfreiheit und ihrer Schranken. Berlin 2013, S. 36ff.

Mit CamScanner gescannt

werden,[40] wäre die Signalwirkung der Relativierung der eigenen Zurückweisung eines Ressentiments hoch fragwürdig. Dies gilt erst recht unter Menschen aus Bildungseliten, die schon kraft ihres Umfelds unter Sozialisierungsdruck stehen und die eigenen feindseligen Einstellungen nicht einmal selbst erkennen beziehungsweise zugeben. Als zukünftige Forschungsfrage wäre die vertiefte Auseinandersetzung mit den Vertreter/-innen aus dieser „statistischen Grauzone" des Antisemitismus von größtem Interesse.

Ist der Antisemitismus der Bildungseliten ein anderer?

Mit Ausnahme der Studie, die zum Ausgangspunkt dieses Aufsatzes genommen wurde, scheint sich die Forschung darin weitgehend einig zu sein, dass allgemeine Bildung grundsätzlich einen abdämpfenden Effekt auf die Äußerungsbereitschaft befragter Personen zu klassisch gefassten antisemitischen Einstellungen besitzt.

Insgesamt zeigen die Ergebnisse der Forschung, dass ein gutes Bildungsumfeld gerade bei geisteswissenschaftlichen Disziplinen einen nachhaltigen Raum für die Formierung der sogenannten Primärgruppennormen gegen klassischen und gut erkennbaren Antisemitismus bilden kann. Unter Primärgruppennormen verstehen wir „empirische Regelmäßigkeiten und Einstellungstendenzen in der Lebenswelt des Befragten". Damit ist vor allem „das unmittelbare soziale Netzwerk von Familie und Freunden gemeint, das man als privat charakterisieren könnte".[41] Dieses Umfeld spielt sowohl für die Meinungsbildung wie für die Meinungskommunikation eine wichtige Rolle. Allerdings kommen Heiko Beyer und Ivar Krumpal in ihrer Untersuchung zur Schlussfolgerung, dass etwa die niedrigeren Antisemitismuswerte unter gebildeten Befragten über das Kommunikations- (nicht über das Meinungsbildungs-)verhalten moderiert werden.[42] Das heißt: Häufig entsprechen die gesellschaftskonformen Antworten der Befragten nicht ihren eigentlichen Einstellungen, vielmehr den Erwartungen ihres Umfelds an „das Sagbare" in der Gesellschaft. Es scheint nachvollziehbar, dass gerade Bildungseliten, die zum Teil die öffentlichen Kommunikationsnormen prägen, ein verstärktes Bewusstsein über die Regeln des Zulässigen demonstrieren und anwenden.

---

40 Beyer, Heiko u. Ivar Krumpal: „Aber es gibt keine Antisemiten mehr": Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 62 (2010), S. 681–705.

41 Beyer/Krumpal, Studie, S. 685.

42 Beyer/Krumpal, Studie, S. 701.

Einige Forscher haben ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Bildungseliten besser befähigt sind, plumpe Stereotype als nicht salonfähig zu erkennen und sie bei Umfragen zu verneinen, ohne dass sie die Ressentiments an sich ablehnen[43] oder betonen, dass Bildungsbürger eine größere Unterstützung für abstrakte demokratische Werte zeigen, um in ihre (neue) soziale Umgebung besser hineinzupassen. Allerdings wenden sie diese Grundsätze nicht in der konkreten Diskriminierungssituation an.[44]

Unser bisheriger Forschungsstand basiert auf dem klassischen Verständnis des Antisemitismus als einer Form des antiprogressiven Denkens. Sie verkürzt Antisemitismus auf zweierlei Wegen: Antisemitismus wird in den meisten zitierten Studien primär als Vorurteil und primär als Ausdruck des Nationalismus/Konservatismus gesehen.

Interessanterweise gehen die Forscher davon aus, dass „Toleranz den Grad der Gleichheit und Gerechtigkeit widerspiegelt, welche eine Gesellschaft ihren Mitgliedern und insbesondere den Minderheiten zuschreibt, die das Ziel der negativen Folgen der Intoleranz zuschreibt". In ihrem Papier haben etwa davon ausgehend, Moore und Ovadia[45] festgestellt, dass das Bildungs- und Religionsumfeld einen direkten Einfluss auf die Bereitschaft hat, den „controversial groups" Bürgerrechte zuzugestehen. Diese Erkenntnisse vernachlässigen die Veränderungen in der Wahrnehmung der jüdischen Minderheit durch unsere Gesellschaften. Der antikapitalistische, antikoloniale und antirassistische Diskurs, aber auch (damit verbunden) die Diskussion um Israel und Außenpolitik nimmt Juden nicht mehr als eine benachteiligte Gruppe wahr.

Neuer Typus erforderlich: Systemkritischer Antisemitismus

Wenn es stimmt, dass (zumindest in den USA) Sozialwissenschaftler stets strukturelle Erklärungen und Ursachen für gesellschaftliche Phänomene (wie beispielsweise Armut oder Diskriminierung) suchen, während junge Menschen außerhalb der Universität, aber auch Vertreter/-innen anderer Fachrichtungen persönliche Verantwortung der Bürger (auch für negative Lebens-

---

[43] Jackman, Mary R.: Education and Prejudice or Education and Response-Set?. In: American Sociological Review Vol. 38, No. 3 (1973), S. 327–339, hier S. 336.
[44] Jackman, Mary R. u. Michael J. Muha, Education and Integroup Attitudes: Moral Enlightenment, Superficial Democratic Commitment, or Ideological Refinement?. In: American Sociological Review, Vol. 49, No. 6 (1984), S. 751–769, hier S. 753.
[45] Vgl. Moore/Ovadia, Accounting for Spatial Variation.

Mit CamScanner gescannt

situationen) betonen,[46] so wird zumindest unter den jungen Progressiven meist nach systemischen Erklärungen für Komplexitäten und Probleme der Wirklichkeit gesucht. Und genau hier liegt die progressive Herausforderung: Zunehmend übernehmen die progressiven Kreise, auch unter Akademiker/-innen problematische Formen antisemitischer Stereotype, die nicht mehr zwischen rechts und links unterscheidbar sind, sondern vielmehr an Systemkritik anschließen. Für die Erfassung dieser Form des Antisemitismus schlage ich die Bezeichnung „systemkritischer Antisemitismus" vor. Dieser speist sich aus verschwörungstheoretischen Formen des Antisemitismus, aber auch aus der Kritik an abstrakter Macht des Geldes, und macht sich so gerade in problematischen Formen der Kapitalkritik sowie denen des Antikolonialismus bemerkbar. Antijüdische Ressentiments werden durch die Kritik an Systemträger/-innen deutlich, zu denen offen oder implizit jüdische Menschen gezählt werden.

Hier öffnen sich die progressiven Ansichten und Deutungen für antisemitische Deutungsmuster. Spätestens seit der berühmt-berüchtigten Antirassismus-Konferenz in Durban im Jahre 2001 ist klar, dass progressive Schichten nicht vor Antisemitismus gefeilt sind und diesen in ihre Weltbilder inkorporieren können. Die linke sogenannte Identitätenpolitik[47], aber auch manche Formen der BDS-Bewegung oder des Antizionismus in den USA und anderswo bieten gerade auf US-Universitäten häufig Raum für Einschüchterung und Diskriminierung von jüdischen Studierenden und Lehrenden.[48] Diese werden nun nicht mehr als Teil der Benachteiligten, sondern als Teil der unterdrückenden Eliten, als „Systemträger", angesehen. Dass jüdische Minderheiten von Opfern des Rassismus häufig als Teil der überbevorteilten weißen Mehrheit angesehen werden – und nicht mehr (wie einst) als Verbündete im Kampf gegen die rechten Rassisten –, zeigten etwa die Spannungen um die Vorführung des Films *Schindlers Liste* und der nachfolgende Konflikt mit afroamerikanischen Schüler/-innen in Oakland Anfang der 1990er-Jahre.[49] Die Neuverortung der jüdischen Bevölkerung auf der Seite der Machteliten anstelle der unterdrückten Opfer wird durch den Nahostkonflikt und die herrschende Deutung der Rolle Israels als angebliche Kolonialmacht oder Fremdkörper in der Region noch genährt.

---

46 Vgl. Guimond [u. a.], Education and Casual Attributions.

47 Lilla, Mark: The Once and Future Liberal. After Identity Politics. London 2018.

48 Vgl. dazu: Pollack, Eunice G. (Hrsg.): Antisemitism on the Campus: Past and Present. Boston 2011.

49 Vgl. dazu ausführlich: This American Life. 644: Random Acts of History, https://www.thisamericanlife.org/644/transcript.

Dies hat offensichtlich Konsequenzen: Sollte es stimmen, dass aggressiver Antizionismus oder subtil antisemitische Systemkritik zunehmend zum Bestandteil der progressiven Ideologien werden, dann ist zu befürchten, dass neue Formen und neue Muster dieses systemkritischen Antisemitismus eine zunehmende Verbreitung finden. Dies hat auch mit dem Wechsel der universitären Eliten zu tun. Waren gerade jüdische Studentinnen und Studenten sowie jüdische Professorinnen und Professoren führende Gesichter der progressiven Bewegung in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts in den USA, so findet auch an dieser Stelle ein Wandel statt. Die Eliten werden bunter, sie bringen in die linken Narrative andere biografische Erfahrungen und Befindlichkeiten ein, die nichts mit jüdischen Perspektiven zu tun haben, vielmehr sich zunehmend selbstbewusst denen entgegenstellen.

In Deutschland hat dieser Prozess weniger mit der veränderten Präsenz der jüdischen akademischen Minderheit zu tun, sondern vielmehr mit den sich verändernden Einstellungen zur deutschen Geschichte und den Schlussfolgerungen aus der Erinnerungspolitik. Auch hier vollzieht sich ein Generationswechsel: Laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahre 2013 wollen „insgesamt 81 Prozent der deutschen Befragten […] in dieser Hinsicht die Geschichte des Holocausts hinter sich lassen, wobei der Anteil derjenigen, die diesem Anliegen ‚völlig' zustimmen, bei 37 Prozent liegt". Wichtig dabei – es liegt ein klares Altersgefälle vor: „67 Prozent der jüngeren Befragten unter 40 Jahren, aber nur 51 Prozent der älteren sprechen sich für einen Schlussstrich aus." Gerade mit Blick auf die Veränderungen in den Bildungseinrichtungen ist dieser Generationenwechsel für progressive Positionen und somit auch innerhalb der links-orientierten akademischen Eliten mehr als erheblich. Die zunehmende und sehr begrüßenswerte Multikulturalisierung des Studenten- und Lehrkörpers kommt hinzu. Auch hier werden aber neue Narrative und Biografien für Herausforderungen sorgen.

All dies hat Folgen für die Konzipierung der künftigen Studien und Befragungen unter Studierenden. Auch wenn die Ergebnisse der Studie in Osnabrück und Victoria derzeit wie ein Ausreißer erscheinen, geben sie einen nicht unrealistischen Hinweis auf Künftiges. Zukünftige Untersuchungen sollten daher zunehmend auf Formen der Ressentiments ausgerichtet werden, die für progressive systemkritische Ideologien anschlussfähig sind und nicht nur offensichtlich an rechte Weltbilder anknüpfen. Dies schließt bestimmte Formen von Antizionismus, aber auch von Globalisierungs- oder Finanzkritik ein.

Hinzu kommen die Veränderungen im kommunikativen Umfeld der neuen Generationen. Durch die zunehmende Medialisierung und Digitali-

Mit CamScanner gescannt

sierung der Wirklichkeit tritt wissenschaftlichen Informationen und Konzepten eine immer stärkere Konkurrenz aus dem Internet-Raum entgegen, die sich teils mit Vorliebe bei primären Unterhaltungseffekten und populären Vorurteilen bedient. Auch die Studierenden von heute, deren Lern- und Arbeitskultur sich schon jetzt zunehmend verändert, stehen in diesem Spannungsfeld. Ob die Bildungseliten von morgen ihre allgemein attestierten Vorteile beim Erlangen – und Praktizieren – von Toleranz und Offenheit gegenüber Minderheiten, einschließlich der jüdischen, behaupten werden, scheint in diesem Lichte keine Selbstverständlichkeit.

Jérôme Lombard

Wenn „Du Jude" zum Schimpfwort wird Antisemitisches Mobbing an deutschen Schulen

Gewaltfreiheit ist ein unumstößlicher Grundsatz der freiheitlich-demokratischen Gesellschaft. Kaum anderswo ist sie wichtiger als an der Institution Schule, wo Kinder und Jugendliche das nötige Rüstzeug vermittelt bekommen, um später als erwachsene, selbstbestimmte und kritische Bürger[1] am demokratischen Aushandlungsprozess teilnehmen zu können. Gewalt, unabhängig davon, ob sie sich gegen Schüler oder Lehrer richtet, hat an Schulen keinen Platz. So ist zumindest die Theorie. In der Praxis sieht es leider häufig anders aus.

Dass Kinder und Jugendliche auch an westlichen Schulen von Mitschülern beleidigt, angegriffen und tyrannisiert werden, ist keine allzu neue Erkenntnis.[2] Laut einer Pisa-Studie aus dem Jahre 2017 ist auch fast jeder sechste Jugendliche an deutschen Schulen von regelmäßiger physischer oder psychischer Gewalt betroffen.[3] Was aber dringt von diesen Erfahrungen überhaupt an die Oberfläche?

---

[1] Um den Lesefluss nicht zu beeinträchtigen, wird in diesem Beitrag die maskuline beziehungsweise neutrale Form eines Wortes verwendet. Bei allgemeiner Nennung sind stets alle sozialen Geschlechter miteinbezogen.

[2] Der Jugendgewaltforscher Dan Olweus definiert Mobbing so: „Ein Schüler wird gemobbt oder schikaniert, wenn er wiederholt über einen gewissen Zeitraum den negativen Aktivitäten von einem oder mehreren Mitschülern ausgesetzt ist." (Zitiert nach: Olweus, Dan: Mobbing in Schulen: Fakten und Intervention. In: Henschel, Angelika u. Rolf Krüger, Christof Schmitt, Waldemar Stange (Hrsg.): Jugendhilfe und Schule. Wiesbaden 2009).

[3] Vgl. hierzu: Ohne Autorenname (O. A.): Fast jeder sechste Jugendliche ist ein Mobbing-Opfer. In: Handelsblatt, 19. 4. 2017. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/pisa-studie-fast-jeder-sechste-jugendliche-ist-ein-mobbing-opfer/19687544.html?ticket=ST-4504788-KUyhYBLsLWTghpEbsFpl-ap3.

Mit CamScanner gescannt

Offenbar werden Vorfälle von Mobbing und/oder direkter physischer Gewalt häufig erst dann zum öffentlichen Thema, wenn sie von den Medien aufgegriffen werden. Dabei sind es zumeist besonders gewalttätige und spektakuläre Fälle von Gewalt an Schulen, wie beispielsweise Amokläufe, die es in die Berichterstattung der Medien schaffen. Verbale oder auch physische Gewalt, die sich in vielen Klassenzimmern tagtäglich abspielt, schafft es hingegen nur selten in die Schlagzeilen – es sei denn, das Problem verdichtet sich und erfasst immer mehr Kinder, Jugendliche, Pädagogen und Familien. So wurden im Frühjahr 2018 mehrere Fälle von religiös motiviertem Mobbing an Berliner Schulen bekannt, bei denen Mädchen und Jungen von muslimischen Mitschülern beschimpft oder attackiert wurden, schlicht weil sie keine Muslime sind. In einigen dieser Fälle kam es parallel zu antisemitischen Vorfällen. Nach einem Aufschrei der Empörung aus Politik und Gesellschaft ist die die Debatte über den sich bereits seit längerem in deutschen Klassenzimmern immer gewalttätiger zeigenden Judenhass[4] und über mögliche Präventions-Strategien wieder voll entfacht. Die Betonung liegt vor diesem Hintergrund auf „wieder". Ordnet man nämlich die jüngsten Vorfälle in die Serie von schon vor Jahren bekannt gewordenen Übergriffe an Schulen mit antisemitischer Motivation ein, offenbart sich ein Phänomen, das keineswegs neu ist und das großes Unbehagen unter den Betroffenen und innerhalb der jüdischen Community als Ganzes ausgelöst hat. [5]

Ein Vorfall an der Berliner Paul-Simmel-Grundschule und der politische Aufschrei

Einer der Fälle, welcher im Frühjahr 2018 bundesweit für Schlagzeilen sorgte, war jener an der Paul-Simmel-Grundschule im Berliner Bezirk Tempelhof. Dort wurde ein Mädchen von muslimischen Mitschülern über Jahre hinweg gemobbt. Ein Schüler soll sogar damit gedroht haben, die Zweitklässlerin umzubringen, weil sie nicht an Allah glaube. Der Fall wurde erst bekannt, nachdem sich der Vater des Mädchens an die Öffentlichkeit gewandt hatte. Gegenüber der in Berlin erscheinenden Zeitung *Der Tagesspiegel* sagte der 41-Jährige, dass es sich für seine Tochter um eine „direkte Bedrohungslage"

---

4 Vgl.: Lichtenberg, Arne: Antisemitismus auf dem Vormarsch. In: Deutschlandfunk, 15. 12. 2017. http://www.deutschlandfunk.de/europa-antisemitismus-auf-dem-vormarsch.2897.de.html?dram:article_id=406168.

5 Vgl.: O. A.: Judenhass nimmt zu – und die Angst, ZDF online, 20. 12. 2017; https://www.zdf.de/nachrichten/heute/wachsender-antisemitismus-in-deutschland-100.html.

gehandelt habe. „Die Mitschüler haben meine Tochter mit Schlägen und dem Tod bedroht und sogar noch angefangen, eine entsprechende Mannschaft zu organisieren." [6] Habe es sich lange Zeit um allgemein religionsmotiviertes Mobbing gehandelt, sei später auch Antisemitismus hinzugekommen. Ein Mitschüler habe seine Tochter gefragt, ob sie Jüdin sei, berichtet der Vater. Da ein Elternteil jüdisch ist, habe sie das bejaht. Daraufhin soll der Schüler das Wort „Jude" mehrfach in bedrohlicher Weise wiederholt haben. In derselben Clique männlicher Mitschüler sollen zudem Handy-Videos kursiert sein, auf denen Enthauptungsszenen und andere Propaganda des sogenannten „Islamischen Staates" (IS) gezeigt wurden.[7]

Die Berliner Senatsbildungsverwaltung hatte nach Bekanntwerden der Ereignisse bestätigt, dass es an der Tempelhofer Grundschule zu derartigen Vorfällen gekommen war.[8] Nun reagierte auch die Bundespolitik mit einem Aufschrei. Neben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verurteilte auch Außenminister Heiko Maas (SPD) das offensichtliche Mobbing. „Wenn ein Kind antisemitisch bedroht wird, ist das beschämend und unerträglich", schrieb der Außenminister auf dem Kurznachrichtendienst *Twitter*.[9] Berlins Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) erklärte, dass sie an der Grundschule ein Krisengespräch mit allen Beteiligten führen wolle. „Die Schule nimmt das sehr ernst", betonte Scheeres.[10] Zunächst aber sah es wenig danach aus, als sei sich die Schule der Brisanz der Lage bewusst.

So erklärte der Leiter der betroffenen Grundschule, Thomas Albrecht, dass er die Aufregung um das Mädchen für übertrieben halte. Es habe sich um einen Einzelfall gehandelt.[11] Erst nachdem der öffentliche Druck auf ihn zugenommen hatte, räumte Albrecht die Vorkommnisse tatsächlich ein. Das jüdische Mädchen sei nicht die einzige Schülerin an seiner Schule gewesen,

---

[6] Vgl.: Vieth-Entus, Susanne: Krisengespräch nach religiösen Mobbing an Berliner Grundschule, Der Tagesspiegel, 29. 3. 2018; https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-und-mehr-krisengespraech-nach-religioesem-mobbing-an-berliner-grundschule/21125582.html.

[7] Ebd.

[8] Ebd.

[9] Vgl.: O. A.: Heiko Maas: „beschämend und unerträglich", Der Tagesspiegel, 25. 3. 2018; https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-an-paul-simmel-grundschule-heiko-maas-beschaemend-und-unertraeglich/21112618.html.

[10] Vgl.: O. A.: Scheeres sieht neben Schulen auch Eltern in der Pflicht, RBB, 26. 3. 2018; https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2018/03/reaktionen-antisemitisches-mobbing-grundschule-berlin.html.

[11] Klesmann, Martin: Zweitklässlerin von Mitschüler mit dem Tode bedroht, Berliner Zeitung, 24. 3. 2018; https://www.berliner-zeitung.de/berlin/religioeses-mobbing-zweitklaesslerin-von-mitschueler-mit-dem-tode-bedroht-29916888.

Mit CamScanner gescannt

die aus religiösen Motiven heraus von Mitschülern gemobbt wurde, schrieb Albrecht nun in einem offenen Brief.[12] Darin entschuldigte er sich für seine Fehleinschätzung. Er habe „die Geschehnisse harmloser dargestellt, als sie sind". Das Verhalten der Schüler sei „menschenverachtend". Albrecht kündigte pädagogische Projekttage an, die vermitteln sollen, dass Intoleranz und Hass keinen Platz im Klassenzimmer haben.[13] Mit seiner anfänglichen Bewertung des antisemitischen Mobbings als Einzelfall stand der Schulleiter freilich nicht alleine dar. Auch Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hatte mit Blick auf die Ereignisse von einem „besorgniserregenden Vorfall" gesprochen, der aber „hoffentlich nur ein Einzelfall ist und bleibt".[14]

Wenzel Michalski kann angesichts solcher Äußerungen nur mit dem Kopf schütteln. Sein heute 15-jähriger Sohn Oscar wurde ebenfalls Opfer antisemitischer Übergriffe durch muslimische Mitschüler an dessen ehemaliger Schule in Berlin-Friedenau.[15] Über Monate wurde Oscar in seiner Klasse beschimpft und geschlagen. Die Eltern hatten zunächst das Gespräch mit den Lehrern und der Schulleitung gesucht. Als eine sinnvolle pädagogische Intervention hatten sie vorgeschlagen, praxiserprobte Vertreter von Initiativen gegen Antisemitismus in die Klasse ihres Sohnes einzuladen. Auch einen Besuch von Oscars Großeltern, die beide Shoah-Überlebende sind, hatten die Eltern angeregt. Offensichtlich kamen die Vorschläge der Michalskis bei der Schule nicht an. Als einzige Möglichkeit, ihren Sohn aus der mittlerweile unhaltbaren Situation herauszuholen, sahen die Eltern schließlich einen Schulwechsel.[16]

Es war der Fall von Oscar Michalski in Berlin, der im Herbst 2017 zu den ersten größeren Debatten über aktuellen Judenhass an deutschen Schulen geführt hat. Eine Debatte, die sich als weit schwieriger entpuppt als möglicher-

---

[12] Vgl.: O. A.: Antisemitismus: Schulleiter entschuldigt sich für Verharmlosung, BZ, 29. 3. 2018; https://www.bz-berlin.de/berlin/antisemitismus-an-paul-simmel-grundschule-schulleiter-raeumt-weitere-vorfaelle-ein.

[13] Ebd.

[14] Vgl.: O. A.: „Besorgniserregender Vorfall" – Müller äußert sich zu Morddrohungen an Grundschule, Berliner Zeitung, 26. 3. 2018. https://www.berliner-zeitung.de/berlin/-besorgniserregender-vorfall--mueller-aeussert-sich-zu-morddrohungen-an-grundschule-29926768.

[15] Vgl.: O. A.: Gemobbt, weil er Jude ist: Großeltern berichten, was ihr Enkel an einer Berliner Schule erlebte, FOCUS, 26. 10. 2017; https://www.focus.de/wissen/mensch/arte-doku-ueber-antisemitismus-gemobbt-weil-er-jude-ist-grosseltern-berichten-was-ihr-enkel-schlimmes-an-einer-berliner-schule-erlebte_id_7754910.html.

[16] Vgl.: Sternberg, Jan: Gemobbt, weil sie Juden sind, Märkische Allgemeine, 13. 4. 2018. http://www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Gemobbt-weil-sie-Juden-sind.

weise erwartet. „Die Leute kapieren es einfach nicht", äußerte Wenzel Michalski gegenüber der *Jüdischen Allgemeinen*.[17] „Anstatt sofort mit ihrer pädagogischen Kompetenz einzugreifen, stecken viele Lehrer bei Antisemitismus nur den Kopf in den Sand." An der Friedenauer Gemeinschaftsschule sei es nach dem Weggang seines Sohnes zu keinerlei personellen oder strukturellen Konsequenzen gekommen. Die Lehrer seien schon damals völlig mit der Situation überfordert gewesen und hätten die Judenfeindschaft der Mitschüler zum Teil heruntergespielt. Der Schulleitung wäre es in erster Linie um ihren guten Ruf gegangen, und die Eltern habe man in keiner Weise in mögliche Lösungsstrategien eingebunden. Positiv sah Michalski allerdings, dass die Öffentlichkeit inzwischen sensibler auf das Problem reagiere. „Die jüdische Gemeinde traut sich jetzt auch mehr, darüber zu reden", stellte Michalski fest.[18] Tatsächlich häuften sich nach Bekanntwerden des Vorfalls in Tempelhof die Berichte von jüdischen Berliner Eltern und Schülern, die ihre Erfahrungen mit Judenhass im Klassenzimmer öffentlich machten.

„Systematische Verharmlosung": Zum Ausmaß von Judenfeindschaft im deutschen Klassenzimmer

Sigmount Königsberg, der Antisemitismusbeauftragte der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, spricht mit Blick auf antisemitisches Mobbing an den Schulen von „systematischer Verharmlosung" seitens der Politik. „Antisemitismus ist an den Schulen leider überhaupt kein Einzelfall", konstatiert er.[19] Jede Woche würden sich Eltern oder Schüler bei ihm melden und von Vorkommnissen berichten. Die Mehrheit der Vorfälle von Antisemitismus an Schulen seien unterschwellige Beschimpfungen, und sie würden nie publik werden. „Die Eltern sagen nichts, oder die Lehrer versuchen, die Dinge unter den Teppich zu kehren", erklärte Königsberg.[20] Es seien nur einige wenige Vorfälle, die es in die Medien-Berichterstattung schaffen würden. Die meisten antisemitischen Vorkommnisse liefen jedoch – so wie das Mobbing aus anderen Motivationen heraus – unterhalb der Wahrnehmungsgrenze der

[17] Vgl.: Lombard, Jérôme: Lauter Einzelfälle, Jüdische Allgemeine, 12. 4. 2018; https://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/31267.
[18] Vgl.: Bachner, Frank: Sein Vergehen: Er ist Jude, Der Tagesspiegel, 10. 4. 2018; https://www.tagesspiegel.de/berlin/antisemitismus-an-berliner-schulen-sein-vergehen-er-ist-jude/21156700.html.
[19] Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.
[20] Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.

Mit CamScanner gescannt

Öffentlichkeit ab. „Es läuft einiges gehörig falsch, wenn nicht die Angreifer die Schule verlassen müssen, sondern die Opfer antisemitischer Übergriffe, weil ansonsten die Eltern die Sicherheit ihrer Kinder nicht mehr gewährleistet sehen", sagt Königsberg.[21] Der Berliner Rabbiner Yehuda Teichtal bestätigt diesen Eindruck. Bereits vor 22 Jahren kam er aus New York nach Deutschland. „Noch nie musste ich besorgte Familien so oft beraten wie in den vergangenen Monaten."[22] Auch bei ihm würden sich durchschnittlich mindestens einmal die Woche Eltern melden und von judenfeindlichen Vorfällen an den Schulen ihrer Kinder berichten. Dabei gehe es zumeist um Pöbeleien, Beschimpfungen und Beleidigungen bis hin zu ernsten Bedrohungen, sagte Teichtal, der auch Leiter des Jüdischen Bildungszentrums Chabad Lubawitsch in Berlin ist.[23]

Bislang gibt es keine belastbaren Zahlen und Statistiken zu antisemitischen Übergriffen und judenfeindlichem Mobbing an deutschen Schulen. Die dem Berliner Bildungssenat untergeordnete Antidiskriminierungsstelle hat im Jahr 2017 zwölf antisemitische Vorfälle registriert. Die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, Soraya Gomis, schätzt die Dunkelziffer allerdings als wesentlich höher ein.[24] Eine ebenfalls 2017 im Auftrag des American Jewish Committee (AJC) unter Berliner Lehrern durchgeführte Umfrage belegt, dass „Du Jude" als gängiges Schimpfwort auf dem Schulhof weit verbreitet ist.[25] Die Pädagogen berichten demnach von einer gestiegenen Bedeutung von Religion im Schulalltag, insbesondere unter muslimischen Jugendlichen, sowie einem Anstieg von judenfeindlichen Äußerungen. Dass sich das Problem keineswegs nur auf die Bundeshauptstadt bezieht, verdeutlichte ein Beitrag im *Stern*. Dieser veröffentlichte Ende März 2018 eine ganze Reihe von Fällen, bei denen Eltern und Schüler ihre Erlebnisse mit antisemitischen Mobbing berichten. Dabei handelte es sich um Erfahrungsberichte u. a. aus Frankfurt a. M., Bonn und anderen größeren Städten in Deutschland.[26]

---

21 Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.

22 Vgl.: Schmiemann, Brigitte: „Wir wollen nicht, dass Kinder Angst haben müssen", Berliner Morgenpost, 29. 3. 2018; https://www.morgenpost.de/berlin/article213873281/Wir-wollen-nicht-dass-Kinder-Angst-haben-muessen.html.

23 Vgl.: Schmiemann, Angst.

24 Vgl.: Beug, Sebastian, Warum gibt es keine Zahlen zu antisemitischen Übergriffen?, BZ, 30. 3. 2018; https://www.bz-berlin.de/berlin/warum-gibt-es-keine-zahlen-zu-antisemitischen-uebergriffen.

25 Vgl.: https://ajcberlin.org/de/positionen/antisemitismus.

26 Vgl.: O. A.: Hass auf Juden an deutschen Schulhöfen – Eltern schildern erschütternde Vorfälle, Stern, 27. 3. 2018. https://www.stern.de/politik/deutschland/berlin--mit--du-jude--faengt-es-an---antisemitisches-mobbing-an-schulen-7916672.html.

Diejenigen Fälle von Antisemitismus im Klassenzimmer, die bekannt werden, seien nur die Spitze des Eisbergs, schätzt auch Marina Chernivsky, Leiterin des Kompetenzzentrums Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST), ein. „Antisemitische Diskriminierung ist an vielen deutschen Schulen leider an der Tagesordnung. Viele Geschichten sind nicht spektakulär, sondern alltäglich banal und so normalisiert, dass sie gar nicht als solche auffallen", erläuterte Chernivsky.[27] Die Spannbreite reiche dabei von abschätzigen Kommentaren im Geschichtsunterricht über Beschimpfungen, Schmierereien auf der Schultoilette, bis hin zu tätlicher Gewalt. „Wichtig ist, dass die Schule nach einem Vorfall mit den Eltern Kontakt aufnimmt und nicht etwa versucht, die Dinge unter den Teppich zu kehren", sagt Chernivsky.[28] Doch genau das passiere ihrer Erfahrung nach in der überwiegenden Mehrheit der Fälle. „Schule kann nicht alles lösen, aber sie muss mit Kompetenz und vor allem schnell reagieren, um Antisemitismus wirksam entgegenzuwirken", betonte Chernivsky. [29]

Permanentes Mobbing als Einschränkung von Lebensqualität

Gewinnt eine Bevölkerungsgruppe das Gefühl, ihre Kinder nicht mehr auf die Schule der ursprünglichen Wahl schicken zu können, bedeutet dies eine erhebliche Einschränkung ihrer Lebensqualität. Wie dramatisch die Auswirkungen sein können, verdeutlicht ein Blick auf Deutschlands Nachbarland Frankreich. Einem Bericht der *Times of Israel* zufolge besuchten in Frankreich im Jahr 2016 lediglich noch ein Drittel aller schulpflichtigen jüdischen Kinder und Jugendlichen öffentliche Schulen.[30] Während vor 30 Jahren noch die überwiegende Mehrheit öffentliche Schulen besuchte, gehen die meisten jüdischen Schüler heute auf eine von den jüdischen Gemeinden betreute oder von privaten Trägern – wie den großen christlichen Kirchen – betriebene Schule.[31] In der Hauptstadt Paris, in der mit etwa 350.000 Menschen immerhin die Mehrheit der Juden in Frankreich lebt, besucht praktisch kein

[27] Vgl.: Lombard, Jérôme: Nur die Spitze des Eisbergs, Neues Deutschland, 31. 3. 2018; https://www.neues-deutschland.de/artikel/1084060.antisemitismus-nur-die-spitze-des-eisbergs.html.
[28] Vgl.: Lombard, Spitze des Eisbergs.
[29] Vgl.: Lombard, Spitze des Eisbergs.
[30] Vgl.: Lipshiz, Cnaan: In Paris, Jewish students find public schools a no-go zone, Times of Israel, 25. 8. 2016; https://www.timesofisrael.com/paris-public-schools-are-no-go-zones-for-jews/.
[31] Vgl.: Lipshiz, In Paris.

Mit CamScanner gescannt

einziger jüdischer Schüler mehr eine öffentliche Bildungseinrichtung, wie Francis Kalifat, Präsident des zentralen jüdischen Dachverbands in Frankreich „Conseil Représentatif des Institutions juives de France" (CRIF) der *Times of Israel* sagte. „In the Paris region, there are virtually no more Jewish pupils attending public schools," so Kalifat gegenüber der Zeitung.[32] An öffentlichen Schulen sei aufgrund des dort häufig herrschenden Antisemitismus Leib und Leben eines jüdischen Schülers nicht sicher. Mehrere gewalttätige Vorfälle mit judenfeindlichem Hintergrund auf Schulhöfen hätten in der Vergangenheit diese Einschätzung bestätigt. Kalifat erläuterte weiter, dass die privaten jüdischen Bildungseinrichtungen nur dank erhöhter Sicherheitsvorkehrungen und der vor den Gebäuden positionierten Polizei- und Militäreinheiten existieren könnten.[33] Dass viele französisch-jüdische Familien den Umstand, nicht mehr frei über die Schulwahl für ihre Kinder entscheiden zu können, als erhebliche und nicht akzeptable Einschränkung ihrer Lebensqualität ansehen, spiegelt sich auch in den hohen Auswanderungszahlen nach Israel wider. Seit 2012 sind über 20.000 französisch-jüdische Familien nach Israel ausgewandert. Diese Abwanderung mache sich unmittelbar in den jüdischen Gemeinden und Schulen in Frankreich bemerkbar, erklärt Kalifat. „The people who are leaving are exactly the people who are involved in the Jewish community", so der CRIF-Präsident gegenüber der *Times of Israel*.[34] Zu Verhältnissen wie in Frankreich dürfe es in deutschen Großstädten niemals kommen, sagt der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Gideon Joffe. „Es ist fünf vor zwölf. Es wird in Berlin langsam ungemütlich. Aber noch haben wir nicht solche Verhältnisse wie in Frankreich", schätzt er ein.[35] Viele Mitglieder der Berliner Gemeinde machten sich jedoch angesichts des zunehmenden Antisemitismus ernsthaft Sorgen über ihre Zukunft in Deutschland. Und auch der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, stimmt dem Berliner Gemeindevorsitzenden tendenziell zu. Ein „Weiter so!" dürfe es nicht geben. Auch in den Schulen müsse der Grundsatz gelten: „100 Prozent Respekt für Juden, Muslime, für Ausländer, für Homosexuelle und für alle Hautfarben. Nicht mehr – aber auch nicht weniger", so Schuster.[36] Der Zentralratspräsident und viele Gemeindemitglieder haben das Gefühl, dass

---

32 Vgl.: Lipshiz, In Paris.
33 Vgl.: Lipshiz, In Paris.
34 Vgl.: Lipshiz, In Paris.
35 Vgl.: Lombard, Jérôme: Berlin trug Kippa, Jüdische Allgemeine, 2. 5. 2018; https://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/31422.
36 Vgl.: Lombard, Berlin trug Kippa.

antisemitische Vorfälle zunehmen, besonders in großstädtischen Milieus. „Hier hat offensichtlich Berlin eine leider führende Rolle."[37]

Als „dramatisch, besorgniserregend und in Deutschland in jedem Fall zu verhindern" bezeichnet auch Michael Groys die Entwicklungen in Frankreich.[38] Der 26-jährige Politikwissenschaftler und Publizist stammt aus einer ukrainisch-jüdischen Familie und ist in Berlin-Charlottenburg aufgewachsen. Groys engagiert sich in der SPD und ist aktives Mitglied in der jüdischen Gemeinde. „Nach jedem Vorfall tut die Politik so, als sei Antisemitismus im Klassenzimmer etwas Neues. Für uns Juden in Deutschland ist das Thema aber überhaupt nicht neu", sagt er.[39] Ihn erreichen privat immer wieder Berichte über Mobbing und Attacken auf jüdische Schüler. Meistens seien die Täter muslimische Jugendliche, und oftmals ginge es um den Nahostkonflikt oder die Religion. „Mich ärgert die scheinbare Tatenlosigkeit der Politik", sagt Groys. Nach einer kurzzeitigen medialen Aufmerksamkeit für das Thema ebbe das Interesse stets wieder ab, erläutert er. Den gut gemeinten „Sonntagsreden" vieler Politiker würden keine Taten folgen. „Es kann doch nicht sein, dass jüdische Eltern in Berlin ihre Kinder nur noch auf jüdische Schulen schicken können", empört sich Groys. Auch er würde sein Kind in der gegenwärtigen Situation auf eine jüdische Schule schicken. „Wir müssen diese von außen implementierte Abschottung stoppen", betont er gleichwohl. Die Mehrheitsgesellschaft könne kaum nachvollziehen, wie sich die ständigen Berichte über judenfeindliche Vorfälle an Schulen – gepaart mit dem allgemein auch in der deutschen Gesellschaft zunehmenden Antisemitismus – emotional auf die jüdischen Familien auswirken würden.[40] Die Lage in Frankreich schwebe dabei stets wie ein Damoklesschwert über der Debatte. „Wir müssen den Opferschutz verbessern und den Lehrern das nötige Knowhow in die Hand geben, damit diese bei antisemitischen Vorfällen sofort einschreiten können", fordert Publizist Groys. Jüdische Schüler müssten wie alle anderen Schüler ohne Angst vor Anfeindungen auf die Schulen ihrer Wahl gehen können. Die Politik stehe in der Verantwortung, dies zu gewährleisten.[41]

---

[37] Vgl.: O. A: Gewaltstatistik an Schulen – Zentralrat unterstützt Vorschlag, Berliner Morgenpost, 27. 3. 2018; https://www.morgenpost.de/berlin/article213855911/Gewaltstatistik-an-Schulen-Zentralrat-unterstuetzt-Vorschlag.html:

[38] Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.

[39] Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.

[40] Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.

[41] Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.

Mit CamScanner gescannt

Strategien gegen Antisemitismus im Klassenzimmer

„Was derzeit in vielen Klassenzimmern in Berlin und anderen deutschen Städten passiert, macht mich einfach nur fassungslos und wütend", sagt Vladislava Zdesenko.[42] Die 41-Jährige arbeitet als Anwältin in einer Kanzlei am Kürfürstendamm in Berlin-Charlottenburg. Der in der Gesellschaft unterschwellig stets vorhandene Antisemitismus habe nicht nur deutlich zugenommen, sondern äußere sich inzwischen auch gewalttätiger, findet sie. „Die Vorfälle von antisemitischem Mobbing an den Schulen, die an die Öffentlichkeit kommen, sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Dunkelziffer ist meiner Einschätzung nach viel höher", sagt die Rechtsanwältin. Zdesenko stammt aus einer jüdisch-ukrainischen Familie, sie ist in Kiew geboren und in Berlin aufgewachsen.[43] Judenfeindschaft im Klassenzimmer empört die Mutter eines Sohnes im Teenageralters sehr. Nach antisemitischen Vorfällen passiere stets das Gleiche, stellt Zdesenko fest: Anstatt die Täter mit Disziplinarmaßnahmen oder einem Schulverweis zu bestrafen, müssten die jüdischen Schüler aus Furcht vor weiteren Übergriffen die Schule wechseln. „So sieht der traurige Regelfall aus, der nichts mit Gerechtigkeit zu tun hat", konstatiert die Anwältin und schlussfolgert: „Der Lerneffekt, der dadurch entsteht, ist: Man kann jüdische Kinder ohne Konsequenz von einer Schule mobben. Dagegen müssen wir uns wehren!"[44]

Um der Gerechtigkeit künftig wieder Geltung zu verschaffen, haben sich neun jüdische Anwälte aus Berlin zu einem Team zusammengetan, darunter Vladislava Zdesenko. Die Anwälte, die vorerst anonym bleiben möchten, wollen sich als Team auf den Bereich antisemitisches Mobbing im schulischen Kontext spezialisieren und betroffenen Schülern und ihren Eltern ehrenamtlich rechtliche Beratung und Unterstützung anbieten. „In der gegenwärtigen Situation ist es unerlässlich, die Öffentlichkeit zu suchen und Hilfsangebote von Beratungsstellen wie der Antidiskriminierungsstelle des Senats oder des Antisemitismusbeauftragten der Jüdischen Gemeinde zu Berlin um die juristische Perspektive zu ergänzen", sagt Zdesenko. Das erklärte Ziel des Anwälte-Teams ist es, Ansprechpartner zu sein, Hilfestellung zu geben, Präzedenzfälle zu schaffen. „Wir müssen gegen diejenigen Jugendlichen, die ihre Mitschüler psychisch und physisch malträtieren, mit der

---

42 Vgl.: Lombard, Jérôme: Mit der vollen Härte des Gesetzes, Jüdische Allgemeine, 26. 4. 2018; https://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/31390.
43 Vgl.: Lombard, Härte des Gesetzes.
44 Vgl.: Lombard, Härte des Gesetzes.

vollen Härte des Gesetzes vorgehen", meint die Anwältin. Mobbing und Diskriminierung in der Schule seien schließlich keine Kavaliersdelikte, die man mit erhobenem Zeigefinger und einer Ermahnung abtun könnte, sondern strafbar. „Im schlimmsten Fall traumatisiert Mobbing einen jungen Menschen für sein ganzes Leben", sagt Zdesenko. Auch bei den Lehrern müsse für das nötige Unrechtsbewusstsein gesorgt werden, damit diese konsequent gegen Antisemitismus im Unterricht einschreiten. Tatsächlich bestätigt die psychologische Forschung, dass Mobbing-Opfer häufig noch jahrelang unter den Spätfolgen leiden.[45]

Die Idee zur Bildung eines jüdischen Anwälte-Teams gegen Antisemitismus entstand nach dem Vorfall an der Paul-Simmel-Grundschule und den anderen Berichten über judenfeindliche Vorfälle an Berliner Schulen im Frühjahr 2018. Mehrere Eltern, die Zdesenko aus der jüdischen Gemeinde kannten, hatten die Anwältin kontaktiert und um Rat gebeten. Auch wenn Schulrecht nicht ihr Fachgebiet ist, hatte Zdesenko den Familien ohne zu zögern ihre Hilfe angeboten. „Mobbing kann mehrere Straftatbestände auf einmal erfüllen", sagt die Anwältin.[46] „Wir reden hier je nach Fall von Körperverletzung, Beleidigung, Nötigung, Verleumdung und Sachbeschädigung." Wenn Antisemitismus mit im Spiel sei, könne es zusätzlich um Volksverhetzung gehen, erklärt sie. „Wir dürfen die Freiheit und Toleranz, die wir in Deutschland haben, nicht einer falsch verstandenen politischen Korrektheit opfern", betont Zdesenko. Es ärgere sie, dass viele Politiker einfach nicht erkennen wollen, dass antisemitisches Mobbing in der Mehrheit der Fälle von muslimisch-nahöstlich sozialisierten Schülern ausgeht. „Wie muss den Kindern in den Familien der Kopf gewaschen worden sein, wenn schon Zwölfjährige antisemitische Vorurteile in sich tragen und Morddrohungen aussprechen?", fragt sich die Anwältin. Es sei Aufgabe der Politik, dieses Problem zu erkennen und Handlungsstrategien dagegen zu entwickeln. „Wir Juristen können zwar nur im Einzelfall tätig werden, das dann aber mit unserer ganzen Fachkompetenz", sagt sie. Um wirksam gegen Antisemitismus vorzugehen, brauche es Austausch und Vernetzung aller beteiligten Akteure.[47]

Dervis Hizarci kann dem nur zustimmen. „Das Anwälte-Team schafft eine Anlaufstelle, an die sich Betroffene wenden können und niedrigschwellig juristische Hilfe bekommen. Wir brauchen diese Initiative unbedingt", sagt

---

[45] Vgl.: Ttofi, Maria: Adolescent bullying linked tp depression in early adulthood, BMJ Journal, 2. 6. 2015; https://www.bmj.com/content/350/bmj.h2694.
[46] Vgl.: Lombard, Härte des Gesetzes.
[47] Vgl.: Lombard, Härte des Gesetzes.

Mit CamScanner gescannt

der 34-Jährige.[48] Hizarci ist von Beruf Gesamtschullehrer und Vorsitzender der „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus" (KIgA). Der Verein bietet Workshops in Schulen und andere Bildungsprogramme gegen Judenfeindschaft und andere Formen von Diskriminierung vor allem für Jugendliche mit muslimischem Hintergrund an. „Wir werden den Antisemitismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit nur dann besiegen können, wenn Bildungsträger, Politik und Initiativen zusammen arbeiten", erläutert Hizarci.[49] Als eine migrantisch geprägte Initiative nutze die KIgA ihre interkulturellen Kompetenzen, um Antisemitismus auch unter muslimischen Jugendlichen zu bekämpfen. „Doch wir möchten nicht nur in der Community, sondern auch in der Gesamtgesellschaft ein Problembewusstsein dafür schaffen", sagt Hizarci.[50] Die KIgA hat derzeit 30 fest angestellte Mitarbeiter an insgesamt vier Standorten in Berlin. Das Team setzt sich interdisziplinär zusammen und besteht aus Menschen unterschiedlicher Herkunft. Neben Muslimen engagieren sich auch Christen, Juden und Konfessionslose in der KIgA. Die pädagogischen Konzepte der Initiative – wie etwa das Peer-to-Peer-Projekt, bei dem junge Muslime an Schulen ihre Altersgenossen über antisemitische Stereotype aufklären und für Toleranz werben, oder ein spezielles Fortbildungsprogramm für Lehrer und Streetworker – werden inzwischen bundesweit angeboten. Finanziell unterstützt wird die Initiative unter anderem vom Berliner Senat und vom Bundesprogramm „Demokratie leben". Entscheidend für die Bekämpfung von Antisemitismus im schulischen Kontext sei es, Lehrer und Eltern miteinzubeziehen, sagt Hizarci. Es ginge dabei in erster Linie um die richtige Haltung. „Um Antisemitismus und andere Diskriminierungsformen zu erkennen, braucht es Aufmerksamkeit, Empathie und Anstand." Wenn ein Schüler im Unterricht „Du Jude" als Schimpfwort benutze, dann sei die Lehrkraft gefordert, ihn umgehend darauf anzusprechen und seine Motivation zu hinterfragen.[51] „Warum bezeichnet er irgendeinen Schüler als Juden? Was an diesem Wort soll beleidigend sein? Schon nach ein paar Sekunden wird es dann für den Schüler eng, Argumente hat er nämlich keine", sagt der KIgA-Vorsitzende.[52]

---

[48] Vgl.: Lombard, Jérôme: Vorbild im Kiez, Jüdische Allgemeine, 11. 1. 2018; https://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/30547.

[49] Vgl.: Lombard, Vorbild im Kiez.

[50] Vgl.: Lombard, Vorbild im Kiez.

[51] Vgl.: Landes, Leonhard: Antisemitismus an Schulen: Muslimischer Lehrer erklärt, was wir dagegen tun können, Huffington Post, 27. 3. 2018; https://www.huffingtonpost.de/entry/juden-hass-antisemitismus-schulen-berlin-kiga_de_5aba4a43e4b054d118e7181d.

[52] Vgl.: Landes, Antisemitismus.

Um einer Lehrkraft das nötige Knowhow an die Hand zu geben, sei es wichtig, die verschiedenen Ausdrucksformen des Antisemitismus sowie den Umgang mit religiös motiviertem Mobbing bereits in der Lehrerausbildung zu thematisieren. Außerdem sollten die Schulen mehr Möglichkeiten im Rahmen ihres Lehrplans bekommen, mit Projekten wie der KIgA zusammenzuarbeiten. „Wenn Lehrer mit antisemitischen oder diskriminierenden Aussagen überfordert sind, kann es sehr hilfreich sein, externe Hilfe aus den Teams von Bildungsträgern zu holen", betont KIgA-Mitbegründer Dervis Hizarci.[53] Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sieht in puncto Lehrerausbildung und Mobbing Handlungsbedarf. „In der Ausbildung für Lehrer und Erzieher muss das Thema Antisemitismus und Antidiskriminierung zum festen Bestandteil werden", sagt Markus Hanisch, Pressereferent des Berliner GEW-Landesverbands.[54] Viele Lehrer trauten sich an die „heißen" Themen Nahostkonflikt und Hass auf Israel nicht heran, erläutert Hanisch. In der Ausbildung spiele beides selten eine Rolle. „Bei der Prävention von Antisemitismus und dem richtigen Umgang mit Mobbing fühlen sich die Pädagogen alleingelassen. Sie brauchen Unterstützung", sagt Hanisch.[55]

Bislang sind es vor allem freie Träger, die Lehrern und Schülern eine professionelle Beratung anbieten. Das Kompetenzzentrum Prävention und Empowerment der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST) beispielsweise organisiert Weiterbildungen für Lehrer. Die 2017 von der ZWST gegründete Beratungsstelle „OFEK" berät Schüler und Eltern, die Antisemitismuserfahrungen gemacht haben. „Mit unserer Beratungsstelle beraten wir Jugendliche und Eltern sowie alle anderen, die Antisemitismuserfahrungen gemacht haben. Unser Ziel ist es, das Angebot der Betroffenenberatung noch größer aufzuziehen und bundesweit verlässliche Beratungsstrukturen zu etablieren", sagt die Leiterin des ZWST-Kompetenzzentrums Prävention und Empowerment, Marina Chernivsky.[56] Auch sie plädiert dafür, den Umgang mit antisemitischen Vorfällen in die pädagogische Ausbildung von Lehrkräften besser zu integrieren. „Für Lehrer ist es oft nicht nachvollziehbar, warum sie sich mit dem Thema überhaupt beschäftigen sollen. Antisemitismus wird oftmals als überwunden betrachtet", erklärt Chernivsky. Die Pädagogen sollten daher befähigt werden – vor allem in ihrer Ausbildung und dann auch im Rahmen praxisbegleitender Fortbildungen – mit Antisemitismus und

[53] Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.
[54] Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.
[55] Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.
[56] Vgl.: Lombard, Spitze des Eisberg.

Mit CamScanner gescannt

Diskriminierung an der Schule kompetent umzugehen, fordert sie.[57] Auch andere Initiativen bieten Betroffenen von antisemitischem Mobbing Hilfestellung an. So hat das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA) einen Online-Chat gestartet, bei dem Schüler schnell und anonym Rat finden können. „Die aktuellen Vorfälle unterstreichen die Notwendigkeit, ein Angebot für Jugendliche zu schaffen, das ihnen frühzeitig die Möglichkeit einräumt, antisemitische Diskriminierungen zu thematisieren", sagt der Sprecher des Forums, Levi Salomon.[58]

Gesicherte Zahlen und Betroffenenperspektive

Die oben beschriebenen Initiativen und Projekte verfolgen unterschiedliche Ansätze und Strategien, um gegen Antisemitismus an Schulen vorzugehen. Allen gemein ist aber die Forderung nach einer bundesweiten Statistik über judenfeindlich motivierte Gewalt und Mobbing-Vorfälle im schulischen Kontext. „Durch die erhobenen Daten wird es möglich sein, neue pädagogische Methoden für die Antisemitismusbekämpfung zu entwickeln, die die Arbeit für Lehrkräfte und Teamer erleichtern, betont der KIgA-Vorsitzende Dervis Hizarci. Auch der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Polizeigewerkschaft GdP, der neue Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, Felix Klein, sowie zahlreiche prominente Politiker wie der Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, haben sich nach der Berliner Vorfallserie im Frühjahr 2018 der Forderung nach einer solchen Statistik angeschlossen.[59] Michael Groys findet, dass die bundesweite Erfassung antisemitischer Übergriffe eine längst überfällige Notwendigkeit sei, um das Problem zu erkennen und Gegenstrategien aufzuzeigen. „Wenn es eine Statistik gibt, hört endlich das dumme Gerede vom Einzelfall auf. Keiner der politisch Verantwortlichen kann sich dann mehr rausreden, er hätte vom Ausmaß antisemitischer Gewalt an Schulen nichts gewusst", meint Groys. [60] Auch aus empirischer Sicht ist die Einführung einer Statistik zum Thema antisemitisches Mobbing an Schulen unabdingbar. Nur mittels gesicherter Datensätze kann

---

57 Vgl.: Lombard, Spitze des Eisbergs.
58 Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.
59 Vgl.: Alexander, Robin [u. a.]: „Null Toleranz! Jeder Einzelfall muss geahndet werden", Die WELT, 1. 4. 2018; https://www.welt.de/politik/deutschland/article175048932/Antisemitismus-Volker-Kauder-fordert-Meldepflicht-fuer-Schulen.html.
60 Vgl.: Lombard, Lauter Einzelfälle.

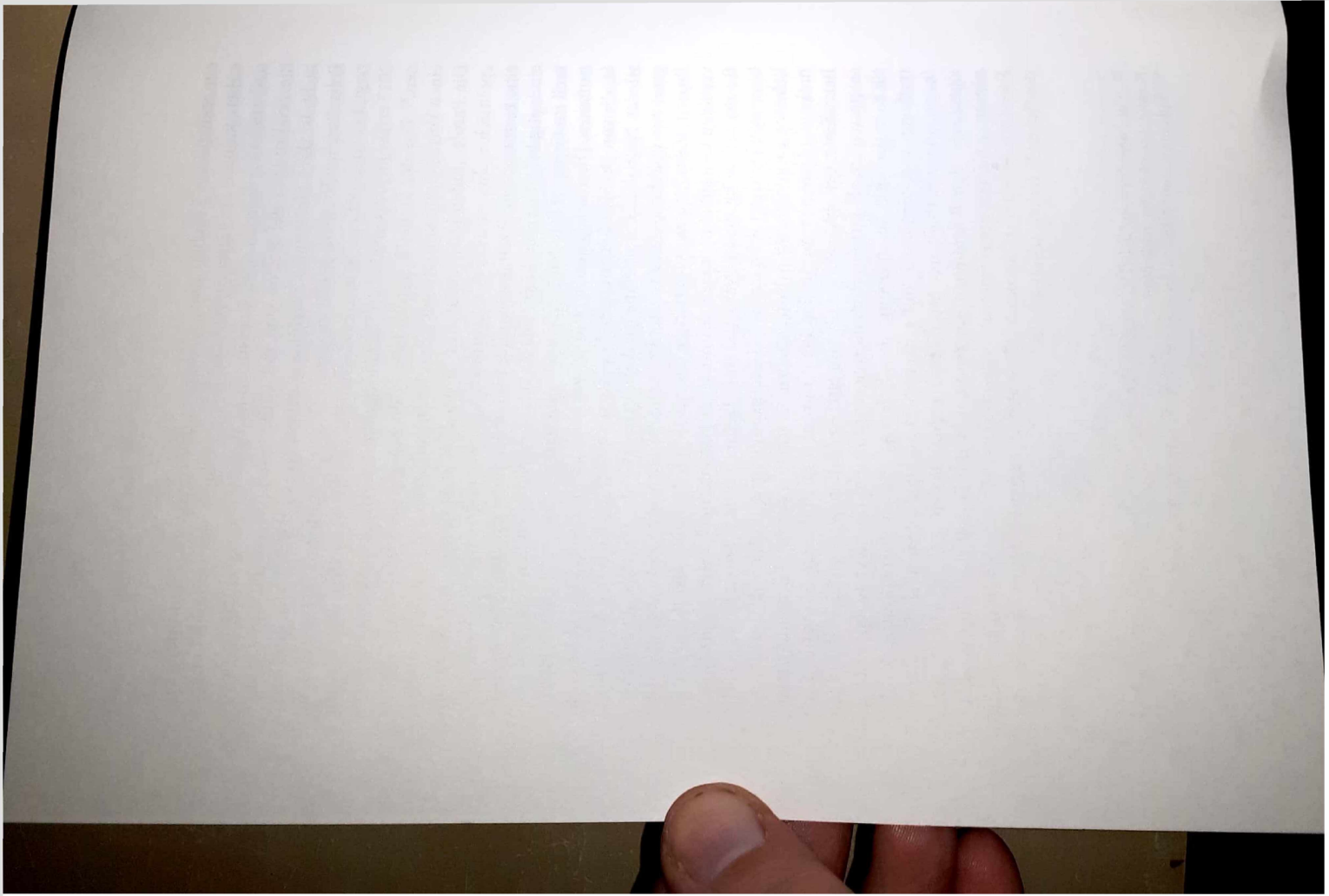
ein realistisches Lagebild über Ausmaß und Virulenz des Phänomens entstehen, können die Tätergruppen und ihre jeweiligen Motivationen benannt und analysiert werden. Eine Statistik muss dabei allerdings auch zwingend die Erfahrungen der Betroffenen mit einbeziehen. Geschieht dies nämlich nicht, ist die Gefahr eines Zerrbilds gegeben, wie es der Fall der amtlichen Polizeikriminalstatistik (PKS) zu antisemitischen Straftaten in Deutschland zeigt. Laut der in dieser Statistik erfassten Daten sind 94 Prozent aller im Jahr 2017 erfassten antisemitischen Vorfälle dem rechtsextremen Milieu zuzuordnen.[61] Das der Statistik zugrundeliegende Kategorisierung-Schema ordnet einen Vorfall eindimensional den Bereichen politisch „links" und „rechts" zu. Die Parole „Juden raus" etwa wird in der Kriminalstatistik dem Spektrum „politisch rechts motiviert" zugeordnet, auch wenn etwa ein NS-Bezug oder eine rechtsextreme Weltanschauung hinter der individuellen Aussage nicht eindeutig belegt werden kann. Die Zahlen der amtlichen Statistik stehen aktuell im Gegensatz zu den Erfahrungsrealitäten der von Antisemitismus Betroffenen. Diese spiegeln sich beispielsweise in der im April 2017 publizierten Studie von Dr. Julia Bernstein zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus wieder. Nach dieser Studie, die im Auftrag des von der Bundesregierung eingesetzten unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus entstand, gaben 80 Prozent aller Opfer antisemitischer Übergriffe an, dass die Täter der gegen sie verübten Gewalttaten einen muslimischen Hintergrund hatten.[62] Grundlage für die Erfassung dieses Wertes ist eine Definition von Antisemitismus, die binnendifferenziert ist, nach den Hintergründen fragt, geläufige judenfeindliche Stereotype, Verschwörungstheorien, israelbezogenen Hass und antisemitische Ideologien mit in den Blick nimmt und in diesem Sinne auch die Betroffenen befragt, welche Äußerungen beziehungsweise welches Verhalten sie persönlich als antisemitisch motiviert verstehen. Die zu erstellende Statistik zu antisemitischen Mobbing an Schulen sollte die Wahrnehmung der Betroffenen von vornherein mit einbeziehen und vor allem auch Vorfälle erfassen, die unterhalb der Strafbarkeitsgrenze liegen. Eine solche Statistik signalisiert den Betroffenen einerseits, dass die Politik ihre Ängste wahrnimmt. Andererseits könnte sie es den bereits existierenden Initiativen und Projekten erleichtern, konkrete Maßnahmen gegen Antisemitismus an den deutschen Schulen zu entwickeln.

---

[61] Vgl.: https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/pks_node.html.

[62] Vgl.: https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf.

Mit CamScanner gescannt



Anhang

Bibliografie

Literatur

A. E. [= Arthur Ehrhardt]: „Die Protokolle der Weisen von Zion". In: Nation Europa 20 (1970), S. 3–14.

Adorno, Theodor W., Elke Frenkel-Brunswik, Daniel J. Levinson u. R. Nevitte Sanford: The Authoritarian Personality. New York 1969.

Altendorfer, Otto: Einführung in die Kommunikationswissenschaft. In: Medienmanagement. Bd. 1. Methodik – Journalistik und Publizistik – Medienrecht. Hrsg. von Otto Altendorfer u. Ludwig Hilmer. Wiesbaden 2009, S. 167–196.

Annen, Nils: Arabellion und die Ratlosigkeit der deutschen Politik. In: Internationale Politik und Gesellschaft 4 (2011), S. 11–17.

Arnold, Sina u. Günther Jikeli: Judenhass und Gruppendruck – Zwölf Gespräche mit jungen Berlinern palästinensischen und libanesischen Hintergrunds. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17. Hrsg. v. Wolfgang Benz. Berlin 2008, S. 105–130.

Aust, Stefan u. Dirk Laabs: Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. München 2014.

Bailer-Galander, Brigitte u. Wolfgang Benz, Wolfgang Neugebauer: Die Auschwitzleugner. „Revisionistische" Geschichtslüge und historische Wahrheit. Berlin 1996.

Bali, Rifat N.: Antisemitism and Conspiracy Theories in Turkey. Istanbul 2013.

Beauchemin, Cris u. Christelle Hamelle, Patrick Simon: Trajectories and Origins. Survey on Population Diversity in France. Initial findings. Paris 2010 (Documents de Travail 168).

Becker, Matthias J.: Analogien der „Vergangenheitsbewältigung". Projektionen von historischen Verbrechen auf Israel in Leserkommentaren der Zeit und des Guardian. Baden-Baden 2018.

Becker, Ulrike: Interesse, Ideologie und Illusion. Aktuelle Entwicklungen in den ökonomischen und politischen Beziehungen Deutschlands zum Iran. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): Iran – Israel – Deutschland. Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Berlin 2017, S. 192–212.

Becker, Ulrike: Post-war Antisemitism: Germany's Foreign Policy Toward Egypt. In: Small, Charles A. (Hrsg.): Global Antisemitism: A Crisis of Modernity. Vol. III. New York 2013, S. 89–96.

Mit CamScanner gescannt

Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus?. Bonn 2008.
Benzing, Anne u. Matthias Müller, Benjamin Steinitz: Monitoring und Beratung im Umgang mit Antisemitismus. Aus der Arbeit der Berliner Projekte MBR und RIAS. In: Sozial Extra 40, 3 (2016), S. 41–43.
Bergmann, Werner u. Rainer Erb: Antisemitismus in der Bundesrepublik Deutschland 1996. Berlin 2000.
Bergmann, Werner u. Rainer Erb: Kommunikationslatenz, Moral und öffentliche Meinung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 2 (1986), S. 223–246.
Bergmann, Werner und Juliane Wetzel: Manifestations of anti-Semitism in the European Union. First Semester 2002. Synthesis Report on behalf of the EUMC 2003.
Bergmann, Werner: Antisemitismus in Deutschland von 1945 bis heute. In Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus. Geschichte und Gegenwart. Gießen 2004, S. 51–80.
Bernstein, Julia u. Andreas Hövermann, Silke Jensen, Andreas Zick: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus; https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf.
Betzler, Lukas u. Manuel Glittenberg (2015): Antisemitismus im deutschen Mediendiskurs. Eine Analyse des Falls Jakob Augstein. Baden-Baden 2015.
Beyer, Heiko u. Ivar Krumpal: „Aber es gibt keine Antisemiten mehr": Eine experimentelle Studie zur Kommunikationslatenz antisemitischer Einstellungen. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 62 (2010), S. 681–705.
Beyer, Heiko: Soziologie des Antiamerikanismus. Zur Theorie und Wirkmächtigkeit spätmodernen Unbehagens. Frankfurt a. M./New York 2014.
Beyer, Robert: „Hamburg schaut nach Tel Aviv". News Bias und Israelkritik in der Nahost-Berichterstattung der Tagesschau. Eine Inhaltsanalyse aus kommunikationswissenschaftlicher und linguistischer Perspektive, Jena 2007.
Beyer, Robert: „Olmert ertrinkt im Blut" – Mediale Israelfeindschaft als aktuelle Formvariante von Antisemitismus? Textlinguistische Analysen antisemitischer und israelfeindlicher Medienbeiträge. In: Nagel, Michael u. Moshe Zimmermann (Hrsg.): Judenfeindschaft und Antisemitismus in der deutschen Presse über fünf Jahrhunderte: Erscheinungsformen, Rezeption, Debatte und Gegenwehr. Bd. 2, Bremen 2013, S. 1009–1028.
Beyer, Robert: Mit deutschem Blick. Israelkritische Berichterstattung über den Nahostkonflikt in der bundesrepublikanischen Qualitätspresse. Bremen 2016.
Bobo, Lawrence u. Frederick C. Licari: Education and Political Tolerance: Testing the Effects of Cognitive Sophistication and Target Group Affect. In: Public Opinion Quarterly 53 (1989), S. 285–308.
Böckler, Nils u. Andreas Zick: Antisemitische Hetze im Internet und auf der Straße. Zur sozialpsychologischen Funktion des Hasses und zu Eskalationsfaktoren im On- und Offlinebereich. Schwerpunktthema Antisemitismusbericht 2015. Zürich 2016. http://www.antisemitismus.ch/content/antisemitische-hetze-im-internet-und-auf-der-strasse.
Bodenheimer, Alfred: Haut ab! Die Juden in der Beschneidungsdebatte. Göttingen 2012.

Botsch, Gideon u. Christoph Kopke: „National Solidarity – No to globalization". The economic and sociopolitical platform of the National Democratic Party of Germany (NPD). In: Mering, Sabine von u. Timothy Wyman McCarty (Hrsg.): Right-wing radicalism today. Perspectives from Europe and the US. London/New York 2013, S. 37–59.

Botsch, Gideon u. Christoph Kopke: A Case Study of Anti-Semitism in the Language and Politics of the Contemporary Far Right in Germany. In: Feldman, Matthew u. Paul Jackson (Hrsg.): Doublespeak. The Rhetoric of the Far Right since 1945. Stuttgart 2014, S. 207–221.

Botsch, Gideon u. Christoph Kopke: Kontinuität des Antisemitismus. Israel im Blick der extremen Rechten. In: Glöckner, Olaf u. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme. Hildesheim [u. a.] 2016, S. 285–313.

Botsch, Gideon u. Olaf Glöckner, Christoph Kopke, Michael Spieker (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich. Berlin/Boston 2012 (Europäisch-jüdische Studien. Kontroversen 1).

Botsch, Gideon und Christoph Kopke: Antisemitismus ohne Antisemiten? In: Zick, Andreas u. Beate Küpper (Hrsg.): Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn 2015, S. 178–194.

Bott, Hermann: Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda. Stuttgart 1969.

Brettfeld, Katrin und Peter Wetzels: Muslime in Deutschland. Berlin 2007.

Broder, Henrik M.: Der ewige Antisemit. Über Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls. Berlin 2005.

Bruns, Julian u. Kathrin Glösel, Natascha Strobl: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa. Münster 2014.

Ciompi, L.: Affektlogik. Über die Struktur der Psyche und ihre Entwicklung. Ein Beitrag zur Schizophrenieforschung. Stuttgart 1982.

Coenders, Marcel u. Peer Scheepers: The Effect of Education on Nationalism and Ethnic Exclusionism: An International Comparison. In: Political Psychology (2003), S. 313–343.

Crano, William D. u. Radmila Prislin: Attitudes and Attitude Change. New York/London 2008.

Crotty, William J.: Democratic Consensual Norms and the College Student. In: Sociology of Education 3 (1967), S. 200–218.

Cüppers, Martin und Klaus-Michael Mallmann: Halbmond und Hakenkreuz. Darmstadt 2006.

Dahlgreen, Will: Rhodes must not fall. YouGov 2016; https://yougov.co.uk/news/2016/01/18/rhodes-must-not-fall.

Decker, Oliver u. Johannes Kiess, Eva Eggers, Elmar Brähler: Die „Mitte"-Studie 2016: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger „Mitte"-Studie 2016. Hrsg. von Oliver Decker, Johannes Kiess u. Elmar Brähler. Gießen 2016, S. 23–66.

Mit CamScanner gescannt

Deusel, Antje Yael: „Mein Bund, den ihr bewahren sollt. Religionsgesetzliche und medizinische Aspekte der Beschneidung". Freiburg i. Br. 2012/2015.
Dornbusch, Christian u. Jan Raabe (Hrsg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien. Hamburg 2002.
Elchardus, Mark: Antisemitisme in de Brusselse scholen. In: Vettenburg, Nicole u. Mark Elchardus, Johan Put (Hrsg.): Jong in Brussel: bevindingen uit Jop-Monitor Brussel. Leuven/Den Haag 2011, S. 265–296.
Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft (1880). In: MEW Bd. 19. 4. Aufl. Berlin/Ost 1973, S. 177–228.
Erb, Rainer: Der ewige Jude. Die Bildersprache des Antisemitismus in der rechtsextremen Szene. In: Archiv der Jugendkulturen (Hrsg.): Reaktionäre Rebellen. Rechtsextreme Musik in Deutschland. Berlin 2001, S. 131–156.
Feuerherdt, Alex u. Florian Markl: Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert. Berlin 2018.
Fontaine, Tobias: „Er ist kein Mensch, er ist ein Jud". Zur sprachlichen Konstruktion von Weltanschauung in Texten rechtsextremer Musiker/innen. Schriftl. Prüfungsarbeit zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt im Fach Deutsch an der Universität Trier, 2011 (unveröff.).
Foxman, Abraham H.: Muslimischer Antisemitismus zwischen Europa und dem Nahen Osten. In: Rensmann, Lars u. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa. Berlin 2008, S. 171–178.
Friesel, Evyatar: Juden-Hass gestern und heute: Ein historischer Blick auf 130 Jahre judeophobische Feindseligkeit. In: Meibauer, Jörg (Hrsg.): Hassrede/Hate speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. Gießen 2013, S. 17–27.
Frindte, Wolfgang [u. a.]: Lebenswelten junger Muslime in Deutschland. Berlin 2012.
Gebhardt, Richard u. Dominik Clemens (Hrsg.): Volksgemeinschaft statt Kapitalismus? Zur sozialen Demagogie der Neonazis. Köln 2009.
Gensicke, Klaus: Der Mufti von Jerusalem und die Nationalsozialisten. Darmstadt 2007.
Gibson, James L. u. Raymond M. Duch: Anti-Semitic Attitude of the Mass Public: Estimates and Explanations based on a Survey of the Moscow Oblast. In: The Public Opinion Quarterly, Vol. 56, No. 1 (1992), S. 1–28.
Giesel, Linda: NS-Vergleiche und NS-Metaphern im öffentlichen Kommunikationsraum sowie in E-Mails an die Israelische Botschaft und den Zentralrat der Juden in Deutschland – Korpuslinguistische Perspektiven auf konzeptuelle, strukturelle und funktionale Charakteristika. Dissertation. TU Berlin, FG Linguistik, 2017.
Globisch, Claudia: Radikaler Antisemitismus. Inklusions- und Exklusionssemantiken von links und rechts in Deutschland. Wiesbaden 2013.
Grigat, Stephan u. Simone Dinah Hartmann (Hrsg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer. Innsbruck [u. a.] 2008.
Grigat, Stephan: Iran – Israel – Deutschland: Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Berlin 2017.
Grigat, Stephan: Iran, Israel und Deutschland im Schatten des Nationalsozialismus. Antisemitismus, die deutsch-iranische Freundschaft und der JCPOA. In:

Grigat, Stephan (Hrsg.): Iran – Israel – Deutschland: Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Berlin 2017, S. 30–37.

Grigat, Stephan: Persistenz des Antizionismus. Neuere Publikationen zu Israel, Zionismus und iranischem Regime. In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik 9 (2016), S. 40–57.

Grimm, Marco u. Bodo Kahmann: AfD und Judenbild. Eine Partei im Spannungsfeld von Antisemitismus, Schuldabwehr und instrumenteller Israelsolidarität. In: AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder. Hrsg. von Stephan Grigat. Baden-Baden 2017, S. 41-59.

Guevara, Ernesto Che: Der Partisanenkrieg. Berlin 1962.

Guevara, Ernesto Che: Guerilla – Theorie und Methode. Berlin 1968.

Guevara, Ernesto Che: Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam! Brief an das Exekutivsekretariat von OSPAAL, eingeleitet und übersetzt von Gaston Salvatore und Rudi Dutschke. Berlin 1967.

Guimond, Serge, Guy Begin u Douglas L. Palmer: Education and Causal Attributions: The Development of „Person-Blame" and „System-Blame" Ideology. In: Social Psychology Quaterly, Vol. 52, No. 2 (1989), S. 126–140.

Hagemeister, Michael: Die „Protokolle der Weisen von Zion" vor Gericht. Der Berner Prozess 1933–1937 und die „antisemitische Internationale". Zürich 2017.

Hagemeister, Michael: Sergej Nilus und die „Protokolle der Weisen von Zion". Überlegungen zur Forschungslage. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 5. Hrsg. v. Wolfgang Benz. Berlin 1996, S. 127–147.

Halbinger, Monika (2012): „Leben statt mahnen". Deutsche Rezeptionsbedürfnisse in der Berichterstattung über das Judentum: In: Botsch, Gideon u. Olaf Glöckner, Christoph Kopke, Michael Spieker (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – Ein umstrittener Vergleich, Berlin/Boston, S. 119–142.

Hastie, Brianne: Higher Education and Sociopolitical Orientation: The Role of Social Influence in the Liberalisation of Students. In: European Journal of Psychology of Education (2007), S. 259–274.

Haubl, Rolf u. Volker Caysa: Hass und Gewaltbereitschaft. Göttingen 2007.

Hegener, Wolfgang: Antisemitismus – Judentum – Psychoanalyse. Einleitung. In: Hegener, Wolfgang (Hrsg.): Das unmögliche Erbe. Antisemitismus, Judentum, Psychoanalyse. Gießen 2006, S. 7–22.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entsicherten Jahrzehnt. In: Deutsche Zustände. Folge 10. Hrsg. von Wilhelm Heitmeyer. Berlin 2012, S. 15–41.

Herf, Jeffrey: Nazi Propaganda for the Arab world. New Haven 2010.

Herzinger, Richard u. Hannes Stein: Endzeit-Propheten oder Die Offensive der Antiwestler. Fundamentalismus, Antiamerikanismus und Neue Rechte. Reinbek 1985.

Heyder, Aribert u. Julia Iser, Peter Schmidt: Israelkritik oder Antisemitismus? Meinungsbildung zwischen Öffentlichkeit, Medien und Tabus. In: Deutsche Zustände. Folge 3. Hrsg. v. Wilhelm Heitmeyer. Berlin 2005, S. 144–165.

Hillygus, Sunshine: The Missing Link: Exploring the Relation Between Higher Education and Political Engagement. In: Political Behavior, Vol. 27, No 1. (2005), S. 25–47.

Mit CamScanner gescannt

Hồ Chí Minh: On Revolution. Selected Writings, 1920–1966. Hrsg. u. mit einer Einleitung von Bernard B. Fall. London 1967.
Horkheimer, Max u. Theodor W. Adorno: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente. 19. Aufl. Frankfurt a. M. 2010.
Jäckel, Michael: Medienwirkungen. Ein Studienbuch zur Einführung. 5. Aufl. Wiesbaden 2011.
Jackman, Mary R. u. Michael J. Muha,: Education and Intergroup Attitudes: Moral Enlightenment, Superficial Democratic Commitment, or Ideological Refinement?. In: American Sociological Review, Vol. 49, No. 6 (1984), S. 751–769.
Jackman, Mary R.: Education and Prejudice or Education and Response-Set?. In: American Sociological Review, Vol. 38, No. 3 (1973), S. 327–339.
Jaecker, Tobias: Hass, Neid, Wahn. Antiamerikanismus in den deutschen Medien. Frankfurt a. M./New York 2014.
Jander, Martin: German Leftist Terrorism and Israel: Ethno-Nationalist, Religious-Fundamentalist, or Social-Revolutionary?. In: Studies in Conflict & Terrorism 38 (2015), S. 456–477.
Jikeli, Günther: „Jude" als Schimpfwort im Deutschen und Französischen. Eine Fallstudie unter jungen männlichen Berliner und Pariser Muslimen. In: Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18. Hrsg. v. Wolfgang Benz. Berlin 2009, S. 43–66.
Jikeli, Günther: Antisemitic Attitudes among Muslims in Europe: A Survey Review. New York 2015; https://isgap.org/wp…/Jikeli_Antisemitic_Attitudes_among_Muslims_in_Europe1.pdf.
Jikeli, Günther: Antisemitism in the Extreme Right and Islamists' Circles. In: Glöckner, Olaf u. Haim Fireberg (Hrsg.): Being Jewish in 21st-Century Germany. Oldenburg 2015.
Jikeli, Günther: Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Essen 2012.
Jikeli, Günther: Einstellungen von Geflüchteten aus Syrien und dem Irak zu Integration, Identität, Juden und Shoah. Forschungsbericht. Dezember 2017. Hrsg. v. American Jewish Committee Berlin; https://ajcberlin.org/sites/default/files/ajc_studie_gefluechtete_und_antisemitismus_2017.pdf.
Jikeli, Günther: European Muslim Antisemitism. Why Young Urban Males Say They Don't Like Jews. Indianapolis 2015.
Kailitz, Steffen: Die nationalsozialistische Ideologie der NPD. In: Backes, Uwe u. Henrik Steglich (Hrsg.): Die NPD. Erfolgsbedingungen einer rechtsextremistischen Partei. Baden-Baden 2007, S. 339–353.
Kassis, Wassilis u. Charlotte Schallie: The Dark Side of the Academy: Antisemitism in Canadian and German Students. In: Journal for the Study of Antisemitism (2013), S. 63–84.
Kaufmann, Tobias: In Blüms Dschenin. In: Faber, Klaus u. Julius H. Schoeps, Sacha Stawski (Hrsg.): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Berlin 2006, S. 85–99.
Klein Halevi, Yossi u. Michael B. Oren: Israels Alptraum. Die Rezeption der iranischen Gefahr im Staat der Shoahüberlebenden. In: Grigat, Stephan u. Simone Dinah

Hartmann (Hrsg.): Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer. Innsbruck [u. a.] 2008, S. 90–101.

Klein, Peter: Die beiden Wehrmachtsausstellungen – Konzeptionen und Reaktionen. In: Gedenkstättenrundbrief, Nr. 165 (4/2012); http://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaetten-rundbrief/rundbrief/news/die_beiden_wehrmachtsausstellungen_konzeptionen_und_reaktionen/.

Kohlstruck, Michael u. Peter Ullrich: Antisemitismus als Problem und Symbol. Phänomene und Interventionen in Berlin, Heft 52 der Reihe Berliner Forum Gewaltprävention. Berlin 2014.

Koopmans, Ruud: Religiöser Fundamentalismus und Fremdenfeindlichkeit. Muslime und Christen im europäischen Vergleich. In: Rössel, Jörg u. Jochen Roose (Hrsg.): Empirische Kultursoziologie. Wiesbaden 2015, S. 455–490.

Koopmans, Ruud: Religious Fundamentalism and Hostility against Out-groups: A Comparison of Muslims and Christians in Western Europe. In: Journal of Ethnic and Migration Studies 41/1 (2015), S. 33–57.

Koopmans, Ruud: Religious fundamentalism and out-group hostility among Muslims and Christians in Western Europe. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Discussion Paper. 2014.

Krämer, Gudrun: Minderheit, Millet, Nation? Die Juden in Ägypten, 1914–1952. Wiesbaden 1982.

Kraushaar, Wolfgang: „Wann endlich beginnt bei Euch der Kampf gegen die heilige Kuh Israel?" München 1970: Über die antisemitischen Wurzeln des deutschen Terrorismus. Reinbek 2013.

Küntzel, Matthias: Djihad und Judenhaß. Über den neuen antijüdischen Krieg. Freiburg i. Br. 2003.

Lagodinsky, Sergey: Kontexte des Antisemitismus. Rechtliche und gesellschaftliche Aspekte der Meinungsfreiheit und ihrer Schranken. Berlin 2013.

Lang, Kati: Vorurteilskriminalität. Eine Untersuchung vorurteilsmotivierter Taten in Strafrecht und deren Verfolgung durch Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichte. Baden-Baden 2014.

Laqueur, Walter: The Changing Face of Antisemitism: From Ancient Times to the Present Day. New York 2006.

Laqueur, Walter: Gesichter des Antisemitismus: Von den Anfängen bis heute. Berlin 2008.

Lenin, Wladimir Iljitsch: Der Imperialismus als das höchste Stadium des Kapitalismus (1917). In: Ders.: Werke Bd. 22. Berlin/Ost 1960, S. 187–309.

Lewed, Karl-Heinz: Erweckungserlebnis als letzter Schrei. Der Islamismus und die rational-irrationale Subjektivität der Warengesellschaft. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft, 33 (2010); http://www.krisis.org/2010/erweckungserlebnis-als-letzter-schrei.

Lewis, Bernard: Semites and anti-Semites: An Inquiry into Conflict and Prejudice. London1997.

Lilla, Mark: The Once and Future Liberal. After Identity Politics. London 2018.

Mit CamScanner gescannt

Lín Biāo: Es lebe der Sieg im Volkskrieg! Zum 20. Jahrestag des Sieges des chinesischen Volkes im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression (1965). Peking 1968.
Lipset, Seymour Martin: Political Man. New York 1963.
Lipstadt, Deborah: Betrifft: Leugnen des Holocaust. Zürich 1994.
Litvak, Meir and Esther Webman: From Empathy to Denial: Arab Responses to the Holocaust. New York 2009.
Litvak, Meir: The Islamic Republic of Iran and the Holocaust: Anti-Zionism and anti-Semitism. In: Journal of Israeli History, 25 (2006), S. 245–266.
Mallmann, Klaus M. u. Martin Cüppers: Halbmond und Hakenkreuz. Das „Dritte Reich", die Araber und Palästina. Darmstadt 2006.
Mansel, Jürgen und Victoria Spaiser: Abschlussbericht und insbesondere Tabellenanhang des Forschungsprojekts „Soziale Beziehungen, Konfliktpotentiale und Vorurteile im Kontext von Erfahrungen verweigerter Teilhabe und Anerkennung bei Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund". Hrsg. v. Wilhelm Heitmeyer. Bielefeld 2010.
Mao Tsê-tung: Gespräch mit der amerikanischen Korrespondentin Anna Louise Strong (1946). In: Ders.: Ausgewählte Werke, Bd. IV. Peking 1969, S. 97–102.
Mao Tsê-tung: Probleme des Krieges und der Strategie (1938). In: Ders.: Ausgewählte Werke, Bd. II. Peking 1968, S. 255–274.
Mao Tsê-tung: Über die Koalitionsregierung (1945). In: Ders.: Ausgewählte Werke, Bd. III. Peking 1969, S. 239–319.
Markovits, Andrei S.: Uncouth Nation: Why Europe Dislikes America. Princeton 2007.
Marz, Ulrike: Moderner Antimodernismus. Der antisemitische Hass auf den Westen in der Ideologie der Islamischen Republik. In: Grigat, Stephan (Hrsg.): Iran – Israel – Deutschland: Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm. Berlin 2017, S. 114–133.
Meibauer, Jörg (Hrsg.): Hassrede/Hate speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. Gießen 2013.
Menashri, David: Post-Revolutionary Politics in Iran. Religion, Society and Power. New York 2001.
Moore, Laura M. u. Seth Ovadia: Accounting for Spatial Variation in Tolerance: The Effects of Education and Religion. In: Social Forces, Vol. 84, No. 4 (June 2006), S. 2205–2222.
Mughal, Fiyaz und Esmond Rosen: The Role of Righteous Muslims. London 2010.
Naumann, Michael u. Josef Joffe (Hrsg.): Teheran. Eine Revolution wird hingerichtet. Dokumente und Reportagen aus DIE ZEIT. Hamburg 1980.
Nirenberg, David: Anti-Judaism. The Western Tradition. New York 2013.
Nirenberg, David: Anti-Judaismus. Eine andere Geschichte des westlichen Denkens. München 2015.
Nordbruch, Götz: Nazism in Syria and Lebanon: The ambivalence of the German Option, 1933–1945. London/New York 2009.
Nunn, Clyde Z. u. Harry J. Crockett, J. Allen Williams: Tolerance for Nonconformity. San Francisco 1978.

Olweus, Dan: Mobbing in Schulen: Fakten und Intervention. In: Henschel, Angelika u. Rolf Krüger, Christof Schmitt, Waldemar Stange (Hrsg.): Jugendhilfe und Schule. Wiesbaden 2009.

Pfahl-Traughber, Armin: Antisemitismus. Definition und Gefahrenpotential. In: Bozay, Kemal u. Dierk Borstel (Hrsg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden 2017, S. 83–102.

Phelan, Jo u. Bruce G. Link, Ann Stuve u. Robert E. Moore: Education, Social Liberalism, and Economic Conservatism: Attitudes Toward Homeless People. In: American Sociological Review, Vol. 60, No. 1 (1995), S. 126–140.

Poliakov, Leon: Harvest of Hate. London 1956.

Pollack, Eunice G. (Hrsg.): Antisemitism on the Campus: Past and Present. Boston 2011

Puschnerat, Tanja: Antizionismus im Islamismus und Rechtsextremismus. In: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Feindbilder und Radikalisierungsprozesse. Elemente und Instrumente im politischen Extremismus. Bonn 2005, S. 42–73.

Quent, Matthias: Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät. Weinheim/Basel 2016.

Rabinovici, Doron u. Ulrich Speck, Natan Sznaider: Einleitung. In: Dies. (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte. Frankfurt a. M. 2004, S. 7–18.

Rensmann, Lars: Demokratie und Judenbild. Antisemitismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 2004.

Rensmann, Lars: Der Nahost-Konflikt in der Perzeption des Rechts- und Linksextremismus. In: Faber, Klaus u. Julius H. Schoeps, Sacha Stawski (Hrsg.): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik. Berlin 2006, S. 33–47.

Rensmann, Lars: Rechtsextreme Parteien in der Europäischen Union. Welche Rolle spielen „Globalisierung" und Antisemitismus?. In: Ders. u. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa. Berlin 2008, S. 399–453.

Rensmann, Lars u. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Feindbild Judentum. Antisemitismus in Europa. Berlin 2008.

Rensmann, Lars: Zion als Chiffre. Modernisierter Antisemitismus in aktuellen Diskursen der deutschen politischen Öffentlichkeit. In: Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft, Baden-Baden 2015, S. 93–115.

Rensmann, Lars: Antisemitismus und Israelfeindschaft. In: Glöckner, Olaf u. Julius H. Schoeps (Hrsg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme. Hildesheim [u. a.] 2016, S. 265–284.

Reynié, Dominique: L'antisémitisme dans l'opinion publique française. Nouveaux éclairages. Paris 2014.

Salzborn, Samuel: Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne. Sozialwissenschaftliche Theorien im Vergleich. Frankfurt a. M./New York 2010.

Salzborn, Samuel: Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie. Baden-Baden 2014.

Salzborn, Samuel: Israelkritik oder Antisemitismus? Kriterien für eine Unterscheidung. In: Kirche und Israel. Neukirchner Theologische Zeitschrift 1 (2013), S. 5–16.

Mit CamScanner gescannt

Salzborn, Samuel: Kampf der Ideen. Die Geschichte politischer Theorien im Kontext. 2. akt. Aufl., Baden-Baden 2017.
Salzborn, Samuel: Vom rechten Wahn. „Lügenpresse", „USrael", „Die da oben" und „Überfremdung". In: Mittelweg 36, 25:6 (2016), S. 76–96.
Sartre, Jean-Paul: Betrachtungen zur Judenfrage. Psychoanalyse des Antisemitismus. Zürich 1948.
Satloff, Robert: Among the Righteous: Lost Stories from the Holocaust's Long Reach into Arab Lands. New York 2006.
Schaefer, Alexandre [u. a.]: Neural correlates of "hot" and "cold" emotional processing: a multilevel approach to the functional anatomy of emotion. In: Neuroimage Vol. 18, No. 4 (2003), S. 938–949.
Schapira, Esther u. Georg M. Hafner: Entlastungsantisemitismus in Deutschland. In: Faber, Klaus u. Julius H. Schoeps, Sacha Stawski (Hrsg.): Neu-alter Judenhass. Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik. Berlin 2006, S. 73–83.
Scheitz, Irina [u. a.]: Jugendliche in der offenen Jugendarbeit. Identitäten, Lebenslagen & abwertende Einstellungen. Wien 2016.
Schmitt, Carl: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zu Reichsbegriff im Völkerrecht. Berlin/Wien 1939.
Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015.
Schwarz-Friesel, Monika u. Evyatar Friesel, Jehuda Reinharz (Hrsg.): Aktueller Antisemitismus in Deutschland. Ein Phänomen der Mitte. Berlin/New York 2010.
Schwarz-Friesel, Monika u. Evyatar Friesel: „Gestern die Juden, heute die Muslime …"? Von den Gefahren falscher Analogien. In: Botsch, Gideon u. Olaf Glöckner, Christoph Kopke, Michael Spieker (Hrsg.): Islamophobie und Antisemitismus – ein umstrittener Vergleich. Berlin/Boston 2012, S. 29–50.
Schwarz-Friesel, Monika u. Jehuda Reinharz: Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert. Berlin 2013.
Schwarz-Friesel, Monika: „Dies ist kein Hassbrief – sondern meine eigene Meinung über Euch!" – Zur kognitiven und emotionalen Basis der aktuellen antisemitischen Hassrede. In: Meibauer, Jörg (Hrsg.): Hassrede/Hate speech. Interdisziplinäre Beiträge zu einer aktuellen Diskussion. Gießen 2013, S. 143–164.
Schwarz-Friesel, Monika: „Juden sind zum Töten da" (studivz.net 2008) Hass via Internet – Zugänglichkeit und Verbreitung von Antisemitismen im World Wide Web. In: Marx, Konstanze u. Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.): Sprache und Kommunikation im technischen Zeitalter. Wieviel Internet (v)erträgt unsere Gesellschaft? Berlin 2013, S. 213–236.
Schwarz-Friesel, Monika: Antisemitische Hass-Metaphorik. Die emotionale Dimension aktueller Judenfeindschaft. In: Interventionen – Zeitschrift für Verantwortungspädagogik 6 (2015), S. 38–44.
Schwarz-Friesel, Monika: Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses – Judenfeindschaft als kulturelle Konstante und kollektiver Gefühlswert im digitalen

Zeitalter. TU Berlin 2018; https://www.linguistik.tu-berlin.de/menue/antisemitismus_2_0/.
Schwarz-Friesel, Monika: Antisemitismus-Leugnung: diskursive Strategien der Abwehr und die emotionale Dimension von aktueller Judenfeindschaft. In:
Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015, S. 293–312.
Schwarz-Friesel, Monika: Gebildeter Antisemitismus, seine kulturelle Verankerung und historische Kontinuität: Semper idem cum mutatione. In: Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015, S. 13–34.
Schwarz-Friesel, Monika: Rechts, links oder Mitte? Zur semantischen, formalen und argumentativen Homogenität aktueller Verbal-Antisemitismen. In: Rauschenberger, Katharina u. Werner Konitzer (Hrsg.): Antisemitismus und andere Feindseligkeiten. Interaktionen von Ressentiments. Frankfurt a. M./New York 2015, S. 175–192.
Schwarz-Friesel, Monika: Sprache und Emotion. Tübingen 2013.
Sellner, Martin: Der Große Austausch in Deutschland und Österreich. Theorie und Praxis. In: Camus, Renaud: Revolte gegen den Großen Austausch. Zusammengestellt und übersetzt von Martin Lichtmesz. Schnellroda 2016, S. 189–221.
Selznick, Gertrude u. Stephen Steinberg: The Tenacity of Prejudice: Anti-Semitism in Contemporary America. New York 1969.
Sennholz, Marco: Johann von Leers: Ein Propagandist des Nationalsozialismus. Berlin 2013.
Simmel, Ernst (Hrsg.): Antisemitismus. Frankfurt a. M. [1946] 2002.
Simon, Marcel: Versus Israel. A Study of the Relations between Christians and Jews in the Roman Empire AD 135–425. Oxford 1996.
Singer, Erdogan's muse: The school of Necip Fazil Kisakurek. In: World Affairs, 176/4 (2013), S. 81–88.
Solomon, Robert C.: Gefühle und der Sinn des Lebens. Frankfurt a. M. 2001.
Spengler, Oswald: Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte (2 Bde.). Wien [u. a] 1918/1922.
Stalin, Josef W.: Marxismus und nationale Frage (1913). In: Ders.: Werke, Bd. 2. Frankfurt a. M. 1972, S. 266–333.
Steinitz, Benjamin u. Daniel Poensgen: Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus. In: MBR/APABIZ: Berliner Zustände 2017; https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2018/06/Schattenbericht2017.pdf.
Stendal, Wolfram: Konstellationen des Antisemitismus. Zur Einleitung. In:
Stender, Wolfram u. Guido Follert u. Mihri Özdogan (Hrsg.): Konstellationen des Antisemitismus. Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis. Wiesbaden 2010, S. 7–38.
Stichs, Anja: Expertise. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen (2002–2005).
Stouffer, Samuel A.: Communism, Conformity and Civil Liberties (Originalveröffentlichung von 1959). New York 2017.

Mit CamScanner gescannt

Stremmelaar, Annemarike: Turkish Anti-Zionism in the Netherlands. From Leftist to Islamic Antisemitism. In: Ensel, Remco u. Evelien Gans (Hrsg.): The Holocaust, Israel and "the Jew". Amsterdam 2017, S. 259–286.
Sun Yatsen: Reden und Schriften. Leipzig 1974.
Tiberji, Vincent: Anti-Semitism in an Ethnically Diverse France: Questioning and Explaining the Specificities of African-, Turkish-, and Maghrebian-French. Working Paper Series at The American University of Paris, Bd. 33. Paris 2006.
Tibi, Bassam: Die neue Weltunordnung: Westliche Dominanz und islamischer Fundamentalismus. München 2001.
Tibi, Bassam: From Sayyid Qutb to Hamas: The Middle East Conflict and the Islamization of Antisemitism. In: Small, Charles A. (Hrsg.): Global Antisemitism. A Crisis of Modernity. Vol IV. New York 2013, S. 21–46.
Tibi, Bassam: Islamism and Islam. New Haven 2012.
Tibi, Bassam: Kreuzzug und Djihad: Der Islam und die christliche Welt. München 1999.
Tillie, Jean [u. a.]: EURISLAM. Finding a Place for Islam in Europe. Cultural Interactions between Muslim Immigrants and Receiving Societies. Final report EURISLAM 2012.
Toulmin, Stephen: The Uses of Argument. Cambridge 1958.
Trachtenberg, Joshua: The Devil and the Jews. The Medieval Conception of the Jew and its Relation to Modern Antisemitism. New Haven 1943.
Troschke, Hagen: Kritik, Kritik und De-Realisierung, Antisemitismus. Israel in der Nahost-Berichterstattung deutscher Printmedien zum Gaza-Konflikt 2012. In: Monika Schwarz-Friesel (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft, Baden-Baden 2015, S. 253–274.
Ullrich, Peter: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs. Göttingen 2013.
Virchow, Fabian: Demonstrativer Antisemitismus. Wie die extreme Rechte den Antisemitismus auf die Straße trägt. In: Irene A. Diekmann [u. a.] (Hrsg.): „… und handle mit Vernunft". Beiträge zur europäisch-jüdischen Beziehungsgeschichte. Festschrift zum 20-jährigen Bestehen des Moses Mendelssohn Zentrums. Hildesheim 2012, S. 398–417.
Wagner, Franc: Implizite sprachliche Diskriminierung als Sprechakt. Lexikalische Indikatoren implizierter Diskriminierung in Medientexten. Tübingen 2001.
Waldmann, Peter (Hrsg.): Beruf: Terrorist. Lebensläufe im Untergrund. München 1993.
Wamper, Regina: Das Kreuz mit der Nation. Christlicher Antisemitismus in der Jungen Freiheit. Münster 2008.
Webman, Esther (Hrsg.): The Global Impact of the Protocols of the Elders of Zion. A Century-Old Myth. Hoboken 2011.
Webman, Esther: Die Entwicklung der Holocaustwahrnehmung im arabischen Raum. In: Jikeli, Günther [u. a.] (Hrsg.): Umstrittene Geschichte. Ansichten zum Holocaust unter Muslimen im internationalen Vergleich. Frankfurt a. M./New York 2013, S. 93–122.

Weil, Frederick D.: The Variable Effects of Education on Liberal Attitudes: A Comparative Historical Analysis of Anti-Semitism Using Public Opinion Survey Data. In: American Sociological Review, Vol. 50, No. 4 (August 1985), S. 458–474.
Werfhorst, Hermann G. van de: Cultural Capital: Strengths, Weaknesses and two Advancements. In: British Journal of Sociology of Education, Vol. 31, No. 2 (March 2010), S. 157–169.
Wetzel, Juliane: The Protocols of the Elders of Zion on the internet: How radical political groups are networked via antisemitic conspiracy theories. In: Webman, Esther (Hrsg.): The Global Impact of the Protocols of the Elders of Zion. A Century-Old Myth. Hoboken 2011, S. 147–160.
Wistrich, Robert S.: A Lethal Obsession: Anti-Semitism from Antiquity to the Global Jihad. New York 2010.
Wistrich, Robert S.: Antisemitism: The longest hatred. London 1992.
Wistrich, Robert S.: Anti-Zionist Connections: Communism, Radical Islam, and the Left. In: Rosenfeld, Alvin H. (Hrsg.): Resurgent Antisemitism: Global Perspectives. Bloomington 2013, S. 402–423.
Wistrich, Robert S.: Muslimischer Antisemitismus: Eine aktuelle Gefahr. Berlin 2012.
Wright, Charles R. u. Herbert H. Hyman: Education's lasting Influence on Values. Chicago 1979.
Zick, Andreas u. Andreas Hövermann, Silke Jensen, Julia Bernstein: Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus. Bielefeld 2017; https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf.
Zick, Andreas u. Beate Küpper, Daniela Krause (Hrsg.): Gespaltene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016. Berlin 2016.

Dokumente

Bericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Unterrichtung durch die Bundesregierung. Deutscher Bundestag – 18. Wahlperiode, Drucksache, 18/11970, Berlin 2017.
Bertelsmann Stiftung: Religionsmonitor 2008. Muslimische Religiosität in Deutschland. Überblick zu religiösen Einstellungen und Praktiken. Gütersloh 2008.
Bundesministerium des Innern: Antisemitismus in Deutschland. Erscheinungsformen, Bedingungen, Präventionsansätze. Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus. Berlin 2011 u. 2017.
Deutscher Bundestag, Entwurf eines Gesetzes über den Umfang der Personensorge bei einer Beschneidung des männlichen Kindes. Drucksache 17/11295, 5. November 2012, http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/112/1711295.pdf.
European Union Agency for Fundamental Rights (FRA): Discrimination and hate crime against Jews in EU member states. Experiences and perceptions of antisemitism. Luxembourg 2013. http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2013-discrimination-hate-crime-against-jews-eu-member-states_de.pdf.

Mit CamScanner gescannt

European Union Agency for Fundamental Rights (FRA). Experiences and Perceptions of Antisemitism. Second Survey on Discrimination and Hate Crime against Jews in the EU. Luxembourg 2018.

Global Attitudes Project: Little Enthusiasm for Many Muslim Leaders 2010.

Holocaust Denial in the Middle East. The Latest Anti-Israel Propaganda Theme. Hrsg. v. Anti-Defamation League. New York 2001.

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus: Antisemitische Parolen beim „Roten ersten Mai" des Jugendwiderstands; https://jfda.de/blog/2018/05/03/antisemitische-parolen-beim-roten-ersten-mai-des-jugendwiderstands/.

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus: Demonstranten verbrennen Fahne mit Davidstern vor Brandenburger Tor; https://jfda.de/blog/2017/12/08/demonstranten-verbrennen-fahne-mit-davidstern-vor-brandenburger-tor/.

Jüdisches Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus: Rund 2000 Teilnehmer bei „Berlin trägt Kippa", online unter: https://jfda.de/blog/2018/04/26/rund-2000-teilnehmer-bei-berlin-traegt-kippa/

Parliamentary Assembly of the Council of Europe, Resolution 1952 (2013), Children's right to physical integrity. October 1st, Strasbourg 2013. https://netzwerkb.org/wp-content/uploads/2013/10/2013-10-01_council_of_europe_childrens_right_to_physical_integrity.pdf.

Senatsverwaltung (Berlin) für Inneres und Sport, Abteilung Verfassungsschutz: Antisemitismus im extremistischen Spektrum Berlins. Berlin 2006.

The Gallup Coexist Index 2009: A Global Study of Interfaith Relations. With an in-depth analysis of Muslim integration in France, Germany, and the United Kingdom 2009.

Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK)/Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS): Antisemitische Vorfälle 2017. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), Berlin 2018. Online unter: https://report-antisemitism.de/media/bericht-antisemitischer-vorfaelle-2017.pdf.

Über die Autorinnen und Autoren

Matthias J. Becker studierte Linguistik, Literaturwissenschaft und Philosophie an der Freien Universität Berlin. Ab 2012 war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter und Lehrbeauftragter am FG Linguistik an der TU Berlin tätig. Er beschäftigt sich seither mit der Frage, in welcher sprachlichen Gestalt antisemitische Denkmuster im Mainstream vermittelt werden. Neben mehreren Artikeln in Sammelbänden ist 2018 bei Nomos sein Buch „Analogien der ‚Vergangenheitsbewältigung': Antiisraelische Projektionen in Leserkommentaren der *Zeit* und des *Guardian*" erschienen. Er wird fortan im Rahmen seines Postdoc-Projektes antisemitische und nationalistische Äußerungen im britischen Mainstream zu Zeiten des Brexit untersuchen.

Gideon Botsch, apl Professor und Privatdozent an der Universität Potsdam. Studium der Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin; 2003 Promotion. Seit 2006 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum, seit 2016 dort Leiter der Emil-Julius-Gumbel-Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus. 2014 Habilitation für das Fach Politikwissenschaft an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Potsdam. Jüngste Veröffentlichungen u. a.: Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds. Wiesbaden 2017; Kontinuität des Antisemitismus: Israel im Blick der extremen Rechten (mit Christoph Kopke). In: Glöckner, Olaf [u. a.] (Hrsg.): Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme. Hildesheim [u. a.] 2016.

Jonas Fedders ist Soziologe und Journalist. Er arbeitet schwerpunktmäßig zu den Themen Antisemitismus, Rassismus und Rechtsextremismus. Im Jüdischen Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA) führt er im Rahmen des Monitorings Recherchen und Beobachtungen zu antisemitischen, rassistischen und homophoben Vorfällen durch. Aktuelle Publikationen: „Die Rockefellers und Rothschilds haben den Feminismus erfunden". Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Antifeminismus und Antisemitis-

Mit CamScanner gescannt

mus. In: Lang, Juliane u. Ulrich Peters (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung (Hamburg 2018, S. 213–232; Im Feindbild vereint. Zur Relevanz des Antisemitismus in der Querfront-Zeitschrift Compact (mit Kevin Culina). Münster 2016.

Olaf Glöckner, Dr. phil., ist Historiker, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien (MMZ) und Lehrbeauftragter am Historischen Institut sowie am Institut für Jüdische Studien/Religionswissenschaften der Universität Potsdam. Seine Forschungsschwerpunkte sind jüdische Migration im 20./21. Jahrhundert, europäisches Judentum nach 1989/1990, deutsch-israelische Beziehungen und moderner Antisemitismus. Zu seinen jüngsten Publikationen zählen: Das Zeitalter der Genozide. Ursprünge, Formen und Folgen politischer Gewalt im 20. Jahrhundert. Berlin 2017 (hrsg. zus. mit Roy Knocke) und David Friedländer: Aufklärer, Brückenbauer, Philanthrop. Berlin 2018.

Stephan Grigat, Dr. phil., ist Lehrbeauftragter an der Universität Wien, Permanent Fellow am Moses Mendelssohn Zentrum der Universität Potsdam, Research Fellow am Herzl Institute for the Study of Zionism and History der Universität Haifa und Wissenschaftlicher Direktor der NGO „Stop the Bomb". 2017/2018 war er Teaching and Research Fellow am Center for German Studies der Hebrew University in Jerusalem, 2016/2017 Gastprofessor für Israel-Studien am Moses Mendelssohn Zentrum und 2015/2016 Gastprofessor für kritische Gesellschaftstheorie an der Uni Gießen. Er ist Autor von „Die Einsamkeit Israels. Zionismus, die israelische Linke und die iranische Bedrohung" (Konkret 2014) und Herausgeber von „AfD & FPÖ. Antisemitismus, völkischer Nationalismus und Geschlechterbilder." Baden-Baden 2017; sowie „Iran – Israel – Deutschland: Antisemitismus, Außenhandel und Atomprogramm" (Berlin 2017).

Günther Jikeli, Dr. phil., lehrt zurzeit als Gastprofessor an der Indiana University in den USA. Er ist Permanent Fellow am Moses Mendelssohn Zentrum in Potsdam und am französischen CNRS, dem Nationalen Zentrum für wissenschaftliche Forschung. Von 2011 bis 2012 war er Berater der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur Bekämpfung von Antisemitismus. Er ist Träger des Raoul-Wallenberg-Preises für Menschenrechte und Holocauststudien (2013). Zu seinen Veröffentlichungen zählen: European Muslim Antisemitism. Why Young Urban Males Say They Don't Like Jews. Bloomington 2015; Raketen und Zwangsarbeit in

Peenemünde – Die Verantwortung der Erinnerung. Berlin 2014; Umstrittene Geschichte. Ansichten zum Holocaust unter Muslimen im internationalen Vergleich (mit Kim Robin Stoller u. Joelle Allouche-Benayoun), Frankfurt a. M. 2013; Antisemitismus und Diskriminierungswahrnehmungen junger Muslime in Europa. Essen 2012.

Sergey Lagodinsky, Dr. iur., ist Rechtswissenschaftler und Publizist. Er ist Referatsleiter an der Heinrich-Böll-Stiftung und unterrichtet als Gastdozent am Bard College Berlin sowie der Leuphana-Universität in Lüneburg. Er beschäftigt sich mit Fragen der internationalen Beziehungen und Verfassungspolitik, sowie des jüdischen Lebens in Deutschland, Antisemitismus und der Erinnerungspolitik. Lagodinsky ist Absolvent der juristischen Fakultät der Universität Göttingen sowie der Harvard University (Public Administration) in Cambridge (MA). Er war Stipendiat der Studienstiftung des Deutschen Volkes, der Universitäten Harvard und Yale, sowie Fellow bei der Stiftung Neue Verantwortung und Global Public Policy Institute in Berlin. In seinem 2013 erschienenen Buch „Kontexte des Antisemitismus" untersucht Lagodinsky das Verhältnis zwischen Schutz vor Hassrede und Meinungsfreiheit in Deutschland sowie im Völkerrecht. Zu Lagodinskys jüngsten Publikationen zählt: Deutschlands neues Judentum und das veränderte Verhältnis zu Israel. In: Glöckner, Olaf u. Julius H. Schoeps (Hrsg.), Deutschland, die Juden und der Staat Israel. Eine politische Bestandsaufnahme. Hildesheim 2016, S. 192–215.

Jérôme Lombard hat Jüdische Studien (BA) sowie Politik und Verwaltung an den Universitäten in Potsdam und Southampton (UK) studiert. Derzeit macht er seinen Master in Modern Judaism and Holocaust Studies an der Freien Universität Berlin. Seit mehreren Jahren arbeitet er als freier Journalist unter anderem für den *Spiegel*, die *Jüdische Allgemeine* und das *Neue Deutschland* mit den Themenschwerpunkten jüdisches Leben und Kultur in Deutschland.

Daniel Poensgen hat Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam studiert und ist Mitarbeiter des Projekts Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) – bundesweite Koordination. Er promoviert zum Verhältnis von Staatsverständnis und Antisemitismus. Seine Forschungsschwerpunkte sind neben Staatstheorie und Antisemitismusforschung auch Kritische Theorie, Bewegungs- und Rechtsextremismusforschung. Zuletzt ist von ihm erschienen: Dynamiken des Antisemitismus: Erkenntnisse aus dem

Mit CamScanner gescannt

zivilgesellschaftlichen Monitoring RIAS Berlin (mit Benjamin Steinitz). In: Decker, Oliver u. Elmar Brähler (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen 2018; Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus (mit Benjamin Steinitz). In: MBR/APABIZ (Hrsg.): Berliner Zustände 2017. Berlin 2018, S. 32–44.

Levi Salomon ist Gründer und Sprecher des Jüdischen Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA). Er ist Autor diverser Artikel und Analysen im Bereich der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Im Rahmen des Monitorings des JFDA führt er Recherchen zu antisemitischen, rassistischen und homophoben Vorfällen durch. Des Weiteren war er beteiligt an der Organisation von Kundgebungen, Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen innerhalb der verschiedenen Projekte des JFDA. Aktuelle Publikationen des JFDA befinden sich auf www.jfda.de.

Samuel Salzborn, Prof. Dr. phil., Gastprofessor für Antisemitismusforschung am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin. Studium der Politikwissenschaft, Soziologie, Psychologie und Rechtswissenschaft, Promotion und Habilitation in Politikwissenschaft. Jüngste Buchveröffentlichung: Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne. Mit einem Vorwort von Josef Schuster. Weinheim 2018.

Kai Erik Schubert, Studium der Politikwissenschaft, der Jüdischen Studien sowie der Interdisziplinären Antisemitismusforschung in Berlin und Potsdam. Nach dem Studium Tätigkeit in der Staatskanzlei des Landes Brandenburg sowie aktuell im Modellprojekt „MFFB – Bildungsbausteine: Demokratie stärken – Antisemitismus bekämpfen". Veröffentlichungen: Wissenschaftliche Debatten über Antisemitismus in Deutschland und Großbritannien – Wissenssoziologische Diskursanalyse am Beispiel Antizionismus. In: Metzler, Barbara [u. a.] (Hrsg.): (Deutungs-)Macht des Öffentlichen. Wien 2018; Judentum und Holocaust in sozialistischen Erinnerungskulturen. Ein Vergleich der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien mit der SBZ/DDR. In: Studentische Fachzeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 1 (2017).

Monika Schwarz-Friesel, Prof. Dr. phil, ist Antisemitismusforscherin und Kognitionswissenschaftlerin an der TU Berlin (Institut f. Sprache und Kommunikation). Publikationen zum Thema Antisemitismus u. a.: Aktueller Antisemitismus – ein Phänomen der Mitte (mit Jehuda Reinharz u. Evyatar

Friesel) Berlin/New York 2010; Die Sprache der Judenfeindschaft im 21. Jahrhundert (mit Jehuda Reinharz). Berlin/New York 2013, Taschenbuchausgabe und englische Ausgabe 2017; Gebildeter Antisemitismus. Baden-Baden 2015; Antisemitismus 2.0 und die Netzkultur des Hasses. Berlin 2018. Seit 2004 leitet sie das Forschungsprojekt „Aktueller Antisemitismus in Deutschland". Sie ist Gründungs- und Beiratsmitglied der internationalen Gesellschaft für Antisemitismusforschung (IOAS).

Benjamin Steinitz, Projektleiter Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin und Vorstandsmitglied des Bundesverbands RIAS e. V. Zwischen 2003–2013 war er freier Mitarbeiter des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e. V. und gründete 2014/2015 bei diesem Träger die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin. Seitdem leitet er das Projekt und baute 2017/2018 den gleichnamigen Bundesverband auf, in dessen Vorstand er im November 2018 gewählt wurde. Zuletzt erschienen: Dynamiken des Antisemitismus: Erkenntnisse aus dem zivilgesellschaftlichen Monitoring RIAS Berlin (mit Daniel Poensgen). In: Decker, Oliver u. Elmar Brähler (Hrsg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen 2018, S. 287–305; Die AfD im Spannungsfeld zwischen Relativierung und Instrumentalisierung des Antisemitismus (mit Daniel Poensgen). In: MBR/APABIZ (Hrsg.): Berliner Zustände 2017. Berlin 2018, S. 32–44. Hrsg. mit Daniel Poensgen, Alexander Rasumny, Dora Streibl: Problembeschreibung: Antisemitismus in Bayern. Berlin 2018.

Hagen Troschke, studierte Geschichte, Psychologie und Medienwissenschaften, forschte 2014–2017 am Fachgebiet Allgemeine Linguistik der TU Berlin zu Antisemitismus in den Sozialen Medien. Forschung: Antisemitismus (und dessen sprachliche Realisierung), Hate Speech, Diskursforschung. Praxisschwerpunkte zum Thema Antisemitismus: Erarbeitung von Lehrmaterialien, Handreichungen und Ausstellungen; Beratung und Vernetzung von zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteurinnen und Akteuren. Derzeit bei den „Aktionswochen gegen Antisemitismus" der Amadeu-Antonio-Stiftung. Aktuelle Publikation: Kritik, Kritik und De-Realisierung, Antisemitismus. Israel in der Nahost-Berichterstattung deutscher Printmedien zum Gaza-Konflikt 2012. In: Schwarz-Friesel, Monika (Hrsg.): Gebildeter Antisemitismus. Eine Herausforderung für Politik und Zivilgesellschaft. Baden-Baden 2015, S. 253–274.

Mit CamScanner gescannt

Personenregister

Abbas, Mahmud 73
Adorno, Theodor 8, 25, 116, 202, 212
Ahmadinejad, Mahmoud 79, 81
Aigner, Ilse 84
Ajatollah Khomeini 65, 74–78, 80, 83, 86
Al-Qaradawi, Yusuf 15, 65, 75, 76
Al-Wazir, Tarek 84
Ala Maududi 65
Albrecht, Thomas 229–230
Ali Asghar Soltanieh 81
Ali Fallahian 83
Ali Khamenei 76, 80
Alter, Daniel 52
Amin al-Husseini 64, 74
Annen, Niels 87
Anwar as-Sadat 67–69
Arafat, Jassir 74
Atatürk, Kemal 66
Augstein, Franziska 140
Augstein, Jakob 11, 142–144
Ayatollah Khomeini 65, 74–78, 80, 83, 86, 88

Begin, Guy 214
Becker, Ulrike 86
Benz, Wolfgang 29
Bergmann, Werner 52, 217, 218
Bernstein, Julia 241
Betzler, Lukas 143
Beyer, Heiko 222
Beyer, Robert 139
Blüm, Norbert 145–149
Bodenheimer, Alfred 104
Borojerdi, Alaeddin 81

Castro, Fidel 41
Chernivsky, Marina 233, 239
Coenders, Marcel 217, 218
Dershowitz, Alan 103

Deusel, Antje Yael 100
Duch, Raymond M. 218

Ehrhardt, Arthur 32
Engels, Friedrich 41, 42
Erb, Rainer 217
Erbakan, Necmettin 66, 70
Erdoğan, Recep Tayyip 15, 66, 67

Farid Bang 201
Farrakhan, Louis 68
Feinberg, Yorai 201
Frey, Gerhard 37
Friedman, Michel 148
Ford, Henry 66
Forman, Ira 105

Gabriel, Sigmar 74, 84
Gaddafi, Muammar 68, 69
Gauland, Alexander 10, 90
Gedeon, Wolfgang 9
Genscher, Hans-Dietrich 83
Gibson, James L. 218
Gleim, Leopold 67
Glittenberg, Manuel 143
Goldberg, David 95
Gomis, Soraya 232
Grass, Günter 8, 142, 143
Griese, Kerstin 103

Groys, Michael 235, 240
Guevara, Ernesto „Che“ 41, 42
Guimond, Serge 214

Härtling, Joachim 211
Hanisch, Markus 239
Hanitzsch, Dieter 142
Hanke, Gregor Maria 13
Haverbeck, Ursula 196
Heiden, Ludwig 67
Hillygus, Sunshine
Hizarci, Dervis 237–239
Hồ Chí Min 41, 44
Hohmann, Martin 8
Horkheimer, Max 25, 202

Jackman, Mary R. 217
Jagland, Thorbjorn 102
Jalili, Saeed 81
Jamal ad-din al-Afghani 63
Joffe, Gideon 234

Kalifat, Francis 234
Karsli, Jamal 148
Kassis, Wassilis 219, 220
Kauder, Volker 240
Kısakürek, Necip Fazıl 66, 67
Klein, Felix 240
Knobloch, Charlotte 96, 106, 107
Königsberg, Sigmount 231, 232
Kollegah 201, 202
Krach, Wolfgang 142
Kramer, Stephan J. 96
Krauss, Martin 10
Krumpal, Ivar 222

Lanc, Erwin 83
Lang, Kati 177
Leers, Johann von 68
Lín Biāo 41, 43
Link, Bruce G. 214
Lipset, Seymour Martin 212

Maas, Heiko 90, 229
Mahler, Horst 196
Maischberger, Sandra 145, 146, 148
Mansour, Ahmad 145
Mao Tsê-tung 41, 43, 44
Martenstein, Harald 144
Marx, Karl 39, 41, 44, 74
Merkel, Angela 98, 102, 203, 229
Metzger, Yona 98
Michalski, Oscar 230
Michalski, Wenzel 230, 231
Mixa, Walter 13
Möllemann, Jürgen 148
Mogherini, Frederica 81
Mohammed (Prophet) 13, 61, 62, 64, 65
Moore, Laura M. 213
Moore, Robert E. 214
Mubarak, Hosni 76
Müller, Michael 230
Muhammad Abduh 63

Nasrallah, Hassan 87
Nasser, Gamal Abdel 67–69, 77
Netanjahu, Benjamin 142, 158
Netta 142

Obama, Barack 105
Ovadia, Seth 213, 223

Palmer, Douglas L. 214
Peres, Shimon 98
Phelan, Jo 214
Pinsker, Leon 8
Pörzgen, Gemma 145
Putzke, Holm 101

Qutb, Sayyid 65, 76, 77

Rabin, Jitzchak 82, 83
Rafsandjani, Ali Akbar Hashemi 85
Rashid Rida 62
Reinecke, Stefan 144

Mit CamScanner gescannt

Rohani, Hassan 80, 81, 85, 88
Ruholla Khomeini 65, 74–78, 80, 83, 86, 88
Rupprecht, Marlene 100, 101

Sakariya, Walid 86
Salomon, Levi 240
Schabbtai Zwi 65
Schallie, Charlotte 219
Scheepers, Peer 217, 218
Scheeres, Sandra 229
Scheit, Gerhard 78
Schröder, Gerhard 199
Schulz, Martin 73
Schuster, Josef 234
Sellner, Martin 33
Selznick, Gertrude 213
Sharon, Ariel 147
Soleimani, Qassem 88
Spiegel, Paul 125
Stouffer, Samuel A. 213
Stueve, Ann 214
Sun Yat-sen 43

Tajani, Antonio 105, 106
Teichtal, Yehuda 232
Tibi, Bassam 65
Todenhöfer, Jürgen 112
Torabi, Hamidreza 86
Trump, Donald 200

Verleger, Rolf 145, 149

Waldheim, Kurt 83
Walser, Martin 8
Weil, Frederick D. 216–218
Weil, Stefan 84
Werfhorst, Hermann G. van de 215
Will, Anne 112
Wolffsohn, Michael 145

Yishai, Eli 98

Zdesenko, Vladislava 236, 237
Zuckerberg, Mark 10, 141

Mit CamScanner gescannt